

### Kulturpolitik der Grünen

Was zeichnet die Kulturpolitik der Grünen aus? Was sind die Schwerpunkte? Darüber geben Claudia Roth, Katrin Göring-Eckardt, Grietje Bettin, Uschi Eid, Alice Ströver und Jan Engelmann Auskunft. Olaf Zimmermann kommentiert die Kulturpolitik der Grünen.

Seiten 3 bis 9

### Kultur-Enquete

Am 13.12.2007 hat die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Jetzt geht es darum, die Handlungsempfehlungen umzusetzen. Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Verbandsvertreter nehmen erste Bewertungen vor.

Seiten 1, 10 bis 27

### Kulturelle Bildung

Was brauchen Kinder und Jugendliche Bildung oder Kompetenzen? Welchen Stellenwert haben die künstlerischen Fächer in der Schule? Kehren die musischen Zeiten zurück? Mit diesen Fragen befassen sich Ulrich Thöne, Ludwig Eckinger, Josef Kraus und Max Fuchs.

Seiten 28 bis 32

### Streitfall Computerspiele

Der Deutsche Bundestag hat mit der Verabschiedung des Haushalts 2008 auch die Entscheidung getroffen, künftig Computerspiele zu fördern. Was ging dieser Entscheidung voraus? Damit setzen sich unter anderem Monika Griefahn, Dorothee Bär und Malte Behrmann auseinander.

Seiten 34 bis 39

### Kultur Kompetenz Bildung

Der Tanzplan Deutschland wurde von der Kulturstiftung des Bundes als fünfjähriges Projekt aufgelegt, um die Tanzlandschaft in Deutschland zu stärken. In der Beilage wird aufgezeigt, wie lebendig die kulturelle Bildungslandschaft im Tanz ist.

Beilage Seiten 1 bis 12

## Editorial

### Nörgeln

Das dieses Lob auch noch vom immer nörgelnden Deutschen Kulturrat kommt. Das ist doch ein wahrer Ritterschlag“, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete Monika Grütters bei der Haushaltsberatung Ende November 2007 im Deutschen Bundestag. Und der Haushaltspolitische Sprecher der Union Steffen Kampeter fiel ihr ins Wort: „Immer nörgelnd! Das ist wohl zutreffend!“.

Da hatten wir mal wieder unser Fett weg. Nicht zum ersten Mal. Steffen Kampeter hat das Nörgeln des Deutschen Kulturrates ja bekanntlich sogar schon so geärgert, dass er vor einem Jahr kurzerhand vom Deutschen Bundestag ein Faxverbot für den Kulturrat beschließen ließ.

Natürlich hat der Deutsche Kulturrat auch im Verbotsjahr 2007 fleißig gefaxt, gemailt, telefoniert und in jeder anderen bekannten Art kommuniziert. Als Spitzenverband der Bundeskulturverbände ist es seine Aufgabe zu mahnen, zu warnen und natürlich auch zu loben, Vorschläge zu machen, zu bewerten und manchmal auch zu verwerfen, immer aber heftig mitzudiskutieren. Dass sich aber gerade Kulturpolitiker manchmal erstaunlich schwer tun, mit dieser eigentlich selbstverständlichen Arbeit einer Organisation der Zivilgesellschaft, ist schon ein Phänomen.

Wenn Umweltverbände kritisieren, Sozialverbände monieren, wenn Sportverbände debattieren, erkennen die Fachpolitiker die Notwendigkeit der Beobachtung und Beteiligung aus der Zivilgesellschaft in der Regel an. Wenn Kulturverbände dasselbe tun, fühlen sich Kulturpolitiker schnell angenörgelt. Doch zur Gewaltenteilung in unserer Demokratie gehört eben dazu, dass die Regierung vom Parlament und beide von einer freien Presse und den Organisationen der Zivilgesellschaft kontrolliert werden. Und das gilt natürlich auch für das immer noch zarte Pflänzchen der Bundeskulturpolitik.

Der Deutsche Bundestag hat für 2008 nicht noch einmal ein Faxverbot über den Deutschen Kulturrat verhängt. Vielleicht ist das ein erstes Zeichen dafür, dass auch im Kulturbereich Nörgeln in der Zukunft nicht mehr als Majestätsbeleidigung gewertet wird, das mit Faxverbot nicht unter einem Jahr bestraft wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gutes Jahr 2008.

Olaf Zimmermann,  
Herausgeber von politik und kultur,  
Geschäftsführer des Deutschen  
Kulturrates ■

## Steilvorlage nicht nur für die Kulturpolitik

Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ legt Kulturkompass vor • Von Gitta Connemann

**Es ist vollbracht. Das Werk ist getan. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat ihre Arbeit abgeschlossen. Und ich sage mit Stolz: Die vierjährige Arbeit war erfolgreich. Mit dem Schlussbericht hat die Kommission einen Kulturkompass vorgelegt, der nicht nur für die Kulturpolitik richtungweisend sein kann. 465 Handlungsempfehlungen werden an Bund, Länder, Kommunen und andere Träger öffentlicher Belange gerichtet. Dabei wurde manche parteipolitische Grenze gemeinsam überschritten. Es galt, das Unmögliche zu versuchen, um das Mögliche für Kunst und Kultur in Deutschland zu erreichen. Entgegen aller Bedenken, auch eigener anfänglicher Zweifel. Denn kann es wirklich gelingen, die Situation von Kunst und Kultur in Deutschland zu beschreiben? Angesichts dieser einzigartigen Dichte und Vielfalt?**

Mehr als einmal wurde die Frage gestellt, warum sich eine Kommission des Deutschen Bundestages mit dem Thema Kultur befasst. Dahinter stand zum einen der Vorwurf, sich Länderhoheiten aneignen zu wollen. Dieser ließ sich leicht entkräften, denn der Bund ist als Gesetzgeber für viele Rechtsgebiete zuständig, die unmittelbar Kunst und Kulturschaffende betreffen – vom Urheberrecht bis zum Sozialversicherungsrecht. Zum anderen wurde Unverständnis geäußert, ob es für die Po-

litik nicht wichtigere Aufgaben als die Kultur gäbe. Was rechtfertigt also die Einsetzung einer Enquete, „Kultur“? Es ist die Bedeutung, die eine vielfältige und lebendige Kultur für unsere Gesellschaft hat. Sie ist nicht nur Ornament, sondern das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht und auf das sie baut.

Die Pfeiler dieses Fundaments bedürfen jedoch starker Verankerung. Denn sie werden nicht nur durch kleinere Beben erschüttert wie die regelmäßig aufflackernde Debatte um den ermäßigten Umsatzsteuersatz für Kulturgüter. Sie werden auch durch Unterspülungen bedroht, die von der Not der öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren ausgelöst wurden.

Zwar verfügt Deutschland immer noch über eine beispielhafte staatliche Kulturförderung. Staatlich? Unsere Untersuchungen ergaben: Der größte Kulturfinanzierer in Deutschland ist der Bürger. Zunächst als Marktteilnehmer, dann als Spender – wird nämlich die Zeitspende mit eingebracht, beläuft sich alleine dieses Volumen auf circa zehn bis 19 Milliarden Euro – und in dritter Linie als Steuerzahler. Und diese Steuermittel fließen wieder stärker. Aber in den vergangenen Jahren sind viele Theater, Orchester, Bibliotheken und Musikschulen den Sparzwängen geopfert worden – zu viele. Denn die Ausgaben

für kommunale Kultureinrichtungen zählen zu den so genannten freiwilligen Leistungen. Nur der Freistaat Sachsen bildet hier die rühmliche Ausnahme. In allen anderen Ländern sind diese Ausgaben – auch zum Leidwesen der Kommunalpolitiker – keine

besser den Künstlern selbst. Unseren Handlungsempfehlungen gingen intensive Recherchen und sorgfältige Prüfungen voraus. Von den 22 Kommissionsmitgliedern war ein beträchtliches Arbeitspensum zu bewältigen. Jedes der mehr als 50 behandelten Themen verdient eine öffentliche Debatte. Mit der Empfehlung, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern, konnten wir diese bereits auflösen. Darüber dürfen die anderen nicht übersehen werden.

Sie betreffen die rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen von Theatern, Kulturorchestern, Opern, Museen und Ausstellungshäusern ebenso wie Bibliotheken und Soziokulturelle Zentren. Es werden Vorschläge für eine Stärkung der Kultur in ländlichen Regionen, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und die kulturelle Tätigkeit der Kirchen unterbreitet. Auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler haben wir zu Recht ein besonderes Augenmerk gerichtet, denn ohne diese gäbe es keine Kultur in Deutschland. Wir unterbreiten allein 50 Vorschläge für eine verbesserte Aus- und Fortbildung, Änderungen im Tarif- und Arbeitsrecht bis hin zu Fragen der Besteuerung und Altersvorsorge. Hinzu kommen fundierte Aussagen zur Kreativ- und Kulturwirtschaft wie der Vorschlag spezieller Förderungsinstrumente. Denn dieses bisher stiefmütterlich behandelte Aschenbrödel hat das Potential einer ansehnlichen Braut, denn dieser Wirtschaftsbereich trägt auch zur Sicherung eines vielfältigen kulturellen Lebens in Deutschland bei. Die Behandlung von Kultur in Europa und auf internationaler Ebene rundet den Bericht ebenso ab wie die Feststellung der Notwendigkeit, einheitliche kulturstatistische Daten zu erheben. Wer den Bericht liest, wird erkennen: Kulturpolitik ist das große Querschnittsthema: Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Arbeits- und Sozialpolitik.

Angesichts des Wertes jeder Handlungsempfehlung kann und will ich als Vorsitzende keine einzelne hervorheben. Eine Einzelbewertung überlasse ich in diesem Rahmen den nachfolgenden der einzelnen Kommissionsmitgliedern, die über vier Jahre hinweg Herausragendes geleistet haben.

Nur eine Ausnahme sei mir gestattet: das Augenmerk auf die kulturelle

**18 SEITEN**  
**ENQUETE-KOMMISSION**  
**„KULTUR IN DEUTSCHLAND“**

- Informationen
- Kommentare
- Bewertungen

Pflichtaufgaben. Das ist die falsche Priorität. Zu einer notwendigen Infrastruktur gehören nämlich nicht nur Verkehrswege, sondern zwingend Kultur- und Bildungseinrichtungen. Erst die Investition in kulturelle Infrastruktur eröffnet die Chance auf gleiche Teilhabe. Ich würde mir deshalb wünschen, dass die Länder dem sächsischen Beispiel folgen würden. Ein Stück Abhilfe kann hier die Verankerung eines Staatszieles Kultur leisten. Es bedarf eines solchen Bekenntnisses zur Verantwortung des Staates auf allen seinen Ebenen für Schutz und Förderung von Kunst und Kultur in Deutschland.

Es wäre allerdings ein Fehler, Kulturpolitik auf finanzielle Aspekte zu reduzieren. Denn das hieße, die Möglichkeiten zu verkennen, die der Gesetzgeber zum Schutz und zur Förderung von Kunst und Kultur hat – von Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht bis zur Fortschreibung des Stiftungsrechts. Jeder Gesetzgeber ist dabei gut beraten, die Weichenstellungen auf europäischer und internationaler Ebene nicht nur wachsam zu beobachten, sondern auf Rechtsakte wie etwa die GATS-Verhandlungen oder das Europäische Vergaberecht frühzeitig Einfluss zu nehmen. Denn nur dort können, müssen Angriffe auf eine autonome nationale Kulturpolitik abgewendet werden. Deutschland darf sich also nicht mit einer Zuschauerrolle begnügen.

An dieser Stelle wird die Aufgabe der Kulturpolitik besonders deutlich. Ihre Aufgabe ist es nicht, selbst Kultur zu schaffen, sondern für die erforderlichen politischen Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Gestaltung von Kunst und Kultur überlässt sie

## Kultur-Mensch

Klaus-Dieter Lehmann

Preisträger des Kulturgroßschens des Deutschen Kulturrates 2008 ist der scheidende Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Klaus-Dieter Lehmann. Damit wird sein großes kulturpolitisches Engagement gewürdigt. Als Generaldirektor der Deutschen Bibliothek hat er nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt/Main und Die Deutsche Bücherei in Leipzig zusammengeführt. Hierfür war nicht nur großes Verhandlungsgeschick, sondern vor allem auch Einfühlungsvermögen erforderlich.

Als Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat er mit dem Masterplan für die Museumsinsel sowie den Plänen für das Humboldt-Forum maßgeblich an der Gestaltung der historischen Mitte Berlins mitgewirkt. Er hat dabei stets sowohl das nationale kulturelle Erbe als auch den Austausch mit anderen Kulturen im Blick.

Besondere Verdienste hat sich Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann bei der Restitution von Kulturgut und in der Debatte um die so genannte Beutekunst erworben.



© Stiftung Preußischer Kulturbesitz/Foto: Urban Ruths

Weiter auf Seite 2



4 195981 603008

Fortsetzung von Seite 1

**Steilvorlage nicht nur für die Kulturpolitik**

Bildung zu richten. Denn diese ist eine der besten Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Der Wert dieser kulturellen Bildung scheint zwar inzwischen in der Öffentlichkeit weitgehend erkannt zu sein. Glücklicherweise. Unser Land darf sich nämlich nicht nur der Kreativität als seines einzigen Rohstoffes und damit seiner Zukunftsfähigkeit begeben. Vielmehr darf Bildung nicht auf ein trostloses Lernen reduziert werden.

In einer Welt, die immer schneller wird, mit einem Überfluss an Angeboten, ist es für Kinder und Heranwachsende nicht leicht, eine Orientierung zu finden. Kunst und Kultur können eine solche geben. Bei der kulturellen Bildung geht es um den ganzen Menschen, um die Bildung seiner Persönlichkeit, um Emotionen und Kreativität. Ohne kulturelle Bildung fehlt ein Schlüssel zu wahrer Teilhabe. Deshalb ist auf keinem Feld die Verantwortung des Staates, aber auch der Zivilgesell-

schaft und der Kultureinrichtungen größer. Die Handlungsempfehlungen in diesem Bereich sollten deshalb von allen Beteiligten besondere Berücksichtigung erfahren.

Von einer Stärkung des Bewusstseins für kulturelle Bildung erhoffe ich mir letztlich auch eine Stärkung der Kultur insgesamt. Kunst und Kultur dürfen kein Luxusgut einiger weniger Privilegierter sein. Die Teilhabe aller an der Kultur muss gewährleistet sein, denn sie bedeutet auch Teilhabe an der Gesellschaft. Diese Teilhabe wird von einer Vielfalt an Trägern gewährleistet. Kulturpolitik und öffentliche Kulturförderung finden im Wechselspiel von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft statt. Sie gemeinsam stellen die kulturelle Infrastruktur zur Verfügung – von Vereinen und Kulturunternehmen über Kirchen und Glaubensgemeinschaften bis hin zu Rundfunkanstalten, Stiftungen, Sponsoren und den Künstlern selbst. Dieser Dreiklang aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ermöglicht ein kulturelles Leben, dass keiner allein gewährleisten könnten. Es darf kein Unterschied zwischen staatlich geförderter „guter“ Kultur und auf bürgerschaftlichem Engagement gegründeter Breitenkul-

tur sowie privat veranstalteter „kommerzieller“ Kultur gemacht werden. Diese künstliche, schädliche Trennung sollte nach diesem Bericht der Vergangenheit angehören.

Was bleibt? Die Arbeit aller Fraktionen und Sachverständigen hat zu der wohl umfassendsten Untersuchung der deutschen Kulturlandschaft seit 1975 geführt. Er ist ein leidenschaftliches Plädoyer für die Förderung der Kultur in Deutschland als einer ebenso notwendigen wie lohnenswerten Investition in die Zukunft des Landes.

Die Bestandsaufnahme ist erfolgt, die Handlungsempfehlungen liegen vor. Und nun? Jedem Ende wohnt auch ein Anfang inne. Mit der Vorlage unseres Berichtes beginnt eine neue Etappe. Jetzt sind die Kulturpolitiker in den Fraktionen und die Kulturschaffenden auf allen Ebenen gefragt, unsere Vorlage zum Wohl der Kultur zu nutzen.

Es ist vollbracht. Das Werk ist getan. Nun beginnt die Arbeit.

*Die Verfasserin ist Mitglied des Deutschen Bundestages und war Vorsitzende der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ ■*



Gitta Connemann, MdB, Vorsitzende der Enquete-Kommission, während ihrer Rede bei der Abschlussveranstaltung der Kultur-Enquete in der Parlamentarischen Gesellschaft. Foto: Stefanie Ernst

**Inhaltsverzeichnis**

**EDITORIAL**

Nörgeln  
Von *Olaf Zimmermann* 1

**KULTUR-MENSCH**

Klaus-Dieter Lehmann 1

**KULTURPOLITIK DER GRÜNEN**

Kreativitätspolitik im Übergang zur Wissensgesellschaft  
Von *Claudia Roth* 3

„Die K-Frage“ – Kultur diesseits und jenseits der Ökonomie  
Von *Katrin Göring-Eckardt* 4

Das Kunstwerk im Zeitalter digital-globaler Reproduzierbarkeit  
Von *Grietje Bettin* 5

Von Kopenhagen bis Kalkutta  
Von *Uschi Eid* 5

Kultur – Bund – Berlin  
Von *Alice Ströver* 6

Auszug zur Kultur aus dem Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen „Die Zukunft ist grün“ 7

Mitteilungen von ganz anderer Art  
Von *Jan Engelmann* 8

Die kulturpolitische Seele der Grünen  
Von *Olaf Zimmermann* 8

Geschichte von Bündnis 90/ Die Grünen 9

**KULTUR-ENQUETE**

Steilvorlage nicht nur für die Kulturpolitik  
Von *Gitta Connemann* 1

Vielfältige Kulturlandschaft gründlich vermessen  
Von *Wolfgang Börnsen* 10

Anforderungen an eine moderne Kulturpolitik  
Von *Siegfried Ehrmann* 11

Informatives Kulturkompendium über das deutsche Kulturleben  
Von *Lukrezia Jochimsen* 12

Enquete abgeschlossen – Nun beginnt die Arbeit  
Von *Hans-Joachim Otto* 12

Die kulturelle Vielfalt bewahren und stärken  
Von *Undine Kurth* 13

Von kulturellen Prozessen lernen  
Von *Susanne Binas-Preisendörfer* 14

Weiter Blick auf das Gesamtkunstwerk Kultur  
Von *Helga Boldt* 14

Plädoyer für mehr lebendige und anregungsreiche kulturelle Milieus  
Von *Dieter Kramer* 15

Meilenstein in der Geschichte der Kulturpolitik  
Von *Oliver Scheytt* 16

Plädoyer für einen Lernbereich „Kulturelle Bildung“ in der Schule  
Von *Wolfgang Schneider* 17

Die „unbekannte kulturpolitische Macht“?  
Von *Thomas Sternberg* 17

Eine Fundgrube für die Kulturpolitik  
Von *Olaf Zimmermann* 18

Gelebte Vielfalt: Kultur in Deutschland  
Von *Dorothee Bär* 19

Kultur – Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit  
Von *Monika Grütters* 19

Kultur als Lebens-Grundlage  
Von *Johannes Krummacker* 20

Aus föderaler Sicht  
Von *Hans Zehntmair* 20

Europa macht Kultur. Kultur macht Europa  
Von *Steffen Reiche* 21

Demografischer Wandel ist kein Argument  
Von *Simone Viola* 21

Theater ist mehr als Unterhaltung  
Von *Lydia Westrich* 22

Ein Bericht von Gewicht  
Von *Max Fuchs* 23

Bürgerschaftliches Engagement: Potenzial für die Kulturarbeit  
Von *Hildegard Bockhorst* 24

Kulturelle Bildung als Weltaneignung  
Von *Christian Höppner* 25

Erforderliche Tiefe und Präzision nicht in allen Teilen vorhanden  
Von *Heinrich Bleicher-Nagelmann* 26

Absage an das wettbewerbsorientierte EU-Modell  
Von *Ferdinand Melicher* 26

Das Werk ist getan. Nun beginnt die Arbeit  
Von *Peter Raue und Friedhelm Klinkertz* 27

**STAATSZIEL KULTUR**

Kultur als Staatsziel  
Von *Jan-Hendrik Olbertz* 28

**KULTURELLE BILDUNG**

Trend zur Drei-Fächer-Schule führt zur kognitiven Schlagseite  
Von *Ulrich Thöne* 28

Schule und Weltklugheit  
Von *Ludwig Eckinger* 29

Bildung ist weit mehr als PISA  
Von *Josef Kraus* 30

Kommen die musischen Zeiten zurück?  
Von *Max Fuchs* 30

Wir sind ... lesefähig!  
Von *Stefanie Ernst* 31

Kinder brauchen die richtigen Instrumente  
Von *Matthias Pannes* 32

**KANON: PRO & CONTRA**

Pro: Kultur weitergeben  
Von *Hermann Wilske* 33

Contra: Kanon ist didaktische Steinzeit  
Von *Christian Höppner* 33

**STREITFALL**

**COMPUTERSPIELE**  
Computerspielförderung – was lange währt, wird gut  
Von *Monika Griefahn* 34

Fördern statt verbieten  
Von *Dorothee Bär* 34

Kulturgut und Spitzentechnologie  
Von *Olaf Wolters* 35

Pragmatisch und wegweisend zugleich  
Von *Malte Behrmann* 36

Computerspiele: Kulturgut des digitalen Zeitalters  
Von *Malte Spitz und Oliver Passet* 36

Jugendschutz für Spiele – ein Spiel für den Jugendschutz?  
Von *Inka Brunn und Stefan Dreyer* 37

Geschichte in Computerspielen nur ein Verkaufsargument?  
Ein Interview mit *Rainer Pöppinghege, Daniel Pickert und Alexander Schmeding* 38

**EUROPA**

Europa und die Kultur  
Von *Barbara Gessler* 39

Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung  
Von *Gerd Harms* 40

Auswärtige Kulturpolitik in der Diskussion  
Von *Kristin Bäßler* 40

**KULTURREGIONEN**

Hightech trifft Lebensart  
Von *Gerd Hager und Volkmar Baumgärtner* 41

**STEUERN**

Besteuerung ausländischer Künstler unkompliziert regeln!  
42

**DAS INTERVIEW**

Evolution in Aktion zeigen: Das Naturkundemuseum Berlin  
Olaf Zimmermann im Gespräch mit *Reinhold Leinfelder* 43

**KULTURELLES LEBEN**

Deutschland im Jahr 2010 – Ein Blick in die Zukunft von gestern  
Von *Georg Ruppelt* 45

NS-Raubgut in Bibliotheken  
Von *Rainer Strzolka* 46

Die erste Hürde ist genommen  
Von *Frank Simon-Ritz* 47

Was ist Kunstwert  
Von *Börris von Notz* 48

Ohne Freundschaft geht's nicht  
Von *Karlheinz Schmid* 49

**PORTRAIT**

Zur Stellung des Architekten in der Gesellschaft  
Von *Andreas Kolb* 49

**REZENSION**

Kultur und Schule? Kultur macht Schule!  
Von *Kristin Bäßler* 50

**BUNDESTAGS-DRUCKSACHEN**

Verantwortliche Institutionen in Schwingung versetzen  
Von *Ulrich Schötter* 51

**AUS DEN GREMIEN**

51

**KURZ-SCHLUSS**

Wie die Kultur einmal den Kopf aus einem Rattenloch im Bundestag streckte...  
Von *Theo Geißler* 52

**BEILAGE KULTUR KOMPETENZ BILDUNG**

Der hat gut tanzen, dem das Glück aufspielt  
Von *Norbert Lammert* 1

Experimentierraum  
Von *Olaf Zimmermann* 1

Man muss die Progressivsten den Raum bauen lassen  
Arnd Wesemann im Gespräch mit *Madeleine Ritter u. Hortensia Völckers* 2

Jeder Mensch ist ein Tänzer  
Von *Gitta Connemann* 3

You can change your life in a dance class  
Von *Karin von Welck* 4

Netz an Kraftzentren für Tanz  
Von *Oliver Scheytt* 4

Ästhetische Bildung ist selbstverständlich  
Von *Rolf Bolwin* 5

Ästhetische Bildung fördern – aber wie?  
Von *Karin Heyl* 6

Auf dem Weg zu einem europäischen Masterplan Tanz?  
Von *Helmut Ploebst* 7

Investition in die Zukunft  
Von *Edith Boxberger* 8

„... was kommt von draußen rein“  
Von *Antje Klinge* 8

Die Arbeit des Kinder- und Jugendprojekts des Bayerischen Staatsballetts  
Eva-Elisabeth Fischer im Gespräch mit *Bettina WagnerBergelt* 9

Kann man „Ozon“ tanzen?  
Nadine Querfurth im Gespräch mit *Claudia Hanfgarn und Gert König-Langlo* 10

Gute Beispiele kultureller Bildung im Tanz  
Von *Melanie Suchy* 11

11

12

12

## Kulturpolitik der Parteien

In der Ausgabe 4/2007 von *politik und kultur* wurde mit einer Reihe zur Kulturpolitik der Parteien begonnen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob sich die Kulturpolitik tatsächlich so sehr ähnelt, wie es manchmal den Anschein hat, ob in der Kulturpolitik weitgehend übereinstimmende Positionen bestehen und diese gegenüber anderen Fachpolitikern vertreten werden müssen oder ob die Parteien eigene kulturpolitische Profile ausbilden. In dieser Ausgabe erläutert die Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen **Claudia Roth** die Verankerung der Kulturpolitik als Kreativitätspolitik bei Bündnis 90/Die Grünen. Die Kulturpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestags **Katrin Göring-Eckardt** setzt sich besonders mit der Frage des Arbeitsmarktes Kultur

auseinander. **Grietje Bettin**, Medienpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, befasst sich mit der Frage der Kultur- und Medienpolitik im digitalen Zeitalter. **Uschi Eid**, Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag für Auswärtige Kulturpolitik, stellt die Positionen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Auswärtigen Kulturpolitik vor. Mit der Kulturpolitik von Bündnis 90/Die Grünen in der Hauptstadt befasst sich die Kulturpolitische Sprecherin im Berliner Abgeordnetenhaus **Alice Ströver**. **Jan Engelmann** informiert über die Verankerung der Kulturpolitik in der Heinrich-Böll-Stiftung. **Olaf Zimmermann** kommentiert die Kulturpolitik von Bündnis 90/Die Grünen. In der Ausgabe 4/2007 von *politik und kultur* kam die älteste deutsche Partei,

die SPD, zu Wort. Auskunft gaben der Vorsitzende Kurt Beck, der Vorsitzende des Kulturforums der Sozialdemokratie Wolfgang Thierse, die Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Monika Griefahn, der für die Auswärtige Kulturpolitik verantwortliche Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit, der den Leitantrag zur Kulturpolitik für den SPD-Parteitag im Oktober 2007 mit vorbereitet hatte und Uwe-Karsten Heye als Chefredakteur des Vorwärts, der eine stärkere kulturpolitische Ausrichtung anstrebt. Der Herausgeber von *politik und kultur* Olaf Zimmermann hinterfragte in einem Kommentar die Kulturpolitik der SPD. In der Ausgabe 5/2007 stand die Kulturpolitik der FDP im Mittelpunkt. Es

kam der Vorsitzende der FDP Guido Westerwelle zu Wort und erläuterte die Grundsätze liberaler Kulturpolitik, Hans-Joachim Otto stellte das Liberale Kulturforum vor, Christoph Waitz berichtete von der Verankerung der Kulturpolitik in der FDP-Bundestagsfraktion, Ruth Wagner setzte sich mit den freiheitlichen Grundsätzen der FDP und der Kulturpolitik auseinander und Wolfgang Gerhardt stellte die kulturpolitische Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung vor. Der Herausgeber von *politik und kultur* Theo Geißler kommentierte die Kulturpolitik der FDP. Die Ausgabe 6/2007 widmete sich der Kulturpolitik der CDU. Zu Beginn erläuterte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU Christian Wulff die Grundsätze der Kulturpolitik der Union, Kulturstaatsminister Bernd Neumann stellte die Akzente seiner Kulturpolitik vor, Wolfgang Börn-

sen berichtete von der Verankerung der Kulturpolitik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johanna Wanka und Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff setzten sich mit der Kulturpolitik der CDU in den Ländern auseinander, Jörg-Dieter Gauger stellte die kulturpolitische Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung vor und Hans-Jörg Clement ergänzte um die Akzente in der Künstlerförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Gabriele Schulz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates, kommentierte die Kulturpolitik der CDU. In der nächsten Ausgabe von *politik und kultur* steht Die Linke im Mittelpunkt. Den Abschluss dieses Schwerpunktes bildet in der Ausgabe 3/2008 die Kulturpolitik der CSU.

Die Redaktion ■

## Kreativitätspolitik im Übergang zur Wissensgesellschaft

Verschiedene Politik- und Aufgabenfelder miteinander in Beziehung setzen • Von Claudia Roth

**Wir leben im Übergang zur globalisierten Wissensgesellschaft. Das alte Ordnungsmodell einer von „oben“ und „außen“ disziplinierten Arbeitsgesellschaft tritt hinter Netzwerkstrukturen und „flachen Hierarchien“ zurück. Selbständige Entscheidungen, Verständnis der Zusammenhänge, Kommunikationsfähigkeit, Einfallsreichtum, Vorstellungskraft, Wissen und vor allem Kreativität und Innovationsfähigkeit sind gefragt. Diese Fähigkeiten werden zu entscheidenden Ressourcen des 21. Jahrhunderts.**

Die neuen Anforderungen an Kreativität und einen viel eigenständigeren Umgang mit Wissen betreffen auch Kunst und Kultur und ihre Rolle in der Gesellschaft. Die Gesellschaft muss viel mehr von dem aufnehmen, was in diesem Bereich paradigmatisch vorgelebt wird. Zugleich wirken die Anforderungen an kreative Zugänge im Alltag auch auf Kunst und Kultur zurück – nicht zuletzt mit Blick auf eine Kunstautonomie, die mit Notwendigkeiten der Arbeitsgesellschaft und Gewinnorientierungen der Erwerbswirtschaft konfrontiert wird. Die Fragen und Ambivalenzen, die sich hier ergeben, sind hoch aktuell und bedürfen einer angemessenen kulturpolitischen Reflexion. Ich möchte im Folgenden einige Problemfelder benennen und zeigen, wo sich besondere Zugänge für eine grüne Kreativitätspolitik ergeben.

Zunächst und grundsätzlich: Kreativitätspolitik meint eine Querschnittsaufgabe, die verschiedene Politik- und Aufgabenfelder miteinander in Beziehung setzt. Sie erfordert eine komplexe Sichtweise, ein integriertes Handeln auf verschiedenen Ebenen, ein fach- und ressortübergreifendes Engagement. Und sie erfordert ein Bewusstsein davon, dass Kreativität eine ganz besondere menschliche Fähigkeit ist, die gefördert und unterstützt, nicht aber per Beschluss angeordnet werden kann. Kreativitätspolitik muss ihrerseits kreativ sein, sie muss Rahmenbedingungen schaffen und entwickeln, um Chancen und Möglichkeiten für kreatives und innovatives Handeln zu verbessern.

Mit Blick auf den Kulturbereich wende ich mich entschieden gegen falsche Funktionsübertragungen zwischen den drei großen Sektoren, dem öffentlichen Sektor, dem „intermediären“ Sektor der freien Träger und des zivilgesellschaftlichen Engagements und dem erwerbsorientierten Sektor der Kultur- und Kreativwirtschaft. Es darf keinen Ausverkauf des Kulturlebens und keinen Rückzug und keine Verminderung des öffentlichen oder zivilgesellschaftlichen

Engagements geben. Im Gegenteil. Die Entfaltung des Kulturlebens auf drei starken und eigenständigen Säulen ist ein „europäisches Erfolgsmodell“, das im Sinne eines möglichst vielfältigen und lebendigen Kulturlebens in ihren besonderen Funktionen und ihrer Unterscheidbarkeit erhalten und entwickelt werden muss.

Die öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen sind ein Rückgrat des Kulturlebens. Die einzigartige Dichte der deutschen Theater-, Orchester- und Museenlandschaft wäre ohne das starke Engagement der öffentlichen Hand nicht denkbar. Wir Grüne wollen diesen öffentlichen Bereich erhalten, stärken und – wo nötig – modernisieren und effektiver machen. Wir wollen, dass die öffentlichen Kultureinrichtungen „Durchlaufröhren“ für Kreativität mit großen Reichweiten sind, die sich vielfältig mit anderen Einrichtungen, Vereinen, freien Kulturprojekten und Bildungsstätten vernetzen, um für möglichst viele Menschen möglichst vielfältige und ansprechende und kulturell und ästhetisch aktivierende Angebote zu machen.

Der intermediäre Kultursektor hat eine große und noch steigende Bedeutung. Das von rot-grün geschaffene neue Stiftungsrecht hat zu einem wahren Stiftungsboom geführt. Für private und zivilgesellschaftliche Akteure ist es nun viel einfacher, mit Stiftungen kulturelle Belange und Aktivitäten gezielt zu fördern. Besondere Bedeutung haben freie Kulturträger, kleine Theater und Cabarets, Bühnen, Clubs, professionelle Einrichtungen und Vereine, die mit ihren Aktivitäten oft einen wichtigen Teil des kommunalen Kulturangebots tragen. Auch hier gibt es wahre „Bruststätten“ von Kreativität, die tief in die Gesellschaft ausstrahlen und für die grüne Politik ein besonderer Ansprechpartner sein möchte.

Auch in der sich schnell entwickelnden Kultur- und Kreativwirtschaft sehen wir ein großes Potential. Gerade kleinere und mittlere Akteure brauchen unsere Aufmerksamkeit. Denn sie sind es, die unter den Plattenlabels, Filmproduktionen, Verlagen, Galerien, Buchhandlungen, Antiquariate, Softwareentwicklern neue Tendenzen oft zuerst hervorbringen, aufgreifen und unterstützen und mit ihrem Engagement einen besonderen kulturellen Treibsatz darstellen. Und oft sind es sogar Mikrofirmen, die mit kleinsten finanziellen Mitteln und großem persönlichen Engagement bemerkenswerte Produkte und kulturelle Dienstleistungen anbieten – auch in kleinen und



Blick in den Veranstaltungssaal und auf das Tagungspräsidium der Bundesdelegiertenkonferenz von Die Grünen vom 16.–19.5.1986 in Hannover. Foto: Ralph Rieth

mittleren Städten, im ländlichen Bereich. Hier ein förderndes Umfeld zu entwickeln und Sensibilität für neue Entwicklungen zu schaffen, ist besonderes grünes Anliegen.

Kreativitätspolitik ist heute Teil einer zukunftsorientierten Standortpolitik. Richard Florida hat mit seiner Formel von den drei „Ts“ gezeigt, dass „Talente“ dorthin gehen und dort bleiben, wo sie gute, weltoffene, freiheitliche, durch „Toleranz“ geprägte Lebensbedingungen vorfinden, eine lebenswerte Umwelt und eine lebendige Kulturszene mit vielen verschiedenen Kulturen – bis in die Bohème, die Schwulen- und Lesbenszene und die Kultur der Eingewanderten hinein. Städte, die eine solche Kultur bieten, sind auch für den Teil der Kreativen, die die „Technologien“ weiter entwickeln, von besonderer Anziehungskraft. Talente – Technologie – Toleranz: Urgrüne Stadtpolitik ist essentieller Teil einer zukunftsgerichteten Standortentwicklung im Übergang zur globalisierten Wissensgesellschaft.

Wir brauchen eine Integrationspolitik, die dazu beiträgt, dass alle Mitglieder der Gesellschaft sich einbringen können. Es gilt, das große Potential von „diversity“ freizusetzen und Kreativitätsschancen zu nutzen, die aus dem Zusammenwirken von Menschen mit sehr unterschiedlicher Herkunft, kultureller und religiöser Orientierung und Generationenzugehörigkeit entspringen. Kluge Unter-

nehmen und Verwaltungen wissen das und betreiben längst „diversity management“, unkluge Monokulturalisten phantasieren weiter von einer einheitlichen „Deutschen Leitkultur“. Kreativitätspolitik meint für uns Grüne die Ermöglichung und Unterstützung einer lebendigen Kommunikation und Kooperation in der Differenz – zwischen Menschen, die „anders“ sind und in dieser Andersheit nicht diskriminiert, sondern geachtet und geschätzt werden wollen.

Vor sehr weitreichenden Aufgaben stehen wir bei Bildung und Betreuung. Wir wollen ein gerechtes Bildungssystem, das soziale Unterschiede nicht zementiert, so wie das gegenwärtig der Fall ist, sondern Kreativität von Kindern und Jugendlichen gezielt fördert und ihnen faire Bildungschancen gibt. Das Wort von Josef Beuys, wonach „Jeder Mensch ein Künstler“ ist, hat auch und gerade hier seine Bedeutung. Die Erfahrung und Entwicklung der eigenen Kreativitätspotentiale ist Selbstzweck und Teil eines erfüllten und selbstbestimmten Lebens. Und sie ist auch eine Grundlage für Anforderungen in der heutigen Berufs- und Arbeitswelt, in der Probleme und Aufgaben selbstständig und innovativ zu lösen sind. Auch deswegen ist die Förderung von Kreativität und kultureller Bildung heute eine ganz vordringliche Aufgabe der Bildungspolitik.

Grüne Bildungs- und Betreuungspolitik hat den Boden bereitet

für vielfältige neue Möglichkeiten im Zusammenhang mit Ganztagsangeboten für Kinder und Jugendliche. In Zukunft wird es um den weiteren Ausbau der Angebote gehen – und vor allem um eine bessere und umfassendere Nutzung der neuen Chancen für Kreativität. Die zusätzliche Zeit, die Kinder und Jugendliche in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen verbringen, sollte in besonderer Weise für kulturell-kreative Aktivitäten zur Verfügung stehen. Nötig sind neue und ausgeweitete Kooperationen zwischen Künstlern, Kulturinstitutionen, Schulen und Betreuungseinrichtungen – ein Feld des Gebens und Nehmens, das auch zusätzliche Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für Künstler und Kreative eröffnen kann.

Kreativitätspolitik ist für uns Grüne keine widerspruchsfreie Spielweise und auch kein neoliberales Elitenförderungsprogramm. Es geht um einen fairen und menschenwürdigen Übergang in die globalisierte Wissensgesellschaft, um die Analyse und praktische Bearbeitung der Widersprüche und Risiken, um die Nutzung der Chancen für ein gutes und selbstbestimmtes Leben – und um die wachsende Rolle von Kunst und Kultur in diesem Prozess.

Die Verfasserin ist Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied des Deutschen Bundestages ■

# „Die K-Frage“ – Kultur diesseits und jenseits der Ökonomie

Kulturpolitik als bevorzugter Bereich kreativen und politischen Denkens • Von Katrin Göring-Eckardt

Wie die Kultur selbst kann auch die Kulturpolitik ein Laboratorium sein: ein Ort, wo gesellschaftliche Spannungen und Probleme, aber auch Werte- und Grundsatzfragen frühzeitig und intensiv debattiert werden. Weil sich die Grünen als eine Partei verstehen, die an und in die Zukunft denkt, spielt Kulturpolitik in der Bundestagsfraktion eine wichtige Rolle. Kulturpolitik ist für uns ein bevorzugter (aber natürlich nicht der einzige) Bereich des kreativen politischen Denkens.

Um die unterschiedlichen Sphären, in denen über Kultur nachgedacht wird, zusammenzuführen, veranstaltet die Bundestagsfraktion Ende Februar 2008 einen ganzjährigen Kulturpiknik. Unter dem Motto „Eine Begegnung von Kultur und Politik“ wollen wir dort gemeinsam mit Kulturschaffenden und Politikern aus allen Bereichen über die unterschiedlichen Rollen und Funktionen von Kultur sprechen. In Vorträgen soll das Spannungsverhältnis zwischen dem Eigenwert der Kultur, Kultur als Gesellschaftskritik und Kultur als ökonomischer Ressource behandelt werden. In Workshops, die gemeinsam von Politikern und Kulturschaffenden geleitet werden, sollen die grundsätzlichen Fragen praktisch vertieft werden – mit dem Ziel, Ideen und Forderungen für die weitere kulturpolitische Debatte zu

erarbeiten. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse.

## Politik machen für die Macher von Kultur

Kulturpolitik ist kein „Orchideenfach“, das sich mit dem idyllischen Reich des Schönen, Wahren und Guten beschäftigt. Nein, in der Kultur geht es wie in anderen Politikfeldern auch um handfeste Interessen und Konflikte. Besonders wichtig sind für uns die Macher und Produzenten von Kultur, denn sie sind es, die neue Ideen entwickeln, Experimente wagen und so für gesellschaftliche Bewegung sorgen. Trotzdem leben sie meist in sehr prekären ökonomischen Verhältnissen.

Deshalb haben wir uns in den letzten Monaten an verschiedenen Stellen dafür eingesetzt, die Stellung von Künstlern und Kulturschaffenden auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Dabei geht es unter anderem darum, einige Probleme in der Umsetzung der Hartz-Gesetze zu beheben und die Arbeitsmarktpolitik flexibler an die besonderen Existenzbedingungen von Künstlerinnen und Künstler anzupassen.

Kontinuierlich befassen wir uns mit der Vermittlung von Kulturschaffenden durch die Bundesagenturen für Arbeit. Kulturschaffende, und nicht nur sie, haben einen Anspruch auf qualifizierte Vermittlung auf



Impression von einer Sitzung der Bundestagsfraktion Die Grünen, Frühjahr 1985; vorn v.l.n.r.: Joschka Fischer, Heinz Suhr und Petra Kelly. Foto: Richard Schulze-Vorberg

Augenhöhe, die ihren besonderen Lebenslagen gerecht wird. Mit diversen parlamentarischen Initiativen haben wir uns deshalb gegen die Schließungspläne der Bundesregierung und für den Erhalt aller Künstlerdienste bei der Bundesagentur für Arbeit eingesetzt. Gerade bei den Künstlerdiensten sitzen Fachprofis, die mit dem künstlerischen Berufsfeld und dem Arbeitsalltag von Kulturschaffenden vertraut sind. Umso bedauerlicher ist es, dass Standorte der Künstlerdienste geschlossen wurden.

Unser Antrag „Vermittlung in Selbständigkeit“ wurde von den Koalitionsfraktionen weitgehend aufgegriffen – womit die Politik die besonderen Lebensverhältnisse im Kulturbereich anerkennt. Doch auch hier gibt es einen Wermutstropfen: So dürfen die Künstlerdienste zukünftig zwar arbeitssuchende Künstlerinnen und Künstler auf Betätigungsmöglichkeiten als Selbständige aufmerksam machen, den von uns geforderten Anspruch auf eine solche unverbindliche Vermittlung in selbständige Tätigkeiten haben die Koalitionsfraktionen aber verhindert.

## Kulturwirtschaft: Mehr als ein Standortfaktor

Diese Parteinahme für die Produzentinnen und Produzenten von Kultur ist geleitet von der Grundhaltung, Kultur nicht allein als ökonomischen Standortfaktor zu betrachten. Kultur hat auch einen Wert jenseits von Fragen der Verwertbarkeit. Sie muss ein Gemeinschaftsgut mit niedrigen Zugangshürden bleiben, weshalb die öffentlichen Infrastrukturen – Bibliotheken, Musikschulen, Theater etc. – nicht dem freien Markt überlassen werden dürfen. Kulturelle Räume sind Räume der Befähigung und gerade in der Wissensgesellschaft unverzichtbar. Natürlich ist Kreativität auch eine ökonomische Ressource, diese Tatsache darf aber nicht zu einem „ökonomistischen“ Tunnelblick führen. Deshalb gilt: Künstlerinnen und Künstler dürfen und sollen auch Unnützes und Überflüssiges produzieren. Die verengte ökonomische Perspektive ist aber bei den Regierungsparteien oftmals vorherrschend, hier treffen wir oft auf eine „Kulturindustriepolitik“. Ein Beispiel: Gerade aus der Perspektive der „kleinen“ Kreativen und Kulturunterneh-

men ist die „Initiative Musik“ der Bundesregierung zu kritisieren. Die Initiative wird nicht genutzt, um endlich substanziell mit den kleinen Labels ins Gespräch zu kommen. Stattdessen hat man wieder in erster Linie die Major-Firmen an den Tisch gebeten. Dabei sind es auch in der Populärmusik meist die kleinen unabhängigen Labels, die neue innovative Stile entwickeln. Dennoch ist es gut, dass die Debatte um Kulturwirtschaft und „Creative Industries“ nun auf höchster Ebene – in den zuständigen Ministerien – geführt wird. Erfreulich, wie die parlamentarischen Mechanismen funktionieren: Als die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Oktober 2006 eine Kleine Anfrage zur Kulturwirtschaft an die Bundesregierung stellte, wirkte dies wie ein Startschuss für die größere politische Bewusstseinsbildung. Es sollte bei kommenden politischen Entscheidungen nicht primär darum gehen, der „Kulturindustrie“ neue Umsatzchancen zu eröffnen oder den puren Kommerz fröhliche Urständ' feiern zu lassen. Es darf auch nicht darum gehen, das öffentliche Gut Kultur zu privatisieren. Nein: Im Zentrum der Debatte müssen auch hier die Produzenten und Autoren der Kultur selbst stehen. Ziel muss es sein, die politischen Rahmenbedingungen für kreative und künstlerische Arbeit zu verbessern. Es geht um Respekt für das, was Künstler und Kulturschaffende leisten.

Denn Kulturwirtschaft ist nicht gleich Kulturwirtschaft. Es gibt die Großen und es gibt die Kleinen. Eine Studie von Michael Söndermann mit dem Titel „Kultur- und Kreativwirtschaft – aktuelle Trends unter besonderer Berücksichtigung der Kreativszene“, die wir im letzten Jahr für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Auftrag gegeben haben, zeigte, dass gerade die Klein- und Kleinstunternehmen die entscheidenden Ideen- und Impulsgeber für die Kulturwirtschaft sind. Die Anzahl solcher Mikrounternehmen steigt stetig, sie besitzen aber oftmals schwach entwickelte wirtschaftliche Potenziale und tragen nur selten zu einem Ausbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen bei. Wichtig ist also, dass die Rahmenbedingungen den Existenz- und Arbeitsbedingungen dieser Mikrounternehmen angepasst und für die Kreativszene insgesamt verbessert werden.

## Für eine kritische Erinnerungskultur

Derzeit führen wir in der Fraktion eine angeregte Debatte um die Zukunft der Erinnerungspolitik. Die zentrale Frage ist für uns dabei, wie wir die Erinnerung an den Nationalsozialismus und seine Verbrechen nach dem Verschwinden der Generation der Überlebenden und Zeitzeugen gestalten. Der Diskussionsentwurf der Bundesregierung für ein neues Gedenkstättenkonzept bleibt unbefriedigend, da er den Schwerpunkt zu sehr auf die Aufarbeitung der DDR-Geschichte legt und damit den Eindruck erweckt, als sei bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus das Wichtigste getan. Zudem zeigt sich auch in diesem Konzept wieder die Falle des Ökonomismus: Als allererster Indikator für den „nationalen und internationalen Stellenwert“ eines Erinnerungsortes wird im Regierungsentwurf nämlich die Besucherzahl genannt. Mit diesem wirtschaftlichen Erfolgskriterium wird aber übersehen, dass es immer Orte gegeben hat und weiterhin geben wird, die in der öffentlichen Wahrnehmung keine bedeutende Rolle spielen und vergessen oder verdrängt wurden. Außerdem wird dabei völlig die Bedeutung ausgeblendet, die die Gedenkorte für Opfer und ihre Nachkommen haben.

Wenn Bündnis 90/Die Grünen der Regierung außerdem vorwerfen, dass in dem Entwurf eine ausdrückliche Würdigung und Förderung neuer zivilgesellschaftlicher Initiativen fehlt, dann zielt diese Kritik ins Zentrum des Verständnisses von Politik generell und Kulturpolitik im Speziellen: Statt einer paternalistischen Haltung des „Wir – die öffentlichen Institutionen – regeln das schon für euch!“, brauchen wir immer wieder neue Ideen und Initiativen „von unten“. Kultur und Kulturpolitik können in diesem Prozess Medien der gesellschaftlichen Selbstverständigung sein und so dazu beitragen, dass neue Fragen aufgeworfen und und kreativ debattiert werden.

Die Verfasserin ist kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags ■

## Abonnieren oder empfehlen Sie puk und Sie erhalten ein ganz besonderes Dankeschön!



### 25 JAHRE DEUTSCHER KULTURRAT Die Jubiläums-DVD

25 Jahre Deutscher Kulturrat spiegeln auch 25 Jahre Kulturpolitik in Deutschland wider. Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben blicken nach vorne und zurück.

Mit über 95 Minuten Interviews, Diskussionen, Vorträgen, Kommentaren und Musik.

Ich möchte politik und kultur (puk) abonnieren (€ 18,00/6 Ausgaben im Jahr, inkl. Porto) und erhalte als Geschenk die DVD:

25 Jahre Deutscher Kulturrat – Die Jubiläums-DVD

Meine Adresse (=Rechnungsanschrift)

Ich abonniere puk

Name

Straße

PLZ Ort

Unterschrift/Datum

Coupon einsenden/faxen an: ConBrio Verlagsgesellschaft mbH, Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, Fax: 0941/945 93 50

# Das Kunstwerk im Zeitalter digital-globaler Reproduzierbarkeit

Gesetzliche Rahmenbedingungen neu justieren • Von Grietje Bettin

**Kultur und Medien treffen nicht allein im Feuilleton aufeinander. Radio, Fernsehen und vor allem das Internet sind zweifelsohne Teil und Vermittler von Kultur. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen im digitalen Zeitalter vor allem im Bereich des Urheberrechts und des Rundfunks, aber auch in der Förderung digitaler Kulturgüter wie Computerspielen neu justiert werden.**

Der atemberaubende Wandel der Medienlandschaft in den letzten drei Jahrzehnten eröffnet für Medien- und Kulturschaffende viele bislang ungeahnte Möglichkeiten. Konzerte können über das Netz inzwischen live vor einem internationalen Publikum gespielt werden – und das mit einem vergleichsweise geringen Aufwand. Für Künstlerinnen und Künstler, Fotografinnen und Fotografen ist eine virtuelle Galerie heutzutage ebenso unverzichtbar wie für Musikerinnen und Musiker ein Profil auf einer Internetplattform.

Mit der Chance, zielgenauer und mehr Menschen als früher mit den eigenen Werken zu erreichen, ergeben sich aber auch Herausforderungen und Risiken für Kulturschaffende und Publikum. Das Verhältnis von Verbraucherrechten und Schutz des geistigen Eigentums muss im Zeitalter des „Copy and Paste“ neu definiert werden, um beiden Seiten gerecht werden zu können. Das wurde jüngst mit dem berühmt-berüchtigten „Zweiten Korb“ der Urheberrechtsreform versucht – leider nur mit mäßigem Erfolg.

Einerseits konnten wir Grüne erreichen, große Nachteile zu Lasten von Urheberinnen und Urhebern abzuwenden. So haben wir die geplante Deckelung der Gerätevergütung auf maximal 5 % des Preises für kopier- und abspielbare Geräte verhindern können. Ebenso ist nun – entgegen ursprünglicher Pläne – jedes Gerät abgabepflichtig, das für urheberrechtsrelevante Handlungen verwendet werden kann.

Deutliche Schwächen hat das Gesetz bei Rechten von Autorinnen und Autoren, wenn Verwerter ihre Werke in bislang unbekanntem Nutzungsarten vermarkten wollen. Insbesondere das fehlende Widerrufsrecht für Filmschaffende gegen diese Vermarktung ist nicht akzeptabel. Für andere gemeinsam erstellte Werke gibt es seit langem ein, wenn auch eingeschränktes, Widerrufsrecht. Wir setzen uns dafür ein, dass Filmschaffende hier nicht diskriminiert werden. Ein weiteres Problem bleibt in diesem Zusammenhang die immer wieder proklamierte angemessene Vergütung für bekannte und unbekannte Nutzungsarten, die de facto jedoch kaum stattfindet.

Korrekturbedarf besteht ferner beim Recht auf Privatkopie. Nach unserer Überzeugung wird das Recht, ein Werk zu nutzen, fürs Leben erworben. Die Lebensdauer digitaler Trägermedien wie CDs oder Festplatten jedoch ist sehr viel kürzer als z.B. noch bei Schallplatten. Deswegen muss die private Sicherheitskopie rechtlich besser abgesichert werden, um lebenslangen Kunstgenuss zu garantieren und damit letztlich das Verbrauchervertrauen zu stärken.

Die mediale Globalisierung trifft aber auch die „klassischen“ Medien, die ihre Inhalte zunehmend international erwerben, aber auch selbst international vermarkten. Rundfunk ist daher immer weniger nur nationales Gut – und wird immer mehr über Staatsgrenzen hinweg reguliert, wie zum Beispiel auf europäischer Ebene durch die Fernsehrichtlinie. Konflikte sind damit vorprogrammiert. Denn Rundfunk ist in erster Linie Kulturgut. Die EU-Kommissi-

on allerdings betrachtet ihn eher als Wirtschaftsgut.

So hat die novellierte Fernsehrichtlinie primär zum Ziel, die Regeln für „grenzüberschreitende Dienstleistungen zu harmonisieren“. Unter anderem sollen Produktplatzierungen erlaubt werden. Produkte sollen in Filmen und Serien in gutem Licht dargestellt und damit beworben werden können. Die für uns elementare Trennung von Werbung und Programm wird so aufgeleicht. Mit der steigenden Gefahr von Schleichwerbung nimmt auch journalistische Glaubwürdigkeit ab. Letztlich leidet darunter die wichtige Rolle des Rundfunks für Informationsfreiheit, Qualitätsjournalismus und Demokratie. Eine rein wirtschaftliche Betrachtung des Mediums wird zudem den Inhalten nicht gerecht, denn das Programm in Radio und Fernsehen ist auch Ergebnis kreativer, bisweilen künstlerischer Arbeit.

Die Unesco-Konvention „Kulturelle Vielfalt“ hält uns dazu an, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner Rolle als Förderer und Spiegel kultureller Vielfalt, aber auch als Garant für den Meinungspluralismus zu stärken. Auch wenn die Reform der Fernsehrichtlinie in anderen Bereichen grundsätzlich zu begrüßen ist, zeigt sie doch, dass die EU auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen auf den Status eines reinen Wirtschaftsgutes reduziert.

Ein weiteres Feld kreativen Schaffens sind Computerspiele geworden. Als Teil der Medienkultur sind sie längst viel mehr als nur Jugendkultur. Oft sind sie Ergebnis künstlerischen Schaffens. Sie haben ihre eigene Ästhetik, Musik, und Erzählstrukturen. Ihre Genrevielfalt ist enorm, es gibt Denk- und Rätselspiele, Strategie-, Rollen- und Kampfspiele. Diese Genres existierten bereits vor dem ersten Computerspiel, die letztlich die moderne Fortschreibung altbekannter Spielkultur sind. Gute Computerspiele können zudem Medienkompetenz fördern, zur Vermittlung von Wissen eingesetzt werden (z.B. Lernspiele), aber auch persönliche Fer-



Blick auf den Präsidiumstisch des Bundesparteitags vom 21.–22.6.1980 in Dortmund, mit vier Mitgliedern des Bundesvorstandes Die Grünen.  
© POT <Dortmund>, Foto: Michael Dethleffsen

tigkeiten schulen (zum Beispiel räumliches Denken).

Insbesondere aber sind Computerspiele ein Spiegel unserer Zeit. Wir Grüne halten eine systematische Archivierung von Spielen für notwendig – aufgrund ihres kulturellen Wertes, aber auch, weil viele Spiele im Zuge der sich rasant ändernden Technologien immer häufiger nicht mehr spielbar sind und somit für die Nachwelt verloren gehen. Literatur und Filme werden heute umfangreich archiviert, Spiele nicht. Wir lassen daher gerade prüfen, inwiefern die Archivierungspflichten der Deutschen Nationalbibliothek und des Bundesarchivs auf das Medium Computerspiele übertragen werden können und welche Archivierungsregeln hier sinnvoll erscheinen.

Digitalisierung und Internet bieten aber auch die großartige Chance, das Wissen der Welt insgesamt bes-

er zu bewahren. Archive und Bibliotheken können dank Digitalisierung auch die alten Wissensbestände und Werke von Kunstschaffenden erhalten, zugleich aber auch einfacher als je zuvor zugänglich machen. Das Internet löst hier ein altes Dilemma: Früher bedeutete Archivierung oft, Inhalte mehr oder minder verschlossen aufbewahren zu müssen, um sie zu schützen. Digitale Bibliotheken und Archive können heute Inhalte gleichzeitig bewahren und im selben Schritt für jedermann weltweit problemlos zur Verfügung stellen.

Digitalisierung und Internet gefährden nicht das kulturelle Erbe der Menschheit, sondern bieten enorme Chancen zu seiner Bewahrung und Vermehrung. Beim Schutz des geistigen Eigentums muss hier eine Balance gewahrt werden, in der der Zugang zu Wissen nicht künstlich verknüpft wird, ohne aber Urheber-

innen und Urheber rechtlos zu stellen. Auf keinen Fall darf das digitalisierte Weltwissen der Kontrolle von Netzmonopolisten à la Google anheimfallen. Dies schadet der Informationsvielfalt und gefährdet letztlich die Demokratie.

Gerade in einer globalisierten und digitalisierten Welt dürfen Kunst und Kultur nicht allein Marktmechanismen unterworfen sein, sonst leidet die Qualität und wuchert der Mainstream. Wir sollten Profitinteressen dort bremsen, wo sie die Kreativität abzwängen drohen. Deswegen bleibt die politische Intervention zu Gunsten der Freiräume von Kunst und Kultur auch in den digitalen Medien unverzichtbar.

*Die Verfasserin ist medienpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Deutschen Bundestag* ■

## Von Kopenhagen bis Kalkutta

Die Auswärtige Kulturpolitik der Grünen Bundestagsfraktion • Von Uschi Eid

**Mit einer Erhöhung der Finanzen für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Bundeshaushaltentwurf 2008 ist die von der Bundesregierung beschworene „Trendwende“ noch nicht begründet, so sehr die Eterhöhung auch zu begrüßen ist. Was fehlt, sind eine klare Konzeption und eine Strategie der Außenkulturpolitik. Der von der grünen Bundestagsfraktion im Oktober 2007 eingebrachte Antrag ist als Beitrag zur derzeitigen Neuorientierung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gedacht.**

Für uns Grüne ist der Stellenwert des Kulturaustausches und der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik unumstritten: Tragfähige internationale und gute nachbarschaftliche Beziehungen benötigen ein kulturelles Fundament. Nichts ist hierfür wichtiger als die Begegnung von Menschen, von Künstlern und Kulturschaffenden, Studierenden und Wissenschaftlern über nationale, gesellschaftliche und kulturelle Grenzen hinweg. Auch deshalb muss die Auswärtige Kulturpolitik, wie Sicherheits- und Entwicklungspolitik, ein fester Bestandteil der Außenpolitik sein. Dass wir im Deutschen Bundestag bei grundsätzlicher Übereinstimmung über die Bedeutung des Poli-

tikfeldes durchaus unterschiedliche Bewertungen von Deutschlands Rolle in der Welt und in Europa vornehmen, Deutschlands Selbstverständnis als Kulturnation anders akzentuieren oder auch die Aufgabe kulturpolitischer Instrumente unterschiedlich bewerten, ist wenig überraschend. Ich freue mich, dass die Initiative meiner Fraktion erfolgreich war, wieder einen Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen, damit diese Debatte wieder einen Ort im Deutschen Bundestag hat und intensiv geführt werden kann.

Die in der „Konzeption 2000“ der rot-grünen Bundesregierung formulierten Grundsätze und Ziele tragen mit ihrer wertakzentuierten Programmatik, der regionalen Schwerpunktsetzung und der Anpassung an neue medientechnologische Entwicklungen in der medialen Außenrepräsentanz prinzipiell auch den heutigen internationalen Herausforderungen und Entwicklungen Rechnung. Jedoch gewinnen dynamische Wachstumsregionen wie China oder besondere Krisenregionen wie der Nahe und Mittlere Osten weiter an Bedeutung. Neue politische, wirtschaftliche, aber auch kulturelle Schwerpunktregionen sind in den letzten Jahren entstanden. Die neue

Schwerpunktsetzung auf dynamische Wachstumsregionen ist angesichts der weltpolitischen Entwicklungen folgerichtig, darf jedoch nicht „auf Kosten“ Europas gehen. Nicht „Kopenhagen oder Kalkutta“, sondern „Kopenhagen und Kalkutta“ sollte das Ziel sein.

Die jüngsten Erfahrungen haben außerdem deutlich gemacht, dass Krisen und Konflikte nur in begrenztem Maß mit den Mitteln der Kulturpolitik gelöst werden können. Zu beobachten ist eine zunehmende Tendenz der Politisierung von Kunst und Kultur. Dies gilt nicht nur in Hinblick auf den Verzicht auf die Freiheit der Kunst in der kulturpolitischen Praxis, wie es im Verlauf des weltumspannenden Streits um die Mohammed-Karikaturen geschehen ist. Ebenso gravierend ist die – in den letzten Jahren verstärkt zu konstatierende – programmatisch gewollte Indiennahme von Kunst und Kultur für wirtschaftliche, soziale und politische Zwecke. Gerade die Auswärtige Kulturpolitik ist in besonderer Weise der Gefahr einer solchen Instrumentalisierung von Kunst und Kultur ausgesetzt und ist deshalb gehalten, Kunst und Kultur in ihrer Autonomie zu schützen.

Insgesamt steht die Auswärtige Kulturpolitik vor der Aufgabe, die

thematische Abgrenzung und Reichweite des Politikfeldes zu klären. Eine wichtige Ergänzung wird darin bestehen, Wissenschaft, Bildung und Entwicklungspolitik in die Agenda der Auswärtigen Kulturpolitik zu integrieren. Angesichts einer entstehenden globalen Wissensgesellschaft stellt sich vor allem die Aufgabe, eine Konzeption zu entwickeln, die Wissenschafts- und Forschungspolitik, aber auch Wirtschafts- und Entwicklungspolitik in einem neuen Querschnittsbereich der Politik verbindet. Eine stärkere Akzentuierung von Wissenschaft und Forschung in der Außenpolitik dient gleichzeitig der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Deshalb kommt der Öffnung und Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Hochschulen künftig noch größere Bedeutung zu.

Zu prüfen ist außerdem – in Abgrenzung zum originären Handlungsbereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – das Aufgabengebiet der Public Diplomacy des Auswärtigen Amtes. Die beiden Bereiche werden als zwei unabhängige, komplementär eingesetzte In-

Weiter auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

### Von Kopenhagen bis Kalkutta

strumente der deutschen Außenpolitik verstanden, wobei die Auswärtige Kulturpolitik primär kultur- und bildungspolitische Ziele verfolgt, während Public Diplomacy im Ausland nicht nur Interesse für Deutschland und Verständnis für unsere gesellschaftlichen Wertvorstellungen wecken, sondern dauerhafte Bindungen zu Deutschland aufbauen will. Allerdings hat die Bundesregierung bisher keine klare begriffliche Abgrenzung dieser beiden Bereiche vorgenommen. Weder in thematischer noch institutioneller Hinsicht sind die operationalen Anforderungen dieser beiden Bereiche bisher

eindeutig definiert. Die jüngst erfolgte Zusammenlegung der zuständigen Abteilungen im Auswärtigen Amt zur Abteilung für Kultur und Kommunikation, die nun Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Kommunikations- und Medienpolitik sowie politische Öffentlichkeitsarbeit in sich vereint, macht eine solche Klärung besonders dringlich.

Ein weiteres Problem ist die bisherige Trennung von Außenkulturpolitik und den Institutionen der Kulturpolitik im Inland. Auch hier stellt sich die Aufgabe, eine global ausgerichtete Netzwerkorientierung zu entwickeln, die alle Akteure der Kulturpolitik prinzipiell einschließt.

Die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen erfordern keine ziellose Erweiterung des Aufgabenkatalogs, denn es besteht die Gefahr, die Auswärtige Kulturpolitik mit An-

sprüchen zu überfrachten. Vielmehr ist eine ehrliche Bilanzierung und ein klares konzeptionelles Leitbild der auswärtigen Kulturarbeit gefragt, um weiterhin effizient und erfolgreich agieren zu können. Was wollen wir mit Auswärtiger Kulturpolitik erreichen? Welche Instrumente und welche finanziellen Mittel stehen uns dafür zur Verfügung? Welche Ziele konnten mit den bisherigen Mitteln erreicht werden, welche nicht? Wo stößt die Auswärtige Kulturpolitik an ihre Grenzen? Eine umfassende und systematische Überprüfung der vorhandenen Instrumente der auswärtigen Kulturarbeit und deren Anpassung an die gesteckten Ziele sind daher dringend erforderlich. Nur so kann die von der Bundesregierung beschworene „Trendwende“, die sich bisher nur in einer Erhöhung der Finanzmittel nieder-

schlägt, auch konzeptionell eingeleitet werden.

Mit einer Großen Anfrage zur Auswärtigen Kulturpolitik (Drs. 16/2233) hat meine Fraktion einen Beitrag zu grundsätzlichen Anpassungs- und Überprüfungsnotwendigkeiten der „Konzeption 2000“ geleistet. In unserem aktuellen Antrag „Neujustierung der Auswärtigen Kulturpolitik“ (Drs. 16/6604) geben wir Anregungen für eine zukunftsweisende Außenkulturpolitik der Bundesregierung. Besonders die kulturelle Dimension der europäischen Integration, die Unterstützung der transatlantischen Beziehungen durch die Auswärtige Kulturpolitik, die kritische Überprüfung der regionalen Schwerpunktsetzungen und der Aufbau kulturpolitischer Dialog- und Begegnungsstrukturen als Beitrag zur Konfliktbearbeitung sind wesentliche Aspekte des Antrags.

Zwar hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage eine Reihe von gestellten Fragen beantwortet (Drs. 16/4024), insgesamt hat sich jedoch gezeigt, dass eine umfassende Bestandsaufnahme des Politikfeldes der Auswärtigen Kulturpolitik, gerade unter Berücksichtigung der neuen Entwicklungen und Herausforderungen, bisher nicht vorliegt. Eine solche Bestandsaufnahme, die die institutionellen und konzeptionellen Dimensionen des Politikfeldes berücksichtigt, sollte – nach 30 Jahren – mit der erneuten Einsetzung einer Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages erreicht werden.

*Die Verfasserin ist Sprecherin für Auswärtige Kulturpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen ■*

## Kultur – Bund – Berlin

Die Stadt mit der magischen Anziehungskraft für Künstler und Publikum • Von Alice Ströver

**Der internationale Blick auf das kulturelle Treiben in Berlin ist euphorisch. In New York war gerade zu erleben, wo das von der Carnegie Hall veranstaltete „Berlin in Lights“-Festival mit etwa 50 unterschiedlichen kulturellen Veranstaltungen mit Akteuren und Institutionen aus Berlin auf ein überwältigendes öffentliches Echo gestoßen ist. Aus der Sicht der New Yorker scheint Berlin der ideale Kulturstandort, weil hier das öffentlich geförderte Kulturangebot und die vielfältigen anderen Aktivitäten eine geradezu magische Anziehungskraft für Künstler und Publikum aus aller Welt erzeugen. Die Motivation ausländischer Touristen für einen Berlin-Besuch liegt auch im Berliner Kulturleben. Für Berlin erzeugt dieses Image eines idealen Kulturstandortes eine unglaubliche Werbewirksamkeit, ohne dass der Berliner Senat viel dazu tun muss. Im Gegenteil: Das Land hat seit der Wiedervereinigung die öffentlichen Kulturfördermittel fast halbiert und pflegt dennoch das Image, eine grandiose Kulturstadt zu sein. Kein Wunder, dass dieses Bild Berlins im Inland von Neid und Missgunst begleitet wird. Ob berechtigt oder nicht: Berlin hat München und Köln den Rang als Film- und Medienstadt abgelaufen und wer spricht heute noch von Düsseldorf oder Köln als wichtigsten Galerienstandorten?**

Die Sicherung des Kulturstandortes ist der Unterstützung des Bundes zu verdanken, denn ohne die laufende Bundeshilfe ginge schon vieles nicht mehr. Das beste Beispiel ist der Hauptstadtkulturfonds, das wichtigste Förderinstrument für die freie Kulturszene. Mit den rund zehn Millionen Euro, die der Bund jährlich für innovative Kulturprojekte in die Hauptstadtförderung steckt, präsentiert sich in Berlin genau das innovative Kulturangebot, wofür die eigenen Mittel nicht reichen.

Um die Missgunst anderer Bundesländer nicht weiter zu schüren, muss transparent und nachvollziehbar sein, warum und wofür der Bund Kultur in Berlin finanziert, in Stuttgart oder Hamburg aber nicht. Es ist sehr bedauerlich, dass es in der Föderalismusreform nicht zu einer grundlegend neuen und systematischen Bestimmung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern und zum Verhältnis des Bundes zu seiner Hauptstadt gekommen ist. Wichtig wären klare Kriterien für die Bundesförderung. Hier der Versuch einer systematischen Klärung.

### Das Erbe Preußens

In Artikel 135 des Grundgesetzes ist für die Rechtsnachfolge vergangener



Blick in den Saal des Bundesparteitags der Grünen in Dortmund vom 21.–22.6.1980.

© POT<Dortmund>, Foto: Michael Dethleffsen

Staaten auf deutschem Boden die Möglichkeit vorgesehen, die Zuständigkeit für diese Hinterlassenschaft dem Bund zu übertragen. So ist es 1957 zur Gründung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gekommen, in die nach der Wende nur die Museen im Ost-Teil Berlins integriert wurden.

Nicht einbezogen wurden die Einrichtungen der Musik und des Musiktheaters, deshalb wurden die Deutsche Staatsoper Unter den Linden und das Konzerthaus am Gendarmenmarkt unmittelbare Landes-einrichtungen. Auch die dreihundertjährige Akademie der Künste mit ihren großartigen Archivschatzen gehört zweifellos zum preußischen Erbe, was der Bund inzwischen durch die Übernahme bestätigt hat. Es hätte zumindest einer Diskussion bedurft, um Korrekturen vorzunehmen, was bis heute nicht geschieht.

### Kultureinrichtungen von nationaler Bedeutung

Hier ist in den vergangenen Jahrzehnten eine besondere Bundesförderung entstanden, von der viele Länder profitieren, ohne dass es klar definierte Kriterien gibt, was warum dazu gerechnet wird. Der Bund hat unter seine Fittiche genommen, was er für richtig hielt, und die einzelnen Länder waren froh, finanziell entlastet zu sein.

Niemand hat je eindeutig definiert, was denn eigentlich diese gesamtstaatliche Bedeutung ausmacht. Es kann ein inhaltliches Kriterium herangezogen werden oder die überragende Bedeutung und Einmaligkeit des Projektes, die die gesamtstaatliche Bedeutung bestätigen. Die historischen Museen zur deutschen Geschichte gehören aus inhaltlichen Gründen dazu. Das Jüdische Museum in Berlin verfolgt ebenso einem überregionalen Ansatz der Präsentation jü-

dischen Lebens und Geschichte. Dieses Alleinstellungsmerkmal erfüllen in Berlin zum Beispiel das Haus der Kulturen der Welt mit der Präsentation und der Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur der außereuropäischen Welt und die Berlinale, dem einzigen deutschen Filmfestival von weltweiter Ausstrahlung. Aus systematischen Gründen ist allerdings die Finanzierung des Filmmuseums in der Stiftung deutsche Kinemathek durch den Bund nicht gerechtfertigt. Was woanders von der Kommune oder dem Land getragen wird, sollte in Berlin auch dauerhaft Landesaufgabe sein.

Der Bund selbst hat gut daran getan, auch Einrichtungen in anderen Orten der Bundesrepublik in die Förderung aufzunehmen, z.B. das Bacharchiv in Leipzig oder die Bayreuther Wagner-Festspiele oder die Bundeskunsthalle in Bonn. Die Förderung sollte hier auf zehn Jahre be-

fristet und danach evaluiert und ergänzt werden.

### Verantwortung für die Geschichte

Berlin hat als zentraler Ort der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eine besondere Verantwortung für den Umgang mit Gedenkorten an den Nationalsozialismus. Auch die historische Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit an die deutsche Teilung, die Berliner Mauer und das DDR-Unrechtsregime sind eine kulturpolitische Verpflichtung für die Stadt und große finanzielle Herausforderungen. Der Bund selbst hat sich zu einer klaren Mitverantwortung für die Gedenkstätten von überregionaler Bedeutung bekannt. Es ist aber falsch hieraus abzuleiten – wie

Weiter auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

vor allem von CDU und Linkspartei immer wieder vorgetragen – der Bund allein möge für die Vergangenheitsaufarbeitung zuständig sein. Wir brauchen keine „Nationale Mahn- und Gedenkstättenpolitik“. Gerade weil viele dieser Orte überhaupt nur durch bürgerschaftliches Engagement entstanden und dokumentiert wurden, muss es politisch bei der regionalen Verantwortung bleiben und die Gedenkstätten ihre inhaltliche Unabhängigkeit behalten. Ein Manko der Nichtdebatte dieser Frage in der Föderalismuskommission wird hier deutlich. Statt sich zu einer gemeinsamen Verantwortung zu bekennen, die zu einer anteiligen Finanzierung aller führen könnte, ähnlich wie beim Preußischen Kulturbesitz, lässt man den Bund und das jeweilige Sitzland der Gedenkstätte die Finanzierung allein schultern. Ein Unding, wie sich viele Länder sich vor der gemeinsamen Verantwortung für die Unrechtsgeschichte in unserem Land drücken!

### Hauptstadtkultur

Nun gibt es also einen neuen Hauptstadtkulturvertrag zwischen Berlin und dem Bund, der weitreichende Aussagen auch zur Kultur in der Hauptstadt enthält. Die Finanzierung des größten Teils der Sanierung der Staatsoper ist ein wichtiges Signal der Mitverantwortung des Bundes für die Oper. Die Koppelung der zugesagten 200 Mio. Euro daran, das Berlin der Staatsoper jährlich zehn Millionen Euro mehr gibt, zwingt nun das Land, auch die beiden anderen Opern und das Staatsballett besser auszustatten. Aus kulturpolitischer Sicht ist jeder Euro mehr im Berliner Kulturhaushalt selbstverständlich zu begrüßen. Die Fixierung der Mittelsteigerung allein auf die Opernhäuser ist bei einem in vielen Bereichen, vor allen der freien Kulturszene, dramatisch unterausgestatteten Haushalt allerdings ziemlich problematisch.

Der alte Hauptstadtkulturvertrag bleibt als „Sonderhilfe des Bundes“ weiterhin in Kraft und fördert unstrukturiert ein Sammelsurium von Kulturinstitutionen. Allein der Hauptstadtkulturfonds hat sich bewährt. Allerdings ist dieser Fonds inzwischen in seine eigene Erfolgsfalle getappt, denn immer mehr Projekte sind in regelmäßige Festivals umgewandelt worden, für die nun Jahr für Jahr immer neue Finanzierungsquellen gesucht werden müssen, wofür es im Landeshaushalt kein Geld gibt. Deshalb sollte der Fonds um eine „zweite Säule“ erweitert werden, damit erfolgreiche Festivals eine dauerhafte Förderung bekommen können. Bis auf den Hauptstadtkulturfonds ist ein Hauptstadtkulturvertrag völlig überflüssig, denn besondere kulturelle Hauptstadtaufgaben sind nicht auszumachen, wenn es allgemein gültige Kriterien für Bundesförderungen gibt.

Deswegen ist ein einfaches Weiter so der falsche Weg. Kulturpolitik muss Rahmenbedingungen setzen, um Spielräume zu schaffen für Neues und Kreatives. Würden die politischen Verantwortlichen sich für Reformen ein wenig Zeit lassen, könnte am Ende vielleicht ein tragfähiges Förderkonzept für Bundeshilfen im Bereich Kultur herauskommen, bei dem nicht jedes Mal neu diskutiert wird, warum das Geld fließt. Gäbe es einen Konsens in der Förderlogik des Bundes, könnten unbotmäßige Debatten über die Berlin-Förderung entfallen. Diese langfristige Konzept muss her, jenseits aller Parteipolitik.

*Die Verfasserin ist kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus und Vorsitzende des Ausschusses für kulturelle Angelegenheiten ■*

## Auszug zur Kultur aus dem Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen „Die Zukunft ist grün“

Das Grundsatzprogramm „Die Zukunft ist Grün“ wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 15. bis 17. März 2002 im Berliner Tempodrom beschlossen. Der Bereich Kultur ist unter der Überschrift „Aufbruch in die Wissensgesellschaft“ zu finden.

### V. KULTUR

Kultur ist Lebenselixier. Sie ist gerade in einer Welt wachsender Unübersichtlichkeit von herausragender Bedeutung. Kultur entsteht in der Auseinandersetzung der Menschen mit ihrer Umwelt, mit Geschichte, Gegenwart und Zukunft. In vielfältigen Ausdrucksformen reflektiert die Kunst Erfahrungen, die Menschen mit sich selbst, mit der Natur und der Gesellschaft machen. Sie bietet normative und ästhetische Orientierungen für das Leben der Einzelnen und der Gesellschaft.

### Kultur und Selbstbestimmung

Kulturelle Vielfalt, künstlerische Freiheit, der Zugang zu kultureller Bildung sind zentrale Voraussetzungen für Freiheit und Selbstbestimmung. Der Kulturbegriff hat sich erweitert. Die Vielfalt kultureller Sparten und die wechselseitige Durchdringung verschiedener Kulturen finden ihr Spiegelbild in den Lebensformen und Lebensstilen moderner Gesellschaften. Die Durchlässigkeit und Vermischung der Kulturen als untrennbarer Bestandteil der Globalisierung schlägt sich in jedem persönlichen Lebensentwurf, in jeder Stadt und auf jeder Homepage nieder. Der Kunstbegriff ist offen und muss vor staatlichen Zugriffen und Vereinnahmungen geschützt werden. Die Definition von Kunst ist – nicht nur unter den Künstlerinnen und Künstlern selbst – seit jeher umstritten. Dieser Streit ist offen zu halten und kann nicht politisch entschieden werden.

Kulturelle und technische Innovationen sind in modernen Gesellschaften auf vielfache Weise verwoben. Kulturelle Offenheit fordert zu einem offenen und abwägenden Umgang mit den neuen Kulturtechniken in elektronischen Medien heraus. Kultur und Kunst geben auch solchen neuen gesellschaftlichen Entwicklungen Ausdruck und Interpretation.

### Kultur und Demokratie

Kulturschöpfungen und kulturelle Präsentationen bieten starke Antriebskräfte hin zu einer freien und demokratischen Gesellschaft. Die formstiftende und formgebende Dynamik der Kunst ist unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie.

Gegenseitiger Respekt, Anerkennung der persönlichen Integrität des Anderen, Entfaltung der intellektuellen, ästhetischen und sinnlichen Begabungen, Offenheit für das Abweichende, Marginalisierte und Ausgeschlossene sind wesentliche Elemente einer bündnisgrünen Kulturpolitik. Politik muss sich für die Pluralität der Lebensstile öffnen und die Verallgemeinerung eines Lebensstils oder einer vermeintlichen Leitkultur zu Lasten anderer verhindern.

Gerade für die heranwachsende Generation sind frühe und intensive Begegnungen mit Kultur und Kunst und das Erfahren von Toleranz, Neugier und Selbstvertrauen in die eigene Kreativität von herausragender Bedeutung.

Eine Akzeptanz der Kulturpolitik durch junge Menschen setzt voraus, dass sie ihre Lebensformen und Lebensstile in der Politik wiederfinden.

Weil die Frage, wie wir leben und wie wir leben wollen, vor allem auch eine Frage der Kultur ist, so ist der Wechsel zu einer ökologisch verantwortlichen Lebensweise auch eine Frage von Kunst, Kultur und Kulturpolitik. Die Frage nach unserer Zukunft verbindet Kultur und Nachhaltigkeit.

### Kulturförderung als öffentlicher Auftrag

Aufgabe der öffentlichen Kulturpolitik ist es, kulturelle Aktivitäten und künstlerische Betätigung für möglichst viele Menschen zu ermöglichen. Dabei geht eine demokratische Kulturpolitik von der Gleichberechtigung vielfältiger kultureller Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Nationalitäten in Deutschland sowie von der Gleichwertigkeit von traditionellen Kulturinstitutionen, neuen innovativen Kunstformen und freien soziokulturellen Projekten aus. Unsere Aufmerksamkeit gilt auch der Förderung von Sprachen und Kulturen der autochthonen Minderheiten, wie zum Beispiel der Sorben.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit ihrer föderalen Struktur einer vor allem durch Kommunen und Bundesländer finanzierten Kulturförderung eine weltweit bemerkenswert vielfältige Kulturlandschaft geschaffen. Darüber hinaus ist eine stärkere Rolle des Bundes in der Kulturpolitik wünschenswert, um dadurch die Förderung von Kunst und Kultur auf eine breitere Basis zu stellen und die internationale Wahrnehmung zu intensivieren. Deshalb befürworten wir in ausdrücklicher Anerkennung der Kulturhoheit der Länder, die Kulturpolitik auf der Bundesebene aufzuwerten und die Kultur als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern, um ihrer gewachsenen Bedeutung gerecht zu werden.

Es ist eine zentrale Aufgabe unserer Politik, Freiräume für Kunst und Kreativität zu sichern und zu fördern. Kultur und Kunst gehen von den Menschen aus, nicht vom Staat. Der Staat hat die Aufgabe, den kulturellen und künstlerischen Anliegen in der Gesellschaft Raum zu geben und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sie sich frei entfalten können. Mit einer so verstandenen Kulturpolitik fördert er die Entwicklung personaler und gesellschaftlicher Identität. Jugendkultur braucht Räume, um sich zu treffen und zu kommunizieren. Sie braucht Jugendzentren, Proberäume, Auftrittsmöglichkeiten, Clubs, Kinos und vieles mehr.

Bündnisgrüner Politik geht es darum, allen Gesellschaftsschichten und -gruppen den Zugang zu Kunst und Kultur offen zu halten.

Auch dort, wo sich kulturelle Bereiche selbst tragen, muss Kulturpolitik über die Gestaltung der Rahmenbedingungen fördernd tätig werden, zum Beispiel durch die soziale Sicherung von Künstlerinnen und Künstlern oder die weitere Gestaltung des Stiftungs- und Steuerrechts. Die öffentlich getragenen und finanzierten Kultureinrichtungen bilden gemeinsam mit dem privatwirtschaftlichen Kultur- und Kunstbereich und dem in den letzten Jahren stark gewachsenen frei gemeinnützigen Kultursektor die drei Säulen des bundesrepublikanischen Kultursystems. Eine offene Kulturpolitik darf kommerzielle Kulturangebote nicht primär als Gefahr sehen. Freie und privatwirtschaftliche Kultur-

produzenten und -vermittler tragen wesentlich zur kulturellen Vielfalt bei. Ohne kulturelle Privatinitiative und individuelles kulturelles Engagement können Kunst und Kultur nicht überleben. Bundeskulturpolitik darf die Förderung hier nicht den Ländern und Kommunen, die den größten Teil der Kultur Ausgaben tragen, überlassen, sondern muss sich durch Förderung exemplarischer, herausragender Projekte auch vor Ort engagieren.

### Kulturgut Sport

Sport ist ein wichtiges Kulturgut unserer Zeit. Bewegung, Spiel, gemeinsam Erlebtes, Erfolge und die Verarbeitung von Niederlagen fördern das Selbstbewusstsein der Menschen. Sie tragen auch zur Entwicklung sozialer Kompetenzen, von Leistungsbereitschaft, tolerantem und fairem Verhalten sowie zu mehr bürgerschaftlichem Engagement bei. Dafür sind die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Ehrenamtliches Engagement im Sport ist von hohem gesellschaftlichen Wert und deshalb in besonderer Weise zu stärken. Sport kann nur in einer gesunden und intakten Umwelt ausgeübt werden. Umweltverträgliche Sportausübung und umweltgerechte Sportstätten sind ein Ausdruck hierfür. Der Staat fördert auf allen Ebenen gemäß seiner Zuständigkeiten Breiten- und Gesundheitssport, Behinderten- wie auch Spitzensport. Die öffentliche Förderung für den Sport ist nur dann gerechtfertigt, wenn Sport und Training nach humanen Prinzipien, fair und ohne Doping betrieben werden. Die Gesundheit der Sportler muss im Vordergrund stehen.

### Kultur der Stadt – Kultur im ländlichen Raum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Förderung einer vielfältigen Stadtkultur. Die europäische Stadt war die Wiege der Demokratie, der Selbstverwaltung der öffentlichen Angelegenheiten durch die Bürgerinnen und Bürger. Zu den urbanen Traditionen, die wir bewahren und weiterentwickeln wollen, gehört die Offenheit der Stadt für neue Ideen, für Zuwanderung und die Vielfalt von Lebensstilen und Kulturen, gehört ihre dichte politische und kulturelle Öffentlichkeit und das gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft. Die Städte müssen ihre Identität als Handels-, Kultur- und Kommunikationszentren bewahren und fortentwickeln – mit lebendigen Innenstädten und Stadtteilen, unverwechselbarer Baukultur, städtebaulicher Eigenart und Nutzungsvielfalt und einem regen gesellschaftlichen Leben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für die Erhaltung und Pflege kultureller Äußerungen und Lebensformen des ländlichen Raums ein. Nachhaltiger und sorgsamer Umgang mit der Natur als selbstverständlichem Teil der Kultur sind im ländlichen Raum vielfältig ausgeprägt. Lokales Brauchtum und sprachliche Besonderheiten sind ein wichtiger Teil unserer kulturellen Wurzeln. Die Kultur im ländlichen Raum lebt im Spannungsverhältnis ihrer eigenen Traditionen und der Begegnung mit aktuellen Entwicklungen. Kultur wird zum wichtigen Identifikationsmerkmal in der Region, wenn es dem ländlichen Raum gelingt, seine Eigenständigkeit zu erhalten und nicht zum gesichtslosen „Umland der Stadt“ abzugleiten. Deshalb ist es unsere Aufgabe, regionale Kulturlandschaften zu stärken und zu profilieren.

Ein vorausschauender Denkmalschutz soll bauliche Zeugnisse der Vergangen-

heit sichern und für neue Nutzungen öffnen. So wird die baukulturelle Geschichte den nachfolgenden Generationen weitergegeben. Wir wollen aber nicht nur Vergangenes bewahren, sondern ebenso den Dialog über zeitgenössische Bau- und Städtebaukultur pflegen.

### Kulturelles Erbe

Wir müssen wissen, woher wir kommen, um zu wissen, wohin wir gehen. Die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte – insbesondere mit dem Nationalsozialismus – ist ein Fundament unserer Demokratie. Die historischen Orte mit Mahnmalen, Museen, Gedenkstätten, Archiven und Bibliotheken sind wichtige Lernorte lebendiger Erinnerungskultur, die uns Erfahrungen der Vergangenheit für zukünftiges Handeln bewusst machen.

Geschichte trägt sich gerade auch in der jeweiligen Nachbarschaft zu. Deshalb sind die vielen kleinen Initiativen und Einrichtungen, die die lokale Erinnerungskultur lebendig halten, durch Kommunen und Länder zu fördern. Die Bundesförderung für die an NS-Verbrechen und das Unrecht des SED-Regimes erinnernden Gedenkstätten ist unverzichtbar.

Zeugnisse der Vergangenheit sind eine Grundlage für das historische und kulturelle Gedächtnis der Gesellschaft. Sie machen immer wieder Erfahrungen der Vergangenheit bewusst und tragen zur Lebensqualität der Städte, Dörfer und Landschaften bei. Das bauliche Erbe ist Fundament für eine qualitätsvolle zeitgenössische Bau- und Städtebaukultur.

### Kultur in Europa – Kulturen der Welt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine aktive Begegnung der Kulturen der Welt. Dies trägt zu gegenseitigem Respekt, zu Anerkennung und Toleranz bei. Auf kultureller Ebene kann die Verständigung und Auseinandersetzung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Lebenskonzepten in besonderer Weise gelingen. Keine der beteiligten Kulturen darf die andere beherrschen wollen. Kultureller Austausch ist unverzichtbar für ein tolerantes, friedliches Zusammenleben, und nur die Kulturen, die sich austauschen, bleiben zukunftsfähig. Kulturpolitik ist Friedenspolitik.

Wir begreifen kulturelle Verständigung als Schlüssel für ein zusammenwachsendes Europa. Darüber hinaus ist der internationale Kulturaustausch im Rahmen einer aktiven auswärtigen Kulturpolitik weiter zu entwickeln.

Zur Kultur eines Einwanderungslands gehört die Offenheit gegenüber Menschen aus anderen Kulturen, Ethnien und Religionen. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Begegnung der Kulturen und der Förderung von Kunst und Kultur der in Deutschland lebenden MigrantInnen. Ihre Kreativität ist eine Ressource, die gesellschaftliche Innovation hervorbringt. Interkultureller Dialog wird so zu einer gesellschaftlichen Bereicherung, die Erkenntniszuwachs bereitet und individuelles Selbstverständnis vertieft. Andere als gleichberechtigt gelten lassen zu können, setzt voraus, auch über Kenntnis und Wertschätzung der eigenen Kultur zu verfügen.

# Mitteilungen von ganz anderer Art

Die kulturpolitische Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung • Von Jan Engelmann

**Über seine eigene Zunft sagte Heinrich Böll in den Frankfurter Vorlesungen: „Schriftsteller (...) zahlen ihre Steuern, zahlen im statistischen Durchschnitt ihre Miete, ihren Strom und ihr Gas – das ist ihre einzige Berührung mit dem Staat –, ich glaube, mehr ist aus diesem Verhältnis nicht herauszuholen.“**

Ist es nicht? Einmal abgesehen davon, dass die Energieversorger heutzutage immer häufiger Privatunternehmen sind, steht das damalige Understatement Bölls im Widerspruch zu den kulturpolitischen Realitäten. Auf schätzungsweise 8 Milliarden Euro summieren sich die Kultur Ausgaben in Bund, Ländern und Gemeinden; insbesondere Schriftsteller profitieren von den öffentlichen Subventionen für Bibliotheken, Literaturhäuser und städtische Bühnen sowie den mehr als fünfhundert zum Teil hochdotierten Literaturpreisen, die hierzulande vergeben werden. Bei diesem reichhaltigen Investment in Kultur soll sich kein Verhältnis herausgebildet haben? Nun, Bölls Punkt war wohl ein anderer. Die „Mitteilungen“ der Literatur seien „von ganz anderer Art als die der Politik“, heißt es an gleicher Stelle. Und in der Tat scheint es mir diese unterschiedliche Codierung von Kommunikation zu sein, die oftmals unausgesprochen im Zentrum kulturpolitischer Debatten steht.

Derzeit wird das kulturelle Feld mit Ansprüchen geradezu überhäuft: Dort, wo das Leitmedium Fernsehen auf Quoten fixiert ist, sollen Theaterstücke die soziale Wirklichkeit abbilden. Dort, wo die Bildungsinstitutionen unter Reformzwang und Ergebnisdruck leiden, soll die flächendeckende Verteilung von Musikinstrumenten den neuen Menschen hervorbringen. Dort, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden, sollen Autoren Vorkämpfer für die Meinungsfreiheit sein. Keine Frage, dass so mancher vom Kunstglauben der Politik profitiert. Doch der Unwille, solche hehren Erwartungen als allgemein gültige Selbstbeschreibung zu akzeptieren, eint die Künste quer durch die Genres. Man tut also gut daran, ihnen ihren Eigensinn nicht abzusprechen.

Für die politische Bildungsarbeit stellt sich die Herausforderung, das kulturelle Feld zu beackern, ohne – um im Bild zu bleiben – einen Raubbau zu betreiben. Die Kunst kann uns mit ihrer wichtigsten Ressource, dem kreativen Spiel mit Möglichkeiten, zwar anregen und zu neuen Sichtweisen führen, entlasten von der eigenen Positionsbestimmung und der oftmals schwierigen Entscheidungsfindung im politischen Prozess kann sie uns ganz sicher nicht. In diesem Sinne sind die kulturpolitischen Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung in erster Linie Annäherungen an kulturelle Milieus, Probebohrungen nach möglichen Verbindungspunkten. Dabei leitet uns eher ein angelsächsisches Verständnis von *cultural politics* – also ein Interesse an den einerseits impliziten, andererseits zugeschriebenen politischen Potenzialen von kulturellen Praxen und Erzeugnissen – als das administrative Verhältnis zu Museen, Spielstätten oder Förderinstitutionen, das mit dem deutschen Begriff „Kulturpolitik“ gemeint ist. Die spannende Frage lautet dabei, ob die politische Bildungsarbeit und die diversen Formen ästhetischer Produktion voneinander lernen können. Dieser wechselseitige Austauschprozess muss oftmals unter Mühen organisiert werden. Lohnenswert sind diese Versuche allemal.

Vielfältige Kooperationen der Heinrich-Böll-Stiftung mit Kulturprojekten, etwa dem Talent Campus der Berlinale oder dem Vermittlungsbereich der documenta, bestärken uns

darin, immer neue Plattformen für den Dialog von ästhetischer und politischer Praxis zu entwickeln. In unserer Veranstaltungsreihe „Spielstand“ in den Berliner Sophiensälen diskutieren Schriftsteller wie Burkhard Spinnen oder Annette Pehnt, Regisseure wie Andres Veiel oder Daniel Wetzel (Rimini Protokoll), Popmusiker wie Frank Spilker (Die Sterne) oder Melissa Logan (Chicks On Speed) über drängende kulturpolitische Fragen: Welche Einspruchsmöglichkeiten haben Künstler im öffentlichen Diskurs? Wie ist die soziale Lage von Alleinselbstständigen in der Kreativwirtschaft zu bewerten? Was bedeutet Autorschaft im digitalen Zeitalter?

Bei solchen Veranstaltungen wird deutlich, dass sich Kulturschaffende schwer damit tun, Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu verabreichen, einfache Antworten auf komplexe Fragen zu geben. Häufig sind sie sich unsicher, wie sie ihre besonderen Fähigkeiten und Qualitäten einbringen können, ohne gleich von irgendeiner Seite vereinnahmt zu werden. Ihre Erfahrung lehrt sie, dass allzu oft ihr dekorativer Wert, nicht aber ihre persönliche Meinung als Staatsbürger gefragt ist. Angesichts dieser skeptischen Distanz zum Politikbetrieb übernimmt die Heinrich-Böll-Stiftung vor allem eine Moderatorenrolle beim Versuch, Perspektiven miteinander zu vergleichen und politische Handlungskonzepte für die Kultur- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu entwickeln.

Doch der Austausch mit Künstlern und Kreativen erfordert starke Impulse von außen, will er nicht stets auf die vergleichsweise luxuriösen Gegebenheiten einer selbstbewussten Kulturnation zurückgeworfen sein. So muss Kulturpolitik auch die Schwierigkeiten ihres vielgestaltigen Gegenstandsbereichs adressieren, um produktiv und realitätstauglich zu bleiben. Dass kulturelle Differenzen und abweichende Kulturtraditionen im internationalen Kontext keine „soften“ Konfliktfelder darstellen, haben der Mord am holländischen Filmemacher Theo van Gogh oder



Torsten Ehrke, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, im Gespräch mit Gabriele Schulz vom Deutschen Kulturrat. Foto: Stefanie Ernst

der dänische Karikaturenstreit in neuer Dringlichkeit vor Augen geführt. Projekte wie die „Arabisch-iranischen Filmtage“ oder die Konferenz und Ausstellung „Identity vs. Globalization“ mögen als Beispiele dafür genügen, dass die Heinrich-Böll-Stiftung ständig darum bemüht ist, den Resonanzraum des interkulturellen Dialogs zu erweitern. Neben dem Kontakt zu internationalen Künstlern und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist dabei auch der intensive Austausch mit Partnerstiftungen oder Bundesinstitutionen von entscheidender Bedeutung.

Das hochrangig besetzte Roundtable „Kultur in neuer Mission?“ im März 2007 hat deutlich gemacht, dass der Kulturarbeit in den internationalen Beziehungen weiterhin ein wichtiger Stellenwert zukommt. Nachdem Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Herbst 2006 eine „Trend-

wende“ der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) angekündigt hatte, zielte die Große Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion auf eine kritische Überprüfung ihres Aufgabenkatalogs. Anlässlich der Antwort der Bundesregierung diskutierte Uschi Eid (MdB Bündnis 90/Die Grünen) gemeinsam mit Cord Meier-Klodt (Auswärtiges Amt), Hans-Georg Knopp (Goethe-Institut) und Kurt-Jürgen Maaß (ifa) über eine erneuerte Aufgabenbestimmung der Außenkulturpolitik und eine stärkere Kooperation der Mittlerorganisationen untereinander.

Ohne in deren Struktur eingebunden zu sein, versteht sich die Heinrich-Böll-Stiftung durchaus auch als Ort für den internationalen Kulturaustausch. Nicht nur das Böll-Haus in Langenbroich stärkt mit seinen mehrmonatigen Stipendien für ausländische Künstler dieses Ansinnen. Viele

andere Projekte, teilweise in Kooperation mit dem Goethe-Institut durchgeführt, zielen auf den Abgleich verschiedener Denk- und Handlungsmuster, um daraus Schlüsse für globale Transformationsprozesse zu ziehen. Dabei kann die Heinrich-Böll-Stiftung vor allem von der landeskundlichen Kompetenz und dem hohen Vernetzungsgrad ihrer Auslandsbüros profitieren. Für 2008 haben sich in diesem Zusammenhang zwei größere Vorhaben herauskristallisiert: ein deutsch-israelischer Schriftstelleraustausch anlässlich des 60. Jubiläums der Staatsgründung Israels sowie eine Tagung zur Meinungsfreiheit in der Türkei. Eines ist sicher: Die Mitteilungen der Literatur, sie werden auch dort gehört werden.

Der Verfasser ist Referent für Kunst und Kultur der Heinrich-Böll-Stiftung ■

## Die kulturpolitische Seele der Grünen

Ein Kommentar von Olaf Zimmermann

**Als 1988 unter dem Dach des Stiftungsverbandes „Regenbogen“ gleich drei grünnahe politische Stiftungen gegründet wurden, war unter ihnen auch die Heinrich-Böll-Stiftung in Köln. Dies war ein Novum, denn die anderen Parteien in Deutschland nennen „ihre“ Stiftungen nach Politikern, wie Friedrich Ebert, Konrad Adenauer oder Rosa Luxemburg, nicht aber nach Künstlern. Sind die Grünen etwa die Künstlerpartei in Deutschland?**

Als Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts René Böll, der Sohn von Heinrich Böll, mich bat, für die Heinrich-Böll-Stiftung eine Konzeption für ein internationales Künstlerförderungsprogramm zu entwickeln und umzusetzen, konnte ich einen tiefen Blick in die kulturpolitische Seele der Grünen werfen. Über wenige Projekte wurde ausgiebiger in der Heinrich-Böll-Stiftung debattiert als über dieses Künstlerförderungsprogramm. Heftig gestritten wurde darüber, ob es denn zur grünen Identität gehöre, Künstler direkt und unmittelbar zu fördern. Ob es grüner Politik entspräche, den einzelnen Künstler als hochbegabten Individualisten deutlich aus der Masse herauszuheben und ihn mit durchaus nicht unerheblichen Fördermitteln zu unterstützen? Letztlich

wurde das Programm, kleiner als von René Böll und mir gewünscht, realisiert. Die direkte Förderung von Künstlern in Afrika und Asien und ein kleines, aber feines Stipendienprogramm als „Artist in Resistenz“ in Bonn waren ein Novum, das Maßstäbe für andere Förderungsprogramme setzte. Heute gibt es dieses Programm nicht mehr, zwischen Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Geschlechterdemokratie war nicht genügend Platz für ein solches elitäres Programm der Förderung von Künstlerinnen und Künstler aus der so genannten Dritten Welt.

In der Selbstdarstellung der neuen Heinrich-Böll-Stiftung, die 1997 aus den drei grünnahen Stiftungen hervorging und jetzt in Berlin ihren Sitz hat, findet man den Satz: „Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.“ Dieser Satz umschreibt treffend das Verhältnis der Grünen zur Kunst und den Künsten. Zum einen soll Kunst und damit letztlich auch immer die Künstler höheren wertvollen Zielen

dienen, zum anderen sind es aber gerade die Grünen, die trotzdem den Eigenwert der Kunst erkennen und achten.

Vielleicht ist das der Grund dafür, dass Künstler, wenn sie sich überhaupt einer politischen Richtung zugehörig fühlen, deutliche Sympathien für die Grünen erkennen lassen. Dass es gerade die Grünen waren, die in den ersten Jahren der Rot-Grünen-Bundesregierung heftig an der Künstlersozialkasse rumborhten, hat viele Künstler darum besonders verschreckt. Auch war der grüne Bundesaußenminister unter Gerhard Schröder einer jener Grünen-Vertreter, die Kunst nur dann gelten lassen, wenn sie einen vermeintlichen unmittelbaren Nutzen für die Gesellschaft erkennen lässt. Unter Joschka Fischer wurde die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nicht nur heftig gerupft, sondern auch in einem bis dahin nicht gekannten Umfang in Dienst für die nationale Interessenpolitik genommen. Eine schwierige Debatte führen die Grünen auch in der Urheberrechtspolitik. Das Verhältnis von Verbraucherrechten und dem auch materiellen Wert des Geistigen Eigentums der Künstler wird in den Diskussionen bei den Grünen nicht selten zu Ungunsten der Künstler verschoben. Wenngleich man gerade bei dieser Frage sagen muss, dass die

Grünen hier die Zeichen der digitalen Zeit möglicherweise schneller und deutlicher erkannt haben als andere.

Kulturpolitische Verantwortung in Landesregierungen und der Bundesregierung haben die Grünen bislang nur äußerst zurückhaltend wahrgenommen. Michael Vesper als ehemaliger Kulturminister von Nordrhein-Westfalen und Joschka Fischer als für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zuständiger ehemaliger Außenminister sind hier die seltenen Ausnahmen. In der politischen Agenda der Grünen steht Kulturpolitik nicht in der ersten Reihe.

In der Themenaufzählung der Heinrich-Böll-Stiftung im Internet steht Kunst und Kultur, hinter Geschlechterdemokratie, Migration, Ökologie, Entwicklungspolitik, Europapolitik u.a. auf dem vorletzten Platz. Hier sollte nicht nur der Name der Stiftung mehr Programm sein, sondern als think tank der Partei hat die Stiftung eine Verantwortung dafür zu sorgen, dass grüne Kulturpolitik deutlicher sichtbar wird. Vielleicht wird ja dann irgendwann die erste Bundeskulturministerin eine Grüne sein.

Der Autor ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von politik und kultur ■

# Geschichte von Bündnis 90/Die Grünen

## Vorgeschichten: 1977 bis 1979

Seit **1977** Gründung von grünen oder bunten Listen, die für Kreistage kandidieren. Im **November 1977** Gründung der wertkonservativen Grünen Liste Umweltschutz (GLU) in Niedersachsen. Im **März 1978** Gründung der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD). Im **Juli 1978** Gründung der „Grünen Aktion Zukunft“ (GAZ) durch den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl. Zur Wahl des Europäischen Parlaments Gründung des **Listenbündnisses DIE GRÜNEN** durch Delegierte von AUD, GLU und GAZ sowie anderen Initiativen als „Sonstige politische Vereinigung“ (SPV). Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen im **Oktober 1979** kommen erstmals Grüne in ein Landesparlament. Im **November 1979** zweite Versammlung der SPV mit dem Beschluss die SPV im Jahr 1980 in eine Partei umzuwandeln.

## Die ersten Jahre 1980 bis 1983

Im Januar **1980** Gründung der Bundespartei DIE GRÜNEN. Im **März 1980** Einzug in den Landtag von Baden-Württemberg. Im **Juni 1982** Einzug in die Hamburger Bürgerschaft. Im **September 1982** Einzug in den Hessischen Landtag. Im **Januar 1983** Beschluss des Rotationsprinzips für Bundestagsabgeordnete, das hieß Wechsel der Abgeordneten nach zwei Jahren. Im **März 1983** Einzug in den Deutschen Bundestag. Sprecher der ersten Bundestagsfraktion der Grünen waren: Marieluise Beck-Oberdorf, Petra Kelly und Otto Schily. Parlamentarischer Geschäftsführer wurde Joschka Fischer.

## Regieren? Streit der Strömungen: 1984 bis 1989

Im **Januar 1984** Beschluss der außerordentlichen Bundesversammlung, dass auch bei Abgeordneten des Europaparlaments das Rotationsprinzip gilt. Im **Juni 1984** Einzug in das Europäische Parlament. Im **Dezember 1984** wird in einer Resolution beschlossen, dass „zur Zeit keine Möglichkeit der Koalition oder Regierungsunterstützung auf Bundesebene“ gesehen wird. Auf Orts-, Kreis- oder Landesebene können die jeweiligen Gremien über eine Zusammenarbeit entscheiden. Im **März 1985** weigert sich die Bundestagsabgeordnete Petra Kelly zu rotieren. Im März 1985 (Wahl im Saarland) und Mai 1985 (Wahl in Nordrhein-Westfalen) erreichen die Grünen keine Landtagsmandate. Die Forderung nach einer Orientierung auf rot-grün auch auf Bundesebene wird laut. Hiergegen gibt es auch starken Protest. **Oktober 1985** Bildung der ersten rot-grünen Koalition auf Landesebene in Hessen. Joschka Fischer wird Umweltminister. Marita Haibach Staatssekretärin für Frauenfragen. Im **Januar 1986** erstes „Realo-Treffen“ in Frankfurt/Main, im **März 1986** erstes Treffen der „Linken in den Grünen“. Im **Mai 1986** Beschluss der Bundesversammlung zur 4-Jahres-Rotation und der Quotierung. **September 1986** Eröffnung der Umweltbibliothek in der Ostberliner Zionskirche, aus diesem Umfeld stammen viele Gründer der Grünen Partei Ostdeutschlands. Im **September 1986** beschließt die außerordentliche Bundesversammlung Verhandlungen mit der SPD nach der Bundestagswahl 1987 als Option. Einzug in den Deutschen Bundestag im Januar 1987 mit einem Wahlergebnis von 8,3%. **Februar 1987** wird die erste rot-

grüne Koalition in Hessen beendet. Ab **Mai 1987** intensive Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteiströmungen. Es ist von einer Spaltung der Partei die Rede. Im **März 1988** Gründung einer grün-nahen Stiftung (Stiftungsverband Regenbogen aus den Stiftungen: Buntstift, Heinrich-Böll-Stiftung und Frauen-Anstiftung.). Im **Januar 1989** erreicht die Alternative Liste (AL) 11,8 % bei der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses. Sie schlägt der SPD eine Koalition vor. In der DDR Gründung von Demokratie Jetzt, Neues Forum, Vereinigte Linke, Grüne Partei, Grüne Liga und Unabhängiger Frauenverband. **November 1989** Gründung der Grünen Partei der DDR.

## Wahldebakel: 1990

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen im **Jahr 1990** steht die Haltung der Grünen zur deutschen Einheit: Zweistaatlichkeit, Konföderation oder Vereinigung? Der Bundestagswahlkampf wird unter anderem mit dem Motto bestritten: „Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Klima“. **Februar 1990** Gründungsparteitag der Grünen Partei der DDR. Nach der Landtagswahl in Niedersachsen im **Mai 1990** Bildung einer rot-grünen Koalition. **September 1990** Parteitag der Grünen Partei der DDR Beschluss des Zusammengehens mit den westdeutschen Grünen. **Oktober 1990** Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Die Volkskammer-Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benennt sieben Vertreter für den Bundestag: Marianne Birthler, Ernst Dörfler, Joachim Gauck, Matthias Platzeck, Werner Schulz, Hans-Jochen Tschiche und Wolfgang Ullmann. Bei Landtagswahlen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen kandidieren Listen-

verbindungen zwischen Grünen und Bürgerbewegung. Sie erreichen Landtagsmandate. In Mecklenburg-Vorpommern konkurrieren Bündnis 90 und Die Grünen. Beide schaffen den Einzug in den Landtag nicht. In Brandenburg scheitern die Grünen. Bündnis 90 ist im Landtag vertreten und arbeitet in einer Ampelkoalition mit der SPD und der FDP mit. Im Dezember 1990 scheitern die Die Grünen in Westdeutschland an der 5-Prozent-Hürde, in Ostdeutschland erreicht Die Grünen/Bündnis 90 6 % und zieht in den Deutschen Bundestag. Im **Dezember 1990** Zusammenschluss der ost- und westdeutschen Grünen.

## Der Weg zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 1991 bis 1993

Im **Januar 1991** Bildung von erneuter rot-grüner Koalition in Hessen. Im **April 1991** Strukturreform der Partei. Im **September 1991** Bildung einer Ampelkoalition in Bremen mit der SPD und der FDP. Im **September 1991** Gründung der Partei Bündnis 90, Beitritt von Demokratie Jetzt und Initiative für Frieden und Menschenrechte sowie der Hälfte der Mitglieder des Neuen Forums. Im **November 1992** Assoziationsvertrag von Bündnis 90 und Die Grünen. **Mai 1993** erste ordentliche Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen.

## Wahlerfolge (und Misserfolge): 1994 bis 1998

**Januar 1994** Gründung des Grün-Alternativen Jugendbündnis (GAJB). **Juni 1994** kommen Bündnis 90/Die Grünen in den Landtag von Sachsen-Anhalt und bilden eine Koalition mit der SPD. In

Sachsen und Brandenburg scheitert die Partei an 5-Prozent-Hürde. Im **Oktober 1994** Einzug in den Deutschen Bundestag. Mit Antje Vollmer wird erstmals eine Grüne Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Im **Oktober 1994** gelingt in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern der Einzug in den Landtag nicht. Im Saarland erstmals im Landtag vertreten. Im **Mai 1995** Bildung der ersten rot-grünen Koalition in NRW. Im **März 1996** Zusammenführung des Stiftungsverbands Regenbogen in der Heinrich-Böll-Stiftung. Im **März 1996** Bildung einer rot-grünen Koalition in Schleswig-Holstein. Im **November 1997** Bildung zur rot-grünen Koalition in Hamburg. Im **September 1998** Wahlsieg von rot-grün bei der Bundestagswahl. Joschka Fischer wird Außenminister, Jürgen Trittin Umweltminister, Andrea Fischer Gesundheitsministerin.

## Regierungsbeteiligung auf Bundesebene: 1999 bis 2005

Die rot-grüne Regierung stellt im **Januar 1999** ihren Entwurf für das neue Staatsbürgerschaftsrecht vor. **August 2001** tritt das rot-grüne Gesetz zur „Eingetragenen Partnerschaft“ in Kraft. **März 2002** Beschluss des Grundsatzprogramms „Zukunft ist grün“. Im **September 2002** Bestätigung der rot-grünen Koalition bei der Bundestagswahl. **Januar 2004** Feier zum 25-jährigen Bestehen der Partei. Im **September 2005** Abwahl der rot-grünen Koalition auf Bundesebene.

## Oppositionspartei im Deutschen Bundestag

Seit **September 2005** Oppositionspartei im Deutschen Bundestag.

WDR 3

Wo die Musik lebt.

www.wdr3.de

## Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Enquete-Kommissionen sind Beratungsgremien des Deutschen Bundestags. Sie werden auf Beschluss des Deutschen Bundestags mit einem im Einsetzungsbeschluss formulierten Auftrag eingesetzt. Ihre Aufgabe besteht darin, dem Deutschen Bundestag möglichst konkrete Handlungsempfehlungen für gesetzgeberische Maßnahmen zu unterbreiten. Enquete-Kommissionen gehören neben Abgeordneten des Deutschen Bundestags gleichberechtigt Sachverständige Mitglieder an. Die Sachverständigen Mitglieder werden von den Fraktionen vorgeschlagen und durch den Bundestagspräsidenten berufen.

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ wurde am 01.07.2003 erstmals eingesetzt. Der Einsetzungsbeschluss (Bundestagsdrucksache 15/1308) wurde einvernehmlich von den Bundestagsfraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP formuliert. Er wurde von allen Fraktionen angenommen (Plenarprotokoll 15/56). Am 13.10.2003 fand die konstituierende Sitzung der Enquete-Kommission unter dem Vorsitz von Bundestagspräsident Dr. h.c. Wolfgang Thierse statt. Zur Vorsitzenden wurde die Abgeordnete Gitta Connemann, MdB (CDU/CSU) gewählt. Zu ihrem Stellvertreter der Abgeordnete Horst Kubatschka, MdB (SPD).

Im Einsetzungsbeschluss wurden drei Schwerpunktthemen formuliert:

- öffentliche und private Förderung von Kunst und Kultur – Strukturwandel
- wirtschaftliche und soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler
- Kulturlandschaft und Kulturstandort Deutschland – kulturelle Grundversorgung

Aufgrund der Breite des Themenspektrums ist die Enquete-Kommission arbeitsteilig vorgegangen. Sie hat zu jedem der Themenschwerpunkte eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Zur zusätzlichen Informationsgewinnung hat die Enquete-Kommission Gutachten an externe Gutachter vergeben sowie interne Expertengespräche und öffentliche Anhörungen durchgeführt. Darüber hinaus hat ein Teil der Kommissionsmitglieder Reisen in das In- und Ausland unternommen, um sich über die Kultur und Kulturpolitik vor Ort zu informieren.

Geplant war, dass die Enquete-Kommission ihren Abschlussbericht noch vor dem Ende der 15. Legislaturperiode im Jahr 2006 vorlegt. Aufgrund der vorgezogenen Neuwahl im Jahr 2005 konnte die Enquete-Kommission ihre Arbeit nicht fertig stellen. Es wurde daher ein Tätigkeitsbericht über die geleistete Arbeit erstellt. Weiter wurde ein Zwischenbericht zu „Kultur als Staatsziel“ (Bundestagsdrucksache 15/5560) vorgelegt. In diesem Zwischenbericht spricht sich die Enquete-Kommission einstimmig für die Aufnahme des Staatsziels Kultur im Grundgesetz aus. Sie schlägt folgende Formulierung als Art. 20b Grundgesetz vor: „Der Staat schützt und fördert die Kultur.“

In der 16. Legislaturperiode wurde am 15.12.2005 auf Antrag (Bundestagsdrucksache 16/196) der Bundestagsfraktionen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ erneut eingesetzt. Die konstituierende Sitzung fand am 13.02.2006 unter der Leitung von Bundestagsprä-

sident Dr. Norbert Lammert, MdB statt. Vorsitzende wurde erneut Gitta Connemann, MdB (CDU/CSU), ihr Stellvertreter Siegmund Ehrmann, MdB (SPD).

Die Enquete-Kommission hatte den Auftrag, die Arbeit aus der 15. Legislaturperiode fortzusetzen. Dabei sollten folgende Schwerpunkte vorgenommen werden:

- Infrastruktur, Kompetenzen und rechtliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur in Staat und Zivilgesellschaft
- die öffentliche und private Förderung und Finanzierung von Kunst und Kultur – Strukturwandel
- die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler
- Kulturlandschaft – Kulturlandschaft und Kulturstandort
- Kulturelle Bildung, Kultur in der Informations- und Mediengesellschaft – Vermittlung und Vermarktung
- Kultur in Europa, Kultur im Kontext der Globalisierung
- Kulturstatistik in der Bundesrepublik Deutschland

Die Enquete-Kommission sollte noch im Jahr 2007 ihre Arbeit abschließen, so dass in der laufenden Legislaturperiode die Umsetzung der an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung gerichteten Handlungsempfehlungen erfolgen kann.

Aufgrund der Komplexität der Fragestellungen hat die Enquete-Kommission Berichterstattungsgruppen eingerichtet, die sich detailliert mit den Fragestellungen befassen haben. Die Ergebnisse der Berichterstattungsgruppen wurden dem Plenum der Enquete-Kommission vorgelegt und hier diskutiert. Im Ple-

num fand auch die Verabschiedung des Abschlussberichts statt. Wie in der 15. Legislaturperiode vergab die Enquete-Kommission Gutachten, führte Expertengespräche und öffentliche Anhörungen durch und informierte sich auf Kommissionsreisen.

Über die Handlungsempfehlungen an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung hinaus hat die Enquete-Kommission auch den Ländern und Kommunen sowie den Institutionen des kulturellen Lebens Empfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur unterbreitet. Gerade im Kulturbereich tragen die Kommunen und Länder eine besondere Verantwortung, es war daher wichtig, sie bei den Überlegungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur nicht außen vor zu lassen.

Am 11.12.2007 überreichte die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert ihren Abschlussbericht (Bundestagsdrucksache 16/7000). Die Bundestagsdebatte fand am 13.12.2007 zur so genannten Kernzeit von 9.00 bis 11.00 Uhr statt (Bundestagsprotokoll 16/133). Bereits die Terminsetzung für diese Debatte unterstreicht die Bedeutung, die diesem Abschlussbericht beigemessen wird. Auf über 500 Seiten wird der Kulturbereich in Deutschland ausgeleuchtet. Einer Bestandsaufnahme, in der der Sachstand zu einer bestimmten Fragestellung zunächst beschrieben wird, folgt eine Problembeschreibung. Diese Problembeschreibung ist dann die Grundlage für konkrete Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission.

Jetzt kommt es darauf an, dass der Abschlussbericht mit Leben erfüllt wird. Abgeordnete des Deutschen Bundestags müssen sich bestimmter Themen annehmen, damit der Abschlussbericht nicht nur ein dicker Bericht bleibt, sondern in konkrete Politik umgesetzt wird. Mitglieder der Enquete-Kommission geben nachfolgend Auskunft, welche Themen aus ihrer Sicht als erstes angepackt werden sollten.

Aber auch die organisierte Zivilgesellschaft wird sich den Bericht vornehmen und ihn bewerten müssen. Die Fachausschüsse des Deutschen Kulturrates werden sich ab Januar 2008 intensiv mit dem Enquete-Bericht befassen und ihre Position darlegen. Sie werden aus der Fülle an Handlungsempfehlungen diejenigen auswählen, die am vordringlichsten in der Politik umgesetzt werden sollten. Der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates kommentiert in dieser Ausgabe das Ergebnis der Enquete-Kommission. Die Vorsitzenden der Fachausschüsse des Deutschen Kulturrates geben eine erste Einschätzung zu dem Bericht ab.

Die Arbeit der Enquete-Kommission ist zu Ende. Jetzt beginnt ein neues Kapitel: die Arbeit mit dem Bericht der Enquete-Kommission.

Stellungnahmen und Einschätzungen des Deutschen Kulturrates, Kommentare aus der Politik und den Verbänden und Veranstaltungshinweise zum Enquete-Bericht werden laufend unter <http://www.kulturrat.de/enquete.htm> veröffentlicht.

Die Redaktion ■

## Vielfältige Kulturlandschaft gründlich vermessen

CDU/CSU zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ • Von Wolfgang Börnsen

**Deutschland kennzeichnet eine großartige Kulturlandschaft, die durch Vielfalt, Qualität und Klasse geprägt ist. Doch es gilt, sie für die veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts zu optimieren. Die Bundesrepublik als attraktiver Wirtschaftsstandort setzt eine kreative, ideen- wie traditionsreiche Kulturszene voraus. Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ bietet für diese Zielsetzung eine hervorragende Ausgangsbasis.**

Die Kulturlandschaft in unserem Land gleicht einem kräftigen und vielgestaltigen Mischwald, einem blühenden Garten oder üppigen Park. Sie zeigt sich hier gehegt und gepflegt, wuchert dort wild und wirkt hier und da auch mal ein bisschen schütter. Diese vielfältige Landschaft gründlich zu vermessen und zu kartographieren, war die vom Deutschen Bundestag gestellte Aufgabe der Enquete-Kommission Kultur. Nach einer umfassenden Bestandsaufnahme der Situation von Kunst und Kultur in Deutschland hat sie nun ihren Abschlussbericht mit über 400 Handlungsempfehlungen vorgelegt. Bei unserer Bestandsaufnahme haben wir die Kulturlandschaft und den Kulturstandort Deutschland überwiegend als reich und vielfältig, abwechslungsreich und prächtig erlebt, wir haben uns an dieser Pracht oftmals erfreut und waren von diesem Reichtum beeindruckt. Mitunter kam es uns auch wie ein schwer zu durchdringendes Dickicht vor, für das es Patentlösungen nicht gibt.

Mit dem Schlussbericht liegt ein umfassendes kulturpolitisches Kom-

pendium vor, das in Umfang, Vielfalt und Konsequenzen ein nationales Kulturbuch von folgenreicher Wirkung sein kann, wenn die politisch Verantwortlichen entsprechend handeln. Von vielen anderen Kommissionen unterscheidet sich diese Kultur-Enquete dadurch, dass sie unter der umsichtigen Leitung von unserer Kollegin Gitta Connemann, MdB, ihren Auftrag pünktlich, im Jahr 2007, erfüllt hat. Das verschafft uns einen Riesenvorteil: Wir haben die Chance, zentrale Ergebnisse noch in dieser Wahlperiode in konkrete Politik umzusetzen.

Für CDU und CSU ist dabei ganz klar: Die Kulturpolitik kann nicht der Landschaftsplaner oder -architekt sein, denn die Kultur in Deutschland wächst und gedeiht größtenteils von alleine, durch die Initiative, Vorlieben und Talente der Menschen; diesen Freiheitsraum gilt es zu sichern. Die Politik kann die Rolle des Landschaftsgärtners einnehmen, der hier wässert und dort etwas Neues pflanzt, was sich dann von selbst entwickelt und wieder fortpflanzt.

Deshalb betrachten wir es als bedeutsam, dass uns die Kommission darin gefolgt ist, den umstrittenen und missverständlichen Begriff der „kulturellen Grundversorgung“ durch den der „kulturellen Infrastruktur“ abzulösen. Uns ist wichtig, bei der Betrachtung von Kulturpolitik alle Ebenen der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung in den Blick zu nehmen, bis hin zu den Beiträgen der Zivilgesellschaften und traditionellen Kulturvereinigungen. Heute können wir davon sprechen, dass die enorme Leistung privater und gemeinnütziger Träger für die Kultur weitgehend im allgemeinen



Wolfgang Börnsen, MdB im Gespräch mit Christian Höppner, Generalsekretär des Deutschen Musikrats.  
Foto: Stefanie Ernst

Bewusstsein angekommen ist. Ein für die Kommission angefertigtes Gutachten ergab z. B., dass die Kirchen in Deutschland zwischen 3,5 und 4,8 Mrd. Euro für ihre kulturellen Aktivitäten aufwenden (im Vergleich zu rund 8 Mrd. Euro von der Öffentlichen Hand). Bei der Bestimmung des Kulturbegriffs gehören starre Grenzbeziehungen zwischen dem öffentlichen, dem privaten und dem sog. Dritten Sektor endgültig der Vergangenheit an. Die Etablierung des Begriffs „Kulturelle Infrastruktur“ geht mit den Vorstellungen der Union zur Subsidiarität Hand in Hand.

Deutlich für diesen neuen Blick auf die Kultur wird die neue Aufgeschlossenheit besonders bei der Kultur- und Kreativwirtschaft. Der Politik der Großen Koalition unter Federführung der Union ist es zu verdanken, dass nunmehr sowohl im Bundeswirtschaftsministerium als auch im Haus des Kulturstaaatsministers eigene Referate für Kulturwirtschaft eingerichtet worden sind. In der Enquete-Kommission ist die Idee aufgegriffen worden, auf Bundes- und Länderebene nach dem Vorbild des maritimen Koordinators jeweils einen Koordinator für Kultur- und Krea-



Wolfgang Börnsen, MdB im Gespräch mit Klaus Staeck, Präsident der Akademie der Künste.  
Foto: Stefanie Ernst

tivwirtschaft zu installieren, einen Kulturmoderator auf Grundlage der bestehenden Kompetenzen. Bereits jetzt ist die Bedeutung der Kulturwirtschaft für unser Land imponierend. Ihr Umsatz liegt bei 117 Milliarden Euro, sie trägt mit einer Bruttowertschöpfung von 58 Milliarden Euro 2,6 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei, und mit rund 815.000 hat allein die Kulturwirtschaft mehr Beschäftigte als das Kreditgewerbe (786.000).

Weiter auf Seite 11

## Fortsetzung von Seite 10

Die Kulturelle Bildung ist hingegen ein Feld, in dem der Staat, in diesem Fall zuvorderst die Länder und Kommunen, als Anbieter weiterhin unverzichtbar ist. Auch der Bund kann und sollte aktiv werden. Daher begrüßen wir, dass Staatsminister Bernd Neumann, MdB, hierzu die Initiative ergriffen hat. Seine jüngsten Schritte basieren bereits auf den Erkenntnissen der Enquete-Kommission. Wir unterstützen besonders die Empfehlungen, bundesweite Wettbewerbe nach dem Vorbild von „Jugend musiziert“ für alle Sparten der Kulturellen Bildung ins Leben zu rufen und die Zahl der Plätze für das Freiwillige Soziale Jahr Kultur deutlich zu erhöhen. Für kontroverse Diskussionen wird sicherlich die Handlungsempfehlung sorgen, dass Kultureinrichtungen, die vom Bund, den Ländern oder den Kommunen

gefördert werden, per Bewilligungsbestimmungen dazu verpflichtet werden sollen, einen angemessenen Teil ihres Angebots für Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Wir glauben, dass wir eine solche Debatte brauchen, weil kulturelle Bildung eine Verpflichtung auch aller Akteure im Kulturbereich ist und eine nachhaltige kulturelle Bildung dadurch besser erreicht werden kann als durch einige wenige öffentlichkeitswirksame Events. Auch über die Schaffung einer Bundeszentrale für kulturelle Bildung wird es vermutlich eine strittige Auseinandersetzung geben.

Kulturelle Bildung fängt bei der eigenen Sprache an. Wir freuen uns, dass es endlich gelungen ist, dem Erhalt und der Förderung der Deutschen Sprache einen prominenten Platz im Schlussbericht einzuräumen. Wir werden dazu beitragen, deren Bedeutung ins öffentlichen Bewusstsein zu heben und Initiati-

ven zu ihrer Förderung, vor allem im Bereich Erziehung und Ausbildung Heranwachsender, aber auch der Integration von Migranten, stärker zu fördern. Dieses Thema wird die Union mit anderen Engagierten weiter energisch verfolgen.

Schließlich noch ein paar Worte zum Staatsziel Kultur. Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, den Schlussbericht der Enquete-Kommission auf die Empfehlung, das Staatsziel Kultur in das Grundgesetz aufzunehmen, zu reduzieren. Es ist zweifellos eine wichtige Handlungsempfehlung, aber es ist auch nur eine von 400. Die Mitglieder der Union in der Enquete-Kommission wie auch die Arbeitsgruppe Kultur und Medien der CDU/CSU-Fraktion unterstützen dieses Staatsziel. Zurzeit gibt es aber im Deutschen Bundestag keine Mehrheit für dieses Staatsziel, ohne dass man sich mit einem Huckepackverfahren – die Kultur gemeinsam mit dem Sport, der Kinder-

und Generationengerechtigkeit und weiteren Forderungen – behelfen muss. Einen solchen Gemischtwarenladen lehnen wir ab, denn er wird der besonderen Bedeutung der Kultur nicht gerecht.

Kulturpolitik ist in Deutschland überwiegend Sache der Länder und vor allem der Kommunen. Entsprechend oft sind diese in den Empfehlungen der Enquete-Kommission angesprochen. Deshalb rufen wir die verantwortlichen Akteure in den Ländern und Gemeinden auf, diesen Bericht nicht als unzulässige Einmischung in fremde Angelegenheiten, sondern als große Chance und als eine Vorleistung des Deutschen Bundestages zu begreifen. Wir wünschen uns, dass die Länder und Kommunen unvoreingenommen prüfen, welche unserer Handlungsempfehlungen sie sich eventuell zu Eigen machen können. In manchen Punkten werden sie vielleicht feststellen, dass die Empfehlungen der Enquete bei ihnen

schon praktiziert werden und dies als Bestätigung ihrer Arbeit verstehen.

Nicht alle unsere Handlungsempfehlungen, an welche staatliche Ebene auch immer adressiert, werden sich in den ersten Monaten realisieren lassen. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002) sind jetzt, fünf Jahre später, von der Großen Koalition in praktisches Regierungshandeln umgesetzt worden, und der Erfolg ist sehr groß. Diese Chance und ausreichend Zeit und Geduld sollte man auch der Kultur-Enquete geben, damit sie zur weiteren Blüte der Kulturlandschaft Deutschland beitragen kann.

*Der Verfasser ist Mitglied des Deutschen Bundestages, ist kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und war Obmann der CDU/CSU-Fraktion in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ■*

## Anforderungen an eine moderne Kulturpolitik

Die SPD zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ • Von Siegmund Ehrmann

**Was macht Kultur in Deutschland aus? Worin besteht der zu schützende und weiter zu entfaltende Reichtum unserer Kultur? Wie kann vor dem Hintergrund der teilweise bedrohlichen finanziellen Lage der Kommunen dem Druck auf die Kulturhaushalte widerstanden werden? Wie wird sich das größer werdende Europa und die Globalisierung auf die Kultur auswirken? Fragen über Fragen, die die rot-grünen Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker um die Jahrtausendwende umtrieben.**

Da im Rahmen des kooperativen Kulturföderalismus die Förderung des kulturellen Lebens in Deutschland eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern ist, stellte sich die Frage, wie will und wie kann der Bund unter diesen Bedingungen seine Verantwortung wahrnehmen. Verbesserte Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Kunst und Kultur sind aber nur möglich, wenn aktuelles Basismaterial zur Verfügung steht. Doch die letzte umfassende Analyse stammte aus dem Jahr 1975 und umfasste natürlich nur die alte Bundesrepublik. Aus dieser Feststellung erwuchs der Wunsch, im Rahmen einer Enquete-Kommission eine aktuelle umfassende Analyse zu erstellen. Der kulturpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in der 15. Legislaturperiode, Eckhardt Barthel, und die kulturpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Antje Vollmer machten sich diesen Enquetegedanken zu eigen, warben um Mitstreiter und erreichten, dass mit einem interfraktionellen Antrag von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP am 1. Juli 2003 eine Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ eingesetzt wurde. Die Kommission umriss ihre Schwerpunkte

- öffentliche und private Förderung von Kunst und Kultur – Strukturwandel,
- wirtschaftliche und soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler,
- Kulturlandschaft Deutschland – Kultur als Standortfaktor.

Hauptauftrag war, aus einer Bestandsaufnahme Handlungsempfehlungen für unseren Auftraggeber – den Deutschen Bundestag – zu erarbeiten.

In unserer föderalen Staatsstruktur obliegt den Ländern und Kommunen die Kompetenz für den Kulturbereich. Deshalb musste die Enquete-Kommission bei ihrer Bestandsaufnahme zur kulturellen Situation in Deutschland sich in erster Linie der Einrichtungen in Ländern und Kommunen annehmen. Zu

nennen sind hier beispielhaft die Theater, die Museen und Ausstellungshäuser, die Musikschulen usw. Deshalb war klar, dass sich unsere Empfehlungen ebenso an Länder und Kommunen richten werden, wohl wissend, dass die Umsetzung nicht immer einfach sein wird. Ich möchte das am Beispiel der öffentlichen Bibliotheken verdeutlichen. Öffentliche Bibliotheken zählen nicht zu den Aufgaben des Bundes. Sie sind Sache der Länder bzw. der Kommunen. Trotzdem haben wir uns entschlossen, die Bibliotheklandschaft in Deutschland genauer zu betrachten. Öffentliche Bibliotheken werden von nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen genutzt. Von älteren und jungen Menschen, von „Bildungsbürgern“ ebenso wie von Migranten und sozial Benachteiligten. Allerdings schenken wir in Deutschland den Bibliotheken vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Es fehlt an gesellschaftlicher Anerkennung und Wertschätzung ihrer Leistungen für Bildung und Kultur. Woran liegt das? Ein wesentlicher Grund ist die mangelnde Wahrnehmung von Bibliotheken als Bildungs-ort. Im traditionellen Verständnis firmieren Bibliotheken als kulturelle Einrichtungen. Diese kulturelle Einbindung wird aber ihren tatsächlichen Potenzialen nur unzureichend gerecht. Bibliotheken sind einerseits kulturelle Stätten, die zum Umgang mit Literatur, Musik, Kunst und Wissenschaft anregen. Andererseits sind sie Orte des Lesens, der Leseförderung und der systematischen Strukturierung und Aufbereitung von digitalen und analogen Informationen jedweder Art und dienen der Bildung. Bibliotheken sind also Orte der Kultur und der Bildung und damit verschiedenen Ressorts zugeordnet. Als Orte der kulturellen Bildung müssen sie stärker in schulische und außerschulische Einrichtungen einbezogen werden. Erfahrungen aus anderen Ländern wie Schweden zeigen, dass ein Bibliotheksgesetz sehr positiv auf die Bibliotheklandschaft wirken kann. Die Kommission entschloss sich daher, den Ländern zu empfehlen, Bibliotheksgesetze zu erlassen und sie ggf. in einem Staatsvertrag landesweit zu sichern.

Kulturpolitik im 21. Jahrhundert muss spartenübergreifend arbeiten. Diese Erkenntnis wird durch die Untersuchung der Enquete-Kommission untermauert. Das betrifft in besonderer Weise die Kooperation zwischen dem Bildungs- und Kulturressorts. Spartenübergreifende Arbeit lässt sich jedoch nicht nur auf die kulturelle Bildung beschränken. Bei



Siegmund Ehrmann, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der Enquete-Kommission, beim Empfang in der Parlamentarischen Gesellschaft. Foto: Stefanie Ernst

der Kultur- und Kreativwirtschaft zum Beispiel ist sie ebenfalls entwickelt. Hier fällt der Doppelcharakter kultureller Güter ins Gewicht: Träger von Ideen und Wertvorstellungen als auch Handelsgut auf Märkten zu sein. Zwischen diesen sehr unterschiedlichen Polen müssen Kreative agieren und bestehen. Um Künstlern und künstlerisch Kreativen eine Perspektive zu bieten, müssen wirtschaftspolitische und kulturpolitische Kompetenzen gebündelt werden. Hierzu hat die Kommission Vorschläge gemacht.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu. Kultur hat keine Grenzen. Moderne Kulturpolitik kann deshalb nicht nur auf nationalstaatlicher Ebene agieren. Um dieses Themenfeld – Kultur in Europa – wurde der Auftrag in dieser Wahlperiode erweitert. Sehr konkrete, umsetzbare Handlungsempfehlungen hat die Kommission erarbeitet.

Während unserer Arbeit stießen wir immer wieder auf die Frage, was soll und kann moderne Kulturpolitik leisten, wie modern und effektiv sind ihre Strukturen. Dabei bezogen wir uns auf die in den 1980er Jahren

begonnene Debatte über „New Public Management“. Im Kern ging es darum, politische Ziele zu definieren und diese optimal in staatliches Agieren umzusetzen. In Deutschland fanden diese Überlegungen primär mit dem Konzept des „Neuen Steuerungsmodells“ (NSM) Anfang der 1990er Jahre Eingang in die veraltungspolitische Diskussion. Die Idee ist nach wie vor aktuell. Gerade in der Kulturpolitik ist es wichtig, in gewissen Zeitabständen Schwerpunkte zu überprüfen und ggf. neue Ziele zu formulieren. Schließlich entwickeln sich in Kunst und Kultur permanent neue Ausdrucksmöglichkeiten und Darstellungsformen. Das Konzept NSM konnte jedoch nur zum Teil überzeugen. Es konzentrierte sich zu sehr auf ökonomische Kennziffern und vernachlässigte dabei das, was man heute „Public Value“ nennt. Der gesellschaftliche Mehrwert muss im Vordergrund stehen. Hier setzt das Konzept „Governance“ an. Governance bezieht staatliche und nicht-staatliche Akteure in gemeinwohlorientiertes Handeln ein und setzt auf Kooperation zwischen der öffentlichen Hand, der Zivilge-

sellschaft und der Privatwirtschaft sowie auf die Verantwortungsgemeinschaft Politik und Verwaltung. Politische Ziele spielen in diesem Konzept eine entscheidende Rolle. Moderne Kulturpolitik muss transparent sein. Hier bietet die Kulturentwicklungsplanung vielfältige Möglichkeiten. Kulturentwicklungsplanung ist nicht nur ein kommunales Instrument. Auch auf Landesebene (Beispiel Brandenburg) zeigt es Erfolge. Die Kommission empfiehlt diesem Beispiel zu folgen. Sie empfiehlt es nicht nur den Ländern, sondern auch dem Bund. In diesem Sinne müssen kulturpolitische Ziele jetzt im politischen Prozess definiert und transparent gemacht werden. Die Enquete-Kommission gibt hierfür wertvolle Hinweise.

*Der Verfasser ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien. Er war stellvertretender Vorsitzender der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ und Sprecher der SPD Arbeitsgruppe in der Enquete-Kommission ■*

# Informatives Kompendium über das deutsche Kulturleben

DIE LINKE zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ • Von Lukrezia Jochimsen

**DIE LINKE hat die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ in der 15. Legislaturperiode wie auch ihre Fortsetzung in der 16. Legislatur nachdrücklich unterstützt. 30 Jahre nach der letzten großen Untersuchung des Bundestages zum Thema Kultur war es höchste Zeit, die veränderte Situation zu analysieren und Handlungsempfehlungen für den Gesetzgeber zu entwickeln. Nach der Wiedereinsetzung konnte sich DIE LINKE – nunmehr wieder eine Fraktion – aktiv in die Arbeit der Enquete-Kommission einbringen.**

Für meinen Fraktionskollegen Hakki Keskin und mich als Mitglieder der Kommission waren dabei folgende Gesichtspunkte von besonderer Bedeutung:

## Kulturelle Vielfalt sichern – Staatsziel Kultur ins Grundgesetz

Bis heute gibt es in diesem Lande eine auch im internationalen Vergleich bemerkenswert reiche, vielgestaltige kulturelle Szene. Wie diese erhalten werden und allen Menschen die Möglichkeit zum kulturellen Selbstausdruck und zur Teilhabe an diesem kulturellen Reichtum gegeben werden kann, ist für uns die entscheidende Frage. Ohne weitere öffentliche Förderung kann die derzeit noch vorhandene reiche Kulturlandschaft nicht erhalten werden – darin sind wir uns mit den Kollegen der anderen Parten einig.

Die Förderung von Kultur muss auch weiterhin eine verpflichtende Aufgabe des Staates bleiben. Kunst und Kultur sind unverzichtbar für den Fortbestand einer humanen Demokratie. Deshalb ist eine Verankerung der Kultur als Staatsziel im Grundgesetz nötig, wie von der Enquete-Kommission vorgeschlagen. Das ist mehr als Symbolpolitik. Kulturpolitische Ziele erhalten dadurch einen höheren Stellenwert bei allen Entscheidungsprozessen. Es ist ein wichtiges Signal zur Stärkung der Kultur und eine Absage an den neoliberalen Zeitgeist, der Kunst gern zur Ware und Künstler zu Dienstleistern machen möchte. Durch Initiativen der Linken haben sich jetzt schon zwei Landesparlamente – in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin – für ein Staatsziel Kultur ausgesprochen. Jetzt ist der Bundestag gefordert.

Es geht uns dabei um Kultur in ihrer ganzen Vielfalt – von den Künsten, über die Pflege der Traditionen und die Erinnerungskultur, die Soziokultur bis hin zu den populären Formen der Medienkultur. Und es geht uns um mehr als um „Angebotskultur“ – es geht um ein reiches Leben, um vielfältige kulturelle Aktivitäten und anregungsreiche kulturelle Milieus, um kulturelle Bildung für alle, um die Vermittlung von Wertorientierungen auch in den zwischenmenschlichen Beziehungen – insgesamt also um eine humanitäre Ausgestaltung unserer Gesellschaft.

## Neuen Anforderungen an interkulturellen Dialog und interkulturelle Bildung Rechnung tragen

Von Beginn an hat uns eine Frage umgetrieben – gibt es die „eine“ Kultur in Deutschland? Gibt es das eine, alle einigende Band? Worin besteht es, und sollten wir Anforderungen an alle im Sinne einer „Leitkultur“ definieren? Die Diskussion in der Enquete hat ergeben, dass wir im Rahmen der Globalisierung mit zunehmender Vielfalt und Differenzierung und schnellem Wandel konfrontiert sind. Gerade deshalb bedarf es der identitätsstiftenden Wirkung von Kunst und Kultur, aber nicht im Sinne der Festlegung auf eine „Leitkultur“. Zweifelloserweise ist die Diskussion darüber, was uns wertvoll und wichtig ist. Kultur in der de-

mokratischen Gesellschaft gewinnt ihre Qualität aus öffentlichem Diskurs. „Dem demokratischen Verfassungsstaat widerspricht die verbindliche Festlegung einer nationalen Kultur und Religion“ – heißt es dazu in der Präambel. Dem haben wir einhellig zugestimmt.

Themen wie Interkultur und Migrantenkultur sind für unser gesellschaftliches Zusammenleben essentiell. Im Schlussbericht ist ihnen ein eigenes Kapitel mit weitreichenden Handlungsempfehlungen gewidmet. Verstärkt muss den Herausforderungen an Kulturpolitik im Einwanderungsland Deutschland als einer zunehmend multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft und damit verbunden den neuen Anforderungen an interkulturellen Dialog und interkulturelle Bildung Rechnung getragen werden. Wir sehen darin einen Schwerpunkt unserer weiteren Arbeit.

## Kulturelle Nachwirkungen der deutschen Teilung beachten

Von Beginn an haben wir nachdrücklich darauf gedrängt, dass in einem Kapitel auch das Kulturverständnis in seinem historischen Prozess dargestellt wird. Eine Besonderheit stellt in diesem Zusammenhang die vierzigjährige Geschichte der deutschen Teilung von 1949 bis 1989 dar. In beiden Gesellschaften entwickelten sich ein eigenes Kulturleben und eine eigene kulturelle Infrastruktur. Bald zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Teilung sind daraus resultierende Unterschiede der ostdeutschen Länder im Vergleich zu den westdeutschen feststellbar, wie auch kulturelle Eigenheiten ihrer Bürger. Wir bedauern, dass es auch nach langen Debatten nicht gelungen ist, mehr als ein paar magere Feststellungen dazu im Bericht darzulegen, die den ursprünglichen Intentionen nicht entsprechen.

Unser Anliegen war es, die Folgen der Existenz zweier deutscher Staaten in kultureller Hinsicht zu beschreiben – in Bezug auf die Infrastruktur und auch heute noch zu beobachtende Unterschiede in den Wertorientierungen, den Erwartungen an Kunst und Kultur wie auch im Kulturverständnis. Diese Erläuterungen sind weitgehend entfernt. Dafür wurden Bewertungen der Kulturpolitik und des kulturellen Lebens der DDR aufgenommen, die durch ihren einseitigen Blickwinkel der Vielfalt



Lukrezia Jochimsen, MdB, unterhält sich angeregt mit Nike Wagner, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete.

Foto: Stefanie Ernst

und Differenziertheit des kulturellen Alltags wie des künstlerischen Schaffens in keiner Weise gerecht werden. Im Raster der Betrachtung von „SED-Diktatur“ auf der einen und „Widerständlern“ auf der anderen Seite allein lässt sich die kulturelle Leistung der vielen Künstler und Kulturschaffenden, auch die von vielen Kulturpolitikern, die unter diesen Bedingungen versucht haben, künstlerische Freiräume zu schaffen, nicht beurteilen. Einer solchen einseitigen Bewertung konnten wir nicht zustimmen und haben deshalb ein Sondervotum dazu eingebracht.

Darin heißt es als Fazit: Die bis heute zu konstatierenden mentalen Unterschiede zwischen Ost und West sind eine Herausforderung an die Kulturpolitik, wobei es nicht darum geht, sie zu überwinden. Vielmehr gilt es, sie als Chance zu nutzen.

## Soziale Situation von Künstlerinnen und Künstlern verbessern

Die Bestandsaufnahme verdeutlicht, dass viele Künstlerinnen und Künst-

ler in prekären sozialen Verhältnissen leben. Insbesondere die Einkommenssituation muss dringend verbessert werden, liegen doch die Einkommen vieler unter dem Existenzminimum. Das ist auch eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass sie im Alter ein Leben in Würde führen können. Der Bericht macht wichtige Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Lage – zur Stabilisierung der Künstlersozialversicherung und zu Verbesserungen im Urheberrecht. Hervorzuheben ist hier insbesondere der Vorschlag, eine Vergütungspflicht für die gewerbliche Verwertung von Abbildungen von Kunst im öffentlichen Raum einzuführen.

Leider aber hat sich die Kommission mehrheitlich nicht für die Einführung von Ausstellungshonoraren für bildende Künstler und für ein Künstlergemeinschaftsrecht entscheiden können. Dazu hat unsere Fraktion ebenfalls ein Sondervotum eingebracht. Kritisch anzumerken ist auch, dass sich im Theater- und Ta-

rifabschnitt einige Vorschläge befinden, die im Widerspruch zu oben genanntem Anliegen stehen. Leider wurde die Chance verpasst, die Vorschläge zur künftigen Förderung der Kultur mit einer Verbesserung der Beschäftigungssituation in den einzelnen Bereichen zu verbinden.

## Fazit

Insgesamt aber ist ein informatives Kompendium über die Kultur in Deutschland entstanden, mit vielen wichtigen Handlungsempfehlungen. Nach viel Arbeit beginnt die eigentliche Arbeit nun in der parlamentarischen Umsetzung. Vielleicht gelingt diese Umsetzung über Fraktionsgrenzen hinaus – zum Schutz und zur Förderung der Kultur.

*Die Verfasserin ist kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE und war Obfrau der Fraktion DIE LINKE in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“* ■

# Enquete abgeschlossen – Nun beginnt die Arbeit

Die FDP zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ • Von Hans-Joachim Otto

**Allein die Existenz der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ war ein wichtiges Signal für die Bedeutung, die der Kultur in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung beigemessen wird. Der Bericht der Kultur-Enquete – das Ergebnis von vier Jahren Arbeit und die Essenz der Empfehlungen zahlreicher Experten aus dem Kulturbereich, der Wissenschaft und der Politik – ist ein wertvolles Kompendium der Kultur in Deutschland und die Grundlage für die kulturpolitischen Aktivitäten der kommenden Jahre.**

Auch wenn die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ nicht die kontinuierliche öffentliche Berichterstattung und Diskussion erfahren hat, wie es sicher wünschenswert gewesen wäre, ist die Arbeit doch zumindest in der Fachöffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Zudem waren viele der maßgeblichen Akteure der Kultur in Deutschland als Sachverständige, Experten, Gutachter oder Ratgeber im Hintergrund am Entste-

hen des Schlussberichtes der Enquete-Kommission beteiligt.

Das Zusammenwirken in der Enquete-Kommission hat zu einem Zusammenrücken der Kulturpolitiker geführt und es ist erfreulich, dass sich die Kulturpolitiker aller Fraktionen in fast allen Punkten auf eine gemeinsame Position einigen konnten: jeweils auf diejenige Forderung und Handlungsempfehlung, die zum Wohl der Künstler, Kulturschaffenden und des kulturellen Lebens ist. Die intensive Zusammenarbeit untereinander und die vielen Anhörungen und auswärtigen Termine haben zu zahlreichen Kontakten und Begegnungen geführt, die für eine erfolgreiche politische Arbeit nah an den Bedingungen des Lebens unerlässlich sind.

Die Enquete-Kommission hat zudem einige öffentliche Debatten angestoßen, und zwar sowohl zu Themen, die ich persönlich für weniger weiterführend halte, wie z.B. die Frage nach einer „Quote für Musik aus Deutschland“, als auch zu unstrittig wichtigen Themen, wie

etwa der Reform des Rechts der Verwertungsgesellschaften, also des Urheberrechtswahrnehmungsgesetzes. Der wichtigste Gedankenanstoß der bisher von der Enquete-Kommission ausgegangen ist, ist sicherlich die von allen Kommissions-Mitgliedern einmütig getragene Forderung nach einer Ergänzung des Grundgesetzes um ein Staatsziel Kultur. Der Umgang mit dieser Forderung, die in einem Zwischenbericht der Kultur-Enquete vorab veröffentlicht wurde, zeigt zudem, wie es auch mit den übrigen Empfehlungen der Enquete-Kommission weitergehen wird: Nachdem die Enquete-Kommission die Empfehlung für das Staatsziel Mitte 2005 ausgesprochen und veröffentlicht hatte, hat sie den weiteren Fortgang der politischen Willensbildung in den Fraktionen des Deutschen Bundestages überlassen.

Bereits im Januar 2006 hat die FDP-Bundestagsfraktion diese Empfehlung der Enquete-Kommission aufgegriffen und einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht. Auch

wenn sich bisher noch keine parlamentarische Mehrheit gefunden hat, war es wichtig, dieses Thema im Bundestag auf die Tagesordnung zu setzen und den Entscheidungsdruck zu erhöhen. Mittlerweile haben sich auch die Sozialdemokraten zu einer Befürwortung des Staatsziels Kultur durchgerungen, so dass die CDU/CSU-Fraktion jetzt unter Zugzwang steht, sich zu entscheiden, ob sie für oder gegen die Grundgesetzergänzung ist.

Es fällt nicht leicht, bei den zahlreichen wichtigen Themenkomplexen, die in der Enquete-Kommission behandelt wurden, eine Priorisierung vorzunehmen. Was ist wichtiger? Sind es die rechtlichen Rahmenbedingungen der Theater und sonstiger Kulturbetriebe oder ist es die Altersversorgung von Künstlern oder ist es die kulturelle Bildung? Es wird eine nicht ganz einfache Aufgabe werden, die Fülle wichtiger Handlungsempfehlungen in eine Reihen-

## Fortsetzung von Seite 12

folge zu bringen und es ist klar, dass die Umsetzung viele Jahre in Anspruch nehmen wird.

Exemplarisch möchte ich von den Themen in der Kultur-Enquete, die aus liberaler Sicht von besonderer Bedeutung waren und deren weitere Bearbeitung von einer gewissen Dringlichkeit ist, den Kulturauftrag und die kulturelle Tätigkeiten des Rundfunks nennen.

Bei diesem Thema gibt es eine interessante Ausgangslage: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, also die Gesamtheit von ARD, ZDF und dritten Programmen, den regionalen Radioprogrammen und Deutschlandradio und Deutschlandfunk sowie den Spartenkanälen wie 3sat, arte oder Phoenix, hat mit einem Gesamtetat von über acht Milliarden Euro ungefähr mehr Geld zur Verfügung als Bund, Länder und Kommunen insgesamt für die Kulturförderung ausgeben – mit einem entscheidenden Unterschied: Während der Etat des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kontinuierlich und beträchtlich steigt, gibt es bei den öffentlichen Kulturausgaben einen bedrohlichen Rückgang, der auf Einsparungen bei den Ländern und Kommunen zurückzuführen ist.

Ausgangspunkt der Befassung der Kultur-Enquete mit dem Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks war die einhellige Meinung, dass der Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nur unzureichend wahrgenommen wird. Bei aller Wertschätzung der kulturellen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bestand innerhalb der Enquete-Kommission Konsens darüber, dass von ARD und ZDF mehr erwartet werden kann, ja mehr erwartet werden muss. Aus diesem Grunde hat die Enquete-Kommission eine Reihe von Handlungsempfehlungen ausgesprochen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk an seine Pflicht und Verantwortung erinnern, seinen Kulturauftrag wahrzunehmen. Neben einer Präzisierung des Kulturauftrages der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im nächsten Rundfunkstaatsvertrag, die auch aus medienpolitischen Gründen unabdingbar ist, wäre die Aufnahme einer festen Rubrik „Kulturnachrichten“ in den Hauptnachrichtensendungen eine vergleichbar einfach umzusetzende Maßnahme, um die besondere gesellschaftliche Relevanz der Kultur deutlich zu machen. Es ist nicht einzusehen, warum selbst Ergebnisse der zweiten Fußball-Bundesliga wie selbstverständlich einen Platz in den Nachrichten bekommen, wichtige Schauspiel- oder Opernpremierer aber auch Ereignisse der Populärkultur nur selten Erwähnung in den Nachrichten finden.

Gerade angesichts der immer größeren Vielfalt an audiovisuellen Angeboten ist es wichtig, dass die etablierten und objektiven Plattformen, wie es die Hauptprogramme von ARD und ZDF sind, eine Navigatorfunktion erfüllen und relevante Informationen aus dem Bereich der Kultur anbieten.

Ein weiteres Thema, welches sich zu einer zügigen Umsetzung anbietet, ist das Thema Kulturwirtschaft. Es kann und sollte vor allem deshalb unverzüglich angepackt werden, weil eine Beförderung dieses Themas fast kein Geld kostet, sondern eine verstärkte politische Aufmerksamkeit schon fast ausreicht. Der Anspruch der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ bei der Bearbeitung des Themas Kulturwirtschaft war es, allen Entscheidungsträgern den zweifachen Gewinn vor Augen zu führen, der sich mit einer Investition in die Kulturwirtschaft erzielen lässt. Zum einen ist die Kulturwirtschaft einer der wenigen

Wirtschaftszweige in Deutschland, die über ein enormes Wachstumspotential verfügen, zum anderen sind die kulturwirtschaftlichen Unternehmen attraktive Arbeitgeber und bereichern die jeweilige Region mit ihren Produkten. Insgesamt wäre es wünschenswert, wenn sich in Deutschland die Politik für ein ähnliches Projekt stark machen würde, wie es in Großbritannien unter dem Stichwort „Creative Britain“ geschehen ist und dort einen Boom vor allem der kleinen kreativen Unternehmen ausgelöst hat.

Auch wenn sicherlich nicht jede Handlungsempfehlung des Schlussberichtes umgesetzt werden kann (und manche hoffentlich auch nicht umgesetzt wird!), auch wenn sich bei der Vielzahl der Informationen der eine oder andere Fehler in den Bericht eingeschlichen hat: Es gab wahrscheinlich noch nie einen so klaren und umfassenden Auftrag an die Politik, was veranlasst werden muss, um die Rahmenbedingungen der Kultur in Deutschland optimal zu gestalten. Wir Politiker haben nun die Aufgabe, das Beste daraus zu machen.

*Der Verfasser war für die FDP Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ und ist Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages ■*



Christoph Waitz, MdB, Olaf Zimmermann, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete und Hans-Joachim Otto, MdB bei einer Sitzung im Paul-Löbe-Haus (v.l.n.r.).  
Foto: Jan Gerd Becker-Schwering

## Die kulturelle Vielfalt bewahren und stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ • Von Undine Kurth

**Die Arbeitsergebnisse der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ sind in zweierlei Hinsicht besonders interessant. Zum einen liegt eine beeindruckende Bestandsaufnahme über Kultur, Kultureinrichtungen, Kulturwirtschaft, Künstlerinnen und Künstler, Verwerter und Vermittler von Kultur, über kulturelle Bildung und über Kultur in Europa vor. Zum anderen wurden zahlreiche wertvolle Handlungsempfehlungen ausgesprochen, deren Umsetzung geeignet wäre, die Situation der Kultur und der Kulturschaffenden in Deutschland nachhaltig zu verbessern. Dabei wurde manche parteipolitisch definierte Grenze mutig übertreten – und das mit großem Gewinn für die Sache. Wenn in diesem Geist die Umsetzung der Handlungsempfehlungen angegangen wird, kann viel erreicht werden.**

Folgende Erkenntnisse der Enquete-Arbeit möchte ich herausstellen.

**Kunst und Kultur staatlich fördern, ihren Eigenwert verteidigen**  
Kulturpolitik muss aufgewertet werden. Sie ist Gesellschaftspolitik und muss im politisch-administrativen Bereich gestärkt werden.

Die einzigartige Dichte an Theatern, Orchestern, Bibliotheken, Ausstellungshäusern, soziokulturellen Zentren, Kunst-, Musik- und Volkshochschulen, Vereinen und Stiftungen muss und soll erhalten werden. Dabei besteht eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen. Dem Staat kommt für die Sicherung eines vielfältigen kulturellen Lebens und dem Erhalt und Ausbau einer leistungsfähigen kulturellen Infrastruktur eine entscheidende Bedeutung zu. Ein Staatsziel Kultur würde diese Verantwortung unterstreichen.

Öffentlich geförderte kulturelle Akteure werden zunehmend an wirtschaftlicher Effizienz gemessen. Die Kultur muss jedoch vor einseitiger Anpassung an ökonomische Zwänge bewahrt werden. Gerade das, was sich nicht „verkaufen“ lässt, gehört zu den Kernaufgaben öffentlich-kultureller Förderung. Kultur hat einen

Eigenwert und häufig einen unbequemen Eigensinn – ihn wollen wir verteidigen. Nur so kann einer Orientierung allein am „Massengeschmack“ entgegengewirkt werden.

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen wäre kulturelle Vielfalt nicht möglich. Es muss durch Qualifizierung, verlässliche Kooperation mit Hauptamtlichen, klare Aufgabenstrukturen und öffentliche Anerkennung kontinuierlich gefördert werden.

Für den Denkmalschutz und den Schutz der UNESCO-Welterbestätten muss mehr Unterstützung gewährt und mehr rechtliche Verbindlichkeit geschaffen werden. Das deutsche Welterbe muss durch eine Verankerung der UNESCO-Welterbekonvention vor allem im Bau- und Raumordnungsrecht rechtlich besser geschützt werden, ihre Bindungswirkung muss gewährleistet werden. Dabei bräuchten der Denkmalschutz und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz finanzielle Sicherung.

Als Vorsitzende des Beirates des Deutschen Bibliotheksverbandes Sachsen-Anhalt liegen mir die öffentlichen Bibliotheken besonders am Herzen. Sie dürfen keine freiwillige Aufgabe bleiben, sondern müssen eine Pflichtaufgabe werden – so sah es auch die Enquete-Kommission. Bibliotheken sind als „Wissensorte“ unverzichtbarer Teil unserer Kulturgeschichte und von überragender Bedeutung für die kulturelle Bildung. In Bibliotheksgesetzen der Länder und gegebenenfalls des Bundes müssen Standards formuliert und finanzielle Förderungen festgeschrieben werden.

**Situation der Künstler und Kulturschaffenden verbessern**

Ohne Künstlerinnen und Künstler gibt es keine Kunst und keine kulturelle Vielfalt. Ihr Alltag entbehrt jedoch oft jeder Romantik. Im Gegenteil, viele von ihnen leben in schwierigen Verhältnissen, ihr Einkommen ist in Deutschland oft genug beschämend niedrig. Die besondere soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler muss in der Kultur- und Arbeitsmarktpolitik eine größere Rolle

spielen als bisher. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben hierzu bereits konkrete Vorschläge unterbreitet.

Sozio- und Laienkultur sind ein Garant für kulturelle Teilhabe. Sie fördern kreative Eigentätigkeit und kulturelle Kompetenz. Ihre Stärkung in der Kulturlandschaft ist uns besonders wichtig.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft trägt zur Sicherung eines vielfältigen kulturellen Lebens in Deutschland bei. Hier entstehen Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Die Rahmenbedingungen vor allem für die in diesem Bereich vorherrschenden Kleinst- und Kleinunternehmen müssen ebenso verbessert werden. Die Instrumente der Förderung und Beratung müssen weiterentwickelt und an die spezifischen Belange angepasst werden.

Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, eigene Verantwortung wahrnehmen und Kunst und Kultur fördern zu können. Dafür bedarf es einer angemessenen finanziellen Ausstattung. Zugleich dürfen die Kommunen Kunst und Kultur nicht nur als Finanzierungslast begreifen, sondern als eine angenehme Pflicht und einen wichtigen Standortfaktor.

**Kulturelle Bildung stärken und gesellschaftliche Teilhabe sichern**

Einrichtungen der kulturellen Bildung von Kindern, Jugendlichen (Musikschulen, Kunstschulen usw.) und Erwachsenenbildung und in der Lebensperspektive müssen auch perspektivisch gesichert werden, denn kulturelle Bildung ist ein Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Kindern und Jugendlichen wollen wir den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern. Die kulturelle Bildung muss mit allen Bereichen öffentlicher Bildung und Erziehung verzahnt werden, sie muss elementarer Bestandteil lebensbegleitender Bildung werden.

Angesichts der kulturellen Vielfalt müssen wir in unserer Gesellschaft einen ernsthaften Diskurs über Interkultur und Migrantenkulturen führen. Die Debatte zeigt, dass hier noch immer nicht der Anschluss

an den gesellschaftlichen Ist-Zustand gefunden worden ist. Den öffentlich-rechtlichen Medien kommt dabei eine große Verantwortung zu.

Kunst und Kultur sind geeignet, die europäische Identität zu stärken und gemeinsame Grundwerte zu betonen, daher müssen Mitgliedsstaaten übergreifende Kulturprojekte finanziell besser gefördert werden. Daher brauchen Kulturstätten von besonderer Bedeutung für die Geschichte und Identität Europas besondere Aufmerksamkeit und müssen stärker in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gerufen werden. Europäische Kunstwettbewerbe können die wechselseitige Wahrnehmung zeitgenössischer Kunst in Europa fördern.

**Der Deutsche Bundestag als Förderer der Künste**

Der Deutsche Bundestag hat auch selbst die Möglichkeit, als Förderer der Künste aufzutreten, er macht dies bereits über den Ankauf von Kunstwerken. Wir unterbreiten einen weiteren konkreten Vorschlag zur Förderung von Kunst und Kultur. Wir empfehlen dem Deutschen Bundestag, ein Stipendium für Künstlerinnen und Künstler einzurichten, das jeweils befristet für ein Jahr die Stelle eines Parlaments-Schreibers, eines Parlaments-Malers und eines Parlaments-Komponisten mit Arbeitszimmer bzw. Atelier im Bundestag finanziert. Diese Stipendiaten müssten, wie das üblich ist, zum Abschluss ihres Aufenthalts ihre Arbeiten dem Haus und seiner Öffentlichkeit präsentieren. Wir glauben, dass so nicht nur eine interessante Form der Förderung installiert würde, sondern dass dies auch den Dialog des Bundestags mit Künstlerinnen und Künstler – wie er der Arbeit der Enquete-Kommission immanent war – weiterführen und auf eine neue Ebene heben könnte. Beide Seiten würden profitieren.

*Die Verfasserin ist Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und war Obfrau ihrer Fraktion in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ■*

## Von kulturellen Prozessen lernen

Kultur nicht als hermetischen Raum begreifen • Von Susanne Binas-Preisendörfer

**Im Sommer 2003 rief mich Eckhard Bartel – damals MdB – an und fragte, ob ich als Sachverständige für die SPD in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ zur Verfügung stehen würde. Kurz erläuterte er mir am Handy den Sinn einer solchen Kommission und bat um baldige Zu- oder Absage.**

Zur damaligen Zeit arbeitete ich als freie Autorin, Dozentin und Veranstalterin im Kulturbereich und hatte gerade das Buch „Erfolgreiche Künstlerinnen – Arbeiten zwischen Eigensinn und Kulturbetrieb“ veröffentlicht. Als Auftraggeber fungierten das Kulturforum der Sozialdemokratie und die Philipp-Morris-Kunstförderung. Dies dürfte wohl auch der Anlass für den Anruf Eckhard Bartels gewesen sein. Vier Jahre danach gefragt, was ihn bewogen hätte, mich als Sachverständige vorzuschlagen, war es sowohl die Nähe zu Künstlerinnen und Künstlern, zum Kulturbetrieb sowie der reflexive kulturhistorische, kulturwissenschaftliche und gesellschaftspolitisch orientierte Blick auf Kultur und ihre Akteure, insbesondere meine praktischen und theoretischen Kenntnisse zur komplexen Infrastruktur künstlerischer und kultureller Produktion und zu den Herausforderungen von Globalisierung und Mediatisierung von kulturellen Prozessen. Daneben sicherlich nicht von Nachteil, dass ich eine Frau, damals unter 40 und in der DDR sozialisiert war.

Die Arbeit der Enquete-Kommission war während der 15. Wahlperiode ganz strikt von den Aufgabenstellungen des Einsetzungsbeschlusses getragen. Dazu gehörte als eine von drei Säulen die Befassung mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage von Künstlerinnen und Künstlern. Hier sah ich zunächst mein wichtigstes Feld sachverständiger Beratung bei der Erschließung eines großen und von vielerlei Erwartungshaltungen geprägten Themas. Mein Anspruch bestand darin, ausgehend von einem differenzierten Kulturverständnis die Position und Bedeutung künstlerischer Arbeit in ihren historischen Dimensionen als auch insbesondere angesichts aktueller Problemlagen (steigende Zahl von Freiberuflern, deren schwierige wirtschaftliche Lage, diskontinuierliche Erwerbssituation, Patchworkbiographien, Ausbildungssituation, Veränderung des Selbst- und Fremdbildes, Künstlerautonomie, Künstler als Unternehmer) zu erörtern und zum Ausgangspunkt der Bestandsaufnahme zu machen. Als außerordentlich hilfreich habe ich das erste Treffen bzw. die Klausur der Enquete-Kommission in Steinhöfel in Erinnerung. Dort konnten die Mitglieder des Bundestages sowie die elf Sachverständigen vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Tätigkeits- oder Interessensfelder Ansprüche an die Enquete-Arbeit formulieren. Interessant war dies v.a., weil quasi unter der Hand alle Teilhabenden ihr Verständnis von Kultur offen legten und die Perspektiven staatlicher Verantwortung in diesem Politikbereich ansprachen. Diese reichten von einem klaren Bekenntnis zur ästhetischen Erziehung mittels Kunst und Kultur, der Bedeutung der Theaterlandschaft für Deutschland, Fragen der kulturellen Grundversorgung, der sozialen Absicherung von Künstlern bis hin zu Statements zur pluralen Verfasstheit und sich daraus ergebenden Funktionen staatlichen Handelns gegenüber den sehr unterschiedlichen Akteuren kultureller Prozesse. Das Gremium spiegelte in beiden Wahlperioden m.E. die recht unterschiedlichen Haltungen wider,

die man im weiten Feld der Kultur haben kann, auch wenn dies auf den ersten Blick von außen so nicht wahrnehmbar war. Es handelte sich keineswegs – und diesen Verdacht kann man in anderen kulturpolitischen Gremien durchaus bekommen – um eine generations- und auffassungshomogene Gruppe. Was alle einte, ist die Überzeugung, dass es sich bei Kultur um einen umfangreichen und bedeutsamen Sachkomplex handelt, der ins Zentrum der Politik gehört. Wie nun diesen Sachkomplex systematisieren, sinnvoll Bestandsaufnahmen anstrengen, um Probleme zu erkennen und ggf. Handlungsempfehlungen formulieren? Eine Enquete-Kommission ist kein Sonderforschungsbereich. Das musste gerade auch ich als Wissenschaftlerin zur Kenntnis nehmen: nicht jedes Detail konnte recherchiert, nicht jeder Diskurs erläutert, nicht jede Position belegt werden. Der politische Handlungsraum erfordert möglichst präzise, manchmal auch grobe, nachvollziehbare klar gegliederte Argumentationen. Dennoch hatte ich es mir zur Aufgabe gemacht, „die Wirklichkeit“ nicht in den Rastern von Ressorts und politischen Begehren aufgehen zu lassen, sondern die Konfrontation mit der Komplexität der Wirklichkeit – zum Beispiel den historisch begründeten gegenseitigen Berührungspunkten von Kultur und Wirtschaft, öffentlichen Aufgaben und Marktgeschehen – herauszufordern, genau hinzuschauen, Plattitüden nicht zuzulassen, Mythen offen zu legen. Vielleicht hat mich mancher Politiker dafür gehasst, die Leistungsbeschreibungen zu den Gutachten (zum Beispiel Kulturwirtschaft in Deutschland oder Existenzgründung und Existenzsicherung von Künstlern) erzeugten bei einigen den Anschein, dass die Themen kaum zu bearbeiten wären. Die Ergebnisse allerdings zeugen davon, dass sich die Enquete-Kommission sowohl auf der Höhe der entsprechenden Diskussionen als auch der entsprechenden politischen Herausforderungen befindet.

Manche Debatte – ich erinnere an die Quotenanhörung im Deut-



Susanne Binas-Preisendörfer, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete und Roland Bernecker, Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission. Foto: Stefanie Ernst

schon Bundestag – war von großem Medieninteresse begleitet, zeigte aber auch, dass Politik sehr schnell auf den Holzweg geraten kann, wenn sie die verschiedensten Aspekte und Interessenskollisionen, die ein solches Thema mit sich bringt, außer Acht setzt. Im Abschlussbericht hat die Kommission auf grelle Paukenschläge verzichtet. Das mag die Medien enttäuschen, der Kulturarbeiter vor Ort, in den Vereinen, kleinen Unternehmen der Kulturwirtschaft, Beratungsinitiativen, Museen, Bibliotheken und Projekten der kulturellen Bildung, Stadttheatern oder Künstlerverbänden wird die Arbeit der Kommission – das hoffe ich jedenfalls – dafür auf interessierte, gern auch kritische Resonanz treffen. Kultur wird nicht als hermetischer Raum begriffen, sondern als ein sehr differenziertes Phänomen, an das ihre unterschiedlichen Akteure – das Publikum einbegriffen – je

spezifische Wünsche und Erwartungshaltungen richtet.

Was die Umsetzung konkreter Handlungsempfehlungen betrifft, möchte ich mich auf die Arbeitsfelder beschränken, an deren Bestandsaufnahme und Problembeschreibungen ich unmittelbar beteiligt war: Kultur- und Kreativwirtschaft, wirtschaftliche Lage von Künstlern. Besonders ersteres ist gegenwärtig in aller Munde – zunehmend auch im Bereich der Kulturpolitik und -verwaltung. Wenn die Enquete-Kommission den Ländern und Kommunen vorschlägt, dieses Thema in interministeriellen oder ressortübergreifenden Arbeitsgruppen zu organisieren, ohne dabei die speziellen Förderinstrumente in Frage zu stellen, sondern im Gegenteil mehr noch aufeinander abzustimmen, dann folgt die Empfehlung meinem Ansatz von der Wirklichkeit kultureller Prozesse und nicht von

den Ressorts und administrativen Strukturen her zu denken. Des Weiteren scheint dieses politische Handlungsfeld (kleinteilige Unternehmensstrukturen, wenig Eigenkapital, risikoreiche Umsatzentwicklung) geradezu paradigmatisch für zukünftige ökonomische und soziale Entwicklungen der Gesellschaft. Wertschöpfung geht hier nicht in der Deutungslogik von Industriegesellschaften und entsprechenden Handlungsstrukturen auf. Von diesen kulturellen Prozessen lernen, heißt für andere gesellschaftliche Bereiche Politikmodelle zu antizipieren, die den sozialen und ökonomischen Wandel souverän gestalten helfen.

*Die Verfasserin ist Professorin für „Musik und Medien“ am Institut für Musik der Universität Oldenburg und war Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ■*

## Weiter Blick auf das Gesamtkunstwerk Kultur

Den Bericht offensiv als Politikberatung nutzen • Von Helga Boldt

**Die Einsetzung der Enquete-Kommission durch den Bundestag und ihren Auftrag, sich mit erweitertem Sachverstand und ohne Begrenzung durch Fraktions- und Ressortzwänge einen weiten Blick auf das „Gesamtkunstwerk“ der Kultur in Deutschland zu erlauben, habe ich als große Chance für die Kultur bewertet. Bündnis 90/Die Grünen haben sich bei Konstituierung der Kommission bewusst dafür entschieden, die kommunale Perspektive zu stärken und mit besonderer Aufmerksamkeit die Förderung generationen- und milieuübergreifender kultureller Bildung zu bearbeiten. Als kommunale Kulturdezernentin, die zuvor viele Jahre „Wahrnehmen und Gestalten“ an einer Ganztagschule unterrichtet hatte, habe ich einen Schwerpunkt darin gesehen, immer wieder Bodenhaftung und Handlungsorientierung in die breit angelegten Diskussionen einzubringen.**

In einer Situation, in der vier Generationen mit ihren spezifischen kulturellen Prägungen und Anforderung „unter einem gesellschaftlichen Dach“ leben, in der das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Milieus nicht nur in

den Großstädten, sondern in weiten Teilen Deutschlands zum Normalfall geworden ist, in der berufliche und persönliche Bindungen fragiler und biographische Verläufe unberechenbarer werden, war es politisch klug, die mehrdimensionale Perspektive einer Enquete-Kommission zu nutzen, um Kultur aus der Nische eines Ressorts in den Mittelpunkt der Gesellschaftspolitik zu rücken. Die Förderung von Kunst und Kultur ist als Kernaufgabe staatlichen Handelns auf allen politischen Ebenen fassbar geworden – das ist das wichtigste Resultat der vierjährigen Arbeit.

Glücklicherweise hat sich die Enquete-Kommission in keiner Phase ihrer Arbeit auf das Glatteis begeben, eine politische Ebene auf Kosten der anderen stärken zu wollen. Bund, Länder, Gemeinden müssen gemeinsam und korrespondierend handeln, wenn eine Stärkung der Kulturlandschaft und eine „barrierefreie“ Partizipation am kulturellen Leben gelingen sollen. Diese Idee des kulturellen „Gesamtkunstwerks“, an dem Staat und Zivilgesellschaft, Individuum und Wirtschaft gleichermaßen beteiligt sind, zieht sich durch den Bericht – ein Ergebnis der mehrperspektivischen Zusammensetzung der Kom-

mission: Bundestagsmitglieder aus Ost und West, Stadt und Land, Künstler, kommunal Verantwortliche, Kulturwissenschaftler und Kulturvermittler. Hinzu kam der Ertrag aus Anhörungen, Exkursionen, Gutachten, auch der bewusste Blick auf gelungene Praxis im Ausland. Die Enquete-Kommission hat die Wahrnehmung dafür geschärft, dass jede Gesellschaft immer wieder an ihrem kulturellen Fundament arbeiten muss, damit die Brücke vom historischen Erbe zu den Zukunftsaufgaben nicht brüchig wird.

Gerade auf kommunaler Ebene entsteht unter entwicklungsfreundlichen Bedingungen die Bereitschaft zu einem kulturell aktiven Leben, zur Achtung vor unterschiedlichen kulturellen Prägungen und zum kulturellen Dialog. Bei einer Lebenserwartung von bald 90 Jahren, in der zukünftig höchstens ein Drittel der Lebenszeit, wenn überhaupt, maßgeblich durch Erwerbsarbeit geprägt ist, in einer Situation, in der die Schere zwischen kulturellem Reichtum und kultureller Armut größer wird, bedarf es politischer Phantasie und Überzeugungskraft, um ein soziales, eigenverantwortliches, genussvolles Leben anzuregen. Jegli-

ches Lernen, jede Kulturerfahrung, jeder Kulturausdruck vollzieht sich in konkreten Räumen und Strukturen. Wenn wir wollen, dass Bildung, Kultur und Kulturvermittlung ihre Wirkung für Individuum und Gemeinwesen entfalten können, müssen wir ihre „Eigensinnigkeit“ respektieren und förderliche Rahmenbedingungen schaffen. Ganz konkret: gut ausgebildete und professionell arbeitende Bibliothekarinnen, Musikschullehrer, Museumsmitarbeiterinnen und Intendanten, qualitätsvolle Tanz-, Theater- und Filmräume, vielfältige Projektunterstützung, öffentliche Zeit und Aufmerksamkeit, veränderungsoffene Förderstrukturen – alles dieses und noch viel mehr muss auf kommunaler Ebene geschaffen werden, damit ein kulturell anregendes Milieu entstehen kann. Dass dieser Anspruch auf kulturelle Partizipation nicht nur in den großen Städten, sondern überall in Deutschland einzulösen ist und es hierfür jeweils spezifische Formen der Realisierung geben muss, wird im Schlussbericht der Enquete in vielen Facetten darge-

## Fortsetzung von Seite 14

stellt und das verstärkt – hoffentlich – den Handlungsdruck.

Bildung, auch kulturelle Bildung, lässt sich weder verordnen noch erzwingen. Es geht im Kern darum, die empfindlichen Sensoren der Kinder so lange wie möglich für vielfältige Wahrnehmung und Ausdrucksdimensionen offen zu halten und bis zum Lebensende kulturell berührbar zu bleiben. Um eben dieses zu erreichen, braucht es Zeit und Räume, inspirierende, ermutigende Menschen und viel politische Klugheit,

um die erforderlichen öffentlichen Mittel in Richtung auf dieses Ziel zu lenken. Kultur muss heute auf einem ausdifferenzierten Freizeitmarkt um private und öffentliche Zeit, um Räume, Geld und Aufmerksamkeit konkurrieren. Durch die Arbeit der Enquete-Kommission ist es gelungen, kulturelle Bildung als integralen Bestandteil allgemeiner Bildung sichtbar zu machen und einer fatalen Verengung der Bildungsdiskussion auf die „Pisa-Fächer“ entgegen zu wirken. Nur wenn Kulturvermittlung gut gelingt, wird auch in Zukunft der Einsatz öffentlicher Mittel für Kultureinrichtungen, Kulturförderung, Kultur-

ereignisse gesellschaftlich akzeptiert sein. Sie muss deshalb in allen künstlerischen und kulturwissenschaftlichen Ausbildungsgängen größeres Gewicht erhalten – auch dieses ist ein Ertrag der Enquete-Arbeit.

Ein wichtiges Ziel ist schon jetzt erreicht: Bereits während der letzten Phase der Enquete-Arbeit war auf allen politischen Ebenen eine größere Sensibilität für kulturelle Entwicklungsaufgaben wahrnehmbar: die kulturelle Profilierung von Stiftungen, das Kulturinvestitionsprogramm des Bundestages, materiell wirksame Initiativen zum Ausbau kultureller Bildung auf Länderebene, die program-

matische Profilierung von Kultur in Parteiprogrammen, kulturpolitische Leitlinien und Handlungsprogramme auf kommunaler Ebene, aussagekräftige Kulturwirtschaftsberichte, Ausbau systematischer Kooperationen zwischen Schule und Kultur, eine stärkere Profilierung auswärtiger Kulturpolitik, um nur einige Beispiele zu nennen. Mit der Veröffentlichung des Enquete-Berichts erhalten nun alle diejenigen eine profunde Argumentationshilfe, die wissen, dass in einer Demokratie auch kulturferne Entscheidungsträger davon überzeugt werden müssen, die beispielhafte kulturelle Vielfalt und

Qualität in Deutschland zu erhalten und Spielräume für neue kulturelle Ausdrucksformen zu öffnen. Wenn der Bericht offensiv als Politikberatung genutzt wird, kann auf allen politischen Ebenen eine kulturbewusste und damit klügere Politik gelingen.

*Die Verfasserin war Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, bis zum Jahr 2005 Kulturdezernentin in Münster und arbeitet jetzt freiberuflich im Bildungs- und Kulturbereich ■*

## Plädoyer für mehr lebendige und anregungsreiche kulturelle Milieus

Sachliche Arbeit über die Parteigrenzen hinweg • Von Dieter Kramer

**Angenehm war für mich die Erfahrung, dass in der Enquete-Kommission Sachlichkeit und Politik in Eins gehen konnten. Wie oft in der Kommunalpolitik bei Kulturfragen, spielen auch hier Parteigrenzen nicht immer eine Rolle. Das strahlte dann auch ab auf die Behandlung wirklich kontroverser Fragen.**

Viele Gemeinsamkeiten, vor allem, was die Verpflichtungen von Bund, Ländern und Kommunen anbetrifft, können von allen Parteien und Sachverständigen hervorgehoben werden. Die Sondervoten sind freilich für mich mehr als Pflichtübungen, etwa wenn es um die unterschiedliche Interpretation der deutsch-deutschen Geschichte bis 1989 geht. Ähnlich wichtig ist mir der Umgang mit den Bundesmitteln nach dem Bundesvertriebenengesetz § 96: Die sollten gerade der Flüchtlinge und Vertriebenen wegen endlich dafür verwendet werden, der gemeinsamen Zukunft Europas zusammen mit den osteuropäischen Staaten ein stabileres Fundament zu geben.

Ich wurde erst in der neuen (16.) Legislaturperiode Mitglied des Gremiums, deswegen konnte ich meine Bedenken gegen die bereits vereinbarte Staatsziel-Formel „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ nicht intensiver einbringen und meinen Vorschlag „Der Staat fördert das kulturelle Leben und schützt das kulturelle Erbe“ nicht verteidigen. Aber wenn man sich in Kapitel 1 auf das internationale Verständnis von Kultur beruft, wie es in den UNESCO-Dokumenten formuliert ist, dann kann man nicht *die* Kultur fördern, sondern nur eine spezielle Ausprägung von Kultur, wie sie in einer Gemeinschaft gelebt wird.

Im Übrigen freilich kann ich mich nicht beklagen: Mein eigener Anspruch, mit dem ich mich für die Kommissionsarbeit gewinnen ließ, bezog sich darauf, als europäischer Ethnologe mit kulturwissenschaftlich inspiriertem kulturpolitischem Sachverstand die Arbeit der Kommission zu begleiten, und das konnte ich.

Angesichts der Horrormeldungen über den inneren Zustand einer Gesellschaft, in der Arm und Reich immer mehr auseinanderdriften und in der das soziale und kulturelle Milieu, in dem jemand lebt, von Kindheit an die Weichen für das ganze Leben stellt, bedaure ich es jedoch, dass ich nicht früh genug eingefordert habe, die soziale Dimension des kulturellen Lebens stärker zu berücksichtigen. Gewiss, in den Kapiteln Laienkultur und Brauchtum, Ländlicher Raum, Soziokultur oder kulturelle Bildung sind Ansätze zur Berücksichtigung sozialer Probleme enthalten. Aber wenn ausdrücklich von Armut oder Arbeitslosigkeit die Rede ist, dann nur im Zusammenhang mit den Künstlern, denen solches droht. Bei zunehmender gesellschaftlicher Desintegration im Zusammenhang mit Armut und bei immer mehr argumentationsresis-



Gesellig vereint: Klaus Staack, Präsident der Akademie der Künste, Dieter Kramer, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete und Dorothee Bär, MdB.

Foto: Stefanie Ernst

tenten blickdichten Parallelwelten (keineswegs nur in migrantischen Milieus) sind mir alle Formen neuer Gemeinschaftlichkeit und Gemeinschaftsbildung mit Hilfe kultureller Tätigkeit außerordentlich wichtig.

Sie sind allerdings nicht nur wegen der sozialen Dimension unverzichtbar. Würde man sich darauf beschränken, läge der Vorwurf nahe, kulturelle Praxis zu instrumentalisieren. Sie sind auch wichtig, weil durch die Interaktion mit dem potenziellen Publikum bedeutende Impulse für die Entwicklung des kulturellen Lebens (auch der Künste speziell) entstehen. Anregungsreiche und lebendige kulturelle Milieus bringen Menschen zueinander, sensibilisieren für die wechselseitigen Besonderheiten und Probleme, und geben zudem den mitwirkenden Künstlern Gelegenheit, viel über die Wirklichkeit in unserer Gesellschaft zu erfahren, ohne dass deswegen die Freiheit ihrer künstlerischen Tätigkeit eingeschränkt wird. Die Beziehung zwischen Künsten und ihrem Publikum ist in Milieus, in denen viele Menschen partizipieren, anders akzentuiert als bei dem an materiellen Beiträgen orientierten Sponsoring und bei anderen Formen

der materiellen privaten Kunstförderung.

Die Anerkennung spezieller Bereiche wie Soziokultur, Laienkultur, kulturelles Leben in ländlichen Regionen, Interkultur und Migrantenkultur, Minderheiten ist mir ebenfalls begrüßenswert. Bei der Laienkultur gilt dies insbesondere für die Forderung, sie gleichberechtigt zu behandeln: „Die Förderung von Vereinen, in denen Brauchtum und Laienkultur gepflegt werden, ist Teil der allgemeinen Kulturpolitik auf lokaler und regionaler Ebene“, heißt es in Handlungsempfehlung 1 von 3.3.4.

Ähnlich bedeutsam ist eine andere geradezu sensationelle Feststellung. Bezieht man die Zeitspenden ein, kommt man zu dem Ergebnis: „Der größte Kulturfinanzierer in Deutschland ist der Bürger in erster Linie als Marktteilnehmer (Kulturwirtschaft), in zweiter Linie als Spender und in dritter Linie als Steuerzahler“. Noch viel später kommt in dieser Aufzählung Sponsoring. Deshalb freue ich mich über die Anerkennung der Zeitspende und die damit mögliche Beteiligung am bürgerschaftlichen Engagement und der Kulturförderung „unabhängig vom

sozialen Status“ (3.3.1, 1.). Dadurch erhält im Idealfall der kapitalstarke Stifter das gleiche Gewicht wie der engagierte Hartz-IV-Empfänger – vorausgesetzt, beide können in der Liebe zur Kunst und in der Kennerschaft gleich ziehen.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang die Erleichterung und Anerkennung der Vereinsarbeit (auch durch fiskalische Berücksichtigung des bürgerschaftlichen Engagements) und die Freiwilligenagenturen (3.3.3, 6.).

Hinter dem Kapitel „Kultur in ländlichen Regionen“ verbirgt sich die Verbindung von Strukturpolitik und Kulturpolitik, gipfelnd in der Ermutigung zur Bildung von „Kulturräumen“, inspiriert von dem Sächsischen Kulturraumgesetz.

New Public Management kann in den kommunalen Verwaltungen das Aufbrechen hierarchischer Strukturen bedeuten und Initiative, Motivation und Qualitätsstreben freisetzen sowie Freiräume schaffen. Nicht zwangsläufig verbunden damit ist die gern fetischisierte Privatisierung – bewusst offen gelassen ist die Frage der Rechtsform, allenfalls mit einem Prüfauftrag verbunden.

Dass kulturelle Bildung ein so großes Gewicht erhalten hat, findet gewiss breite Anerkennung. Dass der Bund eine Kulturentwicklungskonzeption und einen Kulturbericht vorlegen soll, ist eine schöne weiterführende Forderung. Menschenrechtsbildung und Erinnerungsarbeit werden nicht nur plakativ gefordert, sondern auch in Bezug gesetzt zu aktuellen Menschenrechtsverletzungen.

Schließlich: Die Fortentwicklung der Kulturverträglichkeitsprüfung auf der EU-Ebene wie im Zusammenhang mit den Verhandlungen über internationale Handelsverträge und Dienstleistungsabkommen (GATS) ist bedeutend. In diesen Zusammenhang gehört auch die Forderung nach einem Vertragsgesetz zur Umsetzung der UNESCO-Welterbekonvention. Mithin, es gibt eine Fülle von interessanten Aufgaben – mal sehen, was daraus wird.

*Der Verfasser ist Kulturwissenschaftler, ao. Universitätsprofessor in Wien, war bis zur Pensionierung Oberkustos am Museum der Weltkulturen in Frankfurt/Main. Er war Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ■*

# Meilenstein in der Geschichte der Kulturpolitik

Mehr als 400 Handlungsempfehlungen warten auf ihre Umsetzung • Von Oliver Scheytt

Mit der Übergabe des Schlussberichtes der Enquete-Kommission an Bundestagspräsident Lammert am 11. Dezember 2007 ist die Arbeit der Kommission im Bundestag zwar abgeschlossen, doch dieser Meilenstein in der kulturpolitischen Entwicklung Deutschlands sollte Startpunkt für eine intensive Phase der Diskussion und Umsetzung der über 400 Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission sein. Eine so umfassende Zusammenschau aller aktuellen kulturpolitischen Handlungsfelder hat es in der kulturpolitischen Entwicklung seit dem 2. Weltkrieg nicht gegeben. Angesichts des Umfangs des Berichts könnte ihm drohen, einfach nur „schubladiert“ zu werden, doch für normale Schubladen ist er nicht nur zu groß, sondern auch zu bedeutend. Um diese drohende Gefahr gleich abzuwenden, sollen mit diesem Beitrag einige wesentliche Schlaglichter gesetzt werden, um ausgewählte Schwerpunkte der Kommissionsarbeit so auszuleuchten, dass eine Orientierung und Einordnung ermöglicht wird.

Ein durchgängiges Motiv ist, dass die Kommission Kultur nicht allein als staatliche Aufgabe betrachtet, sondern das Wechselspiel von Staat, Markt und Drittem Sektor als prägend ansieht. Damit hat sie die Rolle des Staates und der öffentlichen Hand neu ausjustiert, was schon in Überschriften wie „Kultur als öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe“, „die öffentliche und private Förderung und Finanzierung von Kunst und Kultur“, „Lage und Strukturwandel, der öffentlich-nichtstaatlichen und der privaten Kulturförde-



Das Sekretariat der Enquete-Kommission und die Vorsitzende: Astrid Mahler-Neumann, Marina Kossak, Annette Therese Jäger, Katrin Delzeit, Gitta Connemann, MdB, Reinhard Tegethoff, Tpsi Menzel, Angela Göllnitz, Marc Bomhoff, Alexander Plass und Georg Meyer (v.l.n.r.)  
Foto: Stefanie Ernst

rung“, „Kulturförderung in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft“ zum Ausdruck kommt. Dabei hat die Kommission die öffentliche Verantwortung reflektiert vor dem Hintergrund zivilgesellschaftlichen Engagements und (kultur-)wirtschaftlicher Prozesse.

In vielen einzelnen Kapiteln und Handlungsempfehlungen wird deutlich, wofür der Kulturstaat Bundesrepublik Deutschland Verantwortung trägt: Für optimale rechtliche

Rahmenbedingungen, die den effizienten Mitteleinsatz der öffentlichen Hand sicherstellen (z.B. Haushaltsrecht), die die kulturelle Infrastruktur garantieren (z.B. gesetzliche Regelungen zur kulturellen Bildung), die Bürgerengagement und kulturwirtschaftliches Handeln unterstützen, aber auch die Rechte der Künstler sichern. Neben dieser „Ordnungspolitischen Funktion“ erfüllen Staat und Kommunen den Kultur-auftrag aber auch durch die Errichtung und Unterhaltung eines großen Teils der kulturellen Infrastruktur, fördern und veranstalten Kunst und Kultur, wobei der kooperative Kulturföderalismus prägend ist. Die Rolle des Bundes wurde in den letzten Jahren zunehmend öffentlich bewusst und von der Kommission gerade auch im Verhältnis zur Rolle Deutschlands in Europa und mit Blick auf die neueren Entwicklungen internationaler Kulturpolitik (z.B. UNESCO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt, WTO und GATS) herausgearbeitet.

Die Kommission war sich schon bei ihrer Arbeit in der letzten Legislaturperiode darüber einig, dass der Schutz und die Förderung von Kultur unverzichtbare Aufgabe des demokratischen Gemeinwesens sind, was neben den Verfassungen der Länder auch im Grundgesetz zum Ausdruck kommen sollte. Daher wurde die Einführung einer Staatszielbestimmung vorgeschlagen. Artikel 20b des Grundgesetzes soll um den Satz ergänzt werden: „Der Staat schützt und fördert die Kultur“.

Ausgehend von einem solchen Grundverständnis, hat die Kommission sich intensiv mit den kulturpolitischen Leitworten der letzten Jahre „Kulturelle Grundversorgung“ sowie „Kulturelle Daseinsvorsorge“ befasst. Die Kommission hat in mehreren Kreisen darüber diskutiert, wie ein Modell zur Sicherung der kulturellen Grundlage aussehen könnte, das im Wechselverhältnis von Staat, Wirtschaft und Drittem Sektor dem Gedanken Rechnung trägt, dass es einen öffentlichen Auftrag gibt, Kultur zu schützen und zu fördern, an dem sich aber auch Gesellschaft und Zivilgesellschaft aktiv beteiligen können. Schließlich hat sich die Kommission auf den Leitbegriff der „Kulturellen Infrastruktur“ verständigt, der diesem kulturpolitischen Modell zugrunde gelegt werden soll. Ausgehend von diesem Gedanken hat die Enquete-Kommission aufgezeigt, dass die Einordnung der Kul-

turarbeit generell als „freiwillige Leistung“ wieder einer fundierten rechtlichen Prüfung Stand hält, da es bereits jetzt zahlreiche Normen gibt, die einer solchen Einordnung entgegenstehen, noch entspricht sie dem allgemeinen verbreiteten Verständnis, dass auch Angebote der Kultur zu dem unverzichtbaren Kernbestand öffentlich zu verantwortender Infrastruktur gehört. Zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur in Deutschland sind nach Auffassung der Enquete-Kommission folgende Maßnahmen erforderlich:

- Die Errichtung und Erhaltung von Kultureinrichtungen
- Die Förderung von Kunst, Kultur und kultureller Bildung
- Die Initiierung und Finanzierung kultureller Veranstaltungen
- Die Gestaltung von angemessenen Rahmenbedingungen für Künstler und Kulturberufe, bürgerschaftliches Engagement, freie Kulturträger und die Kulturwirtschaft

Die Kommission hat den öffentlichen Auftrag zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur dahingehend interpretiert, dass die öffentliche Hand ihre diesbezügliche Verantwortlichkeit auszugestalten hat. Der öffentliche Auftrag mündet daher in einen „Kulturgestaltungsauftrag“, der aktives staatliches und kommunales Handeln erfordert. Auch die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen für private Kulturträger, Künstler etc. ist als eine solche „Infrastrukturtaufgabe“ anzusehen. Förderleistungen unterliegen daher nicht einer im Dienstleistungsrecht üblichen Subventionsprüfung, sondern werden im „öffentlichen Interesse“ geleistet. Auch Kunstförderung ist demzufolge eine Infrastrukturaufgabe. Die Sicherung von Infrastruktur sollte nicht in „beliebigen Qualitäten“ erfolgen, sondern es muss im Einzelfall auch um die Diskussion und Festlegung von Standards gehen. Ohne eine Diskussion, Beschreibung und ggf. Festlegung von Standards würde die Gewährleistung der kulturellen Infrastruktur sonst vielfach leerlaufen. Infrastruktur kann nicht „irgendwie“ sichergestellt werden, sondern sollte eine je nach Handlungsfeld generell zu umschreibende Qualität haben (zum Beispiel Grundstruktur einer Musikschule mit ausreichendem Fächerangebot und einer bestimmten Qualifikation von Musiklehrern). Aufgabe der Kulturpolitik ist es schließlich, Konsens über die Sicherung der kulturellen Infrastruktur auch im Hin-

blick auf folgende Punkte herbeizuführen: Die aktive Gestaltung von Verantwortungspartnerschaften mit Wirtschaft und Gesellschaft ist für die Erfüllung des öffentlichen Auftrags von grundlegender Bedeutung. Die öffentliche Hand muss letztlich darüber entscheiden, mit welchen Ressourcen- und Fördermitteln sowie rechtlichen Rahmenbedingungen die Ausgestaltung der kulturellen Infrastruktur von Statten gehen soll (z.B. Bibliothekswesen).

Einer der größten Komplexe der kulturellen Infrastruktur in Deutschland, der in den letzten Jahrzehnten nicht hinreichend in seinem Wechselspiel zwischen unterschiedlichen Verantwortungsträgern (Staat, Kommunen, freien Trägern) sowie zwischen den großen Systemen Schule, Jugend und Kultur beleuchtet worden ist, ist der Gesamtbereich der „Kulturellen Bildung“. Ich hoffe sehr, dass durch den Vorschlag der Enquete-Kommission, für diese Einrichtungen auch gesetzliche Grundlagen zu schaffen, insbesondere für Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen, der zum Teil gebetsmühlenartig wiederholte Reflex, gesetzliche Regelungen in diesem Bereich wären schädlich, endlich hier und da durchbrochen werden kann, zumal die europäischen Erfahrungen uns in Deutschland eines Besseren belehren sollten.

Nachdem 1974 die erste Enquete-Kommission zur Kultur des Deutschen Bundestages als „Künstlarenquete“ mit dem Anstoß zum Künstlersozialversicherungsgesetz in die kulturpolitische Geschichte der Bundesrepublik eingegangen ist, hat auch diese Enquete-Kommission die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler in Deutschland untersucht und zahlreiche Handlungsempfehlungen hierzu erarbeitet. Doch ist deutlich, dass Kulturpolitik heute nicht nur auf Kunstförderung beschränkt ist, sondern die Komplexität und Bedeutung ganz erheblich zugenommen hat. Gleichwohl ist immer wieder auch in den Anhörungen und Begegnungen mit mehr als hundert Kulturexperten Folgendes deutlich geworden: Kunst ist die Substanz der Kultur und Kultur ist die Substanz der Politik.

Der Verfasser ist Kulturdezernent der Stadt Essen, Geschäftsführer der RUHR.2010 GmbH und Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft. Er war Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ■

# Plädoyer für einen Lernbereich „Kulturelle Bildung“ in der Schule

Sondervotum zur Frage der Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche • Von Wolfgang Schneider

**Kulturelle Bildung fand im Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages ausdrücklich als zentraler Untersuchungsgegenstand Erwähnung. Ich war als Sachverständiges Mitglied als Berichterstatter hauptverantwortlich für diesen Bereich und habe die Anhörung, Gutachten und Exkursionen zu diesem Thema begleitet. Im Abschlussbericht ist daraus ein wichtiges Kapitel geworden. Ich bin stolz auf die geleistete Arbeit, den Text und den großen Konsens der Enquete, konnte mich in einem Teilbereich allerdings nicht durchsetzen. In meinem Sondervotum plädiere ich für die Einführung eines Lernbereichs „Kulturelle Bildung“ in der Schule.**

Die kulturelle Kinder- und Jugendbildung ist ein unverzichtbarer Bildungsort. Sie vermittelt Kunst und Kultur und durch sie werden grundlegende Fähigkeiten und Fertigkeiten erworben, etwa die Entwicklung von Lesekompetenz und die Kompetenz im Umgang mit Bildsprache. Mit kultureller Bildung werden Bewertungs- und Beurteilungskriterien für das eigene und das Leben anderer sowie für die Relevanz des erworbenen Wissens erlangt. Kulturelle Bildung geht nicht in Wissensvermittlung auf, sondern ist vor allem auch Selbstbildung. Kulturelle Eigenaktivität und Beteiligung sind somit entscheidende sozialisierende Instanzen und bedürfen des Schutzes und der Förderung durch Kulturpolitik. Rahmenbedingungen sind in Deutschland geschaffen, aber die Umsetzung ist problematisch: Kulturelle Partizipation, ob produktiv oder rezeptiv, ist nicht für alle jungen Menschen gleichermaßen zugänglich. Hier gilt es, mehr zu tun!

Das vorliegende Sondervotum setzt bei der Frage an, wie es gelingen kann, Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen auch im Sinne des „Bürgerrechts Kultur“ stärker umzusetzen. Die allgemeinbildende Schule (Primarstufe und Sekundarstufe I) ist die einzige Einrichtung im Bildungswesen, die alle jungen Menschen erreichen kann. Sie ist diejenige Institution, die einen für alle verbindlichen und verlässlichen Grundstein kultureller Bildung für junge Menschen legen kann. Aus diesem Grund wird hier für die Einführung eines Lernbereichs „Kulturelle Bildung“ votiert.

Der Lernbereich „Kulturelle Bildung“ soll aus bildungs- und kulturpolitischer Perspektive mit dem Ziel eingeführt werden, die Idee einer „Kultur für alle“ in der allgemeinbildenden Schule als zweiter Sozialisationsinstanz verbindlich umzusetzen. Er soll ein Gleichgewicht zu den so genannten PISA-Fächern bilden und Kultur als gleichwertigen Part in der Schule verankern. Er versteht sich explizit nicht als Gegenmodell zur außerschulischen kulturellen Bildung, sondern als Erweiterung und Unterstützung der gleichen Anliegen und Ziele. Durch die Einführung dieses neuen Lernbereichs soll zum einen die Bedeutung der Künste für die allgemeine Bildung des Menschen unterstrichen, und zum anderen der Konzentration auf einzelne Kunstsparten entgegenwirkt werden. Durch den Lernbereich „Kulturelle Bildung“ erhalten alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen einen Zugang zu Kunst und Kultur. Sie bekommen einen spartenübergreifenden Einblick in deren Produktion und Rezeption. Der Lernbereich „Kulturelle Bildung“ trägt dazu bei, dass die jungen Menschen bereits von früh an eigene

künstlerische Interessen und Stärken entdecken und ausbilden können. Die langjährigen Erfahrungen kultureller Bildungsarbeit zeigen, dass sich die Beschäftigung mit Kunst und Kultur auf die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen insgesamt auswirkt: ihre Eigenständigkeit wird angeregt, ihre Wahrnehmungsfähigkeit geschult und wichtige Schlüsselkompetenzen gefördert. Künstlerische und kulturelle Prozesse reflektieren zu lernen bedeutet auch, sich und seine Umwelt, seine Zukunft und Vergangenheit bewusst und kritisch in den Blick zu nehmen. In diesem Sinne ist der Lernbereich „Kulturelle Bildung“ ein wichtiger und unverzichtbarer Teil allgemeiner Bildung.

Der Lernbereich „Kulturelle Bildung“ vermittelt Kunst und Kultur in Produktion, Rezeption und Reflexion. Er gibt den Schülern einen theoretischen Einstieg in die verschiedenen Kunstsparten (Baukultur, Bildende Kunst, Film, Fotografie, Literatur, Musik, Medienpädagogik, Tanz, Theater und Zirkus, vgl. Deutscher Kulturrat, 2005), deren Geschichte und ihre Bedeutung für das

kulturelle Erbe in Deutschland. Die Fächer Musik und Kunstszene bzw. Darstellendes Spiel werden zum integralen Bestandteil des neuen Lernbereichs „Kulturelle Bildung“. Es wird darauf Wert gelegt, die jeweilige Spezifik und Fachlichkeit der einzelnen Kunstsparten ebenso wie ihre Gemeinsamkeiten herauszustellen und zu erhalten. Zugleich qualifizieren sich die Schüler praktisch für eine von ihnen freiwillig ausgewählte Kunstsparte. Für die Einsetzung dieses neuen Lernbereichs wird ein pädagogisch tragfähiges und hinsichtlich der Umsetzung realistisches Konzept zugrundegelegt. Seine Inhalte werden curricular verankert, eine fachspezifische Methodik und Didaktik erarbeitet und geeignete Lehr- und Lernmittel entwickelt. Der Lernbereich „Kulturelle Bildung“ wird von Fachkräften vermittelt, die für einzelne Kunstsparten qualifiziert sind und sich für die „Kulturelle Bildung“ weitergebildet haben und permanent weiterbilden. Diese „Kulturlehrer“ arbeiten nach den Prinzipien kultureller Bildungsarbeit: Freiwilligkeit, Stärken- und Prozessorientierung,

wobei sie eng mit den Fachkräften, Einrichtungen und Trägern außerschulischer kultureller Kinder- und Jugendbildung kooperieren. Es bietet sich an, „Kulturelle Bildung“ mit anderen Lernbereichen zu verzahnen, er soll aber einen vergleichbaren Umfang wie Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen einnehmen. „Kulturelle Bildung“ findet daher auch an mehreren Schultagen und nicht nur am Nachmittag statt. Im Rahmen von Ganztagschulen kann das Angebot entsprechend ausgeweitet werden.

Bildung und Kultur sind zwei Seiten der gleichen Medaille und bedürfen neben der Förderung durch die einzelnen Bundesländer der Förderung durch den Bund. Durch die Einrichtungen des Lernbereichs „Kulturelle Bildung“ kann die bereits im Nationalen Aktionsplan „Für ein kindgerechtes Deutschland 2005 – 2010“ des Bundesjugendministeriums geforderte Chancengerechtigkeit durch Bildung und Zugang zu Kultur für alle jungen Menschen in Deutschland aktiv unterstützt. Zu diesem Zwecke sollte der Bund die Länder durch ein „Impulsprogramm

für Kulturelle Bildung in der Schule“ sowie bundesweite Rahmenlehrpläne begleiten und unterstützen. Voraussetzungen für einen regulären Lernbereich sind: Vertretung in den Stundentafeln aller Schularten und Schulstufen, die Existenz von Lehrplänen bzw. Rahmenrichtlinien, eine institutionalisierte Lehrerausbildung und Weiterbildung, ein fachkompetent besetztes Referat in der Schulverwaltung, eine ausreichende Ausstattung der Schulen mit Fachräumen und fachgerechter Technik. Die Länder sollen hierfür eine interdisziplinär zusammengesetzte Expertengruppe einrichten, die die fachliche und strukturelle Entwicklung dieses neuen Lernbereichs entwickelt.

*Der Verfasser ist Direktor des Instituts für Kulturpolitik, Dekan des Fachbereichs Kulturwissenschaften und Ästhetische Kommunikation sowie Mitglied im Stiftungsrat der Universität Hildesheim. Er war Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“* ■

## Die „unbekannte kulturpolitische Macht“?

Auf die kulturellen Leistungen der Christen in unserem Land hinweisen • Von Thomas Sternberg

**Die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland in einer Kultur-Kommission gemeinsam zu vertreten, bedeutet vor allem, auf kaum öffentlich wahrgenommene kulturelle Leistungen der Christen in unserem Land hinzuweisen. Die Einbindung dieser Aktivitäten in die allgemeine Kulturpolitik war überfällig. Während in der Sozialpolitik, in der Familien- und Wirtschaftspolitik, in Fragen der Bildung und Erziehung geradezu selbstverständlich kirchliche Positionierungen erwartet werden und die kirchlichen Kindergärten, Krankenhäuser, Pflegedienste und Schulen fest in das Sozial- und Bildungssystem der Bundesrepublik integriert sind, wurden die kulturellen Aktivitäten kaum wahrgenommen. Und kirchliche Stellungnahmen zu kulturpolitischen Fragen waren und sind selten, obwohl die Nähe von ästhetischer und religiöser Erfahrung ein besonderes Interesse der Kirchen an einem blühenden kulturellen Leben nahe legen. Und dass die sozialen Fragen der Künstlerinnen und Künstler im Kontext des sozialpolitischen Engagements der Kirchen nicht außer Acht bleiben können, liegt auf der Hand.**

Bereits in den ersten Sitzungen der „ersten“ Kommission im Jahr 2003 wurde deutlich, dass die Mitglieder – sowohl Parlamentarier wie Sachverständige – den Argumenten aus kirchlicher Perspektive sehr offen gegenüber traten. Das gute Gesprächsklima ermöglichte eine sachgerechte Erörterung der kirchlichen Anteile an den verschiedenen Aufgabenfeldern der Kultur in Deutschland. Recht schwierig war die systematische Einordnung der Kirchen in die Gesamtstruktur des Berichts. Wo sind die Kirchen zwischen der staatlichen öffentlichen Kulturarbeit und der privaten einzuordnen? In ihrem Status als öffentlich-rechtliche Organisationen sind sie vergleichbar mit den Rundfunkanstalten. Die Einordnung lautet nun „nicht-staatliche öffentliche Kulturförderung“ und grenzt sie somit zur privaten und auch zur „mittelbar-öffentlichen Kulturförderung“ der großen Stiftungen ab, soweit sie staatliche Mittel verteilen.

Zu Anhörungen der Kommission wurden in den vergangenen Jahren immer wieder Vertreter der evangelischen wie der katholischen Kirche geladen, die aus ihrer Perspektive Anmerkungen zum kirchlichen Engagement machten. Ein wichtiger Schritt in dieser Hinsicht war die Vergabe eines Gutachtens zum Beitrag der Religionsgemeinschaften. Hiermit wurden eine Fülle von Daten geliefert, die in den entsprechenden Abschnitt des Enqueteberichts eingegangen sind. In Konsultationen auch mit den Kirchen selbst konnten die Grundlagen für eine sachgerechte Darstellung gewonnen werden. Die konstruktiven Debatten zu diesem Abschnitt in der „zweiten“ Kommission der 16. Legislatur ergaben einen Text, der in seinen Handlungsempfehlungen deutlich werden lässt, dass die kulturellen Interessen der Kirchen so unterschiedlich von denen der allgemeinen öffentlichen Kulturpolitik nicht sind.

Wie sehr der Wunsch nach wechselseitig – öffentlicher wie kirchlicher – Wahrnehmung der Bedeutung dessen in Erfüllung ging, zeigen die breit wahrgenommenen Berichtserstattungen zu den Kirchen und deren Kulturarbeit nicht zuletzt in dieser Zeitung, die vor kurzem auch als eigene Publikation unter dem Titel „Die Kirche, die unbekannteste kulturpolitische Macht“ erschienen ist. Auch auf kirchlicher Seite sind verstärkte Aktivitäten wahrzunehmen. In der evangelischen Kirche Deutschlands gibt es seit einiger Zeit eine eigene Beauftragte mit Sitz in Berlin und die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) hat einen Studientag im Rahmen ihrer Vollversammlung im Herbst 2006 unter das Thema „Kirche und Kultur“ gestellt; die dort gehaltenen Referate sind seit wenigen Wochen in einer Veröffentlichungsreihe der DBK als „Arbeitshilfe Nr. 212“ publiziert.

Besondere Überschneidungsbereiche gab es inhaltlich auf dem Feld dessen, was – nach den Debatten in der Kommission – nun nicht mehr „kulturelle Grundversorgung“, sondern „kulturelle Infrastruktur“ genannt wird. Die Notwendigkeit eines Perspektivwechsels wurde in den beiden Begriffen deutlich. Lag der Fokus bei der „Grundversorgung“

allein auf den Leistungen der öffentlichen Hand, so fragt die „Infrastruktur“ stärker nach dem, was vorhanden ist, gleich welchen Trägers. Die künftige regelmäßige Kulturstatistik soll die kirchliche Kulturarbeit neben anderer bürgerschaftlicher besser berücksichtigen. Deutlich wird der Effekt des veränderten Blicks, um Beispiele zu nennen, in der Wahrnehmung der Büchereiarbeit – gerade auf dem Land sind kirchliche Büchereien oft der einzige Zugang zum Buch, in der Arbeit von Chören und Musikgruppen aller Altersstufen oder in dem, was an soziokulturellen kirchlichen Aktivitäten geschieht.

Was ist von der Kommission bearbeitet worden? Was fehlt? – Als positiv hat sich m. E. die Beschränkung auf einen funktionalen Kulturbegriff

herausgestellt. Die großen Debatten über Kultur in ihrem vollen und historischen Wortsinn hätten zwar mehr an Verbindungen zur Religion gezeitigt – waren es doch nicht zuletzt Theologen des 19. Jahrhunderts, die sich mit den Fragen der Kultur auseinandersetzten –, aber die Kommission wäre nicht arbeitsfähig geworden. Die Beschränkung des Kulturbegriffs auf die Bedeutung, wie er in der Kulturpolitik heute gebraucht wird, erlaubte eine von Beginn an zügige Behandlung der wichtigen Themen dieses Politiksbereichs.

Eine der großen Fragen zu Beginn war für mich die nach der Kompetenzordnung innerhalb der The-

Weiter auf Seite 18



Thomas Sternberg, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete und Undine Kurth, MdB.

Foto: Stefanie Ernst

Fortsetzung von Seite 17

**Die „unbekannte kulturpolitische Macht“?**

men. Sind die großen Felder des Künstler-Sozialrechts und des Urheber- und Steuerrechts Fragen in der Kompetenz des Bundes, so liegt die eigentliche verfassungsmäßige Kompetenz für die Kultur fraglos bei den Ländern. Dass es hier gelang, an den einzelnen Fragen orientiert zu arbeiten, ohne Sorgen haben zu müssen, es gehe um eine Kompetenzzanmaßung

des Bundes in dieser Kommission, gehört zu ihrer Erfolgsgeschichte. Die Handlungsempfehlungen richten sich an die unterschiedlichen Ebenen der Gesetzgebung oder des Handelns, das in der Frage der Kulturförderung vor allem kommunal bestimmt ist. „Wir arbeiten auf dem Boden des Grundgesetzes – und niemand hat die Absicht das zu ändern“; dieses Diktum von Staatsminister a.D. Hans Zehetmairs zu Beginn der Arbeit leitete die pragmatische Herangehensweise in den vergangenen Jahren.

Dass die Zusammenarbeit auch überparteilich und zwischen Sach-

verständigen und Abgeordneten konstruktiv war, gehört zu den sehr positiven Erfahrungen. Dies ist zwar in der Kulturpolitik nicht ganz ungewöhnlich, lag aber doch wesentlich an den Mitgliedern und der Führung durch die Vorsitzende Gitta Conemann, MdB.

Das wichtigste Ergebnis der Enquete-Kommission werden nicht einzelne Handlungsempfehlungen sein, so wichtig sie jeweils sind, sondern die kompakte Zusammenfassung nahezu aller wichtigen Themen der Kulturpolitik in Darstellungen, in Gutachten und Anhörungsprotokol-

len. Diese Zusammenfassung wird für jeden, der sich mit Kulturpolitik befasst, ein unentbehrliches Handbuch werden – und das gilt für alle, ob sie sich nun auf staatlicher, privater oder eben auch auf der Ebene der Kirchen mit Kulturpolitik befassen.

Es geht dabei um die Ermöglichung von Kunst und damit um die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlern. Es geht um die Kunst, nicht als Entertainment oder Freizeitvergnügen, sondern als ein wichtiger Teil des Lebens. Und wenn der Beitrag der Kirchen künftig besser im allgemeinen kulturellen Leben die-

ses Landes wahrgenommen und integriert ist, dann sind die Kirchen keine unbekanntes kulturpolitische Macht mehr.

*Der Verfasser ist Sprecher für kulturpolitische Grundfragen des (Zentralkomitees der Katholiken (ZdK), Berater in der Kommission VIII, Wissenschaft und Kunst der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und seit 2005 Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Er war Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“.* ■

## Eine Fundgrube für die Kulturpolitik

**Über die Unterschiede von Künstlerbericht und Abschlussbericht der Kultur-Enquete • Von Olaf Zimmermann**

Als die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ vor vier Jahren eingesetzt wurde, haben viele gedacht, der vor inzwischen über 30 Jahre aufgelegte „Künstlerreport“ von Karla Fohrbeck und Andreas Joh. Wiesand – auch Künstlarenquete genannt – würde wiederholt werden. Jene, die meinen, der nunmehr vorliegende Abschlussbericht der Enquete-Kommission wäre so etwas Ähnliches wie ein Künstlerbericht und würde genau Auskunft über die soziale Lage von Künstlern geben, werden enttäuscht sein. Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission unterscheidet sich zunächst grundsätzlich vom Künstlerreport dadurch, dass es sich hier um eine echte Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags handelte mit einem konkreten Einsetzungsbeschluss und damit Arbeitsauftrag sowie einem Arbeitsgremium, das aus Abgeordneten des Deutschen Bundestags und gleichberechtigten Sachverständigen zusammengesetzt war. Es wurde also nicht wie seiner Zeit von einem Bundesministerium ein Forschungsinstitut beauftragt, sondern der Deutsche Bundestag setzte ein eigenes Arbeitsgremium ein. Der Enquete-Bericht unterscheidet sich aber auch inhaltlich wesentlich vom Künstlerreport. Im Künstlerreport wurde die soziale und wirtschaftliche Lage der Künstler untersucht. Im Arbeitsauftrag der Enquete-Kommission war diese Fragestellung eine unter mehreren anderen. Die Aussagen zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Künstlerinnen und Künstler sind also eingebettet in eine Gesamtbehandlung des Kulturbereichs in Deutschland. Das ist meines Erachtens die große Stärke dieses über 500 Seiten umfassenden Abschlussberichtes.

Manch einer, der vor allem in seinen eigenen Schrebergarten schaut, wird vielleicht unbefriedigt sein, wenn er den Abschlussbericht liest. An die Mitglieder der Enquete-Kommission wurden sehr viele Einzelforderungen gerichtet und jede dieser Forderung ist aus der Sicht derjenigen, die sie erhoben haben, mehr als gerechtfertigt. Die Enquete-Kommission hatte aber nicht die Aufgabe, alle Wünsche aus dem Kulturbereich zu erfüllen, sie hatte vielmehr den Auftrag eine Bestandsaufnahme der Kultur in Deutschland zu leisten, Probleme zu beschreiben und konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren. Dabei galt es stets unterschiedliche Interessen gegeneinander abzuwägen. Mag es aus Sicht eines Laienvereins vielleicht wünschenswert sein, möglichst geringe oder im günstigsten Fall keine Beiträge zur Künstlersozialversicherung oder zur GEMA zahlen müssen, so wäre dieses, nimmt man die Situation der Künstler in den Blick, eine Katastrophe. Mögen sich die einen von einer Privatisierung von Kultureinrichtungen einen flexibleren Umgang mit öffentlichen Mitteln erwarten, befürchten die anderen eine



v.l.n.r. Olaf Zimmermann, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete, Monika Grütters, MdB, Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecanata-Instituts und Thomas Sternberg, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete im Gespräch. Foto: Stefanie Ernst

Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Meinen die einen alle Kultureinrichtungen sollten einen besonderen Akzent auf die kulturelle Bildung legen, erinnern die anderen an die Autonomie der Kunst. Glauben die einen, dass alleine das Musizieren glücklich macht, schwören die Nächsten auf die Kraft des Theaters, die Anziehungskraft des Tanzes, die Verzauberung durch Literatur oder die bildende Kunst. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Vielleicht geschult durch meine Arbeit im Deutschen Kulturrat, die stets dadurch bestimmt ist, einen Kompromiss zwischen den Interessen der verschiedenen künstlerischen Sparten und den unterschiedlichen Bereichen des kulturellen Lebens zu erzielen, war es mir ein besonderes Anliegen, auch in der Enquete-Kommission zu helfen, nach solchen Kompromissen zu suchen.

Dabei war mir persönlich wichtig, dass die Künstler, ihre kreative Arbeit, der Ausgangspunkt der Überlegungen sein müssen. Ohne Künstler gibt es keine Aufführungen in den Theatern, könnten die Galerien keine Arbeiten kaufen und müssten sich die Verlage auf die bereits geschriebenen Werke konzentrieren. Ohne Künstler gäbe es keine neue Kunst. Ohne künstlerische Arbeiten macht es keinen Sinn, von der Boombranche Kulturwirtschaft zu sprechen. Ohne zeitgenössische Kunst wird die kulturelle Bildung rückwärtsgewandt.

Ich habe mich daher in meiner Arbeit besonders auf die Arbeitsgruppen konzentriert, in denen es um die Rahmenbedingungen für Künstlerinnen und Künstler ging. In den Kapiteln zur Künstlersozialversicherung bekennt sich die Enquete-

Kommission ausdrücklich zu diesem Instrument der sozialen Absicherung der Künstlerinnen und Künstler. Sie fordert den bestehenden Bundeszuschuss zu erhalten und daran festzuhalten, dass die unter die Generalklausel fallenden sowie Eigenwerbung betreibenden Unternehmen auch weiterhin abgabepflichtig sind. Dieses klare Statement zur Künstlersozialversicherung wird von großer Bedeutung sein, wenn es darum geht, zu überprüfen, ob die 3. Novelle des Künstlersozialversicherungsgesetzes aus dem vergangenen Jahr den gewünschten Erfolg gebracht hat. Ebenso wichtig ist, dass an dem im Künstlersozialversicherungsgesetz formulierten offenen Künstlerbegriff festgehalten werden soll. Was im Bericht so selbstverständlich daher kommt, war Gegenstand intensiver Debatten und ich bin froh, dass diese grundlegenden Aussagen getroffen wurden, die die Basis für mögliche weitere Debatten zum Künstlersozialversicherungsgesetz sind.

Wichtig war mir weiter, dass in den Aussagen zum Urheberrecht der Urheber im Mittelpunkt steht. Auch diese vermeintliche Selbstverständlichkeit wird teilweise in Frage gestellt (siehe hierzu auch den Beitrag von Ferdinand Melichar in dieser Ausgabe). Ich bedauere, dass es in den Debatten in der Enquete-Kommission nicht gelungen ist, die Themen Ausstellungsvergütung für bildende Künstler sowie Künstlergemeinschaftsrecht so zu diskutieren, dass am Ende eine Handlungsempfehlung steht. So werden sie lediglich angerissen, der Sachstand beschrieben und eine Entscheidung steht nach wie vor im Raum. Hier wäre besonders bei den Ausstellungsvergütungen ein bisschen mehr Mut

notwendig gewesen, der einen oder der anderen Seite reinen Wein einzuschenken, entweder sich für Ausstellungsvergütungen auszusprechen und den Institutionen, die hätten zahlen müssen, Möglichkeiten der Finanzierung in Aussicht zu stellen oder aber den Künstlern klipp und klar zu sagen, dass die Ausstellungsvergütungen nicht kommen werden. Hier wurde ein Thema auf die lange Bank geschoben, bei dem alle Argumente seit langem ausgetauscht sind. Hinsichtlich des Künstlergemeinschaftsrechts hat die Enquete-Kommission die Chance vertan, sich intensiver mit dem Thema zu befassen. Gerade eine Enquete-Kommission, die über den Tag hinausdenken soll und nicht nur für die aktuelle Gesetzgebung zuständig ist, wäre ein geeignetes Gremium gewesen, sich mit dem Thema zu befassen.

Am Herzen lag mir auch deutlich zu machen, welchen Beitrag die Bürgerinnen und Bürger für den Fortbestand und die Weiterentwicklung des kulturellen Lebens in Deutschland leisten. Kultur ist mehr als das, was die Kultureinrichtungen bieten und Kultur geht über den staatlich unterstützten Kultursektor hinaus. Insofern war ein Gutachten zum Stellenwert von Spenden und Mitgliedsbeiträgen zur Kulturfinanzierung sehr aufschlussreich. Hier wird das Fazit gezogen, dass die Bürger die größten Finanziers von Kunst und Kultur sind und zwar zuerst als Marktteilnehmer, dann im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements – sei es als Zeit- oder als Geldspender – und zum Schluss erst als Steuerzahler. Diese Aussage ist es wert, stärker bekannt gemacht zu werden, um der vorherrschenden Meinung, in Deutschland sei die Kultur vor allem öffentlich fi-

nanziiert, entgegen zu treten. Bedeutsam im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements sind auch alle Forderungen zum Zuwendungsrecht. Hier werden Vorschläge aus der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ erneut aufgegriffen und es ist zu hoffen, dass nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ auch in dieses Feld Bewegung kommt. So manche Debatte um die Privatisierung von Kultureinrichtung wäre überflüssig, würden konsequent die bestehenden Spielräume im öffentlichen Haushaltsrecht ausgeschöpft und würden weitere Lockerungen eingeführt.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag, dass der Bundesrechnungshof künftig bei seinen Prüfberichten zuerst die positiven Aspekte aus der Arbeit einer Institution schildern soll, um vor diesem Hintergrund seine Monita zu äußern.

Der Abschlussbericht ist eine Fundgrube für die Kulturpolitik. Es gibt kein vergleichbares Werk, in dem so umfassend der gesamte Kulturbereich in Deutschland ausgeleuchtet wurde, konkrete Probleme benannt und schließlich Empfehlungen zur Verbesserung abgegeben wurden. Jetzt wird es darauf ankommen, den Enquete-Bericht umzusetzen. Dafür wird jeder seine eigenen Prioritäten setzen und vor allem einen langen Atem haben müssen. Der Bericht ist es aber wert, diesen langen Atem zu investieren.

*Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und war Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“.* ■

# Gelebte Vielfalt: Kultur in Deutschland

Zu den Themen Interkultur und Migrantenkulturen • Von Dorothee Bär

**Bei dem Stichwort Kultur denken wohl die meisten zuerst an Theater, Oper, Museen – die typischen oder klassischen Orte, an denen Kultur geboten wird. Doch Kultur greift wesentlich weiter, bis in unser alltägliches Leben hinein. Nicht umsonst sprechen wir auch von Ess-, Sprach- oder Wohnkultur. Diese Aspekte von Kultur lernen auch unsere Kinder zuerst kennen. In der Familie erlernen sie die Muttersprache, sie übernehmen bei den gemeinsamen Mahlzeiten Tischsitten und Ernährungsgewohnheiten der Eltern, sie wachsen mit jahreszeitlichen Bräuchen auf. Das, was die Kinder von Zuhause kennen, ist für sie zunächst „normal“. Kommen sie aber mit anderen Kindern in Kontakt, zum Beispiel, wenn sie in den Kindergarten kommen, sehen sie, dass andere Familien anders leben, dass sie anders sprechen und dass die Kinder andere Pausenbrote haben als sie selbst. Erstmals erleben sie die Unterschiedlichkeit von Kultur.**

Andere Kulturen können anziehend und faszinierend, aber auch angsteinflößend und ehrfurchtgebietend sein. Kinder sind in der Regel neugierig und fühlen sich von dem, was sie nicht kennen, angezogen. Sie gehen auf Fremde zu, sprechen sie an, wollen sie anfassen und das Andersartige begreifen. Dies gilt jedoch nur, wenn sie sich in ihrer Umgebung sicher fühlen, wenn sie in der Mehrzahl sind, wenn sie daheim sind. Kinder in der Fremde dagegen, stehen dem Neuen eher skeptisch und zurückhaltend gegenüber. Teilweise sprechen sie die Sprache des Landes nicht oder nur unzureichend, sie sehen anders aus, sie essen andere Dinge, sie tragen andere Kleider, sie feiern andere Feste. Sie erleben sich als anders und wenden sich dankbar denjenigen zu, die einen vergleichbaren Hintergrund haben.

In der 2005 ins Leben gerufenen Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ beschäftigen wir uns

unter anderem auch mit diesen fremden Kulturen in Deutschland und der Reaktion der einheimischen Kultur auf diese Impulse von außen. Als Berichterstatterin für die Bereiche „Interkultur“ und „Migrantenkultur“ durfte ich viele interkulturelle Projekte kennenlernen, die Hervorragendes für die Integration leisten. Wenn Menschen zu uns kommen, um in Deutschland zu leben, bringen sie neben ihren Kenntnissen, oft leidvolle Erfahrungen und der Hoffnung auf ein besseres Leben auch ihre Geschichte und ihre Kultur mit. Diese Kultur, mit der sie aufgewachsen sind, hat sie geprägt, auch in Bereichen, von denen sie es gar nicht wissen. In allen Kulturen gibt es zum Beispiel Regeln und Rituale, andere Menschen zu begrüßen. Während die einen sehr offensiv auf ihr Gegenüber zugehen und sich mit Küsschen begrüßen, ist bei anderen jeglicher Körperkontakt tabu. Derartige Wissen ist entscheidend.

In unsere Schulen gehen Kinder unterschiedlichster geographischer Herkunft. Kinder mit Migrationshintergrund. Dieser kann bei der angestrebten Integration nicht einfach weggedacht werden. Ein Bild wird getragen von seinem Hintergrund. Man kann Szenen zwar von ihrem Hintergrund lösen und in einen anderen einfügen, aber das ist eine Verfremdung des Bildes. Die Menschen, die zu uns kommen, müssen wir als Ganzes mit ihrem kulturellen Hintergrund betrachten und als Ganzes aufnehmen in unsere Gesellschaft. Genauso müssen die Menschen aber natürlich auch das Recht, die Sitten und die Gebräuche ihres neuen Heimatlandes anerkennen und dürfen nicht im selben Land in einem parallelen Universum leben. Dies wird um so wichtiger, da nicht nur die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zunimmt, auch die Vielfalt der nach Deutschland gebrachten Kulturen wird größer. Diese leben oftmals ne-

beneinander, ohne dass die positiven Aspekte und Bereicherungen wahrgenommen werden. Unsere Aufgabe als Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ bestand genau darin, dies zu ändern.

Die Berichterstattungen für die Themen „Interkultur“ und „Migrantenkulturen“ haben mir sehr viel Freude bereitet, da sie mir einmalige Einblicke in die Vielfalt Deutschlands beschert hat. Meine Eltern haben mich im christlichen Glauben erzogen, haben mir die Bräuche und

den Rhythmus dieser Religion und damit zusammenhängend der abendländischen Kultur vermittelt und mir so ein tragfähiges Fundament mit auf den Weg gegeben. Ausgehend von diesen Wurzeln haben sie mich aber auch zu einem weltoffenen Menschen gemacht, der neugierig auf Fremdes zugeht und gerne Impulse aufgreift. Diese zwei Aspekte – Verwurzelung in der Herkunftskultur und Offenheit – sind für mich zentral für eine gelingende Integration. Nur wenn ich meine eigene

Kultur kenne, sie schätze und fest in ihr verankert bin, kann ich auch auf andere Kulturen zugehen und ihnen Wertschätzung entgegenbringen – ohne Angst haben zu müssen, ver- oder überfremdet zu werden.

*Die Verfasserin ist Bundestagsabgeordnete, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien und Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Unterausschuss Neue Medien. Sie war Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ■*



Monika Grütters, MdB zusammen mit Nike Wagner, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete (v.l.n.r.).

Foto: Stefanie Ernst

## Kultur – Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit

Bewusstsein für den gesellschaftlichen Wert der Kultur schärfen • Von Monika Grütters

**Nationale Identität wächst vor allem aus dem Kulturleben eines Landes. Dazu gehört nicht allein das kulturelle Erbe vergangener Zeiten, so eindrucksvoll und schützenswert unser Kulturerbe auch ist. Dazu gehört vor allem das Neue, die künstlerische Avantgarde.**

Um das Bewusstsein für diesen gesellschaftlichen Wert der Kultur zu schärfen und seine weitere Entfaltung zu fördern, setzte der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ein. Ihr Arbeitsauftrag war eine Zustandsbeschreibung zur Situation der Kultur und der Künstler in Deutschland. Diese Bestandsaufnahme liegt nun vor und mit ihr mehr als 400 Handlungsempfehlungen an das Parlament, wie die Rahmenbedingungen zur Pflege unserer Kulturlandschaft und zur Förderung künstlerischen Schaffens verbessert werden können.

Sicher wird jeder Leser aus der Fülle der Einsichten und Empfehlungen diejenigen Anregungen herauslesen, die für ihn wichtige Bereiche berühren – eine echte „Auslese“ eben, die sich auch für mich in einigen wesentlichen Aussagen findet:

### Staatsziel Kultur

„Der Staat schützt und fördert die Kultur“ – so der Formulierungsvorschlag für ein Staatsziel Kultur. Auch

die Mitglieder der Enquete-Kommission sprechen sich mit einer zentralen Empfehlung für die Aufnahme dieses Satzes als Staatsziel im Grundgesetz aus. Vier Jahre intensive Befassung mit allen Bereichen kultureller Arbeit haben nachdrücklich erwiesen: Kultur ist kein dekorativer Luxus, den eine Gesellschaft sich leistet, sondern Kultur ist eine Vorleistung, die allen zugute kommt. Sie ist ein Grundwert unseres Gemeinwesens. Von unserem reichen kulturgeschichtlichen Erbe über eine aktive Breitenkultur in allen Sparten bis hin zu international herausragenden zeitgenössischen Positionen prägt Kultur unser aller Selbstverständnis.

Kultur ist nicht nur in Deutschland ein Grundbedürfnis der Menschen, sie ist vor allem auch Ausdruck von Humanität. Nicht mehr und nicht weniger soll in einem Staatsziel Kultur zur Geltung gebracht werden.

### Stellenwert des Dritten Sektors

Das Bekenntnis zur Kultur ist immer auch ein Bekenntnis zu den Wertgrundlagen einer Gesellschaft. Leitbild ist dabei der ermöglichende Staat, der die notwendigen Rahmenbedingungen schafft, ohne inhaltlich einzugreifen. „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“ garantiert Artikel 5, Absatz 3

des Grundgesetzes. Aber diese Freiheit gäbe es angesichts sinkender öffentlicher Finanzmittel nicht, wenn neben dem ermöglichenden Staat nicht auch privates Engagement zunähme für die Kulturförderung. Den Stellenwert des sogenannten Dritten Sektors betont ein ausführliches Kapitel des Enqueteberichtes. Ein wesentlicher Anteil wird bereits heute durch privates Mäzenatentum und die Tätigkeit von Stiftungen geleistet. Als Stiftungszweck rangieren Kunst und Kultur an zweiter Stelle bei Neuerichtungen. Rund ein Fünftel der bekannten Stiftungen sind sogar reine Kunst- und Kulturstiftungen.

Für die Lebensfähigkeit solcher Stiftungen ist eine gewisse Kapitalausstattung unerlässlich. Den von der Kommission formulierten Empfehlungen zu steuerlichen Anreizen wurde mit der aktuellen Novelle des Gemeinnützigkeitsrechtes bereits Rechnung getragen. Umso wichtiger ist es, eine stärkere Anerkennungskultur für gemeinnütziges Engagement und Stiftungen in unserer Gesellschaft zu etablieren. Hierzu kann die Politik auf allen Ebenen einen entscheidenden Beitrag leisten, um zu einer aktiven Bürgergesellschaft zu gelangen.

### Kulturelle Bildung

Gesellschaftliches Engagement und Wertempfinden für ein lebendiges Kulturleben und den Erhalt einer rei-

chen Kulturtradition sind dabei keine selbstverständlich nachwachsende Ressource. Sie müssen durch kulturelle Bildung immer wieder neu angeregt und gepflegt werden. Einen entscheidenden Zugang dazu bieten z.B. die Museen als Orte der Überlieferung unseres kulturellen Erbes ebenso wie als Laboratorien für Zeitgeist und Zukunftsvisionen. Gemessen an Besucherzahlen sind sie heute in Deutschland die meistgenutzten Kultureinrichtungen überhaupt.

Auch diese Museen finden daher eine angemessen breite Würdigung im Enquete-Bericht. Denn auch in diesem Bereich muss angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte zukünftig privatwirtschaftliche Förderung in Form von Kultursponsoring und bürgerschaftliches Engagement durch Spenden und Stiftungen stärker einbezogen werden. Insbesondere in den Kunstmuseen führt der Rückgang öffentlicher Zuwendungen zu drastischen Einschnitten in den Ankaufs- und Ausstellungsetats – das aber treibt die Häuser in die Abhängigkeit von privaten Sammlern.

Um diesen Museen wieder Handlungsspielräume in ihrer operativen Arbeit zu verschaffen, benötigen sie neben einer ausreichenden finanziellen Grundlage mehr Autonomie und längerfristige Planungssicherung. An die Stelle jährlicher Haushaltswirtschaft sollte auch und

gerade hier eine Budgetierung mit Ziel- und Leistungsvereinbarungen treten. Anreize zur Einwerbung privater Mittel und Dienstleistungen können nur durch eine freie Verfügung über dieses „Kapital“ zusätzlich zur vereinbarten finanziellen Ausstattung geschaffen werden.

### Künstlerförderung

Das Herz einer Kulturnation bilden jedoch nicht allein ihre kulturellen Einrichtungen, sondern vor allem die Kreativen, die Künstler selbst. Sie sind die kulturelle Avantgarde, die der gesellschaftlichen Wirklichkeit, auch der Wirtschaft, voraus gehen. Ihre Ausstrahlung über nationale Grenzen hinaus beeinflusst das Bild der Kulturnation Deutschland in der Welt. Vermittlung und Begegnung auf künstlerischer Ebene übernehmen eine wichtige Botschafterrolle zwischen den Kulturen und Gesellschaftssystemen. Durch Preise, Stipendien sowie Ausstellungs- und Auftrittsmöglichkeiten unterstützt der Staat durch direkte Künstlerförderung die zeitgenössische künstlerische Auseinandersetzung, den Austausch, die Nachwuchs- und Spitzenbegabungen. Mit rund 9000 Einzelvergaben und in einer Gesamthöhe von gut 50 Millionen Euro

Weiter auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

## Kultur – Ausdruck nationaler Identität

jährlich hat sich in Deutschland eine international beachtete Förderlandschaft entwickelt.

Die Enquete-Kommission widmet diesen Mechanismen einen breiten Raum, um vor allzu leichtfertigen Kürzungen nicht institutionell gebundener Mittel zu warnen. Als wertvolles Instrument der Kunst- und Kulturförderung erwies sich die Kulturstiftung des Bundes. Über Fonds für unterschiedliche Kunstsparten unterstützt sie herausragende Projekte, die sich durch ihre außerordentliche Qualität auszeichnen, von gesamtstaatlicher Bedeutung sind und beispielhaft zur Weiterentwicklung der jeweiligen Kunstsparte beitragen. Damit Fördermittel ausschließlich nach dem Kriterium der Qualität vergeben werden, empfiehlt die Kommission eine noch stärkere Lockerung der jährlichen Haushaltswirtschaft, da die Zahl förderungswürdiger Projekte von Jahr zu Jahr unterschiedlich ausfällt und gerade kulturelle Initiativen Freiraum und einen langen Atem brauchen.

Hervorzuheben ist auch der Hauptstadt-Kulturfonds. Er fördert bedeutsame Einzelmaßnahmen und Veranstaltungen von nationaler und internationaler Ausstrahlung. Die Enquete-Kommission hat nicht nur dieses Instrument der Hauptstadtförderung herausgestellt, sondern mit einem eigenen Berlin-Kapitel die besondere Rolle der Hauptstadt für die Kultur in Deutschland gewürdigt.

## Kultur in der Hauptstadt

Als Berliner Abgeordnete spricht mir dieses Kapitel zur Bedeutung der Kultur für Berlin als Hauptstadt ganz besonders aus dem Herzen.

Damit Berlin seiner Hauptstadt-funktion gerecht werden kann, bedarf die Kultur der Unterstützung des Bundes und der Länder, um den überregionalen und internationalen Dialog aufzunehmen und zu festigen. Neben dem wichtigen Finanzierungsinstrument des Hauptstadt-Kulturfonds zur Förderung des zeitgenössischen künstlerischen Ausdrucks unseres Landes, trägt der Bund auch Verantwortung für den Erhalt einer Vielzahl historischer Zeugnisse und Erinnerungsorte, die sich aufgrund der Geschichte in Berlin konzentrieren. Ihre Fülle, die über den kulturellen Bedarf und die finanziellen Möglichkeiten der Stadt selbst weit hinausgeht, wird als Potential für ganz Deutschland begriffen. Nach außen wirkt die Kulturnation in erster Linie durch ihre Hauptstadt. Dabei ist Berlin kein konkurrierendes Bundesland, sondern allen dienender Mittelpunkt. Im Bericht der Enquete-Kommission wird einmal mehr dargestellt, dass der Bund außenpolitisch als erster von einer Kulturbühne Berlins profitiert, nicht zuletzt deshalb, weil sie Eliten an den Ort bindet und das Prestige des Landes hebt.

Die Enquete-Kommission hat in jahrelanger Arbeit Erkenntnisse zutage gefördert und Handlungsempfehlungen formuliert, die hoffentlich eines bewirken: dass das Bewusstsein für den hohen Wert der Kultur in und für Deutschland geschärft wird. Sie ist unser Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit.

*Die Verfasserin ist Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Kultur und Medien sowie Vorstand der Stiftung Brandenburger Tor. Sie war Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“* ■

**Nach vier Jahren Arbeit hat die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ am 12. November 2007 ihren Schlussbericht verabschiedet. Damit hat die Enquete-Kommission ihren Auftrag erfüllt, dem Deutschen Bundestag eine umfassende Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation von Kunst und Kultur in Deutschland vorzulegen. Das Ergebnis ist ein einmaliges kulturpolitisches Zeugnis von über 500 Seiten, versehen mit annähernd 460 Handlungsempfehlungen. Gerade die Handlungsempfehlungen sind als Auftrag an die Politik und als Anregung an die Kulturschaffenden zu verstehen, um die Leistungsfähigkeit des „Kulturstandorts Deutschland“ auszubauen. Alles in allem ist der Enquete-Bericht also ein Dokument, in dem viel Arbeit und noch mehr Potenzial steckt.**

Aus Sicht aller Beteiligten war es von Anfang an wichtig, auf eine hinreichende Tiefenschärfe zu achten. Das bedeutet: Die Fokussierung lag nicht primär auf staatlichen Leistungen, weder alleine auf den Spitzen einer „Hochkultur“ noch im Verweilen in den Niederungen der so genannten „Alltagskultur“, weder ausschließlich auf bildungsbürgerlich-historischen Betrachtungen noch im Beschwören einer kulturellen Avantgarde und eines inflationären Gebrauchs des Attributes „modern“. Denn eine solche „Ausschließlichkeit“ ist der Kultur noch nie gerecht geworden. Stattdessen kommt im Bericht der Enquete-Kommission eine umfassende Wahrnehmung der Kultur in Deutschland zum Ausdruck. Es geht um Kultur als Ganzes, um die „kulturelle Infrastruktur“ unseres Landes.

Kultur ist immer auch Weg und Ausdruck der Kreativität. Denn ohne die Möglichkeit kultureller Ausdrucksformen bleibt der Geist zwangsläufig stumm. Dahinter steht die Grundüberzeugung, dass Kultur und Freiheit begrifflich wie inhaltlich untrennbar zusammen hängen. Insbesondere der Staat kann, darf und will keine Eingrenzungen machen oder gar vorgeben, wie sich Kunst und Kultur definieren. Aber der Staat trägt Verantwortung, und darum muss die Politik Stellung beziehen und Schwerpunkte setzen. Genau darin unterscheidet sich Freiheit von Beliebigkeit.

Erst durch diese Schwerpunktsetzung ergibt sich die notwendige Orientierung, mit deren Hilfe die Inhalte des Enquete-Berichts aufgegriffen und gewissermaßen in den „öffentlichen Raum“ implementiert werden können.

Dies umfasst in erster Linie die gesellschaftliche Dimension von Kultur in Deutschland. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der kulturellen Bildung und der Förderung des allgemeinen Kultur- und Geschichtsbewusstseins. Gerade hier spannt sich ein Bogen – vom Vereinsleben über Denkmale bis hin zur deutschen Sprache. Im Vereinsleben, im Brauchtum und in der Laienkultur hat ehrenamtliches, bürgerschaftliches Kultur-Engagement seinen Ursprung. Denkmale wiederum sind kulturelle „Visitenkarten“ und Anker des kollektiven Gedächtnisses, während die Sprache – einem treffenden Diktum von Johann Gottfried Herder zufolge „ein Ausdruck und Organ des Verstandes“ – Kulturträger und kulturelles Werkzeug gleichermaßen ist. Insgesamt wurzelt im Kultur- und Geschichtsbewusstsein also auch unsere Identität.

Ebenso wird die staatliche Dimension von Kultur in Deutschland im Abschlussbericht der Enquete-Kommission erfasst – also gewis-

# Kultur als Lebens-Grundlage

Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ • Von Johannes Krummacher



v.l.n.r.: Hans Zehetmair, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete, Thomas Sternberg, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete und Johannes Krummacher, MdB während der letzten Sitzung der Enquete-Kommission nach der Abstimmung des Abschlussberichtes. Foto: Annette Jäger

sermaßen das staatsorganisatorisch-föderale Gerüst, dessen Ziel es unter anderem ist, der Kulturpolitik Stabilität zu geben und die Kulturschaffenden zu unterstützen. Entsprechend wichtig war der Union beispielsweise die enge Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden. Schließlich – so eine weitere Erkenntnis des Berichts – ist Kultur eine Querschnittsaufgabe: nicht nur horizontal, im Hinblick auf die verschiedenen Ressorts und Einrichtungen, sondern in einem Föderalstaat nicht zuletzt auch vertikal. Diese Dimension wird deutlich etwa bei der staatlichen Förderung von Kunst und Kultur, dem Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, bei der Frage nach den Auswirkungen der europäischen Integration bis hin zu den Chancen und Herausforderungen für die Kultur im Zeichen der Globalisierung.

Die Kirchen wiederum sind ein exzellentes Beispiel für die stabile Verbindung zwischen der primär gesellschaftlichen und der primär staatlich-öffentlichen Dimension der Kultur in Deutschland. Ihre weit ausgreifenden kulturellen Aktivitäten finden im Enquete-Bericht eine respektable Würdigung.

Darüber hinaus liegt die Betonung auch auf der – wenn man so will – „Wirkungsebene“ von Kunst und Kultur. Dabei kommt die Bedeutung von Kultur als Wirtschaftsfaktor zur Darstellung, und folgerichtig legt der Enquete-Bericht nahe, Wirtschaftsförderung auch unter kulturellen Aspekten zu sehen. Das bedeutet konkret etwa: Rechtssicherheit für Kunstschaffende (Urheberrecht), ein kulturfreundliches Arbeits- und Steuerrecht oder Transparenz in der Kulturförderung.

Am 12. Dezember 2007 wurde der Schlussbericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Debatte im Deutschen Bundestag erfolgte am 13. Dezember 2007 mit einer zweistün-

digen Debatte zur Kernzeit – auch das eine Premiere und ein gutes Zeichen für den gestiegenen Stellenwert der Kulturpolitik. Natürlich impliziert Politik immer ein Stück auch Inszenierung. Das gehört gewissermaßen zur Kultur der Politik, und insofern folgen zunächst wohl eher feierliche Übergaben als vertiefende inhaltliche Diskussionen und Umsetzungen. Doch so oder so: der Inhalt des Berichts zur Kultur in Deutschland ist ein politisches Faktum. Und im Hinblick auf die norma-

tive Kraft der Darstellung und der Schlussfolgerungen bin ich zuversichtlich, dass der Bericht der Enquete-Kommission im Parlament wie in der Öffentlichkeit viele Folgedebatten nach sich ziehen wird. Auch dies dient letztlich der Kultur in Deutschland.

*Der Verfasser ist Mitglied des Deutschen Bundestags. Er war für die CDU/CSU-Fraktion Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“* ■

## Aus föderaler Sicht

Von Hans Zehetmair

**Als ich von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gebeten wurde, als Sachverständiger an der Enquete-Kommission teilzunehmen, gab es für mich zwei zentrale Gründe für die Zusage: Einmal war es mir ein inneres Bedürfnis, nach Kräften dazu beizutragen, dass die in dieser Zeit zunehmend in materielle Probleme geratene Kulturpolitik in Deutschland insgesamt in ihrer grundlegenden gemeinschaftsbildenden und gemeinschaftsfördernden Funktion in der Öffentlichkeit und insbesondere in den zuständigen politischen Gremien verdeutlicht wurde, zum anderen fühlte ich mich besonders als langjähriger Minister des Freistaates Bayern verpflichtet, dafür aus föderaler Sicht meinen Beitrag zu leisten.**

Nach einem nicht einfachen Start konnte ich feststellen, dass die wesentlichen Vorstellungen zur Bedeutung der Kultur in einem demokratischen Staat und meine diesbezüglichen Erfahrungen zunehmend diskutiert und – oft nach einem mühsamen Prozess – konsensfähig gestaltet werden konnten. Nunmehr liegt

ein Standardwerk vor, das als sehr wertvolles Kompendium und Vademecum für alle Kulturinteressierten zur Verfügung steht. Ich hoffe, dass es eine breite Streuung findet und in wichtigen Kulturthemen wertvolle Orientierungshilfe leisten kann. Das gilt sowohl für den Bund, als es insbesondere für die Länder und deren Kommunen von Bedeutung ist.

Nach dem offiziellen Abschluss, der im Dezember durch den Deutschen Bundestag statuiert wurde, kommt es nun darauf an, die erarbeiteten Vorstellungen und Handlungsempfehlungen in den verschiedenen dafür zuständigen Gremien bewusst zu machen und umzusetzen. Aus meiner Sicht ist ein zentrales Thema für den Bildungs- und Kulturauftrag insgesamt die kulturelle Bildung in unserem Lande. Sie wird auch in meiner Arbeit bei der Hanns-Seidel-Stiftung eine wichtige Rolle spielen.

*Der Verfasser ist Staatsminister a.D., Senator E.h. sowie Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung. Er war Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“* ■

# Europa macht Kultur. Kultur macht Europa

Gemeinsame Kultur als europäisches Lebenselixier • Von Steffen Reiche

Europa eine Seele geben heißt in der Vielfalt der Kulturen auch die europäische gemeinsame Kultur zu sehen, sie als Lebenselixier für Europa im Werden zu begreifen. Den „Europäischen Traum“ (J. Rifkin) träumen, heißt eine Alternative zum *american way of life* zu wollen und zu gestalten. Auch sich unseres viestimmigen Chores europäischer Kulturen bewusst zu werden. Deshalb war es ein entscheidender Fortschritt, dass in der 16. Legislaturperiode, der zweiten Halbzeit der Enquete-Kommission, meiner Anregung, der Kultur in Europa mehr Aufmerksamkeit zu schenken, gefolgt wurde. Ich bin dankbar, dass wir uns sogar in der Zeit der europäischen Verfassungsdiskussion und vor der europäischen Ratspräsidentschaft darauf verständigen konnten, dass im Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ dem Thema „Kultur in Europa“ ein eigenes Kapitel zu widmen.

Während die anderen Themen durch Gespräche, thematische Arbeit, Anhörungen und Gutachten einen teils sehr großen Vorlauf hatten, musste unsere kleine Arbeitsgruppe sich erst ein eigenes Programm geben, ein Konzept für das Kapitel erarbeiten und Gesprächspartner auswählen. Mit mir als Berichterstatte widmeten sich Gitta Connemann, später Jo Krummacker für die CDU, Christoph Waitz für FDP, der Sachverständige Dieter Kramer für die Linke und Undine Kurth für die Grünen dieser Aufgabe. Wir sind dabei intensiv durch die Referenten der Abgeordneten bzw. Fraktionen unterstützt worden.

Durch die Verfassung bzw. den Reformvertrag wird die Kultur eine bessere Grundlage im Europäischen Vertragswerk erhalten. Frieden erhalten und Globalisierung gestalten sind die beiden zentralen Aufgaben dieses menschheitsgeschichtlich singulären Rechtsraumes EU. Deshalb haben wir Kultur in Europa zusammen gedacht mit Kultur im Kontext der Globalisierung.

Kurz vor Beginn unserer Arbeit im Sommer 2005, war das Wunder der 7. UNESCO-Konvention geschehen, die die Vielfalt der Kulturen global schützen soll. Die EU trat erstmals als zentraler Akteur auf, der wesentlich das Zustandekommen der Konvention ermöglichte. Somit war allen klar: Es gibt eine erfolgreiche europäische Kulturpolitik, die eine zielführende globale Kulturpolitik wesentlich mitgestalten kann. Insofern hat unser Kapitel die Aufgabe zu beschreiben, wie neben und über dem nationalen Kultur-Dreiklang von Kommunen, Region / Land und Nation auch europäisches und global Akzente gesetzt werden.

Wir denken föderal und subsidiär. Europa soll weder statt, erst recht nicht gegen lokale, regionale oder nationale Ebenen gedacht werden oder agieren. Aber ebenso wie von manchen immer wieder gegen eine nationale Kulturpolitik polemisiert und von ihnen für unmöglich oder unnützlich erklärt wird, geschieht es immer wieder in Bezug auf eine Kulturpolitik in und für Europa.

Europäische Union und Europarat aber sind die großen Partner der Nationen Europas um den Aufbau und die Gestaltung Europas bewusst zu machen. Sie sind die Partner um europäische Werte, Aussichten und Interessen global einzubringen und bei GATS und WTO durchzusetzen.

Über 30 Handlungsempfehlungen sind aus den mündlichen und schriftlichen Befragungen, der Anhörung und der Teilnahme an Tagungen und Konferenzen als besonders wichtig herausdestilliert worden. Manche verstehen sich von selbst, bestärken das,

was schon geschieht, andere fordern Nötiges oder Visionäres.

Gerade Deutschland muss sich als größtes Land in Europa wegen seiner föderalen Erfahrungen in die Gestaltung der europäischen Kulturagenda einbringen. So wie die Länder Deutschlands die Bundesrepublik, so bilden die Nationen Europas unseren Staatenbund EU, der sich zur Europäischen Republik entwickeln muss und wird. Wir sollten nicht im Bremserhäuschen, sondern vorn beim Lokführer sitzen.

Deshalb ist es überragend wichtig und war sehr überraschend, dass zur selben Zeit, als der Bundesrat die Methode der offenen Koordinierung ablehnte, die Vertreterinnen und Vertreter aller fünf Fraktionen sich dafür aussprachen, den Prozess der offenen Koordinierung zu unterstützen und aktiv mit zu gestalten.

Die offene Koordinierung gibt es schon im Hochschulbereich und sie hat dort den eminent wichtigen Bolognaprozess ermöglicht, der einen offenen gemeinsamen Hochschulraum schafft und somit eine zentrale Grundlage für das Gelingen des Lissabonprozesses. Die Ablehnung der Kritiker erfolgt eher reflexhaft und beruht, wie man an den Begründungen sieht, auf Missverständnissen. Meist werden Dinge abgelehnt, die die Europäische Kommission mit ihrem Vorschlag gar nicht intendiert. Die Kritik von der Kulturseite reibt sich an der kulturwirtschaftlichen Orientierung des Kommissionsvorschlages ohne zu sehen, dass die Kommission zu mehr derzeit keine Rechtsgrundlage hat und die Ablehnung vermutlich so groß wäre, das gar keine Zustimmung für die offene Koordinierung zu erreichen wäre.

Zu den Grundlagen europäischer Kulturpolitik gehört die Ausweitung des Finanzrahmens. Wie im nationalen oder regionalen Rahmen, wo es auch 1 % - Ziele gibt, soll auch auf europäischer Ebene perspektivisch ein angemessener Anteil von 1 % des EU-Haushalts der Kultur zur Verfügung

## Demografischer Wandel ist kein Argument

Der Rückbau kultureller Infrastrukturen • Von Simone Viola

**Für die Enquete-Kommission stand nie zur Frage wie viel Kultur wir uns in Zukunft noch leisten können, sondern welche Herausforderungen unsere älter werdende Gesellschaft an den Einzelnen und an die Politik stellt, damit die Kulturlandschaft in Deutschland sich weiterhin so mannigfaltig entwickeln kann. Bei der Arbeit der Enquete-Kommission stellte sich heraus, dass die meisten Länder das Thema des demografischen Wandels durchaus auf der Agenda haben. Dennoch fehlt es an konkreten Erkenntnissen, welche Auswirkungen dieses Problem auf die Kulturlandschaften und Kulturproduktionen haben wird und wie man darauf reagieren kann bzw. muss.**

Im Gegensatz zur Politik haben sich einzelne Kulturschaffende bereits auf diese Veränderungen eingestellt. In den neuen Ländern lassen sich in einigen Regionen aufgrund eines zum Teil dramatischen Bevölkerungsrückgangs die Auswirkungen des demografischen Wandels in einer Art Zeitraffer bereits heute erkennen.

Die enorme Bevölkerungsausdünnung birgt die Gefahr, dass es kein flächendeckendes kulturelles Angebot, sondern Kultur nur noch in einigen Ballungsgebieten gibt. Das bedeutet für die Menschen in ländlichen Regionen nicht nur lange Wege zur Kultur, sondern macht die ländlichen Regionen auch unattraktiver. Zusätzlich



Steffen Reiche, MdB und Rolf Bolwin, Direktor des Deutschen Bühnenvereins.

Foto: Stefanie Ernst

gestellt werden. Die Enquete-Kommission empfiehlt Kulturprojekte zu entwickeln, die eine Identifikation mit dem sich einigenden Europa unterstützen, die das soziale Europa und europäische Werte befördern. Deutsche Erfahrungen bei der Erinnerung und Aufarbeitung von Diktaturen sollen in Europa und global stärker präsentiert werden, um ähnliche Prozesse in anderen postdiktatorischen Gesellschaften zu unterstützen.

Außerhalb Europas regt die Enquete in einer wegweisenden Handlungsempfehlung an, nicht nur nationale Kulturtraditionen zu zeigen, sondern europäische Kulturinstitutionen aufzubauen. So wie es eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Reformvertrag geben wird, muss man außerhalb Europas beginnen, Europas Kulturen und europäische

Kultur gemeinsam, EU-finanziert zu präsentieren.

Die Handlungsempfehlungen zur europäischen Normsetzung betonen Selbstverständliches um nicht missverstanden zu werden. Die Autonomie der nationalen Kulturförderung soll erhalten werden. EU-Vorgaben wird und kann es in diesem Bereich nicht geben. Aber bei Privatisierungen kultureller Einrichtungen müssen die europarechtlichen Implikationen vorab genauer bedacht werden als bisher. Geht man auf den freien Markt, gibt die EU das Recht.

Die Enquete hatte sich während der Föderalismusreform I strikt und einstimmig gegen eine Ländervertretung auf EU-Ebene ausgesprochen und gebeten, die Kultur bei der Neufassung des Art. 23 Abs. 6 GG nicht zu nennen. Angesichts der nun gültigen

Verfahrenslage, drängt sie auf eine enge Abstimmung von Bund und Ländern.

Europäische Kulturpolitik ist im Entstehen. Die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft hat dafür wichtige Impulse gegeben. Gerade dieser Bereich braucht intensive Kommunikation. Die Enquete-Kommission fordert eine kohärente europäische Kulturpolitik, die sich von Ängstlichkeit und Zufälligkeit bei dem Thema und der Arbeitsweise emanzipiert.

*Der Verfasser ist Mitglied des Deutschen Bundestags, er ist Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien sowie des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er war für die SPD-Fraktion Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“*

müssen für die Menschen Infrastrukturen geschaffen werden, die es allen ermöglichen, die kulturellen Angebote zu nutzen.

Eine Alternative ist es, auch in ländlichen Regionen ein kulturelles Angebot zu erhalten bzw. zu schaffen. Dank des ausgeprägten Engagements von Künstlerinnen und Künstlern, aber auch von Kunst- und Kulturinteressierten finden wir heute ein vielseitiges Kulturangebot in ländlichen Regionen vor. Dieses Angebot zu erhalten, ist eine Herausforderung in Zeiten, wo leider die Gelder für kulturelle Angebote in den Landes- und Kommunalhaushalten immer knapper werden bzw. immer mehr auf diese Gelder angewiesen sind. Das größte Problem ist hierbei für die meisten nicht mangelndes Geld, sondern eine unstete Finanzierung, die jedes Jahr aufs Neue offen lässt, ob es überhaupt eine weitere Förderung gibt. Das hindert viele daran, langfristig zu planen, was dazu führt, eigene Ressourcen nicht auszuschöpfen. Finanziellen Ausgleich über Sponsoring oder Mitgliedsbeiträge zu erreichen, ist in ländlichen Regionen kaum möglich. Viele sind häufig bereits in mehreren Vereinen engagiert und sind am Ende ihrer finanziellen Möglichkeiten. Gleiches gilt für das Engagement von ansässigen Firmen und Gewerbetreibenden. Für überregional agierende Firmen und Konzerne ist der ländliche Raum für Sponsoring meist unattraktiv, weil

zu wenige erreicht werden und es kein mediales überregionales Interesse gibt.

Ich selbst, als Schirmherrin des „Seefestival Wustrau“, ein Open Air-Sommertheater mit Seebühne, das im Ruppiner Land ein hochwertiges und vielseitiges kulturelles Angebot für Einheimische und Gäste gleichermaßen anbietet, mache diese Erfahrungen jedes Jahr aufs Neue. Trotz Zuschauerzahlen im fünfstelligen Bereich und eines enormen bürgerschaftlichen Engagements beginnt der Kampf um Gelder immer wieder von vorn. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, unsere Eintrittspreise den finanziellen Möglichkeiten der Menschen vor Ort anzupassen, was die Einnahmelmöglichkeiten natürlich begrenzt. Zusätzlich binden wir die Kinder und Jugendlichen vor Ort in die Produktionen ein. Uns liegt viel daran auch für jüngere Generationen ein Angebot zu schaffen, was ihre Bedürfnisse befriedigt und ihnen gleichzeitig Lust auf mehr Kunst und Kultur macht.

Da das Geld perspektivisch leider wohl nicht mehr wird, ist ein effektiverer Einsatz der Mittel unabdingbar. Eine Kulturentwicklungsplanung in den Regionen kann dabei helfen. Damit diese aber auch ein Erfolg wird, müssen kulturelle Institutionen stärker kommunen- und gegebenenfalls länderübergreifend genutzt werden. Nur so kann man zumindest teilweise

den lokalen Bevölkerungsverlust kompensieren. Auch der Zusammenschluss von Institutionen und die Mehrfachnutzung von spartenübergreifenden Kulturstätten kann eine Möglichkeit zur Lösung der anstehenden Probleme sein. Doch um dieses umzusetzen, müssen erst einige Probleme gelöst werden. So zum Beispiel die Überwindung der vorhandenen Konkurrenzsituation zwischen Städten und Regionen, ebenso wie die festzustellende Konkurrenz zwischen öffentlich finanzierten Einrichtungen und Programmen.

Kulturentwicklungsplanung sollte sich nicht nur an den Einrichtungen ausrichten, sondern auch an den Nutzern. Dabei unerlässlich ist die Förderung der kulturellen Bildung ohne Verteilungskonflikte zwischen den Generationen zu schaffen. Das ist eine Herausforderung, der sich Gesellschaft und Politik stellen muss.

Tut man das, bedeuten sinkende Bevölkerungszahlen nicht gleichzeitig auch die geringere Nutzung von kulturellen Angeboten. Deshalb ist demografischer Wandel kein Argument für den Rückbau kultureller Infrastrukturen!

*Die Verfasserin ist Mitglied des Deutschen Bundestags und gehörte für die SPD-Fraktion der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ an*

# Theater ist mehr als Unterhaltung

Warum die Gesellschaft die Theaterlandschaft der öffentlichen Hand braucht • Von Lydia Westrich

**Die Tätigkeit einer Finanzpolitikerin führt nicht zwangsläufig zu Kunst und Kultur. Doch die Arbeit in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ zeigte mir, wie sehr die Existenz künstlerischen Lebens mit seinen finanziellen Bedingungen verbunden ist. Da ich mich schwerpunktmäßig mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler sowie der tarif- und arbeitsrechtlichen Situation der hier abhängig Beschäftigten befasst habe, stieß ich von Beginn an auf die Situation unserer Theaterwelt.**

Die im 19. Jahrhundert entstandene Vielfalt der deutschen Bühnen ist kein Selbstzweck, sondern Ausdruck eines traditionellen Föderalismus, der die Kultur in Deutschland auch fernab der Landeszentren fördert. Die hauptsächlich von der öffentlichen Hand getragene Theaterszene ist Ausdruck und „Bindemittel“ unseres Gemeinwesens wie auch Ort der Aufarbeitung von Vergangenheit und Zukunftsschmiede zugleich.

Das in Deutschland gewachsene System der Stadttheater ist weiterhin eine Chance, den Wandel einer Gesellschaft überall zu begleiten und ihre Werte immer neu zu hinterfragen, zu festigen und nicht zuletzt durch einen Diskurs zu legitimieren. Schulen verstärkt ans Theaternetz heranzuführen, ist eine Zukunftsperspektive für das Theater und für die staatsbürgerliche Selbstverständlichkeit unseres Gemeinwesens. Auch attraktive kommerzielle Kulturangebote des Boulevards werden nicht in der Lage sein, den gesellschaftlich-seismografischen Blick des Theaters zu ersetzen. Die Konzentration auf wenige kulturelle Zentren der so genannten Hochkultur hingegen widerspricht unserem föderalen Selbstverständnis. Eine Kultur der kurzen Wege ist Grundlage für die Arbeit mit Schulen und jungen Erwachsenen und das Selbstverständnis der Bürger, dass es sich nicht um *ein*, sondern um *ihr* Theater handelt.

Die Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“ im Deutschen Bundestag hatte sich die Aufgabe gestellt, einen möglichst umfassenden Einblick in die arbeitsorganisatorische und rechtliche Situation an den deutschen Bühnen zu bekommen. Mit dem „Strukturgutachten Theater und Orchester“ der Anwaltskanzlei Hogan & Hartson Raue ist ein Beitrag zur Analyse der aktuellen Situation an den 150 Theatern, Opernhäusern und 48 Konzertorchestern in Deutschland mit Lösungsvorschlägen für deren Erhaltung geleistet worden. Die finanzielle Notlage vieler Kommunen, der Länder und des Bundes erzwingen sparsames und effektives Handeln auch im Kulturbereich.

Die Vielfältigkeit der deutschen Theaterlandschaft zu erhalten und Vorschläge zu erarbeiten, die es den Bühnen ermöglichen, ein attraktives Programm auch in Zukunft zu gewährleisten, ist ein ehrgeiziges Ziel, das ohne einschneidende Reformen nicht durchgesetzt werden kann. Deshalb hat sich die Enquete-Kommission dafür ausgesprochen, den Theatern mehr Autonomie und Planungssicherheit einzuräumen. Die Entlassung der Theater aus dem haushälterischen Jährlichkeitsprinzip hin zu mehrjähriger Planung ist dazu Bedingung.

Auch dass trotz der hohen Flexibilität aller beteiligten Gruppen einheitliche Tarifpartner auf allen Verhandlungsseiten gute und praktikable Lösungen erleichtern werden, war Konsens der Beratungen. Einer

starken Vertretung der künstlerisch und der nicht künstlerisch Beschäftigten sollte ein einheitlicher Tarifpartner auf Arbeitgeberseite gegenüber stehen

Den Theatern, Opern und Orchestern wird durch die Kommission empfohlen, sich für rechtliche Verselbständigung zu öffnen. Die bereits praktizierten neuen Modelle der Trägerschaft, beispielhaft erwähnt seien hier das Nationaltheater in Weimar und das Berliner Ensemble in Berlin, müssen beobachtet und ob ihrer neuen Möglichkeiten weiter diskutiert werden.

Doch ist die Bindung an die Kommunen und damit an ihre Bürgerinnen und Bürger nicht per se ein Nachteil für die Theater. So stellt das „Strukturgutachten“ der Kanzlei Hogan & Hartson Raue selbst fest, dass eine rechtliche Verselbständigung der Bühnen nicht primär entscheidend für den Erfolg eines Theaterbetriebes ist und die vorhandenen haushaltsrechtlichen Spielräume nicht immer ausgeschöpft werden. Dem kann ich mich nur anschließen.

An den deutschen Bühnen arbeitet eine Vielzahl hoch motivierter künstlerischer und nicht-künstlerischer Arbeitnehmer, die den Spielbetrieb gemeinsam gewährleisten. Ihre Arbeits- und Einkommensbedingungen dürfen allerdings nicht als verfügbares Sparpaket missbraucht werden. Die Anwendung des neuen TVöD bietet neue Chancen effektiven Zusammenwirkens. Die nun vereinbarten Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeitgestaltung, die Vereinfachung und Straffung der Vergütungsstruktur und die Einfüh-

rung von leistungsorientierten Vergütungselementen bieten Regelungselemente, die Anpassungen an die Erfordernisse und Gepflogenheiten einer modernen Theaterlandschaft ermöglichen.

Die Entlassung der Bühnen aus dem Recht des öffentlichen Dienstes kann also nicht mehr mit der festen, unflexiblen Gestaltung der Tarifverträge in den engen Grenzen des alten Bundes-Angestelltentarifvertrags begründet werden. Nimmere könnte auch ein einheitliches und theaterspezifisch funktionsfähiges Tarifsystem unter dem Mantel des TVöD geschaffen werden. Teilweise ist der TVöD flexibler als schon vorhandene Hausverträge.

Deshalb ist es meiner Ansicht nach auch nicht nötig, im Arbeitsrecht weitere Lockerungen für den Bühnenbereich vorzusehen. Das habe ich in einem Sondervotum dokumentiert.

Insgesamt kann die Zukunft der deutschen Theater- und Orchesterlandschaft nur mit allen Beteiligten gesichert werden. Dazu bedarf es der Entwicklung von gemeinsam getragenen Modellen, die in der Lage sind, Kosten zu senken, Mehreinnahmen zu generieren und ein effektives Haushalten der Bühnen und Orchester zu gewährleisten.

Bundespräsident Johannes Rau hat in der Arbeitsgruppe „Zukunft von Theater und Oper in Deutschland“ darauf hingewiesen, dass es sich bei der Kultur nicht um ein luxuriöses Sahnehäubchen handelt, sondern um ein Lebensmittel. Auch das notwendige Lebensmittel Theaterlandschaft unter den erschwerten



Lydia Westrich, MdB.

Foto: Stefanie Ernst

Bedingungen der öffentlichen Kassen zu erhalten, war Ziel der Enquete-Kommission und daran wird weitergearbeitet.

Die Verfasserin ist Mitglied des Deutschen Bundestages und gehörte für die SPD-Fraktion der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ an ■

## Mitglieder der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ in der 15. Wahlperiode (2003 bis 2005)

### Ordentliche Mitglieder SPD-Fraktion

- Siegmund Ehrmann, MdB
- Angelika Krüger-Leißner, MdB
- Horst Kubatschka, MdB
- Dr. Christine Lucyga, MdB
- Lydia Westrich, MdB

### Ordentliche Mitglieder CDU/CSU-Fraktion

- Gitta Connemann, MdB
- Günter Nooke, MdB
- Matthias Sehling MdB
- Christian Freiherr von Stetten, MdB

### Ordentliches Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Ursula Sowa, MdB

### Ordentliches Mitglied der FDP-Fraktion

- Hans-Joachim Otto, MdB

### Sachverständige Mitglieder

- Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer; Geschäftsführerin der Berliner KulturveranstaltungsGmbH bis Januar 2005; ab März 2005 Lehrstuhl für Musik und Medien an der Universität Oldenburg,
- Helga Boldt; Kulturdezernentin a. D.; ab Mai 2005 Beraterin der Bertelsmann Stiftung,
- Dr. Bernhard Freiherr von Loeffelholz; Präsident des Sächsischen Kultursenats; Vorstandsmitglied des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie,
- Dr. Gerd Harms (bis zum 18. Oktober 2004); Staatsminister a. D.,
- Heinz Rudolf Kunze; Musiker und Songschreiber,
- Dr. Oliver Scheytt; Beigeordneter der Stadt Essen für Bildung, Jugend und Kultur;

- Prof. Dr. Wolfgang Schneider; Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim,

- Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg; Direktor der Katholischen Akademie des Bistums Münster und Sprecher für kulturelle Grundfragen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken; ab dem 22. Mai 2005 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen,
- Dr. Dieter Swatek (ab dem 12. November 2004); Staatssekretär a. D.,
- Dr. Nike Wagner; Intendantin der „Kunstfest Weimar GmbH“,
- Dr. h. c. Johann (Hans) Zehetmair; Staatsminister a. D.; Senator E. h.; Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung; Vorsitzender des Rats für deutsche Rechtschreibung
- Olaf Zimmermann; Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats e. V.

### Stellvertretende Mitglieder der SPD-Fraktion

- Eckhardt Barthel, MdB
- Dr. Michael Bürsch, MdB
- Petra-Evelyn Merkel, MdB
- Ute Kumpf, MdB
- Petra Weis, MdB

### Stellvertretende Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion

- Dr. Christoph Bergner, MdB
- Marie Luise Dött, MdB
- Kristina Köhler, MdB
- Dorothee Mantel, MdB

### Stellvertretendes Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Dr. Antje Vollmer, MdB

### Stellvertretendes Mitglied der FDP-Fraktion

- Helga Daub, MdB

## Mitglieder der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ in der 16. Wahlperiode (2006 bis 2007)

### Ordentliche Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion

- Gitta Connemann, MdB
- Prof. Monika Grütters, MdB
- Johann-Henrich Krummacher, MdB
- Dorothee Bär (geborene Mantel), MdB

### Ordentliche Mitglieder der SPD-Fraktion

- Siegmund Ehrmann, MdB
- Steffen Reiche, MdB
- Simone Violka, MdB
- Lydia Westrich, MdB

### Ordentliches Mitglied der FDP-Fraktion

- Hans-Joachim Otto, MdB

### Ordentliches Mitglied Fraktion Die Linke

- Dr. Lukrezia Jochimsen, MdB

### Ordentliches Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Undine Kurth, MdB

### Sachverständige Mitglieder

- Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer; Lehrstuhl für Musik und Medien an der Universität Oldenburg,
- Helga Boldt, Kulturdezernentin a. D.; Beraterin für Schule, Kultur und Kommunalreform,
- Prof. Dr. Dieter Kramer; außerordentlicher Professor an der Universität Wien; Institut für europäische Ethnologie,
- Heinz Rudolf Kunze; Musiker und Songschreiber,
- Prof. Dr. Oliver Scheytt; Kulturdezernent der Stadt Essen, Geschäftsführer der RUHR.2010 GmbH;
- Prof. Dr. Wolfgang Schneider; Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim,
- Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg; Di-

rektor der Katholischen Akademie des Bistums Münster und Sprecher für kulturelle Grundfragen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen,

- Dr. Dieter Swatek (ab dem 12. November 2004); Staatssekretär a. D.,
- Dr. Nike Wagner; Intendantin der „Kunstfest Weimar GmbH“,
- Dr. h. c. Johann (Hans) Zehetmair, Staatsminister a. D., Senator E. h., Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, Vorsitzender des Rats für deutsche Rechtschreibung,
- Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats e. V.

### Stellvertretende Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion

- Wolfgang Börnsen, MdB
- Marie-Luise Dött, MdB
- Kristina Köhler, MdB bis 15.2.06
- Stephan Mayer, MdB bis 15.2.06
- Monika Brüning, MdB ab 15.2.06
- Dr. Günther Krings, MdB ab 15.2.06

### Stellvertretende Mitglieder SPD-Fraktion

- Dr. Michael Bürsch, MdB
- Monika Griefahn, MdB
- Petra-Evelyn Merkel, MdB
- Petra Weis, MdB

### Stellvertretendes Mitglied der FDP-Fraktion

- Christoph Waitz, MdB

### Stellvertretendes Mitglied der Fraktion Die Linke

- Prof. Dr. Hakki Keskin, MdB

### Stellvertretendes Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Katrin Göring-Eckardt, MdB

## Ein Bericht von Gewicht

Viele Positionen des Deutschen Kulturrates finden sich wieder • Von Max Fuchs

**Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ ist gleich in mehrfacher Hinsicht von Gewicht. Zuerst beeindruckt er durch seine Dicke. Mit immerhin über 500 Seiten hat er einen Umfang, der erstaunt. Danach besticht er dadurch, dass er ein Kompendium der aktuellen Kulturpolitik in Deutschland – mit einem Schwerpunkt auf der Bundesebene – ist.**

Man hat Schwierigkeiten, ein Arbeitsfeld oder eine Fragestellung zu finden, die nicht zumindest einmal betrachtet und zu der eine Aussage getroffen wurde. Von Gewicht ist der Bericht weiter deshalb, weil er zu einem überwiegenden Teil einvernehmlich beschlossen wurde und es nur sehr wenige Sondervoten gibt. Das zeigt, dass die Enquete-Kommission um gemeinsame Lösungen gerungen hat und es ihr zu einem großen Teil auch gelungen ist. Und dort, wo es Sondervoten gibt, sind diese im Hinblick auf eine differenzierte Betrachtung, erhellend und lehrreich. Damit erhöht sich auch das Gewicht dieses einstimmig beschlossenen Berichtes in der nun folgenden kulturpolitischen Debatte und vor allem die Bedeutung der über 400 Handlungsempfehlungen. Diese richten sich beileibe nicht nur an den Deutschen Bundestag als ersten Adressaten des Berichtes oder an die Bundesregierung, sondern vielmehr an alle politischen Ebenen in Deutschland angefangen von den Kommunen, über die Länder und den Bund. Auch die zivilgesellschaftlichen Akteure werden nicht ausgespart.

Erfreulich ist, dass sich viele Positionen des Deutschen Kulturrates

im Bericht wieder finden – auch wenn sie nicht ausdrücklich immer als solche bezeichnet werden. So ist es sehr positiv, dass sich die Enquete-Kommission den Begriff der kulturellen Infrastruktur zu eigen gemacht hat, der in der Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur europäischen Debatte zur Daseinsvorsorge rund um die EU-Dienstleistungsrichtlinie im Jahr 2004 in die kulturpolitische Diskussion eingeführt wurde. Dieser Begriff macht u. a. deutlich, dass Kultur in Deutschland von vielen Akteuren getragen wird: nicht nur von Bund, Ländern und Gemeinden, sondern auch von den Künstlern und ihren Organisationen, von den Kultureinrichtungen, den Kulturvereinen und -stiftungen sowie von der Kulturwirtschaft. Die Verbände der unterschiedlichen Akteure finden sich im Mitgliederspektrum des Deutschen Kulturrates wieder. Daher ist der Deutsche Kulturrat stets darauf bedacht, die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Akteure sowie der unterschiedlichen künstlerischen Sparten im Blick zu halten und auf dieser Grundlage seine Forderungen zu erheben. Dass die Enquete-Kommission einen ähnlichen Ansatz gewählt hat, ist positiv.

Die Enquete-Kommission hat in ihrem Bericht eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die bereits seit langem in der kulturpolitischen Debatte sind. Dazu zählt die Diskussion um das Staatsziel Kultur – die hoffentlich in dieser Legislaturperiode zu einem positiven Ende geführt werden kann. Dazu gehören die bereits von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerchaftlichen Engagements“

dringend angemahnten Veränderungen im Zuwendungsrecht und der Zuwendungspraxis. Hier macht die Enquete-Kommission sehr konkrete Vorschläge, um die Arbeit von Kultureinrichtungen – auch ohne Rechtsformänderung – zu entbürokratisieren und das bürgerschaftliche Engagement zu erleichtern. Weiter gehören in den Zusammenhang der Vorschläge diejenigen, die zu einer veränderten Besteuerung ausländischer Künstler führen sollen. Hierzu hat inzwischen der Deutsche Kulturrat die Initiative ergriffen und bei einem Treffen mit dem EU-Kulturkommissar Figel eine europäische Lösung angemahnt. Auch in Hinblick auf die angesprochene Kulturverträglichkeitsregelung sind wir inzwischen initiativ geworden.

Diese zunächst einmal positive Würdigung der Tätigkeit der Enquete-Kommission bedeutet natürlich nicht, dass ich selber oder sogar der Deutsche Kulturrat alle Handlungsempfehlungen gleichermaßen unterstützt. Dies gilt insbesondere für solche Vorschläge, die relativ neu sind und eine eingehende Debatte verdienen. Hierzu gehört z.B. die Forderung nach einer Bundeszentrale für kulturelle Bildung. Bereits jetzt kann ich zudem für mich selber feststellen, dass mit dem Leitbegriff des „aktivierenden Kulturstaats“ ein Fehlgreif getan wurde. Der „aktivierende Staat“ ist inzwischen selbst bei den politischen Urhebern (der rot-grünen Regierungskoalition) in der Versenkung verschwunden. Lieber spricht man jetzt vom „vorsorgenden Staat“. In der stark zivilgesellschaftlich geprägten Kulturpolitik ist dieser Begriff das genaue Gegenteil



Gitta Connemann, MdB überreicht dem Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates Max Fuchs ein Exemplar des Abschlussberichtes. Foto: Stefanie Ernst

dessen, was eine demokratische Kulturpolitik leisten soll.

Die Enquete-Kommission hat bereits während ihrer Arbeit Anstöße zu Debatten im Kulturbereich gegeben. Dazu gehört zum Beispiel, die Bedeutung der Kirchen für die Kultur stärker zu berücksichtigen. In dieser Zeitung wurde die Diskussion aus der Enquete-Kommission aufgenommen und es ist eine Reihe von Beiträgen hierzu erschienen.

Die Arbeit mit dem Bericht der Enquete-Kommission wird nun beginnen. Der Deutsche Kulturrat wird

sich in seinen Fachausschüssen gründlich mit dem Text befassen und in der ersten Jahreshälfte eine ausführliche Stellungnahme vorlegen. Jetzt werden es die Akteure des Kulturbereiches sein, die die Vorschläge bewerten, sie sich eventuell zu eigen machen und daraus Forderungen erheben oder aber sie ablehnen. Es wird eine sicherlich spannende, manchmal sicherlich auch spannungsgeladene Diskussion werden.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

WDR 3

Wo die Musik lebt.



www.wdr3.de

WDR 3. Das Kulturereignis. In Ihrem Radio.

# Bürgerschaftliches Engagement: Potenzial für die Kulturarbeit

In idealer Weise gesellschaftliche und individuelle Wirkungen von Kunst und Kultur vereinen • Von Hildegard Bockhorst

Über drei Millionen Menschen engagieren sich deutschlandweit freiwillig in der Kultur. Dieser großen Bedeutung von Bürgerschaftlichem Engagement für die Kultur trägt die Kulturenquete auf insgesamt 35 Seiten und in zahlreichen Empfehlungen ihres Abschlussberichts angemessen Rechnung.

Neben eigenen Anhörungen und Recherchen im Lauf der Kulturenquetearbeit greift die Kommission auf das einschlägige Material rund um das Themenfeld Bürgerschaftliches Engagement zurück – beispielsweise auf den Abschlussbericht der Bundestags-Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2001), auf die Veröffentlichungen des ersten und zweiten Freiwilligensurveys von 1999 und 2004, auf Gutachten des Maecenata Instituts oder auf das „Gesetz zur weiteren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ (Sommer 2007, bekannt geworden als „Hilfen für Helfer“). Damit macht der Abschlussbericht deutlich, dass sich Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur in einen Gesamtdiskurs um die Perspektiven der Zivil- und Bürgergesellschaft und in eine Vielfalt von strukturellen, rechtlichen und inhaltlichen Anknüpfungspunkten einbettet.

## Koproduktion für Kultur und Teilhabe

Die Entwicklung und Förderung von Kultur ist, so die Kulturenquete, nicht nur eine staatliche Aufgabe: „Ohne das finanzielle und zeitliche Engagement einer großen Zahl von Menschen wären das kulturelle Leben und die kulturelle Vielfalt in Deutschland nicht denkbar. Viele Einrichtungen verdanken diesem Engagement ihre Entstehung oder ihren Erhalt.“ Um aber die Vielfalt der Kultur zu erhalten und in ihrer Breite zu gewährleisten, darf Bürgerschaftliches Engagement nicht als Ersatz staatlicher Förderung verstanden werden, sondern muss sie ergänzen.

Neben dieser grundsätzlichen Aussage hebt der Abschlussbericht hervor, dass Bürgerschaftliches Engagement entscheidend dazu beiträgt, Kultur bürgernah zu gestalten. Mit der aktiven Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen steigt ihre kulturelle, soziale und letztlich gesellschaftliche Identifikation und Integration. Dort, wo freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv sind, werden Kultureinrichtungen und deren Angebote im öffentlichen Bewusstsein zumeist viel besser wahr- und angenommen.

In idealer Weise – so lässt sich ableiten – verbinden sich durch Bürgerschaftliches Engagement gesellschaftliche und individuelle Wirkungen von Kunst und Kultur. Sie reichen von der Förderung der Kreativität Einzelner über die zivilgesellschaftliche Prägung sozialer Gruppen bis hin zur Attraktivitätssteigerung einer Kommune, eines Landes und des Kulturstaates Deutschland insgesamt.

## Voraussetzungen und Hintergründe

Die Freiwilligensurveys haben nachgewiesen, dass in unserer Gesellschaft eine hohe Bereitschaft besteht, sich zu engagieren. Die Motivationen haben sich allerdings verändert. Bürgerschaftliche Teilnahme erfolgt nunmehr seltener aus sozialer Verantwortung, Nächstenliebe oder Solidarität, sondern muss immer häufiger die Interessen und Bedürfnisse der freiwillig Tätigen im

Sinne individueller Selbstverwirklichung, Erholung oder Kompensation berücksichtigen.

Freiwillige sind keine Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter. Die Leistung von aktiven Helfern und Helferinnen erfolgt freiwillig und unentgeltlich, sie ist aber nicht kostenlos zu haben. Dabei sind Verpflichtungen der Kultureinrichtungen (Mitbestimmungsrechte, Kommunikationsstrukturen, gesetzliche Unfall- oder Haftpflichtversicherung, feste und stabile Strukturen etc.) selbstverständlich. Die Kulturenquete konstatiert klar, dass Bürgerschaftliches Engagement der kontinuierlichen Unterstützung durch Qualifizierung, verlässliche Kooperationsbeziehungen mit hauptamtlichen Kräften und klaren Aufgabenstrukturen bedarf und sich öffentliche Anerkennung sowie die Gewährleistung unterstützender Rahmenbedingungen verbessern müssen.

## Vielfalt kulturellen Engagement

Die Kulturenquete benennt zahlreiche Systematiken und Ebenen für Gemeinschaftsaktivität und Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur:

1. Kulturverbände, -vereine und -einrichtungen sind zunächst zivilgesellschaftliche Akteure. Sie in genau dieser Rolle partizipatorisch bei der Entwicklung von „Verantwortungspartnerschaften“ für Kultur einzubinden, ist Aufgabe einer gesellschaftspolitisch orientierten Kulturpolitik. Nur so werden Absprachen und Prozesse für kulturpolitische Entscheidungen nachvollziehbar und tragfähig.
2. Der Engagementbegriff im Enquetebericht ist dezidiert ein weiterer. Er reicht vom Spenden von Geld bis zum Spenden von Zeit, erstreckt sich von der Ausübung eines Hobbys (künstlerische Aktivität) über Gestaltung kulturellen Lebens (Mitgliedschaft im Verein) bis hin zur Übernahme von Verantwortung im Ehrenamt. Schon in der exemplarischen Aufführung von Handlungsfeldern – Literatur, Bildende Kunst, Museen, Darstellende Kunst, Musik, Soziokultur, Baukultur und Denkmalpflege, Stiftungen, Laienkultur und Brauchtum – wird die Vielfalt kulturellen Engagements deutlich: Ehrenamt, Projektarbeit, Engagement für Kulturinitiativen und Baudenkmäler, Selbsthilfe etc.
3. Kulturvereine sind ein wichtiges Strukturmerkmal des kulturellen Lebens und des Bürgerschaftlichen Engagements. Ihre ehrenamtlichen Vorstände werden hinsichtlich der Steuerung ihrer Vereine mit Fragen des Gemeinnützigkeitsrechts, des Haftungsrechts und der Haftungsrisiken, der Unfallversicherung, der Künstlersozialversicherung, der GEMA-Gebührenordnung, des bürokratischen Aufwands bei der Vereinsführung etc. konfrontiert. Diese Komplexität einhergehend mit einer großen Unwissenheit und Unsicherheit führt zu mangelnder Bereitschaft, ehrenamtliche Verantwortung zu übernehmen bzw. zu einem Missverhältnis zwischen inhaltlicher und verwaltungstechnischer Arbeit.
4. Die Kulturenquete zählt hinsichtlich der finanziellen Ausstattung von bürgerschaftlich geprägten Kulturvereinen und -verbänden eine Großzahl an Hindernissen auf: Der Abrechnungsaufwand steht häufig in keinem Verhältnis zur Förderhöhe, Projektförderung hat längst die verlässliche Infrastruk-



Bernhard Freiherr von Loeffelholz, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete, Jan Gerd Becker-Schwering, Referent der FDP-Bundestagsfraktion und Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata-Instituts. Foto: Stefanie Ernst

turförderung verdrängt, Jährlichkeitsprinzip und Fehlbedarfsfinanzierung entgegen Festbetragsfinanzierung führen zu mangelnder Flexibilität und zu Mittelkürzungen bzw. Rückzahlungsforderungen bei der erfolgreichen Akquise von Eigen- und Drittmitteln, ehrenamtliches Engagement wird zumeist nicht als Eigenmittel anerkannt. Diese Hürden des öffentlichen Zuwendungsrechts sind Engagement unfreundlich.

5. Positiv bewertet die Kommission die Entwicklungen für den Kulturbereich im Gemeinnützigkeits- und Steuerrecht, u. a. durch das „Gesetz zur weiteren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“.
6. Drei besondere Unterstützungssysteme hebt die Kulturenquete hervor: *Stiftungen* wachsen in ihrer Bedeutung als Motor der Zivilgesellschaft. Neben lokal orientierten Bürgerstiftungen sind es zahlreiche Stiftungsgründungen von Unternehmen und Einzelpersonen, die Kunst und Kultur mäzenatisch unterstützen. Bei Neueinrichtungen, die durch die Stiftungsreform erleichtert wurden, rangieren Kunst und Kultur als Stiftungszweck mittlerweile an zweiter Stelle. Private finanzielle *Spenden* stagnieren. Die Summe der privaten Spenden übersteigt aber noch immer die Summe der Kulturfinanzierung aus Steuermitteln. „Der größte Kulturfinanzierer in Deutschland ist der Bürger in erster Linie als Marktteilnehmer (Kulturwirtschaft), in zweiter Linie als Spender und erst in dritter Linie als Steuerzahler.“ Erfreulich ist die Entwicklung des Fördervolumens von *Unternehmen*: Corporate Volunteering in Deutschland als Zurverfügungstellung von Arbeitskraft, Zeit, fachspezifischem Wissen und Geld/Sponsoring steigt. Diese wachsende unternehmerische kulturelle Verantwortung spiegelt sich noch nicht in einer allgemeinen Spendenkultur.
7. Gesondert hebt der Abschlussbericht die Bedeutung der kulturellen Freiwilligendienste hervor, die – als FSJ Kultur und als generationsoffener Freiwilligendienst in der Kultur „kek“ – im Kapitel Kulturelle Bildung Erwähnung finden. Gerade hier wird die Verbindung von Bildung und Engage-

ment sinnfällig. Noch klafft eine große Schere zwischen Angebot und Nachfrage, die sich auch darin begründet, dass die Finanzierung der kulturellen Freiwilligendienste gerade für kleinere Einrichtungen und Trägerorganisationen schwer realisierbar ist.

## Handlungsleitende Empfehlungen

Konsequent setzen die Handlungsempfehlungen im Bericht – hier nur die wichtigsten genannt – an den identifizierten Problemlagen an.

1. Grundsätzlich fordert die Kulturenquete verbesserte Rahmenbedingungen, so dass sich Bürger unabhängig von sozialem Status engagieren können. Unumstößlich ist die finanzielle Verantwortung der öffentlichen Hand in Höhe von 8 Milliarden Euro für die Sicherung einer grundständigen kulturellen Infrastruktur. Zur Gewinnung von mehr Engagierten bzw. zur Verbesserung der Engagementmöglichkeiten empfiehlt der Abschlussbericht die stärkere Kooperation und Vernetzung des Kulturbereichs mit engagementpolitischen Strukturen.
2. Die Enquete-Kommission spricht sich im Zusammenhang mit Zuwendungs- und Finanzierungsfragen für deutliche Erleichterungen im Haushaltsrecht aus: Abschluss mehrjähriger Zuwendungsverträge, Aufhebung von Haushaltsgrundsätzen wie der Jährlichkeit, ausgewogenes Verhältnis von institutioneller und Projektförderung, Stärkung der Festbetragsförderung, Bürokratie-Abbau, Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements als geldwerte Leistung. Außerdem plädiert sie für eine verbesserte öffentliche Förderung für ehrenamtliche Infrastrukturen (z.B. Laienorganisationen) – ggf. auch in Konkurrenz zu anderen Kulturbereichen – vor allem in ländlichen Regionen.
3. Für die verbesserte Absicherung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Vereinsvorständen fordert die Kulturenquete u.a. praxisorientierte Schulungen, Beratung, Informationsmöglichkeiten und -austausch sowie Haftungs-minderung.
4. Eine Bewertung der tatsächlichen Vorteile der Reform des Gemein-

nützigkeits- und Spendenrechts steht noch aus. Bisher auf steuerliche Aspekte konzentrierte Reformen sollten durch eine andere Form der Statusfeststellung erweitert werden. Die Empfehlungen im Bereich der Stiftungen ergänzen die bereits veranlassten Veränderungen um Verfahrensregeln, die Forderung nach Transparenz sowie die Schaffung eines Stiftungsregisters. Stiftungen sollten nicht nur (öffentlichkeitswirksame) Projekte, sondern auch Institutionen fördern und die Kontinuität der Arbeit sichern.

5. Die Enquete-Kommission fordert, die Zahl der Plätze im FSJ Kultur ist um ein Vielfaches zu erhöhen und die Förderpauschale anzuheben. Zudem strebt die Kommission eine Institutionalisierung eines FSJ Kultur im Ausland an.
6. Eine umfassende Datenerhebung im Bereich der Kulturförderung würde dazu beitragen, das Wissen um die Situation des Kulturbereichs zu verbessern und – neben Good Practice – Strategien abzuleiten.

## Perspektiven erweitern

Die Handlungsempfehlungen der Kulturenquete sind in vollem Umfang zu unterstützen. Es stellt sich nunmehr die Frage nach ihrer Umsetzung in den verschiedenen Politikfeldern. Freiwilliges Engagement in der Kultur ist eine *Querschnittsaufgabe*, welche die kommunale, die Länder-, Bundes- und EU-Ebene einbezieht und der Kulturpolitik Sozial-, Finanz-, Innen-, Bildungs- und Jugendpolitik zur Seite stellt. Kulturpolitik und Engagementpolitik in diesem Sinne zu integrieren, ist letztlich aktive Gesellschaftspolitik.

Im Bericht behält die Enquete-Kommission logisch die Kultur-Perspektive bei. Sie legt kein Gesamtkonzept für die Stärkung Bürgerschaftlichen Engagements in der Kultur vor – das war auch nicht ihr Auftrag. In einem weiteren Schritt indes ist wichtig zu beachten, dass die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen nur eine Seite der Medaille ist. Sie stellen längst nicht sicher, dass sich mehr Menschen freiwillig für die Belange der

## Fortsetzung von Seite 24

Kultur und der Gesellschaft einsetzen. Zielebene müsste nicht nur die Verbesserung und Optimierung des bereits Existenten sein, sondern die Anregung von Neuem und Nachhaltigem. Rechts- und Finanzfragen stehen in einem Wechselspiel zu Gelin- gungsbedingungen für inhaltlich-in- novative Konzepte und Strukturen. Daraus ergeben sich die Forderungen nach:

- langfristigen Strategien von Kultur- einrichtungen – von rein ehren-

- amtlichen über Einrichtungen mit ehren- und hauptamtlicher Struktur bis zu aktuell noch rein professionisierten Organisationen – sich als bürgerschaftlich zu verstehen und Menschen für freiwilliges Engagement in der Kultur zu gewinnen,
- der Notwendigkeit, dem Zeitspendenangebot und -interesse von Bürgern ausreichend Nachfrage und Angebote durch Kultureinrichtungen gegenüberzustellen,
- dem Abbau von Berührungspunkten zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen sowie der verstärkten Vernet-

- zung von Kultureinrichtungen im Sinne kooperativer Modelle,
- entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen und Modellprojekten zur Anregung von mehr Engagement in der Kultur,
- der Umsetzung geeigneter Ideen und Programme für die Partizipation und für das Engagement von jungen Menschen, um möglichst früh und damit nachhaltig zivilgesellschaftliche Kompetenzen zu vermitteln,
- der Zugangsoffenheit von Kultureinrichtungen für benachteiligte Zielgruppen und deren Integration durch freiwilliges Engagement.

Noch ist die Abhängigkeit von freiwilliger Mitarbeit und Spendenmöglichkeit zu stark abhängig vom Bildungsstatus der Bürger/innen, - inhaltlicher Erweiterung des Engagementthemas in der Kultur um Fragen des lebenslangen Lernens, der Interkulturalität, der Persönlichkeitsbildung, der Gewaltprävention ...

Die Kulturenquete stellt fest, dass eigene Freude und der Wunsch, einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten, Menschen motiviert, sich für die Kultur zu engagieren. Zugleich wird behauptet, Kultur mangle es weitge-

hend an unmittelbarer emotionaler Attraktivität, sie sei weit abstrakter als das persönliche unmittelbare Leid, das im Sozialbereich Hilfsimpulse auslöst. So ist es Aufgabe aller Beteiligten, die identitätsstiftenden, wertvermittelnden und sozialen Potenziale der Kultur für bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren.

*Die Verfasserin ist Geschäftsführerin der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung und Vorsitzende des Fachausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Kulturrats* ■

## Kulturelle Bildung als Weltaneignung

Erste Ansichten aus dem Bericht der Enquetekommission *Kultur in Deutschland* • Von Christian Höppner

„Kulturelle Bildung ist eine Form der Weltaneignung.“ Dieser Satz, gefunden in dem Bericht der Enquete-Kommission *Kultur in Deutschland* in dem Abschnitt „Kinder- und Jugendtheater“, ist symptomatisch für die herausragende Positionierung dieses Themas. Die Kommission spricht nicht nur von kultureller Bildung als einer Querschnittsaufgabe, sie behandelt dieses Thema auch in ihrem Bericht entsprechend. So gibt es nahezu bei jedem Themenbereich eine Querverbindung zu diesem Thema. In dem Kapitel 6 wird die kulturelle Bildung unter inhaltlichen, gesellschaftspolitischen, strukturellen, spartenbezogenen und spartenübergreifenden Gesichtspunkten behandelt. So werden für die kulturelle Bildung unter anderem die Themenbereiche Lebenslanges Lernen, Bedeutung und Wirkung, rechtliche Rahmenbedingungen, Infrastruktur, Akteure und Angebote, Früherziehung-Schule-Außerschulisch-Erwachsenenbildung, Kooperationen von Bildungs- und Kultureinrichtungen, Aus- und Fortbildung, Kirchen, Ganztagschulen, Interkulturelle Bildung, Medien und die Förderstrukturen angesprochen. Aus der Kombination von Analyse und (Aus-)Wertung ist eine Fülle von Handlungsempfehlungen entstanden, die mit Sicherheit Bund, Länder und Kommunen sowie die zivilgesellschaftlichen Akteure im Bereich der kulturellen Bildung nicht nur eine ganze Weile beschäftigen werden, sondern hoffentlich auch Veränderungen bewirken werden.

Veränderungen, die angesichts gesellschaftlicher Wandlungsprozesse dringend notwendig sind und sich nicht in der Diskrepanz von „Sonntagsreden und Alltagshandeln“ erschöpfen dürfen. Die Fokussierung auf das lebenslange Lernen gleich zum Einstieg macht deutlich, wie zerklüftet die bildungskulturelle Infrastruktur derzeit ist und wie dringend notwendig eine enge, kohärente Verzahnung ist. Der Verweis auf die Chance Ganztagschule, die im Idealfall die Verzahnung zwischen Schule und außerschulischen Bildungs- und Kulturträgern leben muss, könnte zumindest für den letzten Teil der maßgeblichen Prägung von Kindern und Jugendlichen hilfreich sein.

Die meisten Handlungsempfehlungen gehen an die Adresse der Länder und Kommunen, was in unserem föderalen System mit deren Verantwortung für Bildung und Kultur auf der Hand liegt. Diese zentrale Botschaft lautet, dass die Kommunen und Länder ihrer gewollten Verantwortung in vielen Bereichen besser nachkommen müssen. Da die kulturelle Bildung ein öffentliches Gut sei und somit auch eine öffentliche Aufgabe, empfiehlt die Enquete die kulturelle Bildung als Pflichtaufgabe zu definieren, um sie auch in schwierigen haushalts- und finanzpolitischen Konstellationen gewähr-

leisten zu können. Eine weitere Empfehlung bezieht sich auf „den Neuaufbau von Schulhören und -orchestern zu fördern und das Singen als täglichen Bestandteil des Schulunterrichts zu verankern sowie jedem Kind die Möglichkeit zu geben, ein ensemblefähiges Musikinstrument zu erlernen“. Eine rundum zu begrüßende Forderung, die vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen sorgfältig und zügig in angepassten Varianten umgesetzt werden sollte. Dabei wird sicher zu prüfen sein, inwieweit der Bund in der Partnerschaft zu den Ländern seiner Impulsfunktion auch in diesem Bereich nachkommen kann. Die Empfehlung, die „OECD aufzufordern, für kulturelle Bildungsstandards zu entwickeln und diese analog des PISA-Prozesses regelmäßig zu evaluieren“, ist sicherlich ein überfälliger Schritt der mit dazu beitragen kann, die Fixierung auf die naturwissenschaftlichen Fächer aufzuweichen und den Blick auf eine ganzheitliche Bildung zu schärfen.

Eine der Handlungsempfehlungen an den Bund, eine Bundeszentrale für Kulturelle Bildung einzurichten, die „für die Entwicklung innovativer Konzepte, zur Vernetzung der Akteure und zur Fortbildung von Multiplikatoren“ zuständig sein soll, ist sicher ein interessanter Ansatz, der aber vor der Verwirklichung näher konkretisiert werden müsste. Hierbei sollte insbesondere in der Abwägung von Zielsetzung, Wirksamkeit und Umsetzungsvarianten geprüft werden, inwieweit diese geplante Einrichtung tatsächlich diese Aufgaben wahrnehmen kann, damit keine Kollateralschäden für bewährte und auszubauenden Infrastrukturen entstehen.

Der Bericht spricht von neueren Erkenntnissen der Neurowissenschaften die nahe legen, „dass Emotionalität und nicht die Kognition das zentrale Steuerungsmedium des Menschen zu sein scheint“. Diese Aussage macht deutlich, dass die Prioritätenpyramide in unserer PISA-fixierten Gesellschaft auf dem Kopf steht. So wichtig und unverzichtbar die Vermittlung von Wissen und dem Handwerkzeug für Wissenserwerb ist – die Eingangsvoraussetzungen dafür sind immer weniger gegeben. Daraus ergeben sich massive Konsequenzen für unser gesamtes (Aus) Bildungssystem, die sich mit den Trippelschritten heutiger Reformbemühungen nicht vergleichen lassen.

Der Bericht der Enquete-Kommission ist eine Fundgrube fachlicher und politischer Anregungen und vor allem im Hinblick auf seine gesellschaftspolitische Blickweite sehr hilfreich. Die Verbindung ganzheitlicher Betrachtungsweisen mit Detailfragen verleiht diesem Bericht ein besonders hohes Maß an Glaubwürdigkeit. So werden zum Beispiel zum Thema „Kanonbildung“ die beiden kontroversen Diskussionsverläufe benannt, ohne dass sich die Kommission in diesem Punkt festlegt. Der Blick zu



Christian Höppner, Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates und Wolfgang Börnsen, MdB (v.r.n.l.)

Foto: Stefanie Ernst

den europäischen Nachbarn vermittelt Anregungen, ohne den Eindruck zu erwecken, erfolgreiche Modelle kopieren zu müssen. Wie ein roter Faden zieht sich die Erkenntnis durch den Bericht, dass kulturelle Bildung ein lebensbegleitender Prozess ist, der qualitativ auf einem hohen Niveau abgesichert sein muss – für jeden erlebbar, gleich welcher sozialen oder ethnischen Herkunft. So sehr die Verwertungsaspekte der kulturellen Bildung als Fundament für ein humanes Gesellschaftsbild stimmen, der Aspekt, dass die Kunst um der Kunst willen zu fördern sei, hätte etwas mehr Gewicht erfahren können.

Der Bericht der Enquete-Kommission *Kultur in Deutschland* eröffnet auch für den Bereich der kulturellen Bildung für alle Akteure die Chance und die Verantwortung, diesen Bericht als Berufungs- und Handlungsgrundlage für die fach- und gesellschaftspolitische Arbeit zu nutzen. Dabei sollte der Blick nicht nur auf die Handlungsempfehlungen gerichtet sein. Der Bericht wird seine Wirksamkeit nur dann entfalten können, wenn er über den Tag der Präsentation und Diskussion im Deutschen Bundestag hinaus als Arbeitsmittel von allen Verantwortungsträgern genutzt wird. Der von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim letzten Weltwirtschaftsgipfel in Davos proklamierte Weg in die Wissensgesellschaft ist die eine, wichtige Seite der *Zukunftsmedaille Deutschland* – die Kreativgesellschaft die andere, unverzichtbare und derzeit noch unterbewertete Seite dieser Medaille. Diese Kreativgesellschaft nährt sich nicht nur aus dem Hype um das Thema Kreativwirtschaft und dem Glanz

der kulturellen Baumkronen, sondern wird überhaupt nur dann entstehen und sich entwickeln können, wenn unsere Gesellschaft in die Bewässerung und Nährstoffzufuhr der Baumwurzeln investiert. Die kulturelle Bildung ist der Schlüssel zu diesen Entwicklungsperspektiven für unser

Land. Dafür gilt es Bewusstsein zu schaffen, denn Bewusstsein schafft Ressourcen.

*Der Verfasser ist Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates und Vorsitzender des Fachausschusses Kulturelle Bildung* ■

### politik & kultur DOSSIER

## Verwertungsgesellschaften

Auf 32 Zeitungsseiten wird im aktuellen puk-Dossier die Arbeit der Verwertungsgesellschaften **GEMA, GVL, VG BILD-KUNST** und **VG WORT** vorgestellt und beleuchtet.

Außerdem werden die Perspektiven der künftigen Arbeit der Verwertungsgesellschaft diskutiert. Hierbei kommen Abgeordnete des Deutschen Bundestags und Wissenschaftler zu Wort. Themen sind hier unter anderem: die Aufsicht über die Verwertungsgesellschaften und die Frage wie mit DRM-Systemen umgegangen werden soll.

Das **puk-Dossier Verwertungsgesellschaften** kann unter <http://www.kulturrat.de/dossiers/verwertungsgesellschaften.pdf> kostenlos in Internet als pdf-Datei geladen werden.

Als **Printausgabe** (32 Seiten, Zeitungsformat) ist das Dossier gegen Voreinsendung von 1,44 Euro Portokosten in Briefmarken beim **Deutschen Kulturrat, Chausseestraße 103, 10115 Berlin** beziehbar.

# Erforderliche Tiefe und Präzision nicht in allen Teilen vorhanden

Die Empfehlungen zum Kulturauftrag und zur kulturellen Tätigkeit des Rundfunks • Von Heinrich Bleicher-Nagelsmann

**Die nachfolgenden Ausführungen sind eine erste Einschätzung und Bewertung der Passagen zum Kulturauftrag und zur kulturellen Tätigkeit des Rundfunks im Schlussbericht der Enquete-Kommission. Sie haben zwar Bezüge zu den im Fachausschuss Medien des Deutschen Kulturrates geführten Diskussionen, sind aber als allein vom Autor zu verantwortende Aussagen zu werten. Gleiches gilt in Bezug auf die in der Sektion Film und Medien insbesondere zum Öffentlich-rechtlichen Rundfunk geführten Diskussionen.**

Die Bestandsaufnahme und Problembeschreibung in den einschlägigen „Rundfunk-Passagen“ des Schlussberichtes gibt, wie die Problembeschreibungen des Gesamtberichtes generell, einen verständlichen und lesbaren Überblick zur angesprochenen Thematik. In einigen Passagen fehlt allerdings die an anderen Stellen bemerkenswerte Tiefe und Präzision. Ob dies auf die in ihrer Gesamtheit unzureichende schmale Quellenbasis (Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, sporadische Zitate aus BVerfG-Urteilen und das begrenzte Spektrum der Expertenanhörung) oder eine gewisse Aktualitätsfixierung zurückzuführen ist, kann bei dieser ersten Bewertung nicht abschließend beurteilt werden. Die zumindest zu kurz greifende Aussage, dass laut Amsterdamer Protokoll „die deutsche Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks *nur* (Hervorhebung HBN) zulässig ist, sofern der Kultur- und Bildungsauftrag erfüllt wird“ (S.328), ist ein weiterer Beleg für die unzureichende Durchdringung der Thematik. Im Amsterdamer Protokoll heißt es, deutlich umfassender: „IN DER ERWÄGUNG, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den Mitgliedstaaten unmittelbar mit den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen jeder Gesellschaft sowie mit dem Erfordernis verknüpft ist, den Pluralismus in den Medien zu wahren (sind die hohen Vertragsparteien) über folgende auslegende Bestimmung ÜBEREINGEKOMMEN...“.

Fragwürdig wird es dann, wenn man aus dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. September 2007, das wie richtig angeht, gerade auf die Staatsferne hebt, das Gebot herauslesen will, „Auftrag und Grenzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesetzlich zu präzisieren.“

Zweckmäßiger und sachgerechter wäre es in diesem Zusammenhang gewesen, die Selbstverpflichtungserklärungen der Sender und die Kontrollaufgabe der Rundfunkgremien als adäquates auszubauendes Instrument herauszuarbeiten. Die darin steckenden Potentiale sind nur unzureichend dargestellt, auch wenn die Leitlinien und Selbstverpflichtungen sich richtigerweise in den Handlungsempfehlungen wiederfinden. Gewünscht hätte man sich als zweites „Standbein“ die Forderung nach verbindlicher und abgesicherter Qualifizierung der Rundfunkgremien.

Obwohl im Einleitungskapitel des Abschlussberichtes die „Medialisierung“ hervorgehoben wird, schlägt sich deren Bedeutung gerade im Rundfunkkapitel nicht ausreichend nieder. Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung werden im Rundfunkkapitel zwar beschrieben bleiben aber von einer wichtigen Ausnahme abgesehen in den Handlungsempfehlungen unberücksichtigt. Im Zusammenhang mit der Forderung nach dem digitalen Zugang zu kulturellen Inhalten wird richtig festgestellt, dass „die Rechteinhaber eine entsprechende Vergütung erhalten

müssen.“ Dies findet sich allerdings in den Handlungsempfehlungen so nicht wieder. Erfreulich andererseits, dass dort auf die Problematik von Festanstellung und freien Mitarbeitern hingewiesen wird. Die Eindimensionalität der Handlungsempfehlung erkennt allerdings die Tatsache, dass ein qualifiziertes Programm auch durch freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichergestellt werden kann. Ihnen müssen allerdings angemessene Arbeitsbedingungen und eine entsprechende Honorierung gewährleistet werden. Eine Leerstelle in diesem Teil des Abschlussberichtes und seiner Handlungsempfehlungen ist auch die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Bezug auf die sogenannte 3. Säule, das Internet bzw. online-Angebot. Wer einen zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk will muss ihm insbesondere mit seinem Kulturprogramm auch hier Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten geben. Die berechtigte Kritik an der Unterbelichtung von Kulturangeboten im Vollprogramm geht ins Leere, wenn man diese Angebote nicht auch umfassend online zur Verfügung stellt. Nutzungsgewohnheiten der jugendlichen Surfer und Netcommunity berücksichtigend.

Richtig und wichtig ist auch, die Privaten nicht aus ihrer Verantwortung für Kultur im Rundfunk zu entlassen. Spezifische Möglichkeiten für attraktive Angebote an ihre Zielgruppen hat der Deutsche Kulturrat als Vertreter im Programmausschuss von RTL wiederholt gemacht. Die Vorschläge und Angebote für Formate wiederholen wir gern. Apropos Formate: Das Stichwort Dokumentarfilm findet sich zwar wiederholt im Abschlussbericht. Seine kritische Präsentation allerdings nicht im Rundfunkteil. Kaum zu glauben, dass die AG Dok bei der einschlägigen Anhörung hier nicht auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Standpauke gehalten hat.

*Der Verfasser ist Vorsitzender des Fachausschusses Medien und Sprecher der Sektion Film und Medien im Deutschen Kulturrat ■*



Jan Gerd Becker-Schwing, Referent der FDP-Bundestagsfraktion, Ferdinand Melichar, Vorsitzender des Fachausschusses Urheberrecht des Deutschen Kulturrates und Henning Krause, Präsident des Bund Deutscher Grafik-Designer.

Foto: Stefanie Ernst

## Absage an das wettbewerbsorientierte EU-Modell

Urheberrecht und Verwertungsgesellschaften aus Sicht der Enquete-Kommission • Von Ferdinand Melichar

**Über 500 Seiten hat der nun im Parlament vorgestellte und diskutierte Bericht der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Zwei Kapitel befassen sich mit den Urheber- und Leistungsschutzrechten sowie mit der Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten. Wie alle Kapitel enden auch diese mit „Handlungsempfehlungen“ der Enquete-Kommission. Zu bewundern ist zunächst die Sorgfalt und Gründlichkeit, mit der die Enquete-Kommission – zusammengesetzt aus Bundestagsabgeordneten und Sachverständigen – diese Thematik behandelt.**

So wird ausführlich dargestellt, wie sich die Verhandlungen zwischen Autoren und Verwertern (Produzenten und Verlagen) nach dem 2002 eingeführten Urhebervertragsrecht gestaltet haben und bedauernd festgestellt, dass „noch keine allgemein verbindliche Vereinbarung über eine angemessene Vergütung zwischen Branchenverbänden getroffen“ sei. So kommt die Enquete-Kommission zu dem Ergebnis, dass „die bisherigen Regelungen im Urhebervertragsgesetz unzureichend sind“. Sie räumt damit ein, dass das

Urhebervertragsrecht eher gut gemeint als gut gemacht war und empfiehlt eine Prüfung, wie das Ziel einer angemessenen Vergütung für alle Urheber und ausübenden Künstler besser erreicht werden kann. Mit der Empfehlung, eine Vergütungspflicht für die Abbildung von Kunstwerken im öffentlichen Raum, insbesondere also urheberrechtlich (noch) geschützter Denkmäler, einzuführen, wenn diese z.B. auf Postkarten oder in Reiseführern verbreitet werden, folgt die Enquete-Kommission einer Forderung auch des Deutschen Kulturrates.

Besonders aktuell und wichtig aber ist die erste Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission zum Urheberrecht:

*„Die Enquete-Kommission empfiehlt dem Deutschen Bundestag, die Interessen der Rechteinhaber in den Mittelpunkt von Gesetzesänderungen im Urheberrecht zu stellen. Das Urheberrecht soll ihnen die verfassungsmäßig garantierte angemessene Vergütung ermöglichen. Dieses Recht darf durch die Interessen von anderen Wirtschaftszweigen, wie der Geräteindustrie, nicht außer Kraft gesetzt werden.“*

Leider hat dies der Bundesgerichtshof in seiner negativen Ent-

scheidung vom 6. Dezember 2007 nicht berücksichtigt, als er – entgegen den Vorinstanzen des Landes- und Oberlandesgerichts Stuttgart – eine urheberrechtliche Vergütungspflicht für Drucker verneint hat. Umso wichtiger ist, dass mit dem ab 1. Januar 2008 geltenden neuen § 54a Abs. 2 Urheberrechtsgesetz klar gestellt ist, dass bei Gerätekombinationen alle funktional zusammenwirkenden Geräte- und Speichermedien vergütungspflichtig sind.

Bemängelt wird in Sondervoten, dass die Enquete-Kommission zur Ausstellungsvergütung für Bildende Künstler und zum Künstlergemeinschaftsrecht (dem sog. Goethe-Groschen) keine Empfehlung, weder pro noch contra, ausgesprochen hat.

Im ausführlichen Kapitel über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten wird zunächst auf 20 Seiten gut verständlich die Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften aus praktischer und rechtlicher Sicht dargestellt, wobei sowohl das deutsche wie auch das europäische Recht berücksichtigt werden. Diese Einführung kann man nur jedem empfehlen, der sich über Aufgaben und Tätigkeiten der Verwertungsgesellschaften rasch und präzise informie-

ren will. Das Fazit der Enquete-Kommission ist eine deutliche Absage an das „rein wettbewerbsorientierte Modell der EU-Kommission“. Vielmehr handele es sich „bei Verwertungsgesellschaften um staatsnahe Einrichtungen, deren Aufgaben sich auch unter kulturellen und sozialen Aspekten definieren“. Dieses vom kontinentaleuropäischen Verständnis der Verwertungsgesellschaften geprägte Leitbild kann nur unterstrichen werden.

In diesem Zusammenhang ist es dann konsequent, wenn die Enquete-Kommission auch das System der Gegenseitigkeitsverträge zwischen nationalen Verwertungsgesellschaften verteidigt, also die faktische Monopolstellung der nationalen Verwertungsgesellschaften. Zu Recht lehnt sie den Vorschlag der europäischen Kommission ab, dass Online-Rechte für Musik bei jeder beliebigen europäischen Verwertungsgesellschaft für ganz Europa eingekauft werden könnten. Mit den Worten der Enquete-Kommission: „Der Gesetzgeber hat die Aufgabe .... die Verwertungsgesellschaften vor Wettbewerb zu schützen“. Allerdings mahnt die

## Fortsetzung von Seite 26

Enquete-Kommission auch mehr Transparenz bei Gegenseitigkeitsverträgen an und empfiehlt, dass Gegenseitigkeitsverträge öffentlich zugänglich gemacht werden müssten.

Ausführlich befasst sich die Enquete-Kommission mit der durch das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz vorgesehenen Aufsicht durch das Deutsche Patent- und Markenamt über die deutschen Verwertungsgesellschaften. Sie stellt zu Recht fest, dass die Aufsichtsbehörde personell unterbesetzt ist und empfiehlt die Aufsicht künftig „bei einer Regulie-

rungsbehörde des Bundes anzusiedeln und diese mit den erforderlichen personellen Ressourcen auszustatten“. So genannte Regulierungsbehörden finden sich schon heute in monopolgeneigten Märkten wie Post und Telekommunikation. Für Verwertungsgesellschaften würde ein solches Modell konsequenterweise zum Beispiel bedeuten, dass eine Regulierungsbehörde dann auch *ex ante* Tarife von Verwertungsgesellschaften genehmigen müsste (wie dies etwa in der Schweiz durch die eidgenössische Tarif-Schiedskommission der Fall ist). Für Deutschland wäre dies ein echter Paradigmenwechsel. Erstaunlich ist, dass die Enquete-Kommission in diesem

Zusammenhang (am Beispiel der von der GEMA gemeinsam mit der britischen MCPS gegründeten CELAS) meint, Verwertungsgesellschaften könnten sich durch „partielle Ausgründung“ von Lizenzierungs- und Inkasso-Unternehmen der Aufsicht des Patentamtes und den Pflichten des Urheberrechtswahrnehmungsgesetzes entziehen. Entscheidend ist wohl nur, ob solche Tochterorganisationen die Tätigkeit einer Verwertungsgesellschaft ausüben, wie sie in § 1 des Wahrnehmungsgesetzes definiert ist – ist dies zu bejahen, so greift auch für solche Organisationen das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz und die Aufsicht des Patentamtes. Er-

staunlich ist auch, dass die Enquete-Kommission meint, die Aufsicht über Verwertungsgesellschaften sei nach derzeitiger Rechtslage auf eine „Evidenzkontrolle“ beschränkt und deshalb empfiehlt, zukünftig sollte die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen durch Verwertungsgesellschaften „auch im Einzelfall“ kontrolliert werden. Tatsächlich prüft das DPMA schon jetzt auf Beschwerden hin Einzelfälle, wenn sie auch nach geltender Rechtslage zu Recht davon ausgeht, dass ein subjektiv-öffentliches Recht eines Einzelnen auf Einschreiten nicht besteht.

Abschließend ist festzustellen, dass die beiden hier besprochenen

Kapitel des Berichts der Enquete-Kommission viel lesenswertes enthalten. Viele der „Handlungsempfehlungen“ sind zu unterstützen. Auch wenn diese sich eigentlich an den Gesetzgeber richten – Verwertungsgesellschaften werden zu prüfen haben, ob einzelne davon nicht schon jetzt freiwillig umgesetzt werden können (z.B. eine stärkere Repräsentanz der Wahrnehmungsberechtigten in den Entscheidungsgruppen).

*Der Verfasser ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG WORT und Vorsitzender des Fachausschusses Urheberrecht des Deutschen Kulturrates* ■

## Das Werk ist getan. Nun beginnt die Arbeit

Zu den steuerlichen Handlungsempfehlungen im Schlussbericht der Enquete-Kommission • Von Peter Raue und Friedhelm Klinkertz

**Der am 11. Dezember 2007 veröffentlichte Schlussbericht der Enquete-Kommission Kultur in Deutschland enthält auch für den Bereich des Steuerrechts zahlreiche Handlungsempfehlungen. Die mehr als 20 steuerlichen Handlungsempfehlungen unterstreichen die praktische Bedeutung, die das Steuerrecht auch für den Kulturbereich hat.**

Bedauerlicherweise finden sich diese Handlungsempfehlungen nicht gebündelt in einem zentralen Abschnitt *Steuerrecht*, sondern über den gesamten, 500 Seiten umfassenden Schlussbericht verteilt. Nachfolgend soll eine kurze Übersicht über die wesentlichen steuerlichen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission gegeben werden:

### Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrecht

Im Bereich des Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrecht wurden wesentliche Forderungen der Enquete-Kommission durch das rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft getretene „Gesetz zur weiteren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ mittlerweile in vorauseilendem Gehorsam erfüllt. Hierzu zählen insbesondere die Vereinheitlichung der Höchstgrenzen beim Spendenabzug von – je nach gemeinnützigem Zweck – bisher fünf bzw. zehn Prozent auf nunmehr einheitlich 20 Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte sowie die deutliche Anhebung des Höchstbetrages für die Ausstattung von gemeinnützigen Stiftungen von bisher € 307.000 auf € 1 Million.

Dennoch schlägt die Enquete-Kommission in erfreulicher Deutlichkeit Änderungen vor, deren Umsetzung für die tägliche Praxis der im Kulturbereich tätigen gemeinnützigen Stiftungen und Körperschaften enorm wichtig und hilfreich wären. Die Enquete-Kommission empfiehlt insbesondere

- die Frist für die zeitnahe Mittelverwendung von einem auf fünf Jahre zu verlängern,
- die steuerliche Abzugsfähigkeit von Mitgliedsbeiträgen auch auf kulturelle Betätigungen auszuweiten, die in der Freizeit stattfinden, was insbesondere den Laienchören zugute käme,
- die Rahmenbedingungen im Bereich des Kultursponsoring zu verbessern, wie zum Beispiel die steuerliche Zuordnung von Kultursponsoring zu erleichtern,
- unabhängig von der steuerlichen Veranlagung für gemeinnützige Einrichtungen einen Statusbescheid einzuführen,
- und sich auf europäischer Ebene für die Schaffung der Rechtsform einer Stiftung europäischen Rechts einzusetzen, um die Gründung von und die Arbeit in Stiftungen zu er-

leichtern, die Mitgliedstaaten übergreifend fördern.

### Einkommensteuer

Im Bereich der Einkommensteuer enthält der Schlussbericht Handlungsempfehlungen zur Besteuerung von im Ausland ansässigen Künstlern (so genannte Ausländersteuer). Die Enquete-Kommission empfiehlt dem Gesetzgeber die Regelungen zur Ausländersteuer „zeitnah“ und „unter Beachtung der jüngsten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs *neu zu fassen*“. Der Schlussbericht zeigt sehr dezidiert die Unpraktikabilität und die deshalb bestehende Reformbedürftigkeit der derzeitigen Regelungen zur Ausländersteuer auf.

Die Empfehlung der Enquete-Kommission die Regelungen zur Ausländersteuer generell zu reformieren, ist sehr zu begrüßen. Diese Reform ist längst überfällig. Im Rahmen der Überlegungen, wie die von der Enquete-Kommission zu Recht empfohlene Reform aussehen sollte, empfiehlt sich ein Blick über die Grenzen: Die Niederlande haben mit Beginn des Jahres 2007 ihre Ausländersteuer für ausländische Künstler, die in Staaten ansässig sind, mit denen ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung besteht, generell abgeschafft. Nach dem neuen niederländischen Steuerrecht sollen diese Künstler ihre Einkommensteuer ausschließlich in ihrem Wohnsitzstaat zahlen. Hintergrund für die Abschaffung der Ausländersteuer war folgende praktische Erfahrung des niederländischen Fiskus: Das Verwaltungsverfahren zur Erhebung der Ausländersteuer war in der Vergangenheit so aufwendig, dass sich die Erhebung der Ausländersteuer im Ergebnis für den niederländischen Fiskus nicht ausgezahlt hat. Für Deutschland gilt nichts anderes. Der Gesetzgeber müsste nur den Mut haben, aus den unbestreitbaren Fakten die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Nicht minder zu begrüßen ist die Empfehlung der Enquete-Kommission, gesetzlich festzuschreiben, dass die Feststellung einer Selbständigkeit oder Nichtselbständigkeit eines Künstlers durch die Künstlersozialversicherung bindende Wirkung auch für die Finanzverwaltung hat. Aufgrund der sehr oft uneinheitlichen steuerlichen Beurteilung der verschiedenen Finanzämter im Bundesgebiet wäre eine solche Bindungswirkung sehr zu begrüßen. Das gegenwärtig für Kulturbetriebe bestehende Risiko, wegen der oftmals schwierigen Abgrenzung von selbständiger und nichtselbständiger Arbeit Jahre später hohe Lohnsteuernachzahlungen und vor allem Sozialversicherungsbeiträgen zahlen zu müssen, könnte damit deutlich entschärft werden.



Peter Raue, Vorsitzender des Fachausschusses Steuern des Deutschen Kulturrates.

Foto: Stefanie Ernst

### Umsatzsteuer

Besonders erfreulich ist, dass die Enquete-Kommission für den Bereich der Umsatzsteuer eine Initiative auf europäischer Ebene empfiehlt mit dem Ziel, Kulturbetrieben generell eine Option einzuräumen, auf die Umsatzsteuerbefreiung zu verzichten.

Die Möglichkeit des Verzichts auf die Umsatzsteuerbefreiung würde für die Kulturbetriebe, insbesondere für Theaterbetriebe, im Ergebnis eine deutliche umsatzsteuerliche Entlastung bedeuten. Der Schlussbericht weist zutreffend auf den Grund für diese umsatzsteuerliche Entlastung hin: Kulturbetriebe sind im Falle einer Umsatzsteuerbefreiung ihrer Umsätze nicht zum so genannten Vorsteuerabzug berechtigt. D.h. sie sind letztlich mit den von anderen Unternehmern in Rechnung gestellten Umsatzsteuern wirtschaftlich belastet. Und je höher die den Kulturbetrieben in Rechnung gestellten Kosten sind, die Umsatzsteuern enthalten, desto größer wäre die wirtschaftliche Wirkung eines Verzichts auf die Umsatzsteuerbefreiung. Die Einfügung eines Optionsrechts in das Umsatzsteuergesetz, auf die Umsatzsteuerbefreiung verzichten zu können, würde jedem einzelnen Kulturbetrieb die Möglichkeit geben, das für ihn wirtschaftlich vorteilhaftere zu wählen. Zudem empfiehlt die Enquete-Kom-

mission im Bereich des Umsatzsteuerrechts den ermäßigten Steuersatz für Kunstgegenstände auf Kunstfotografien zu erweitern. Dabei weist die Enquete-Kommission ausdrücklich auf die nach der europäischen Mehrwertsteuerrichtlinie für den deutschen Gesetzgeber bestehende Möglichkeit hin, auch Kunstfotografien als Kunstgegenstände zu behandeln. Auch dieser Empfehlung der Enquete-Kommission kann man nur beipflichten. Es gibt keinen vernünftigen Grund ein Ölbild von Gerhard Richter in Deutschland umsatzsteuerlich anders zu beurteilen, als eine Fotografie desselben Künstlers. Hier wäre gesetzgeberisches Handeln dringend erforderlich.

### Erbschaftsteuer

Im Bereich der Erbschaftsteuer empfiehlt die Enquete-Kommission die Möglichkeiten zur Tilgung von Erbschaftsteuerschulden mit Kunstwerken nach § 224a Abgabenordnung zu erleichtern. Daneben fordert die Enquete-Kommission die Museen und Kulturbehörden auf, insbesondere bei bedeutenden Künstlernachlässen stärker die Initiative zu ergreifen und Erbschaftsteuerschuldner und Finanzbehörde auf die nach § 224a Abgabenordnung bestehende besondere Möglichkeit der Steuertilgung hinzuweisen.

Der Schlussbericht der Enquete-Kommission enthält erfreulicherweise sehr detaillierte und genaue steuerliche Handlungsempfehlungen. Die den Handlungsempfehlungen im Schlussbericht jeweils vorgehende Bestandsaufnahme und Problembeschreibung zeugen von einer profunden Kenntnis der im Bereich der Kultur relevanten steuerlichen Probleme.

Angesichts der Fülle der Handlungsempfehlungen und der Notwendigkeit ihrer Umsetzung für die Kulturbetriebe kann man der Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Gitta Connemann, MdB, auch mit Blick auf das Steuerrecht – Stichworte „Ausländersteuer“, „Verzicht auf Umsatzsteuerbefreiung für Kulturbetriebe“ – nur beipflichten: „Das Werk ist getan. Nun beginnt die Arbeit.“

Der Enquete-Kommission kann man zum Ergebnis ihrer vierjährigen Arbeit gratulieren, dem Bundestag kann man nur wünschen, dass er Mut zu Entscheidungen hat. Andernfalls wäre die Arbeit der Enquete-Kommission *l'art pour l'art* und das wäre jammervoll!

*Peter Raue ist Rechtsanwalt und Notar der Sozietät Hogan & Hartson Raue und Vorsitzender des Fachausschusses Steuern des Deutschen Kulturrates. Friedhelm Klinkertz ist Rechtsanwalt und Steuerberater der Sozietät Hogan & Hartson Raue* ■

## Kultur als Staatsziel

Von Jan-Hendrik Olbertz

**Deutschlands kultureller Reichtum ist historisch betrachtet der Reichtum einer verspäteten Nation. Die zahlreichen deutschen Fürstentümer und Herzogtümer haben insbesondere im 17. und 18. Jahrhundert die Kultur in den Residenzstädten und ihrem Umland maßgeblich geprägt. Die jeweiligen Landesherrn bauten ihre Höfe aus, sammelten Kunstgegenstände, unterhielten Hofkomponisten, Maler, Bildhauer und förderten Theater. Es war auch eine Art Repräsentationswettbewerb unter den Fürstentümern, der sie veranlasste, sich mit berühmten Künstlern und Philosophen zu umgeben. Das hat das kulturelle Erbe, das wir angetreten haben, so reich gemacht. Deutschland wurde darüber zum Land der Dichter und Denker.**

Die vielfach als „Kleinstaaterei“ gescholtene föderale Struktur hat also in ihrer Geschichte erst die Vielfalt und den kulturellen Reichtum bewirkt, auf den wir heute so gern und so stolz verweisen, auch wenn uns die Last der Verantwortung, die daraus erwächst, mitunter drückt. Vor allem die Kultur hat das Entstehen einer nationalen Identität und den inneren Zusammenhalt der Nation bewirkt. Deutschland als föderale Ländergemeinschaft muss auch künftig diese kulturelle Klammer pflegen und stärken.

Aus dieser Verantwortung kann man nicht entlassen werden – hier stehen wir in der Pflicht. In erster Linie ist das eine Verpflichtung gegenüber unserer eigenen Kultur, eine Verantwortung, die keinesfalls nur in individuellem oder lokalem Ermessen steht. Auch wenn die Kulturpflege in den Kommunen als freiwillige Aufgabe gilt, ist es ihnen keineswegs freigestellt, die Kultur zu vernachlässigen oder Denkmäler verwahrlosen zu lassen.

Wenn es diese nationale Verpflichtung gibt, dann sollte man sie

auch im Grundgesetz verankern. Der Formulierungsvorschlag des Staatsrechtlers Max-Emanuel Geis „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ als Zusatz im Artikel 20 des Grundgesetzes ist zwar nicht mehr als ein symbolischer Satz, aber auch nicht weniger, zumal symbolische Ausdrucksformen gerade der Kultur nicht fremd sind. Gewiss füllt das die Staatskassen nicht und garantiert auch keine konstanten oder gar wachsenden Budgets für die Kulturförderung. Aber es stärkt unsere Identität und schärft das Bewusstsein in den Kommunen, Sparmaßnahmen auch in höchster Not nicht dort anzusetzen. Ein durch das Grundgesetz veranlasster kritischer Diskurs über die „Freiwilligkeit“ der Kulturförderung würde es gewiss erschweren, immer zuerst die Kultur zur Konsolidierung kommunaler Haushalte heranzuziehen. Kulturpflege ist so etwas wie eine freiwillige Pflichtaufgabe, indem man den freien Willen darauf richtet, diese Verpflichtung einzugehen und hochzuhalten. Angemessen ist diese Argumentation schon deshalb, weil Kultur – vor allem Kunst – ohnehin auf Freiheit angewiesen ist, das heißt nicht „verfügt“ werden kann, sondern Gelegenheit zum Entstehen und Wachsen braucht. Dafür ist die Gesellschaft, genauer gesagt, der demokratische Staat, originär zuständig. Es ist ohnehin eine merkwürdige Sprachregelung, die „Freiwilligkeit“ der Kommunen bezüglich der Förderung von Kunst und Kultur zu betonen, ebenso wie Bildungsausgaben eigentlich nicht konsumativer Natur sind, sondern erstrangige Zukunftsinvestitionen – und in öffentlichen Haushalten auch so bilanziert werden sollten.

Neben der Stärkung der kulturellen Identität der Deutschen geht es im Kontext der Kulturförderung immer auch um ganz praktische Gesichtspunkte wie zum Beispiel der

Imagepflege einer Region oder eines Standortes, die auch in wirtschaftlicher Hinsicht nicht zu unterschätzen ist. Kultur trägt zur Steigerung der Lebensqualität und der Attraktivität einer Region, etwa für den Tourismus, bei. Ähnliches gilt für die kreativen Industries, jenen zeitgenössischen Branchenmix aus Architektur, Musik, Film, Theater, Literatur, Design, Kunst, Software/Games und Werbung, der zunehmend auch einen eigenen Arbeitsmarkt generiert.

Allerdings lassen sich gerade Kunst und Kultur nicht immer nach wirtschaftlich-ökonomischen Kriterien bewerten. Nach wie vor braucht jede Gesellschaft die Künste als „Unruhepotenzial“. Doch können sich Kunst und Kultur ganz ohne Förderung nicht tragen. Sie müssen sich ihre Partner suchen. Das ist zuweilen schwierig, da der Anspruch der Kunst oft nicht deckungsgleich ist mit dem des Konsumenten. Kunst braucht Vorlauf, und Investitionen in die Kultur wirken sich oft erst langfristig aus.

Wenn das alles so ist und in der Nation darüber Konsens herrscht, dann gibt es keinen Grund, sich nicht auch entsprechend zu bekennen und zu binden. Hierfür wäre das Grundgesetz der angemessene Ort. Dies würde unserem Selbstverständnis als „Kulturnation“ gut tun, denn wir brauchen bei allem Respekt vor regionaler Identität auch ein nationales (nicht nur föderales) Bewusstsein kultureller Verantwortung. Aus demselben Grund plädiere ich auch für einen Bundeskulturminister, und zwar nicht trotz der föderalen Strukturen in der deutschen Kulturpolitik, sondern um ihretwillen. Es muss eine Instanz geben, die unsere kulturelle Vielfalt kommuniziert und sie auch im Ausland als singuläres Merkmal der deutschen Kulturlandschaft sichtbar macht. Diese internationale Wahrnehmbarkeit der Kulturentwicklung in Deutschland ist seit Jahr-

## Staatsziel Kultur

Die Frage, ob das Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankert werden sollte, wurde schon öfter in dieser Zeitung behandelt. In der Ausgabe 04/2005 (Juli-August) haben sich Ministerpräsidenten der Länder, Mitglieder des Deutschen Bundestags sowie Verfassungsrechtler zu dieser Frage positioniert. Im Mittelpunkt der Ausgabe 04/2006 (Juli-August) standen die Diskussionen einer Kooperationstagung des Deutschen Kulturrates und der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel zum Staatsziel Kultur. In der Ausgabe 6/2006 (November-Dezember) fand schließlich eine Diskussion zu der Frage statt, ob neben dem Staatsziel Kultur auch das Staatsziel Sport im Grundgesetz ver-

ankert werden sollte und ob die Durchsetzung beider Staatsziele gemeinsam befördert werden sollte. In dieser Ausgabe nun bezieht der Kultusminister von Sachsen-Anhalt **Jan-Hendrik Olbertz** zum Staatsziel Kultur Stellung und spricht sich für eine klare Verankerung dieses Staatsziels im Grundgesetz aus. Er betont dabei nochmals, dass das Staatsziel Kultur föderalismusneutral ist, die so genannte Kulturhoheit der Länder also durch dieses Staatsziel keinen Schaden nimmt. So klar sich Olbertz für das Staatsziel Kultur ausspricht, so eindeutig positioniert er sich gegen das Staatsziel Sport.

Die Redaktion ■

zehnten alles andere als ein eingelöster Anspruch. Heute reisen 16 Kultusminister in Brüssel an, um auf europäischer Bühne jeweils ein Sechstel dieser Vielfalt zu repräsentieren, ganz von den Erschwernissen der europäischen Kulturförderung, die mit dieser Praxis verbunden sind.

Wichtig ist dabei, dass die Kultur nicht gegen andere Staatsziele aufgerechnet wird. Zum Beispiel kann die Sportförderung bei aller Anerkennung ihrer Bedeutung nicht auf demselben nationalen Rang angesiedelt sein wie die Kulturförderung. Kultur hat ihren „Eigensinn“ in mehrfacher Auslegung des Wortes. Sie schließt Wissenschaft, Bildung und Kunst ein, die alle drei wesentlichen Grundlagen der kulturellen Bildung sind.

Gerade die Verbindlichkeit kultureller Bildung zu betonen, haben wir Anlass genug. Tendenzen der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland hängen auch damit zusammen, dass es

gerade jungen Menschen an kultureller Identität mangelt. Wer seine eigenen kulturellen Wurzeln nicht mehr kennt (geschweige denn pflegt), wird alles Fremde als Bedrohung erleben, jedenfalls nicht als willkommene Bereicherung des eigenen Horizonts. Die vielbeschworene multikulturelle Gesellschaft ist eben keine bodenlose Gesellschaft – Vielfalt und Toleranz brauchen eine kulturelle Basis, die identitätsbestimmend ist und auch öffentlich sichtbar gemacht werden muss.

Vor diesem Hintergrund ist es kaum nachzuvollziehen, dass im Grundgesetz des Landes der Dichter und Denker die Aussage, dass der Staat die Kultur zu schützen und zu fördern habe, nicht enthalten ist. Fast müsste man diesen Satz klammheimlich hinzufügen, so peinlich berührt es einen, sein Fehlen im deutschen Grundgesetz festzustellen.

Der Verfasser ist Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt ■

## Trend zur Drei-Fächer-Schule führt zur kognitiven Schlagseite

Ein Wertevakuum droht • Von Ulrich Thöne

**Sechs Jahre nach dem ersten PISA-Schock liegt Deutschland für wenige Wochen wieder im Schultest-Fieber: Pünktlich zur Adventszeit werden binnen einer Woche zwei große Untersuchungen veröffentlicht. Zunächst die IGLU-Studie (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung), welche die Lesefähigkeit am Ende der vierten Klasse misst, dann die neue PISA-Runde. Bei aller Freude über vermeintliche Fortschritte bei den naturwissenschaftlichen Fächern – unter dem Strich bleibt ein trauriger Befund: In kaum einem anderen Land hängt der Bildungserfolg der Kinder dermaßen von dem Geldbeutel der Eltern ab. Jeder fünfte (!) 15-jährige Schüler in Deutschland zählt zur Risikogruppe. Er liest, schreibt und rechnet allenfalls auf Grundschulniveau. Diese PISA-Ergebnisse sind wichtig für die deutsche Debatte, eröffnen sie doch einen unvoreingenommenen Blick auf die soziale Spaltung unseres Bildungswesens.**

So nützlich die PISA-Studie für die Diskussion um die Qualität unserer Schulen auch ist, sie birgt einige Risiken. Letztlich werden bei PISA nur die Lesekompetenz, die mathematische und die naturwissenschaftliche Grundbildung gemessen. Folglich stehen die drei Hauptfächer Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften im Mittelpunkt der nationalen Bildungsdebatte. Die Kultusminister fokussieren sich in ihrer Reaktion auf PISA auf kognitive Kompe-

tenzen – gemessen an Bildungsstandards und begrenzt auf die drei so genannten „Kernfächer“. Dieser Trend zur Drei-Fächer-Schule führt vielerorts zu einer fatalen kognitiven Schlagseite unserer Schulen: Produziert wird vornehmlich abprüfbares Wissen. Erziehung und Persönlichkeitsbildung treten in den Hintergrund. Es droht ein Wertevakuum. Es fehlt eine ganzheitliche Betrachtung von Bildung. Eine Entwicklung, die der ehemalige Bundespräsident *Johannes Rau* schon im Jahr 2003 treffend kritisierte: „Die PISA-Studie ist missverstanden, wenn wir jetzt das Pauken anfangen und das Musizieren ausfallen lassen.“

Veranschaulichen lässt sich diese Entwicklung am Stellenwert der kulturellen Bildung im Schullalltag. Tanz, Musik, Theater, bildende Kunst und Rhythmik fristen allzu oft ein Schattendasein. Kulturelle Bildung wird vielerorts als Luxus, als „Sahnehäubchen“ eines ansonsten grauen Schulalltags gesehen und nicht als unverzichtbarer Bestandteil der Schulkultur begriffen. Theaterstücke werden allenfalls als Event wahrgenommen. Fällt Unterricht aus, werden im Zweifelsfall die Stunden in Musik, Kunst und Darstellendem Spiel gestrichen. Dies gilt leider auch für den Sportunterricht. Ein Mangel an qualifizierten Fachlehrern in den kulturellen Fächern ist in allen Bundesländern festzustellen.

Der geringe Stellenwert der kulturellen Bildung an unseren Schulen



Arbeit von Schülern der Otto-Kühn-Schule.

Foto: Michael Bause

vertieft die soziale Spaltung in unserem Land. Der Zugang zu kulturellen Angeboten hängt bei den Schülerinnen und Schülern in Deutschland stark vom familiären Hintergrund ab. Hierzu einige Fakten: 72 Prozent der Jugendlichen an Musik- und Tanzschulen haben Eltern, die selbst künstlerisch aktiv waren. Nur 8 Pro-

zent der Hauptschüler besuchen außerhalb der Schule kulturelle Einrichtungen. In der Schule kommt jenseits des Fachunterrichts nicht einmal jeder zweite Hauptschüler mit kreativer Arbeit in Berührung. Bei den Gymnasiasten sind es immerhin 72 Prozent. Diese erschreckenden Befunde liefert das Jugend-KulturBaro-

meter aus dem Jahr 2004. „Eine Schule, die ästhetische Bildung als eine Angelegenheit randständiger Nebenfächer behandelt, wäre eine inhumane Schule“, sagte der Erziehungswissenschaftler Wolfgang Klafki.

Weiter auf Seite 29

## Fortsetzung von Seite 28

Dass es auch anders geht, beweisen zahlreiche Schulen in Deutschland. Die Helene-Lange-Gesamtschule in Wiesbaden schnitt beispielsweise beim PISA-Test 2002 überdurchschnittlich gut ab. In den Kompetenzbereichen Lesen und Naturwissenschaften erreichten die Schülerinnen und Schüler internationale Spitzenwerte. Das Erfolgsrezept: Die Schule hat konsequent kulturelle Bildung in ihren „Unterrichtsaltag“ integriert. „Ich finde, dass Theaterspielen das Wichtigste an einer Schule überhaupt ist, weil es ganz verschiedene Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen herausfordert, weil es eines der ernsthaftesten Dinge ist, die man überhaupt machen kann. Wenn am Schluss die Aufführung kommt, und die Schüler vor den Vorhang treten müssen, dann haben manche das Gefühl, sie müssten sterben. Das ist schwieriger, als eine Klassenarbeit zu schreiben“, sagte die ehemalige Schulleiterin der Helene-Lange Gesamtschule, Enja Riegel im Gespräch mit der Zeitschrift *Spiel&Bühne*.

Dass kulturelle Bildung auch für die Integration von Migranten wichtig ist, beweist die Spreewald-Grundschule in Berlin. Noch im Jahr 2000 galt die Schule im Norden des Stadtteils Schöneberg als „Ausländerschule“. In den drei ersten Klassen saßen

damals keine Schülerinnen und Schüler mit deutscher Muttersprache. Neben intensiven Gesprächen mit den Eltern in benachbarten Kindergärten half der Schule ihr Profil als „Theaterbetonte Grundschule“ zu mehr Akzeptanz im Viertel. „Das Theaterprofil macht uns attraktiv. Das Theaterspielen unterstützt den ganzheitlichen Spracherwerb: Kinder lernen Mimik, Gestik und das gesprochene Wort als eine Einheit zu begreifen. Die Sprachkompetenz setzt sich aus dieser Gesamtheit zusammen. Außerdem eignet sich Theater sehr gut für interkulturelle Ansätze. Wir arbeiten an zweisprachigen Theaterstücken oder führen Stücke auf, die zum Beispiel in arabischen Ländern oder der Türkei spielen“, erklärte Schulleiter Erhard Laube im Rahmen des Berliner Ganztagsschulkongresses 2005. Die Vorteile der kulturellen Bildung liegen für ihn auf der Hand: „Das Theater hilft den Kindern, ihre Persönlichkeit frühzeitig zu entwickeln. Sie werden selbstsicherer im Auftreten. Sie lernen im Team, setzen sich kreativ und konstruktiv mit der Wirklichkeit auseinander. Jedes Kind ist wichtig. Nur durch die hohe Leistung aller Kinder wird ein Stück gut.“ In der Tat ist dies der bedeutendste Ansatz der kulturellen Bildung in der Schule. Sie leitet einen Paradigmenwechsel in unserem Blick auf das Kind ein. Wir sehen die Kinder nicht mehr als defizitäre Menschen, sondern bestärken sie in ihren Fähigkeiten.

Wir brauchen alle. Kein Kind wird zurückgelassen, dieser wichtige Leitzatz des erfolgreichen skandinavischen Bildungswesens ist unverzichtbarer Bestandteil der kulturellen Bildung.

Wie man es auch dreht und wendet: Eine nachhaltig erfolgreiche Reform unseres Bildungswesens wird es nur geben, wenn die kulturelle Bildung nicht mehr nur als „Sahnehäubchen“ verstanden wird, sondern mehr in das Zentrum des Schullebens rückt. Sie kann uns helfen, endlich die dringend notwendige neue Schulkultur in Deutschland zu etablieren und die Zerstückelung des Schulalltags in 45 Minuten-Häppchen zu überwinden. Sie befördert fächerübergreifende Ansätze und die Öffnung der Schulen in ihr soziales Umfeld. Sie kann politische Bildung und Medienbildung unterstützen. Vor allem hilft sie, die traditionelle Pauschule deutscher Prägung zu überwinden. Hartmut von Hentig schrieb einst: Seine Traumschule habe keine Fächer, sondern nur zwei große Bereiche: Science und Theater. Diese Aussage mag überspitzt sein, sie hat aber einen wahren Kern.

Fakt ist aber auch: Wenn die Kultusminister wünschen, dass die kulturelle Bildung mehr ins Zentrum des Schullebens rückt, müssen die Länder ihre verhängnisvolle Sparpolitik beenden. Allzu oft ist die kulturelle Bildung das Opfer des Rotsifts der Finanzminister. Kulturelle Fächer dürfen keine

## Bildung oder Kompetenzen

### Was brauchen Kinder und Jugendliche

Im Dezember 2007 erschienen mit den internationalen Ergebnissen der IGLU- und der PISA-Studie zwei Studien, die den Kompetenzstand von Schülerinnen und Schüler eines bestimmten Jahrgangs messen. Die Ergebnisse aus dem Dezember 2007 wurden in Deutschland mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen. Deutsche Schüler sind nicht mehr so abgeschlagen in der internationalen Vergleichsskala wie vor einigen Jahren. Die begonnenen Reformen im Schulwesen scheinen erste Ergebnisse zu zeigen. Die Erleichterung schafft Luft, um sich intensiver mit der Entwicklung des Bildungswesens zu befassen. *politik und kultur* fragte Repräsentanten der Lehrgewerkschaften und -verbände, was Kinder und Jugendliche brauchen: Bildung oder Kompetenzen? Reicht es sich in internationalen Studien auf den vorderen Ränge zu bewegen oder wird mit Bil-

dung – einem sehr deutschen Wort – nicht mehr gemeint als der Erwerb von Wissen und welchen Beitrag können die künstlerischen Disziplinen dabei leisten? Auskunft geben der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **Ulrich Thöne**, der Präsident des Verbands Bildung und Erziehung **Ludwig Eckinger** und der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbands **Josef Kraus**. **Max Fuchs**, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates, setzt sich mit der Frage auseinander, ob die musischen Zeiten zurückkehren. **Matthias Pannes** fragt nach der praktischen Umsetzung des Projekts „Jedem Kind ein Instrument“. **Stefanie Ernst** stellt einige Ergebnisse der IGLU-Studie vor. Und **Hermann Wilske** und **Christian Höpner** streiten über das Ob eines Kanons im Musikunterricht.

Die Redaktion ■

Mangelfächer mehr sein. Wir brauchen mehr qualifizierte Fachkräfte an unseren Schulen und mehr Ganztagschulen. Denn kulturelle Bildung benötigt Zeit und Raum. Unsere Kinder haben einen Anspruch auf kulturelle Bildung. Er ist verankert in Artikel 31

der UN-Kinderrechtskonvention. Dort steht geschrieben: Kinder haben ein Recht auf Kunst und Spiel.

Der Verfasser ist Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ■

## Schule und Weltklugheit

Von Ludwig Eckinger

**Der November 2007 ging mit zwei für die deutsche Kultur sehr positiven Meldungen zu Ende. Der Etat des Kulturstaatsministers wurde aufgestockt. Durch den Hauptstadtvertrag mit dem Bund ist die Zukunft der Staatsoper unter den Linden finanziell abgesichert. Fast parallel dazu wurden die Ergebnisse der Internationalen Grundschuluntersuchung (IGLU 2006) und von PISA 2006 vorgestellt.**

Die deutschen Grundschul Kinder bestehen jetzt mit ihrer Lesekompetenz den internationalen Vergleich sehr gut, sind in Europa in der Spitzengruppe. Doch 13 Prozent der Zehnjährigen verfügen nur über geringste Lesefähigkeiten, während zehn Prozent Spitzenkompetenzen aufweisen können. Das Problem setzt sich in der Sekundarstufe fort. Jeder fünfte 15-Jährige ist von funktionalem Analphabetismus bedroht, weil sich aus den Buchstabenfolgen für ihn kein Sinn ergibt und folglich der Umgang mit Texten kein Lustgewinn bedeutet. Das Problem, von dem wir seit PISA 2000 ziemlich genaue Kenntnis haben, ist gesellschaftlich gravierend. Wessen Eltern bildungsfern sind, von niedrigen Einkommen leben müssen, gesellschaftlich benachteiligt sind, der hat in Deutschland geringere Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsweg. Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind hoch gefährdet, auch als Erwachsene sozial benachteiligt zu bleiben. Solch' eine Entwicklung ist für eine demokratisch verfasste Gesellschaft ein sozialer Sprengstoff.

Insofern ist die Lesekompetenz ein Gradmesser für die Chance auf kulturelle Bildung, auf gesellschaftliche Teilhabe. Es reicht nicht aus, sich über attraktive Kultureinrichtungen zu freuen. Wir müssen schon im Blick haben, wer in die Galerien, in die Opernhäuser, in die Konzerte und denkmalgeschützten Anlagen geht, wer sich Bücher, Theaterinszenierungen, Filmbesuche oder Ausstellungen leisten kann und wer nicht, wer hungrig auf Kultur ist und diesen Hunger stillen kann. Es ist auch bei der Kulturförderung zu hinterfragen, in wel-

chem Verhältnis die Mittel zur sozialen Herkunft der Nutzer stehen.

Ich teile die Unbescheidenheit Kants. Sein Maximalanspruch an Erziehung muss auch heute ernst genommen werden. Kant wollte die Kinder für das „Weltbeste“ begeistern und sieht in der „Weltklugheit“ das Erziehungsziel überhaupt. Erziehung setzt sich für Kant aus Disziplinierung, Zivilisierung, Moralisierung und eben Kultivierung zusammen. Die Aneignung von „Weltklugheit“ taugt nur, wenn sie sich im Handeln für das Wohl der Gesellschaft niederschlägt. Kulturelle Bildung ist kein Wert an sich, wie Auschwitz zeigte.

Ohne hier in einen philosophischen Diskurs zu verfallen, möchte ich doch betonen: Lesen ist die Basiskompetenz für den Einstieg in kulturelle Teilhabe im weitesten Sinne. Deren Vermittlung kann also gar nicht wichtig genug genommen werden. Gerade PISA war diesbezüglich ein heilsamer Schock. Hätte der babylonische König Belsazar das Menetekel lesen können, wäre sein Reich nicht untergegangen. Die Schulen haben PISA verstanden. Das Lesen hat heute einen ungleich höheren Stellenwert. Deshalb ist auch die jüngste IGLU-Botschaft so wertvoll.

In immer mehr Schulen gibt es Leseecken, kleine Bibliotheken in Klassen, es gibt Lesenächte oder Zeitungsprojekte. Kinder und Lehrer präsentieren regelmäßig ihre Lieblingsbücher. In allen Fächern wird mit Sachtexten gearbeitet. Für leseschwache Schüler gibt es spezielle Förderkurse. Und die Schulen legen Wert auf enge Kontakte zu den Eltern. Ein guter Leseunterricht zeichnet sich dadurch aus, dass die Kinder den Spaß am Lesen nach Hause tragen und die Beschäftigung mit Texten zu ihrem Alltag gehört. Der VBE übrigens hat nach PISA 2000 eine Lesefitness-Initiative für Grundschul Kinder gestartet, die genau die oben angeführten Aspekte berücksichtigt. Inzwischen beteiligen sich daran bundesweit über eine Million Kinder der Klassen 1 bis 4. Die Grundidee lautet schlicht: „Lesen lernt man nur durch Lesen“, wie das der österreichische Lesedidaktiker Richard Bamberger knapp und präzise

formulierte. Überdies haben wir auf der Leipziger Buchmesse 2007 unseren bundesweiten Grundschulförderpreis „Hauptsache LESEN“ gestartet, deren erste Preisträger wir in diesem Jahr eben dort vorstellen wollen. Freilich ist Leseförderung an Grundschulen für das deutsche Hochamt „Feuilleton“ kein Thema, aber nur auf diesem Wege wird das Feuilleton auch noch in Jahrzehnten seine Leserschaft haben.

Befähigung zu kultureller Teilhabe ist natürlich mehr als Lesen. Ich meine, dass die PISA-Debatten auch die Entwicklung der Schule als Polis unterstützen. Was die Reformpädagogik nur partiell geschafft hat, Schule als Ort ganzheitlicher Bildung und Erziehung zu gestalten, setzt sich jetzt in einem beinahe atemberaubenden Tempo durch. Noch vor zehn Jahren war es kühn, verlässliche Halbtagsgrundschulen zu fordern. Jetzt besteht Konsens, dass Ganztagschulen für alle Schularten ausgebaut werden, um auf diesem Wege die Bildungschancen des Einzelnen von seiner sozialen Herkunft zu entkoppeln. Die Schulen, die sich durch das Bund-Länder-Programm auf den Weg gemacht haben, verbünden sich sehr oft gerade mit kulturellen Einrichtungen und setzen auf ein Schulprofil „Kulturelle Bildung“. Zwar ist nicht überall, wo Ganztagschule drauf steht, auch Ganztagschule drin, aber der Weg ist eingeschlagen. Wir kommen allmählich davon weg, Kultur in der dritten Stunde vermitteln zu wollen, sondern gestalten Schule als Ort der Lebenskultur, Schule als Polis. Von diesen Ganztagschulen geht insofern ein großer Impuls aus, die überkommene Idee von der geschlossenen Bildungsanstalt endgültig zu begraben.

Wenn die OECD internationale Bildungsstudien – wie PISA – finanziert, so stehen die Interessen der Wirtschaft nicht ganz hinten. Die weltweiten Tests von Literacy, Kompetenzen in Mathematik und Naturwissenschaften legen einen Bildungsbegriff zugrunde, der sich vom humanistischen Bildungsbegriff Humboldts oder auch Kants wohl unterscheidet. Immer wird die ökonomische Verwertbarkeit von Wissen und Kompe-



Foto: Christoph Seelbach

tenzen unterlegt. Die Tests messen Messbares, die „harten Fächer“. Musik oder Kunsterziehung erscheinen in dieser Perspektive als etwas Zusätzliches, das nicht unbedingt notwendig ist. Die Umstellung in unserem Bildungssystem auf Bildungsstandards und Vergleichstests bewirkt eine Neugewichtung der Fächer, die nicht immer gesund ist, denn Schule kann ihrem ganzheitlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag nur nachkommen, wenn alle Seiten miteinander verwoben werden. Musik, Kunsterziehung, Religion oder auch Sport fallen wegen Lehrermangels zu häufig aus. Mit Blick auf die Messlatte PISA wird das Problem von der politischen und bürokratischen Bildungsebene gern heruntergespielt. Ich bin davon überzeugt, dass der Bildung, der kulturellen Teilhabe,

wenn sie denn gewollt ist, mit einer einseitigen Orientierung an ökonomischer Verwertbarkeit nicht gedient ist. Die wesentliche Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer ist auch heute, sich der Kultivierung verpflichtet zu sehen, Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, ein begründetes Urteil abzugeben. Die Verantwortungsgesellschaft, von der so gern geredet wird, braucht den mündigen Bürger, der ohne kulturelle Bildung nicht denkbar ist. Die Grundlage dafür schafft auch im 21. Jahrhundert die Schule! Zu dieser Priorität von Bildung muss sich die Gesellschaft aber auch klar bekennen, klarer, als es jetzt der Fall ist.

Der Verfasser ist Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) ■

# Bildung ist weit mehr als PISA

Verantwortungsgesellschaft und Kulturelle Bildung • Von Josef Kraus

**Die schulpolitische Debatte in Deutschland ist unter dem Diktat von PISA-Tabellen und OECD-Statistiken völlig außer Tritt geraten. Sie mag noch so auf Aktionismus machen, eines kann sie nicht verhehlen: Diese Debatte ist inhaltsleer geworden. Schule ausschließlich oder auch nur in erster Linie an PISA-Statistiken und OECD-Quoten zu orientieren, das ist kulturelle Verarmung, das ist Reduktionismus. Denn die OECD erfasst mit PISA nur das wirtschaftlich – vermeintlich? – Verwertbare. Dabei misst der von der OECD koordinierte Test nur einen minimalen Ausschnitt des Lern- und Bildungsgeschehens in unseren Schulen.**

Wir brauchen gegen dieses flache Denken in Kategorien des Nützlichen aber eine Re-Kultivierung unserer Gesellschaft und zumal unseres Bildungswesens. Dazu wäre endlich eine verstärkte Bildungsdebatte in Fächern zu wünschen, in denen es nicht nach reinen Messbarkeits- und Effizienzkriterien gehen kann: in den Sprachen sowie in Geschichte, Sozialkunde/Politik, Religion/Ethik, Kunst, Musik, Sport.

Es gibt gerade in diesen Fächern viele nicht messbare, aber höchst wertvolle Mitnahmeeffekte für die Gesamtpersönlichkeit und für den persönlichen kulturellen Horizont. Bedenken wir: Die heute als modern ausgegebene Ideologie des „anything goes“, die Beliebigkeit und nicht zuletzt die öffentliche Entwertung traditioneller Sinnbezüge als „unmodern“ hinterlassen bei vielen Menschen Orientierungslosigkeit. Man spürt: Orientierung lässt sich nicht von irgendeiner Homepage „downloaden“.

Identität kommt auch kaum aus PISA-gemäßen „skills“, sondern vor allem aus der „Er-Innerung“ des Kulturellen und aus der Partizipation am Kulturellen. Das ist übrigens der Grund, warum totalitäre Systeme zur Proklamation einer ewigen Gegenwart und zu einer gleichgeschalteten Kulturpolitik neigen. Kulturelles Erinnern und kulturelle Partizipation sind damit Chance des Widerstands und der befreienden Kraft gegen Indoktrination. Eine Erziehung und Bildung ohne das Kulturelle wären schließlich eine Verweigerung von Identität und damit alles andere als Persönlichkeitsbildung.

Zeichen von Ungebildetheit dagegen ist es, dies zu vergessen und sich einem Absolutismus der Gegenwart zu überlassen. Deshalb stellt Josef Pieper zu Recht fest: „Dem Menschen ist es mehr vonnöten, erinnert als belehrt zu werden. Er kommt nicht allein dadurch zu Schaden, dass er das Hinzu-Lernen versäumt, sondern auch dadurch, dass er etwas Unentbehrliches vergisst und verliert.“ Mit Manfred Fuhrmann könnte man auch sagen: Wer die Antike, der 60 Prozent der Stoffe der Dramen und Opern entstammen, nicht kennt, der steht vor Literatur und Musik vielfach wie einer, der sich jeden Witz erklären lassen muss. (Das Gleiche gilt für den, der die Bibel nicht kennt.)

Der unbehaute Mensch jedenfalls wird die Beliebigkeit und Oberflächlichkeit des „global village“ nur dann aushalten, wenn er Geborgenheit in Kultur, Geschichte, Tradition, Sprache und Nation findet. Und er wird nur dann seine Trendanfälligkeit sowie seine Froschperspektive überwinden, wenn er beherzigt, was der Frühscholastiker Bernhard von Chartres (um 1120) meinte, als er riet: „Mit unserem begrenzten Erkenntnisvermögen sind wir alle Zwerge, aber auf den Schultern von Riesen können auch Zwerge weit

schauen.“ Das heißt: Die Geschichte der Menschheit und ihr Wissen, unsere Vorfahren und deren Kulturen – das sind die Schultern von Riesen, auf denen wir Zwerge weit sehen können. Oder in den Worten Schleiermachers: Unser Gedächtnis ist ein Teil unserer Selbsterkenntnis.

Bildung darf deshalb nicht bloß für andere Zwecke instrumentalisiert werden, sonst ist sie „nur“ Qualifizierung. Das humanistische Aufbegehren gegen eine solche Einengung kennen wir schon seit Platon. Sein Verdikt richtete sich damals gegen die Sophistik und deren Brotkunst. Bildung aber hat einen über-nützlichen Wert, wemgleich dies einem Paradoxon gleichkommt. Dieses Paradoxon besteht darin, dass das Über-nützliche im Moment zwar potentielle Produktivität kostet, sein Nutzen aber darin besteht, dass das Nachdenken, dass Muse (die Göttin) und Muße (der Müßiggang) im Endeffekt höchst produktiv für den Einzelnen und das Gemeinwesen sind.

Ebenfalls paradoxerweise sind es genau diese humanistischen Revolten gewesen, die auch im naturwissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Bereich die Grundlage für den Aufstieg Europas waren. Thomas Nipperdey (in: Deutsche Geschichte 1800 - 1866) war hier zu dem Ergebnis gekommen: Die großen deutschen Naturwissenschaftler seien Zöglinge (und Verteidiger) dieses Gymnasiums gewesen ... Man denke etwa an Werner Heisenberg (1932 erhielt er den Physik-Nobelpreis), der von sich und seinen Studenten sagte, die humanistische Bildung befähige in besonderem Maße zum logischen und zum schöpferischen Denken.

Dem bildungspolitischen Papier der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 16. November 2000 ist jedenfalls uneingeschränkt zuzustimmen; dieses Papier trägt den Titel „Tempi – Bildung im Zeitalter der Beschleunigung“. Darin wird eindeutig Kritik geübt an einem „Totalitarismus neuen Typs“, nämlich dem „subjektlosen Funktionalismus“, der auch die Bildung erobere.

Was wüsste der Altphilologe Nietzsche, der Verkünder des Dionysischen, zu dieser Debatte beizutragen? Zu einer Schule der permanenten Reform-Hektik würde er sagen: „Wenn ihr mehr an das Leben glaubtet, würdet ihr weniger euch dem Augenblicke hinwerfen. Aber ihr habt zum Warten nicht Inhalt genug in euch.“ Und er würde sagen: Schule kann keine Schule sein „am Pflock des Augenblicks.“

Wie Nietzsches Zeit scheint aber auch die unsere geprägt von einem Primat des Materialismus, Empirismus, Ökonomismus und Utilitarismus. Dementsprechend rechnet er es 1872 im ersten seiner Vorträge „Über die Zukunft der Bildungsanstalten“ zu den beliebtesten nationalökonomischen Dogmen, den möglichst großen Geldgewinn als Zweck der Bildung auszugeben. Wörtlich: „Dem Menschen wird nur soviel Kultur gestattet, als im Interesse des Erwerbs ist.“

Eine Reduktion von Bildung aber auf das Marktgängige bedeutete einen Verlust an kulturellen Optionen, an konkreten Denk-Spielräumen und an bereichernden Fremdheits-Erfahrungen (Aleida Assmann, 2003). Bildung kann ansonsten nicht eigentlich zweckgebunden sein. Denn – so Hans-Georg Gadamer – Bildung kennt, so wenig wie die Natur, außerhalb ihrer selbst gelegene Ziele (in: Wahrheit und Methode). Darin übersteigt – so Gadamer weiter – der Begriff der Bildung den der bloßen Kultivierung



Foto: Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung

vorgegebener Anlagen. Deshalb: Erhalten wir uns doch bitte das, was Schulbildung neben dem Funktionalen auch ausmacht und was PISA weit übersteigt: Literaturunterricht, freies Gestalten, Chor, Orchester, Bigband, Theatergruppe, Kleinkunst, Schulsportmannschaft, Weihnachtsbasar, Partnerschaften u.v.a.m. Es geht um kulturelle Bildung und um die Bildung der Persönlichkeit. Im Lande

eines Bach und Beethoven, eines Kant und Hegel, eines Goethe und Schiller sollte man das nicht vergessen.

Auch mit dem Kanon-Gedanken sollten wir uns wieder anfreunden – mit dem Gedanken also, dass es in den kulturell besonders relevanten Fächern wie Deutsch, Fremdsprachen, Musik und Kunst einen Grundbestand an Werkkenntnis geben

muss ... Übrigens auch deshalb geben sollte, weil kanonisches Wissen eine unverzichtbare Kommunikationsgrundlage ist und weil ein zu schmales Wissen (ein Wissen unter aller „Kanone“) anspruchsvolle Kommunikation erst gar nicht entstehen lässt.

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) ■

## Kommen die musischen Zeiten zurück?

Konzepte und Traditionen in der Debatte über kulturelle Bildung • Von Max Fuchs

**Ein Nebeneffekt der derzeit festzustellenden Konjunktur kultureller Bildung besteht darin, dass neue Akteure auftauchen. Diese bringen zum einen eigene Vorstellungen darüber mit, was „kulturelle Bildung“ eigentlich sei, was sie bewirken soll, warum sie notwendig ist, wie sie am besten entwickelt wird und ob überhaupt der Begriff „kulturelle Bildung“ der geeignetste ist. Damit vergrößert sich die Anzahl der verwendeten Begriffe, wobei nicht notwendigerweise unterschiedliche Begriffe immer Verschiedenes oder gleiche Begriffe eine ähnliche Praxis oder Intention beschreiben. Einen ersten Ordnungsversuch in dieser etwas chaotischen Vielfalt habe ich mit dem Beitrag „Was ist kulturelle Bildung“ in *puk* 6/07 vorgelegt. Es lohnt sich jedoch, die dort nur beiläufig angesprochene Problematik der verschiedenen Bezeichnungen etwas genauer zu betrachten. Denn es gibt in diesem Arbeitsfeld recht unterschiedliche Konzeptionen, Traditionen und Trägergruppen mit recht verschiedenen Vorstellungen von Kunst und Bildung und der Beziehung zum Gemeinwesen und zur Politik.**

Verbreitete Darstellungen der Kulturpädagogik – auch mein oben genannter Artikel – suggerieren gelegentlich einen etwas zu stark zielorientierten Geschichtsverlauf. Man geht zwar auf unterscheidbare Traditionslinien im 19. und 20. Jahrhundert ein wie etwa die Jugendbewegung, verschiedene Lebensreformbewegungen, Pädagogikentwürfe wie die erste Kulturpädagogik zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die Neue Kulturpolitik, die Entwicklung der künstlerischen Fächer etc. Entsprechend kann man konzeptionelle und terminologische Unterscheidungen identifizieren (ästhetische, künstlerische, musische, soziokulturelle etc. Bildung und Erziehung). Aber letztlich gibt es ein Hap-

py End, indem sich alle Richtungen unter den Pluralitätsbegriff „kulturelle Bildung“ unterordnen. Man bleibt zwar bei seiner eigenen bevorzugten Bezeichnung (musische, ästhetische oder künstlerische Bildung), akzeptiert aber „kulturelle Bildung“ als Dach und hat auch seinen Frieden mit der Bestimmung gemacht, sie sei Allgemeinbildung, die (auch) durch die eigene Arbeitsweise vermittelt wird. Doch zeigt sich, dass dieser Konsens zur Zeit brüchig wird und dass Legitimationsmuster wieder relevant werden, die man aus früheren Zeiten einer musischen Bildung noch gut kennt. Kehren also die Zeiten der musischen Bildung zurück – und was war daran schlimm?

Sicherlich hat diese Entwicklung etwas damit zu tun, dass im Zuge einer verstärkten Zusammenarbeit rund um die Ganztagschule eine Vergewisserung der eigenen Identität dringlicher wird. Und diese verläuft über bestimmte Begriffe und über Ideen, die man hinter den Begriffen vermutet. Insbesondere wehren sich Künstler dagegen, bloße Handlanger der Pädagogen und Pädagoginnen sein zu wollen. Es lohnt sich also ein Blick in die Wirkungsgeschichte nicht der Künste, sondern ihrer Legitimationsmuster. Hierin steckt allerdings bereits eine erste Aussage: Es geht weniger um reale Wirkungen, sondern vielmehr um einen theoretischen und z. T. ideologischen Überbau, mit dem man sich befassen muss.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts ist im Zuge der Ideologiekritik der Frankfurter Schule die Bezeichnung „musische Bildung“ obsolet geworden ist. Zum einen lag das daran, dass ihre Hauptvertreter in der Weimarer Republik zu stark das Gefühl gegen das Rationale und die Gemeinschaft gegen die Gesellschaft ausgespielt haben. An solche Traditionen knüpfte man nach dem Krieg in Westdeutschland wieder

an, obwohl etliche der Exponenten der früheren musischen Bildung im Nationalsozialismus ihre Ideen von Deutschtum, Volk und politischer Führung realisiert sahen und entsprechend die Nähe zum Faschismus suchten. Dazu kam, dass sich mit erheblicher Resonanz Adorno in die Debatte eingemischt hat und ein donnerndes Verdikt gegen das Musikantentum, die niedrige Qualität und das Volkstümelnde ausgesprochen hat. Es folgten daher in den siebziger Jahren zahlreiche Umbenennungen: sowohl auf der Ebene von relevanten Haushaltstiteln (etwa im Jugendplan des Bundes), als auch bei den Trägerstrukturen. So hat sich etwa der Dachverband, die seinerzeitige Bundesvereinigung *Musische* Jugendbildung, im Jahre 1968 in die Bundesvereinigung *Kulturelle* Jugendbildung umbenannt. Allerdings sprachen viele in der Folgezeit immer noch von „musischer Bildung“ und auch die Musische Bildungsstätte, nunmehr „Akademie Remscheid“, behielt im Untertitel den Begriff der Musischen Erziehung bei. Quasi als Abgesang der Periode der Bildungsplanung wurde sogar noch 1977 ein „Ergänzungsplan musisch-kulturelle Bildung“ veröffentlicht. Doch setzte sich im Laufe der Zeit der Terminus „kulturelle Bildung“ durch. Was war dies: Ein Verlegenheitsbegriff oder schlicht ein Verwaltungsakt, war es eine unnötige Verdoppelung, da „Kultur“ über weite Strecken – gerade in der Sattelzeit zwischen 1770 und 1830, als man begann, vermehrt in der deutschen Sprache „Kultur“ zu verwenden – oft genug bedeutungsgleich mit „Bildung“ benutzt wurde? Immerhin steckt in beiden Begriffen der Aspekt der Pflege, des gedeihlichen Wachstums und dessen Förderung. Betrachten wir daher – allerdings äußerst knapp – einige aufschlussreiche

Weiter auf Seite 31

## Fortsetzung von Seite 30

Etappen in der Begriffsgeschichte.

Die Musen waren bekanntlich die Töchter von Zeus, deren Anzahl allerdings in der Überlieferung schwankt. Immerhin ist unstrittig, dass das Fest, das Singen, das Tanzen und Sprechen dazugehören. Später sprach man vom „musischen Quadrivium“ Musik, Bewegung, Bildende Kunst und Sprache, die in dieser Form auch Eingang in die Lehrpläne der Schule gefunden haben.

In diesen antiken Kontext gehört die Auseinandersetzung mit den Wirkungen der Künste: Es ging um Bildung, immer auch um Tugendbildung, und dies stets in Hinblick auf das gute Funktionieren in der Polis. Wenn sich die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung 2500 Jahre später den Slogan zu Eigen macht, dass kulturelle Bildung soziale und politische Bildung sei, dann kann sie sich also durchaus auf diese klassische Tradition berufen. Auch gab es keine Abgrenzung des Musischen vom Intellektuellen oder vom Handwerklich-Technischen, wie es die spätere Geschichte der musischen Bildung vorgenommen hat, (vgl. Kluge, Vom Geist musischer Bildung, 1973). Über 2000 Jahre später, nämlich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, spricht Moses Mendelssohn von „Kultur“ als einem Neuankömmling in der deutschen Sprache. Natürlich gab es Cicero, der in seinen tusculanischen Schriften die Parallelisierung von *cultura agri* und *cultura amici* vorgenommen hat und damit den Kulturbegriff mit der Bedeutung von Wachstum, Entwicklung und Pflege gefüllt hat. Doch macht ein einzelnes Vorkommen ein Wort noch nicht zu einem tragenden Begriff. Der Begriff spielte daher auch fast 1700 Jahre keine wesentliche Rolle, so dass es geradezu zu einer Neuerung kommen musste. Dies geschah mit Herder, Schiller und Humboldt, dann aber sofort mit einer enormen Dynamik. Dabei ist zu beachten, dass es immer wieder zu (neuen) Akzentuierungen des Begriffs kommt, ohne dass man darauf verzichtete, ihn auch weiter in herkömmlicher Bedeutung zu verwenden (hierzu nach wie vor unverzichtbar: Bollenbeck, Bildung und Kultur, 1994). Herder machte einen geradezu modernen ethnologischen Kulturbegriff populär: Kultur ist Lebensweise und Lebensweisen gibt es viele. Die heutige Rede von einer „kulturellen Bildung“ macht im Hinblick auf diese Bedeutung durchaus Sinn: Erfasst sie doch die zu erwerbende Kompetenz, mit kultureller Vielfalt souverän umzugehen. Dies ist durchaus im Sinne von Herder. Denn alle Autoren dieser Zeit haben ein starkes pädagogisches, sogar ein emanzipatorisches und humanistisches Interesse.

„Bildung“ war zu dieser Zeit schon länger ein „einheimischer Begriff“ (Herbart) in der Sprache der Philosophen und Theologen, allerdings sehr stark mit einer christlichen Bedeutung: das „Bild“, das in „Bildung“ steckt, ist das Bild Gottes (*imago dei*), an dem der Mensch sich zu orientieren hat. Diese Deutung wird nunmehr von den Meisterdenkern revidiert. Es geht jetzt um die „proportionierliche Formung der Kräfte zu einem Ganzen“, so Humboldt in seiner Jugendschrift über die Grenzen des Staates. Am Begriff der Bildung diskutiert man die Differenz zwischen Bürger und Mensch sowie den Unterschied zwischen *Citoyen* und *Bourgeois*. Bildung und Politik sind bei diesen Autoren – ganz wie in der Antike – zwei Seiten derselben Medaille. Und die Künste erfahren eine Adellung: Rehabilitiert sind sie als sinnliche Erkenntnis („*aisthesis*“) bereits durch Baumgarten. Angelsächsische Ästhetiken beeinflussen Kant, und dieser gewinnt endlich mit seiner dritten Kritik, der Kritik der Urteilskraft (1790), Zugang auch zu dem bislang abwehrenden Goethe.

Kant wird zum wichtigen Stichwortgeber einer neuen Ästhetik: Das freie Spiel der Kräfte, die subjektive Allgemeinheit, der ästhetische Gemeinsinn, die Zweckmäßigkeit ohne Zweck. Ging es Kant noch um philosophische Grundlagenforschung, so verschob Schiller das Ganze ins Politische. Und hier ist er nun: der neue Begriff der „ästhetischen Erziehung“. Alle Größen dieser Zeit blicken – meist bewundernd – auf das revolutionäre Frankreich. Und viele sind erschüttert, als hochfliegende Pläne einer Demokratisierung durch den Terror zerstört werden. Die Schiller-Kenner sind sich heute weitgehend einig: In den „Briefen zur ästhetischen Erziehung“ (1795), ursprünglich ein Dankeschön an den spendablen Grafen von Augustusburg, entwickelte Schiller ein politisches Reformprogramm, das die ursprünglichen heroischen Ziele der Französischen Revolution auf nicht revolutionären Wegen erreichen helfen soll. Es liegt zwar nahe, in der Rede von der „Erziehung“ im Titel dieses bis heute einflussreichen Textes Pädagogik zu vermuten: Es ging jedoch um eine gesellschaftliche und politische Veränderung durch Reform. Menschen sollten in freiem Spiel der Kräfte Freiheit erleben, auf diese Weise zu solchen Staatsbürgern gebildet werden, mit denen sich dann eine humane Gesellschaft aufbauen ließe. Also auch hier: kein Rückzug ins nur Ästhetische, sondern das genussvolle Verspüren von Selbstgesetzgebung („Autonomie“) mit der deutlichen Hoffnung auf Transfer in die Gesellschaft. Und damit ist auch hier wie in der Antike „ästhetische Erziehung“ politische Bildung. Zu einem Pädagogikprogramm wurde dieser Ansatz bei den Nachfolgern von Kant und Schiller, etwa bei Herbart. Mit Schiller und Co. beginnt allerdings die nur in Deutschland stattgefundene Überhöhung von Kunst, die spezifische Deutung von Bildung, die dieses Wort bis heute fast unübersetzbar in andere Sprachen macht, die Überhöhung des Kulturbegriffs. Es geht um das Geistige, es geht um ästhetische Kultur. Und es geht letztlich um eine Elite, auf der die Hoffnung auf eine humane Verbesserung der Verhältnisse liegt. Man spricht von einer Kunst- und Bildungsreligion.

Es lässt sich trotz dieser vorsichtigen Vorbehalte die Schillersche „ästhetische Erziehung“ als kulturelle Bildung im heutigen Sinne betrachten. Wie das?

Den Kulturbegriff verwendet man seit dieser Zeit zunehmend dann, wenn etwas gesellschaftliche Relevanz hat. Hier hat der später noch zu erwähnende Herman Nohl recht: Bildung wird zur subjektiven Seite von Kultur, Kultur beschreibt die objektive Seite von Bildung, beides verstanden in einem emphatischen Sinn. Man kann es kurz so formulieren: Kunst ist nicht sofort „Kultur“, sie wird es erst durch den gesellschaftlichen Gebrauch. Und dass die generelle Zielstellung von Kant, Schiller und Humboldt Freiheit ist, dass es niemals zu einer Entgegensetzung von Gefühl und Verstand kommt, muss erwähnt werden. Halten wir also fest: Ästhetische Erziehung im Sinne von Schiller ist kulturelle Bildung im aktuellen Sinne einer humanistisch verstandenen „Kultur“, die die individuelle mit der gesellschaftlichen Entwicklung verbindet.

Doch geschieht noch etwas anderes: Es beginnt eine Auseinanderentwicklung der lange Zeit bedeutungsgleich verwendeten Begriffe „Kultur“ und „Zivilisation“: Während letzterer für die europäische Aufklärung und deren Errungenschaften steht, wird „Kultur“ im Laufe des 19. Jahrhunderts zu dem, was die einzigartige „Tiefe des deutschen Geistes“ erfasst. Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hat die Romantik. Die Romantik greift die Zivilisationskritik von Rousseau auf und radikalisiert sie. Hier finden wir dann auch die oben

genannten Entgegensetzungen: Den Kampf gegen den Königsberger Vernunftphilosophen, den Kampf gegen die heraufkommende Moderne, die Ästhetik als das „Andere der Vernunft“, das Volk, die Gemeinschaft (vgl. aktuell: Safranski, Romantik, 2007). Die Aristokratie der Kenner wehrt sich dabei gegen eine aufkommende moderne Massengesellschaft, bevor sich diese voll entwickelt hat. Die Poesie und die Phantasie sollen an die Macht, sonst drohe Verarmung des Lebens, droht die Kälte des Verstandes, die Unterordnung unter den Pöbel, der Verlust des Nationalen, die Verkümmern der Sinne.

Hat Schiller schon erhebliche „Versprechungen des Ästhetischen“ (Y. Ehrenspeck) formuliert und weitgehende Wirkungsbehauptungen über Kunst und Ästhetik aufgestellt, so wird all dies nunmehr ins Maßlose übersteigert. Man findet hier fast alle Formeln, die bis heute gerne zur Legitimation von Kunst gebraucht werden. Der Mechanismus ist wie folgt: Das Konstatieren ungläublicher Verfallsprozesse, ein Niedergang der Kultur, der Menschen, der Jugend, was alles durch ein Mehr an ästhetischer Praxis behoben werden kann. „Kulturpessimismus“ nennt man dies, und dieser geht Hand in Hand mit einem übersteigerten Kunstoptimismus. Das 19. Jahrhundert bringt eine dynamische Entwicklung: Die Bevölkerung wächst sehr stark, die Industrialisierung setzt sich durch, ein allgemeines Schulwesen wird etabliert, die Kleinstaaterei wird beseitigt. Allerdings: Die „Versprechungen der Moderne“ (Wahl) auf Wohlstand, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit erfüllen sich nicht. Und ein weiteres geschieht nicht in Deutschland: die Durchsetzung mo-

derner politischer Verhältnisse. Hier kommt Deutschland zu spät, so wie es Helmut Plessner in seiner 1935 geschriebenen und erst 1959 veröffentlichten Studie geschrieben hat. Man kann das Inhaltsverzeichnis dieses Buches (Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes) quasi als Checkliste für Modernisierungsfolgen und -defizite lesen: u.a. die religiöse Funktion der deutschen Kultur, die Traditionslosigkeit und das Bedürfnis nach geschichtlicher Rechtfertigung des Lebens, autoritäre Biologie. Die Durchsetzung des Kapitalismus hat wie überall natürlich ihren Preis. Aber nur in Deutschland fanden Rassismus, Antisemitismus, Irrationalismus, eine Kunst- und Bildungsreligion diesen Zulauf, der erst das Zweite (Kaiser-) Reich, dann den Ersten Weltkrieg und schließlich die nationalsozialistische Barbarei ermöglicht hat (Stern: Kulturpessimismus als politische Gefahr, 1963). Das Zwischenspiel der demokratischen Weimarer Republik war bei dem größten Teil der geistigen Elite und speziell bei den Vertretern der musischen Bildung ungeliebt, sie wurde wenig unterstützt, dagegen oft genug aktiv bekämpft.

Immerhin gab es eine Vielzahl gesellschaftlicher Bewegungen: Die Jugend-, die Arbeiter-, die Frauen-, die Freikörper-, die Kunstzieherbewegung. Der auch noch in der Bundesrepublik einflussreiche, politisch höchst problematische Pädagoge Herman Nohl wurde in der Weimarer Republik zu dem wichtigsten Theoretiker: In seinem Buch „Die deutsche Bewegung“ konstruierte er einen deutschen Sonderweg zwischen 1770 und 1830, bei dem sich die tiefgründige deutsche Kultur als Gegenbewe-

gung gegen die westeuropäische Aufklärung entwickelte. Die sozialen und pädagogischen Bewegungen rund um 1900 erproben in diesem Geiste eine politische und pädagogische Praxis, und er selber lieferte diesen Bewegungen die geeignete Bildungstheorie, in der – natürlich – die musische Bildung eine entscheidende Rolle spielt. Eine Geschichtskonstruktion wie aus einem Guss, die auch nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Reiz nicht verloren hat.

Es liegt auf der Hand, dass man es hier damit zu tun hat, dass die Moderne nicht akzeptiert wird und daher auch kaum angemessen – gerade in ihren negativen Folgen – gestaltet werden kann (vgl. meinen Text „Kulturpädagogik und Schule in gesellschaftlichem Wandel“ in Deutscher Kulturrat (Hg.): Konzeption kulturelle Bildung III, 2005). In diesem Denkkontext gibt es eine starke Kapitalismuskritik von rechts, die in späteren Jahren auch gewisse Formen des Antiamerikanismus gespeist hat. Es gibt Antisemitismus, es gibt die Idee des „Reiches“ (statt eines modernen Staates), es gibt die Idee des Volkes als Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft, also all das, was bis in die heutigen Tage eine zeitgemäße Zuwanderungs- und Integrationspolitik verhindert hat. Die „Neue Kulturpädagogik“, die sich in den siebziger Jahren entwickelte und die sich in Jugendkunstschulen, in soziokulturellen Zentren, in spannenden Aktionen einer offenen Kinderkulturarbeit und in der Stadtteilkulturarbeit ihre neuen Orte schaffte, setzte sich zu dieser Verständnisweise ästhetischer Bildung bewusst in Opposition. Wei-

Weiter auf Seite 32

## Wir sind ... lesefähig!

Von Stefanie Ernst

Nachdem wir 2005 Papst waren und im Sommer dieses Jahres Frauenfußballweltmeister wurden: Können wir uns nun auch zu den Gewinnern der neuen Iglu-Studie zählen? Als *der* Gewinner vielleicht nicht, aber immerhin hat sich die Lesefähigkeit und die Lesemotivation der Grundschüler merklich verbessert. Nach dem Desaster und dem lang anhaltenden Schock der PISA-Studie 2001 dürften Eltern, Lehrer, Schul- sowie Bildungspolitikern und nicht zuletzt die Schülerinnen und Schülern, denen der Makel des „Unterdurchschnittlichseins“ anhaftete, aufatmen.

So hat die Ende November dieses Jahres veröffentlichte Internationale-Grundschul-Lese-Untersuchung, kurz IGLU, ergeben, dass die Lesekompetenz der Viertklässler in Deutschland ein hohes Niveau erreicht hat. Folglich ist eine deutliche Verbesserung zu den Ergebnissen der IGLU-Studie aus dem Jahr 2001 zu konstatieren. Insgesamt 35 Staaten und 10 Regionen haben an der Studie teilgenommen; Deutschland belegt insgesamt den elften Rang. Spitzenreiter sind die Russische Föderation und Hongkong, das Schlußlicht der Untersuchung ist Südafrika. Der Test wurde hierzulande an 405 deutschen Grundschulen mit insgesamt 7900 Schülerinnen und Schülern verteilt auf alle 16 Bundesländer durchgeführt. Aufgrund einer nationalen Erweiterung (IGLU-E) lassen die Ergebnisse auch Rückschlüsse auf die Lesekompetenz der Schüler in den jeweiligen Bundesländern zu. Fünf Jahre nach der ersten Studie konnte die Differenz zwischen lesestarken und lesechwachen Kindern weiter verringert werden und ist nun relativ gering. Alles in allem nehmen deutsche Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Grundschulzeit im Vergleich zu den Viertklässlern der anderen EU-Mitgliedsstaaten sogar einen Spitzenplatz ein. Größter Wehmutstropfen bleibt die Tatsache, dass Kinder mit Migrationshintergrund weiterhin durch das Bildungssystem benachteiligt werden. Und auch der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulleistung wurde noch nicht zufriedenstellend kompensiert.

Die Verfasserin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■



Die Bildungsunterschiede in Deutschland sind noch nicht „Aus“-gestanden. Zwar ist die migrationsbedingte Ungleichheit seit 2001 zurückgegangen, im internationalen Vergleich besteht hier allerdings noch Nachholbedarf. Foto: Stefanie Ernst

Fortsetzung von Seite 31

## Die musischen Zeiten

tere Traditionslinien sind bereits andeutet. So etwa die Thematisierung von Jugendkulturen in der Jugendbewegung – ebenfalls politisch schillernd zwischen rechts und links; reformpädagogische Ansätze unterschiedlicher Couleur, die alle gemeinsam hatten, von einem Kult des (unverdorbene) Kindes auszugehen. Weitere wichtige Traditionslinien wären zu betrachten. So hatten alle künstlerischen Fächer das Problem, sich von ihrer „musischen Tradition“ zu emanzipieren. Musik spielte in dieser Tradition immer schon eine wichtige, vielleicht die wichtigste Rolle. Aber auch die Kunsterzieher hatten das Problem, sich der ideologischen Vereinnahmung zu erwehren, wie diese publizistisch äußerst erfolgreich mit dem eigenartigen Buch über „Rembrandt als Erzieher“ (Langbehn) geschehen ist. Hier brodeln dumpf eine rassistische Volksseele.

„Kulturarbeit“ ist ein weiterer Oberbegriff. Dieser hat sehr starke sozialistische, zumindest sozialdemokratische Züge. Brecht verweist ihn schon in der Weimarer Zeit, die Gewerkschaften nutzten ihn und schließlich wird er zu einem Kernbegriff der Neuen Kulturpolitik, die ganz klare gesellschaftspolitische Ziele hatte. Man sieht: Begriffe haben ihre Geschichte. Manchmal erhalten sich geistige Traditionen auch dann, wenn inzwischen neue Generationen Verantwortung übernommen haben.

Das Unbehagen an der Moderne, Verweigerungshaltungen, der Rückzug in die Gemeinschaft, die Sehnsucht nach dem Eigenen und Vertrauten: Verständlich ist dies alles. Richard Sennett etwa beschreibt eindrucksvoll die Folgen eines ungezügelt globalisierten Kapitalismus. Grund genug also für jede noch so harte Kritik. Doch muss man aufpassen, welche Wege man beschreitet. Auch der Fundamentalismus, so Thomas Meyer in einem schon älteren Buch, ist ein „Aufstand gegen die Moderne“. In der zeitgemäßen kulturellen Bildungsarbeit spielen die Künste eine wichtige Rolle. Man kann dabei ihre Notwendigkeit begründen, ohne kulturpessimistische Legitimationsslogans zu verwenden. Es gibt seriöse Wirkungsstudien, die übersteigerte und ungeprüfte „Versprechungen des Ästhetischen“ überflüssig machen. Der Kern der „musischen Bildung“, ein kreativer Umgang mit den eigenen schöpferischen Kräften – u.a. durch eine Begegnung mit Kunst und Künstlern –, die Ermutigung zur politischen Einmischung: All dies ist heute aufgehoben in einem zeitgemäßen Konzept kultureller Bildung. „Aufgehoben“ ist dabei ganz so zu verstehen, wie es Hegel gelehrt hat: Beendet, auf eine neue Stufe gestellt, aber auch aufbewahrt. Dabei bleiben die unterschiedlichsten Möglichkeiten erhalten: etwa die ästhetische oder die künstlerische Bildung. Alle Arbeitsformen und Zugänge haben ihren spezifischen Wert. Insbesondere müssen sich die Künstler und Künstlerinnen vor Begriffen wie „Bildung“ und „Erziehung“ nicht scheuen. Sie werden nicht instrumentalisiert. Man erinnere sich: Schiller sprach von ästhetischer Erziehung, und er hatte keine Pädagogen im Sinn. Erziehungs- und Bildungsprozesse ergaben sich bei ihm vielmehr alleine durch eine intensive Auseinandersetzung mit den Künsten. Das aktuelle Konzept kultureller Bildung kann sich zudem auf eine humanistische Traditionslinie stützen, bei der man vielleicht einen idealistischen Überschwang (wie bei Schiller) findet, der aber aufgrund einer Orientierung an einer wohlverstandenen aufgeklärten politischen Haltung nie in den Sumpf antidemokratischer Entwicklungen geführt hat.

Daher erneut die Frage: Was ist kulturelle Bildung? Vor dem Hintergrund dieser historisch-systematischen Vergegenwärtigung lässt sich nun auch dieser Begriff inhaltlich weiter profilieren. Denn als bloßer Sammelbegriff für die unterschiedlichsten Formen eines Umgangs mit Kunst und Ästhetik ist er unterbestimmt. Daher hier drei weitere Präzisierungen. Eine erste Präzisierung erfolgte durch den Hinweis, dass mit „Kultur“ eine gesellschaftliche Relevanz gefordert wird. Dies bedeutet etwa nicht eine Funktionalisierung von Kunst, sondern – durchaus im Sinne von Schillers ästhetischer Erziehung als „kultureller Bildung avant le lettre“ – eine Orientierung an dem Ziel der individuellen und gesellschaftlichen Freiheit. Die Rolle der „Kulturgüter“ (Sit-

ten, Gebräuche, aber auch Wissenschaften, Religion etc.), so wie sie im Laufe des 19. Jahrhunderts diskutiert wurde, führte zur Formulierung der Aufgabe der „Enkulturation“, einer Hineinentwicklung in die Gesellschaft durch Aneignung derjenigen Gegebenheiten, die die Gesellschaft in ihrer Geschichte zusammengehalten haben. Dies war Kern der ersten Kulturpädagogik am Anfang des 20. Jahrhunderts. Zweifellos hat man sich damals einen Konsens über das „Kulturelle“ zu einfach vorgestellt. Doch wird Enkulturation als eine der gesellschaftlichen Funktionen des Bildungs- und Erziehungssystems (über Qualifikation, Legitimation, Allokation und Sozialisation) bis heute anerkannt. Aufgabe ist es daher, eine zeitgemäße Vorstellung dieses Kulturel-

len zu entwickeln. „Kulturelle Bildung“ als souveräner Umgang mit dieser kulturellen Dimension von Gesellschaft macht daher Sinn, geht allerdings weit über die traditionellen Künste hinaus. Ein letzter Hinweis gilt einer aktuellen Verwendungsweise von „kultureller Bildung“ im Kontext der Geistes- und Kulturwissenschaften. Volker Steenblock (Theorie der kulturellen Bildung, 1999) sieht in der Bildungsaufgabe die entscheidende Legitimation für die Geistes- und Kulturwissenschaften heute, wobei Reflexion, Orientierung, Sinnstiftung, Bewertung und Kritik deren Funktionen sind. Kulturelle Bildung bezieht sich auf solche notwendigen Prozesse in Hinblick auf das von den Pathologien der Moderne (Honneth) erheblich verunsicherte Individuum.

Alle drei Aspekte machen „kulturelle Bildung“ zu einer anspruchsvollen, geradezu überlebensnotwendigen Disposition. Im Hinblick auf die ästhetische oder künstlerische Bildung wird deutlich, dass die Subsumierung unter das Label „kulturelle Bildung“ die Erfüllung einiger weiterer Kriterien voraussetzt, die nicht notwendig bereits bei jedem gemeinsamen Singen, Plastizieren oder Tanzen erfüllt sind. Humanismus als Leitkultur, so nennt Julian Nida-Rümelin sein letztes Buch. Dies formuliert durchaus eine Leitlinie für eine richtig verstandene kulturelle Bildung mit künstlerischen Mitteln, die jede Mühe lohnt.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

## Kinder brauchen die richtigen Instrumente...

Von Matthias Pannes

... so lautete ein Kino-Trailer von Sönke Wortmann vor etwa acht Jahren, den der Verband deutscher Musikschulen in Auftrag gab, um die Politik auf den Wert musikalischer Bildung aufmerksam zu machen. Die Reaktion darauf war aus dem politischen Raum der Länder damals ziemlich verhalten. Nun, Politik reagiert nun einmal auf grobe Reize und dann auch nicht immer planvoll, und so ist in dem Land tief im Westen, in dem die Region aus Kohle und Stahl zur Kulturregion mutiert, ein merkwürdiges Nebeneinander von Abbau und vermeintlicher Neugründung zu verzeichnen.

Während in Nordrhein-Westfalen die Landesförderung für die Arbeit der Musikschulen in den vergangenen Jahren abgebaut wurde, bis im Bundesvergleich die rote Laterne deutlich sichtbar war, wird ein durchaus begrüßenswertes, aber auch zu hinterfragendes Vorhaben angegangen, dessen Propagandawirkung in Fachkreisen große Erwartungen geweckt hat. Die beeindruckenden Ergebnisse des von einer Art interamerikanischer Ausgleichsbank finanzierten Musikerziehungssystems in Venezuela sollen im Ruhrgebiet ein auf hiesige Verhältnisse transformiertes Pendant erfahren. Jedem Kind ein Instrument lautet die Parole für das dienstvolle Unterfangen von Landesregierung und Bundeskulturstiftung, bei dem weitere Akteure helfen, so die Zukunftsstiftung Bildung aus Bochum, die das Projekt auf Anregung des sehr wachen seinerzeitigen Kulturdezernenten Dr. Küppers dort schon einige Jahre engagiert unterstützt und nicht zuletzt das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das für eine millionenschwere Evaluation des Projektes gewonnen werden konnte. Also Geld ist da – auch in finanziell engen Zeiten also wirklich kein Problem für ein gutes Vorhaben. Nur: bei jeder Rechnung gibt es auch einen Wirt, der sie ausstellt – oder ohne den sie nicht gemacht wird. Die Not leidenden Kommunen im Ruhrgebiet müssen sich ebenfalls in diesem Projekt engagieren, einerseits durch ihre Musikschulen, denen das Land in den vergangenen Jahren die Förderung heruntergefahren hat, obwohl Musikschulen doch Aufgaben zur Berufsvorbereitung wahrnehmen, die in die Kompetenzebene des Landes fallen. Aufgrund des Musikunterrichts an allgemein bildenden Schulen allein kann leider niemand ein Musikstudium beginnen – hierfür sind die Musikschulen entscheidende vorbereitende Bildungseinrichtungen, für die auch ein ausreichendes Engagement des Landes Verpflichtung sein müsste. Aber die fast 40 Musikschulen des Ruhrgebiets sind auch angesichts der Tatsache, bisher am Katzenstisch der Aufmerksamkeit des Landes gegessen zu haben, engagierte Partner

und Unterstützer des Projektes, „Jedem Kind ein Instrument“ und letztlich die einzig sinnvollen Einrichtungen und Orte mit Erfahrung, um dem Projekt zur Realisierung zu verhelfen.

Wenn man die 50 Millionen, mit denen die Landesregierung in diesem Frühjahr in die Öffentlichkeit gegangen ist (bei denen der größte Teil von den Eltern aufgebracht werden soll), differenziert und abschichtet, so kann das einen Löwengebrüll leicht des anderen Katzenjammer sein, hier insbesondere der von Etatzwängen gebeutelten Ruhrgebietskommunen. Die Staatskanzlei hat in ihrer Begeisterung notwendige und wichtige Planungsvorläufe ein wenig außer Acht gelassen und muss jetzt nachsitzen, um die Rahmenbedingungen für dieses nach wie vor begrüßenswerte und unterstützungswürdige Projekt wetterfest zu gestalten. Vor allem ist eines zu regeln: angesichts der Spar-, Not- und nicht genehmigten Kommunalhaushalte gerade im Ruhrgebiet ist die ordnungspolitische Aufgabe zu lösen, den kuratelpgeplagten Städten Gestaltungsräume bei dieser freiwilligen Aufgabe einzuräumen, ohne dass die Bezirksregierungen durch ihren vorgegebenen Handlungsrahmen notwendigerweise einschreiten müssen und die geforderten finanziellen Leistungen der Städte in das Projekt und in ihre Musikschulen hinein untersagen zu müssen. Dazu ist aber das ganze Kabinett gefordert, nicht nur der tüchtige, ambitionierte und weitsichtige Kulturstaatssekretär, bei dem dessen Neigung lediglich etwas verwundert, Parallelstrukturen neben den erfahrenen kommunalen Fachverbänden auf Bundes- und Landesebene aufwändig aufzubauen und mit diesen Strukturen eigene Primärerfahrungen zu machen.

Solche Erfahrungen sind auch von außen wahrnehmbar: die schon zu Beginn des Jahres und seitdem mehrfach ausgerufene Stiftung *Jedem Kind ein Instrument* konnte eigentlich erst am Nikolaustag mit der ersten Stiftungssitzung offiziell ihre Arbeit aufnehmen. Die Eingangsgröße der Kinderzahl, die im ersten Anlauf erreicht werden sollte, ist geringer ausgefallen als geplant, Instrumentenbeschaffung und Konzeptentwicklung sind noch große Baustellen, die Fortbildungsausschreibung ist nicht in allen Teilen realitätsbezogen, wenn man sich die Weiterbildungslandschaft ansieht. Überhaupt: wenn das Projekt jedem Kind das Erlernen eines Instrumentes ermöglichen soll und die Förderschulen bisher ausgenommen sind, gerade die Schulform, an der mit Musik ungeahnte Potenziale bei Kindern geweckt werden können und die dort so segensreiche Wirkung entfalten kann, dann muss man schon ein kleines Fragezeichen setzen. Auch wundern muss man sich über den immer wieder aufkeimenden Versuch, kommerziellen Unternehmen Zugang



Kulturstaatsminister Bernd Neumann bei der Pressekonferenz zu „Jedem Kind ein Instrument“ am 5.2.2007 in der Jahrhunderthalle in Bochum.

Foto: Katrin Hötze

in den gesetzlich kommerzfreien Raum Schule zu verschaffen. JEKI ist wie Schule insgesamt eine öffentliche, gemeinnützige Bildungsaufgabe im Sinne staatlicher wie kommunaler Daseinsvorsorge, die frei von kommerziellen Interessen zu halten ist.

Nun kann man dem Projektbüro für all dieses Knirschen und den Sand im Getriebe kaum einen Vorwurf machen, auch wenn man sich wünscht, dass trotz der vielfachen Belastung etwas genauere und zeitnahe Informationen gegeben werden, etwa auf der Homepage. Aber man muss eines angesichts der immensen Aufgaben fairer Weise zugestehen: ein solches Projekt im Kaltstart ins Leben zu rufen (auch wenn ein Modell in Bochum erprobt werden konnte, allerdings nur der ersten beiden Schuljahre), ist ein va-banque-Spiel, bei dem man in der ersten Phase sicher an jedem Tag den Aufgaben hinterher jagt, die vorgestern oder letzte Woche schon hätten erledigt werden müssen. Also durchaus Chapeau für diese unermüdliche Aufbauarbeit. Worauf man jetzt aus verschiedenen Blickwinkeln gespannt ist, sind ein Zwischenbericht und die aktuelle Planungsperspektive aus Regierungssicht. Dies wird wohl erst im neuen Jahr zu erwarten sein. So wird man in Geduld die Ausblicke aus Düsseldorf abwarten, auch wenn die Macher in den Musikschulen eigentlich etwas zeitnähere Orientierungen brauchen. Übrigens hat der JEKI-Hype längst andere Bundesländer erreicht und teilweise enthusiastisch, ohne dass im Ruhr-Labor valide Erfahrungen über die Umsetzung gemacht, ausgewertet und bewertet werden konnten. Der VdM hat als bundeszentraler kommunaler Fachverband der öffentli-

chen Musikschulen übrigens deutlich seine Bereitschaft zur Mitwirkung und Unterstützung bei diesem Projekt JEKI frühzeitig angeboten. Der VdM und sein Landesverband NRW wollen gerne zum Erfolg dieser für die einzelnen Kinder wie für die Bildungslandschaft insgesamt bedeutenden und wichtigen Initiative beitragen. Bisher sind die Reaktionen aus der Staatskanzlei zu diesem Angebot noch etwas verhalten. Das Projekt verdient aber, dass nicht mitten im Tigersprung schon am Boden Schattenkonturen eines Bettvorlegers sichtbar werden. Daher sei auch an dieser Stelle die Bereitschaft der Musikschulverbände auf Bundes- und Landesebene zur Unterstützung von „Jedem Kind ein Instrument“ noch einmal unterstrichen.

Zum guten Schluss noch ein Blick auf ein Teilprojekt im Rahmen von JEKI, ein Blick auf das Ruhr-Kinderorchester. Hier bleibt auch die Frage offen, warum die Musikschulen in die Entwicklung und Gestaltung dieses Orchesters bisher nicht einbezogen worden sind. Will man das Potenzial dieses Ruhr-Kinderorchesters wirklich entwickeln, will man also dieses bisher als Abschöpf-Sammelbecken für interessierte Kinder, die an Musikschulen ihre Ausbildung erhalten, existierende Gebilde wirklich zu einem Vorzeiorchester aufbauen, so erfordert diese diffizile Arbeit eine Persönlichkeit mit großer pädagogischer und künstlerischer Erfahrung. Mit den bisherigen Akteuren sind ausreichende Gelingensbedingungen hierfür noch nicht erkennbar.

Der Verfasser ist Bundesgeschäftsführer des Verbandes deutscher Musikschulen ■

## Pro: Kultur weitergeben

Von Hermann Wilske

Wenn es um die Situation der Schulmusik in Deutschland geht, dann stehen zwei Zahlen unwidersprochen im Raum: 40 % aller Unterrichtsstunden an Gymnasium fallen aus oder aber werden fachfremd unterrichtet, und an den Grundschulen des Landes liegt diese Quote gar bei 90 %. Selbst wenn diese Zahlen nur zur Hälfte zuträfen – kein anderes Schulfach, das auch nur annähernd mit derart unzulänglichen Rahmenbedingungen zu kämpfen hätte! Schlimmer noch: Es gibt auch im Jahr 2007 Bundesländer, die eine weitere Kürzung des Musikunterrichts planen, und manchmal sucht man die Musik in Länderstatistiken über Unterrichtsausfall gerade dort vergeblich, wo man hinreichend Schulen hat, an denen auch nicht ein einziger Musikpädagoge unterrichtet. Offenbar ist man hier davon abgerückt, Musik überhaupt noch als unverzichtbaren Bestandteil schulischer Bildung anzusehen.

Die Ursachen dieser misslichen Situation sind vielfältig. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die desolade Situation der Schulmusik nun schon seit Jahrzehnten währt. Viele Vertreter in Elternverbänden, Kultusbehörden und Politik haben auch aus ihrer eigenen Schulerfahrung kein Ideal mehr, an dem man eine sinnvolle Existenz von Musikunterricht festmachen könnte. Ökonomische Krisen und schlechte Ergebnisse bei Bildungsstudien haben dazu geführt, Musik nicht länger als wesentlichen Teil der Persönlichkeitsbildung anzusehen, sondern durch das Raster eines blanken Utilitarismus fallen zu lassen. In dessen Gefolge erscheint es für Schüler zwar nach wie vor unabdingbar, die einzelnen Glieder des rotbäuchigen Alpenmolches benennen zu können, die Kenntnis der Notennamen hingegen scheint entbehrlich. Welch Desiderat musikalische Bildung in Deutschland mittlerweile darstellt, davon legen die Quizsendungen im Fernsehen beredetes Zeugnis ab, in denen Kandidaten selbst noch von einfachsten Fragen zur klassischen Musik in die Bredouille gebracht werden.

Wie immer, wenn ein Schulfach aus dem Fokus des bildungspolitischen und gesellschaftlichen Interesses gerückt ist, ist auch die Gefahr von fachinternen Fehlentwicklungen groß. Zu nennen wäre eine Schülerorientierung, die sich zum ausführenden Organ von Schülerinteressen macht, anstatt eine Orientierung im eigentlichen Sinne des Wortes zu leisten. Zu nennen wären überdies eine Pädagogik und Didaktik, welche die ureigenen Bildungsinhalte des Faches zugunsten soziologischer, ethischer und politischer Derivate leichtfertig geopfert hat. All dies jedoch ist immer auch ein Stück weit den negativen Rahmenbedingungen des Faches geschuldet.

Was bleibt, ist die grundsätzliche Frage, wie sich das zerrissene Band der

musikalischen Bildung erneut zusammenknüpfen ließe, und zwar so, dass Musizieren und Nachdenken über Musik wieder auf produktive Weise ineinander greifen können. Oft ist in diesem Zusammenhang von Projekten die Rede, und tatsächlich sind diese nötig, um jene Welle, die es zugunsten des schulischen Musikunterrichts zu initiieren gilt, immer größer werden zu lassen. Erwähnt werden müssen an dieser Stelle beispielhafte Bestrebungen: etwa jedes Kind ein Instrument lernen zu lassen, allen Klassen Liederkalender zugänglich zu machen oder aber das Ausbildungsprogramm zum Schülermentor Musik (in Baden-Württemberg und im Saarland), das nachgerade ein Muster zur Berufsorientierung und Förderung der musikalischen Infrastruktur einer Schule darstellt. Es wäre indes ein Irrtum zu glauben, die Restituierung des Schulfaches Musik allein mit Projekten befördern zu können. Viel mehr bedarf es zur Behebung der Mangelsituation grundsätzlicher struktureller Maßnahmen. Wessen es jenseits föderaler Prinzipien vor allem bedarf, ist ein gemeinschaftlicher Wille aller Bundesländer und des Bundes, schließlich eines politischen Repräsentanten, der sich dieser großen Aufgabe als Koordinator annimmt.

Aber auch die Schulmusik selbst hat eine Bringschuld. Ihr obliegt es, etwas von jener Kraft und Faszination der Musik, die im Orpheus-Mythos – durch den Aufstieg vom Totenreich der seelenlosen Körper, hin zum Leben – beispielhaft symbolisch dargestellt worden ist, auch in der Schule Wirklichkeit werden zu lassen. Umfragen zeigen, dass eine solche Aufgabe dort am Besten gelingt, wo man der Schulmusik keine Patchwork-Existenz in Nischen zubilligt, sondern die Gelegenheit zu einem seriösen und kontinuierlich aufbauendem Unterricht gibt, dessen Qualität sich zugleich der Evaluation öffnet. Es versteht sich von selbst, dass in einem solchen Musikunterricht auch gelungene Beispiele der Popmusik samt ihrer Geschichte einen festen Platz haben.

Seit Jahrzehnten kommen tausende von Studierenden aus allen Ländern der Welt nach Deutschland, um an den Musikhochschulen dessen einzigartiges Weltkulturerbe der Musik zu studieren. Es wäre auf Dauer eine schier unerträgliche Diskrepanz, wenn dieses Erbe allein auf hohem Niveau exportiert wird, an den Schulen des eigenen Landes jedoch kaum mehr eine Rolle spielt. Wir stehen vor der entscheidenden und unverzichtbaren Aufgabe, das kulturelle Gedächtnis unserer Musiktradition auch im eigenen Land an kommende Generationen weiterzugeben.

Der Verfasser ist Autor und Mitherausgeber der „Bildungsoffensive Musikunterricht“, die im Dezember 2007 in der Konrad-Adenauer-Stiftung erschienen ist. ■

## Contra: Kanon ist didaktische Steinzeit

Von Christian Höppner

Der Konrad-Adenauer-Stiftung ist zu danken, dass sie mit ihrer Initiative „Bildung der Persönlichkeit“ und den daraus hervorgehenden Vorschlägen – u.a. für den Lehrplan des Musikunterrichtes – eine Debatte über die Kanonisierung angestoßen hat und damit einmal mehr die in weiten Teilen desaströse Situation der musikalischen Bildung in Deutschland in den Blickpunkt rückt. Die 2006 vorgelegten Vorschläge für einen Bildungskanon im Fach Musik haben über die Fachkreise hinaus zu einer kontroversen Debatte und einer Buchveröffentlichung geführt, in der sich Wissenschaftler aus Schule und Hochschule mit der Frage auseinandersetzen, welche didaktischen, ästhetischen und politischen Aspekte einen Musikunterricht kennzeichnen, der sich in erster Linie an einem Kanon von Werken abendländischer Kunstmusik orientieren soll. In der kritischen Auseinandersetzung mit dem von der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgeschlagenen Kanon ist dort eindeutig eine ablehnende Haltung zu erkennen. Dabei ist die Debatte um die zu vermittelnden Inhalte kultureller Werte und damit kultureller Bildung keine auf die Musik bzw. auf unser Land beschränkte Diskussion. So hat zum Beispiel Dänemark 2006 einen Kulturkanon eingeführt.

In der Analyse der Defizite des Musikunterrichtes in Deutschland gibt es eine große Schnittmenge an Gemeinsamkeiten, bei der Frage, wie diese Defizite zu überwinden seien, gibt es diese Gemeinsamkeiten nicht. Leider übersehen die Verfechter der Kanonisierung des Musikunterrichtes, dass der zu oft ausfallende bzw. fachfremd erteilte Musikunterricht die Grundlage für die Misere der musikalischen Bildung in Deutschland ist. Da könnte selbst der beste Kanon keine Wirkung entfalten. Die bundesweit rund 100.000 Schülerinnen und Schüler auf den Wartelisten der Musikschulen zeigen in skandalöser Weise, welche Prioritäten unsere Gesellschaft (nicht) setzt. Hier gilt es, sich in einer gemeinsamen fach- und gesellschaftspolitischen Arbeit zu engagieren, anstatt mit Positionen von vorgestern Sand in das langsam erwachende öffentliche Bewusstsein über den Wert der Kreativität zu streuen, wie zum Beispiel die Initiative „Jedem Kind ein Instrument“ aus Nordrhein-Westfalen zeigt. Kanon in der Schule ist didaktische Steinzeit.

Es ist schon erstaunlich, dass wir einerseits so viel Expertenwissen über Musikvermittlung angesammelt haben – der Kongress zur Musikvermittlung in Wildbad Kreuth des Deutschen Musikrates hat die Ein- und Aussichten eindrucksvoll belegt und weitere Impulse gesetzt – und andererseits mit dem Griff in die didaktische Mottenkiste ohne Berücksichtigung dieses Wissens versucht werden soll, allseits anerkannte Defizite zu beseitigen. Die Schule für das Leben, die sie im Idealfall sein muss, kann doch nur in einer Balance zwischen Erziehungsauftrag und dem zu prägenden Individuum gelingen. Der Kanon schließt das Individuum aus – sowohl den Empfänger (Schüler), wie den Sender (Lehrer). Diese doppelte Entmündigung ist aber weder mit einem humanen Gesellschaftsbild, das das Individuum in den Mittelpunkt einer demokratisch verfassten Bürgergesellschaft stellt, noch mit der Alltagsrealität unserer pluralen Gesellschaft in Verbindung zu bringen.

Der Schüler aus Reit im Winkel bringt eben andere kulturelle Prägungen mit, als der Schüler aus Berlin-Neukölln oder der Schüler aus Leer in Ostfriesland. Im Verbund mit dem steigenden Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund wird deutlich, wie heterogen die Zielgruppe Jugend ist. Der Soziologe Erwin Scheuch formulierte bereits 1975 in einem Aufsatz, „Die Jugend gibt es nicht“ und Waldemar Vogelgesang wagt sogar die Aussage dass es „heute so viele Jugenden wie es Jugendliche“ gebe. Die annähernd 300 bekannten Ausprägungen von Jugendkulturen zeigen nur die sichtbare Spitze des Eisberges und sind Teil der kulturellen Vielfalt in Deutschland. Dieser kulturellen Vielfalt, die auf unserem reichen kulturellen Erbe, den zeitgenössischen Künsten und dem Reichtum anderer Kulturen in unserem Land aufbaut, gilt es Raum zu verschaffen, denn sie ist der wichtigste Nährstoff für unser Land auf dem Weg zu einer Wissens- und Kreativgesellschaft. Kulturelle Vielfalt lebt vom Unterschied. Diesen Unterschied zu erkennen und wertzuschätzen, ist auch eine Aufgabe des Musikunterrichtes. Dazu bedarf es der Stärkung des je Eigenen, denn wer das je Eigene nicht kennt, kann das Andere nicht erkennen, geschweige denn schätzen lernen.

Zudem widerspricht gerade im Bereich der musisch-ästhetischen Fächer ein Kanon dem Prinzip der

Kunsthilfe, weil er von vornherein die nicht erwähnten Werke diskreditiert. Damit wird der Anspruch auf kulturelle Teilhabe eingeschränkt, denn Schule ist der einzige Ort, an dem wir für alle Kinder und Jugendlichen kulturelle Teilhabe ermöglichen können. Die Familie tritt als immer noch erster und wichtigster Ort kultureller Prägung leider immer mehr in den Hintergrund. Umso wichtiger ist es, dass Bewusstsein dafür zu stärken, dass die musikalische Bildung neun Monate vor der Geburt beginnt – nämlich bei den Eltern, die sehr oft selber über (k)eine poröse musikalische Bildung verfügen.

Die Sehnsucht nach Orientierung speist sich aus dem Dialog zwischen Lernenden und Lehrendem und der daraus entstehenden Neugier. Dieser Dialog kann selbstbestimmtes Handeln anregen und damit in ganz anderer Weise kulturelle Praxen vermitteln, als das je über einen vorgegebenen und angesichts der kulturellen Vielfalt rudimentär verkümmerten Kanon möglich wäre. Formalisierung, außerhalb technischer Produktionsprozesse ist nicht erst seit dem Zeitalter der Globalisierung eine Geißel der Menschheit. Sie behindert die Motivation, die Welt mit den eigenen Sinnen zu entdecken. Bildung – schreibt Hartmut von Hentig – verleiht der Neugier Sinn. Eine Neugier, die man den Verfechtern des schulischen Kanons wünschen würde, indem sie zum Beispiel bei ihrer Argumentation die Aufsatzsammlung „Die Menschen stärken, die Sachen klären“ von Hentig mit bedenken würden.

Der Kanon ist in der Musik eine sehr schöne Form der zeitlich versetzten Einsätze gemeinsamen Musizierens. Kanon in der Schule zeigt Misstrauen in die Kraft der Kunst, die Yehudi Menuhin so trefflich beschrieben hat: „Die Musik spricht für sich allein, vorausgesetzt wir geben ihr eine Chance.“ Das sollte der Maßstab für unsere Diskussionen und unser Handeln sein, damit jedem Kind, gleich welcher sozialen oder ethnischen Herkunft, der Zugang zur Welt der Musik eröffnet werden kann – als einem lebensbegleitenden Prozess. Es ist unsere Verantwortung, in welcher Breite und Qualität wir diesen Zugang ermöglichen.

Der Verfasser ist Generalsekretär des Deutschen Musikrates und Präsident des Landesmusikrates Berlin ■



Musikschule Nürnberg: Streicherklasse an einer Grundschule  
Foto: Eberhard Appel



Integratives Musiktheater: Städtische Sing- und Musikschule München in Zusammenarbeit mit der Landesschule für Körperbehinderte in München  
Foto: Städt. Musikschule München

# Computerspielförderung – was lange währt, wird gut

Von Monika Griefahn

**Was lange währt, wird gut. Schön, wenn dieses Sprichwort bei politischen Vorhaben doch öfter einmal gelten würde. Auf das Engagement der Medien- und Kulturpolitiker der SPD für Computerspiele bezogen, freue ich mich, dass der Satz nun doch einmal zutrifft. Schon in der rot-grünen Koalition war das wirtschaftliche und kulturelle Potential von Computerspielen längst mehr als augenfällig geworden. Doch mit dem negativen Image, ein Medium zu sein, das nur männliche minderjährige Gewaltspiele zockende Stubenhocker ansprache, hatten Szene und Branche lange zu kämpfen. Es wäre falsch zu behaupten, dass sich das Image und auch die tatsächliche Nutzung völlig vom Negativen gewandelt hätten. Doch viele Bürgerinnen und Bürger sehen Computerspiele heute weit differenzierter und es spricht nichts dagegen, dass dies in Zukunft noch mehr werden könnten.**

Im Gegenteil; mit dem nun von uns initiierten Preis für qualitativ hochwertige sowie kulturell und pädagogisch wertvolle Computerspiele wollen wir auch erreichen, dass der Blick auf die Branche wieder differenzierter wird. Schon ab dem nächsten Jahr kann eine unabhängige Jury in verschiedenen Kategorien wie „Kinder- und Jugendspiel“, „Nachwuchs“ oder „Innovation“ Preise für besonders positive Spiele verleihen. Dabei müssen die Preisgelder im Übrigen wieder für neue Spiele genutzt werden. So erreichen wir, dass mehr hochwertige und wertvolle Computerspiele in Deutschland produziert werden können. Und wir machen auch deren Wert für die Kultur und die Kulturwirtschaft deutlich. Die Branchenverbände BIU, GAME und BITKOM haben uns für die Realisierung dieses Preises ihre Mitwirkung zugesagt. Darüber freue ich mich, denn ihre Mitarbeit und besonders auch ihre finanzielle Unterstützung sind wichtig, damit ein nicht nur beim Publikum, sondern auch in der Branche anerkannter und damit möglichst wirksamer Preis entsteht.

Mit dem Computerspielepreis setzen wir ein Zeichen, das überfällig war. In den vielen Debatten der letzten Monate, die leider auch durch populistische Verbotsvorschlüsse wie von Günter Beckstein angeheizt und in die falsche Richtung gedrängt wurden, ist mir Folgendes aufgefallen: Pro und Contra standen oft nur scheinbar gegenüber. Auf der einen Seite ist der völlig berechtigte Einsatz für den möglichst guten Schutz von Kindern und Jugendlichen. Auf der anderen Seite haben auch diejenigen Recht, die auf die vielfältigen Chancen und das große Potential von Computerspielen abstellen und deren Anerkennung fordern. Ich glaube, ohne unsachlichen Populismus lassen sich beide Seiten ohne Probleme miteinander in Einklang bringen.

Als SPD stehen wir für eine Politik, in der wir einen effektiven und sicheren Kinder- und Jugendschutz sicherstellen und gleichzeitig Computerspiele als kulturell und wirtschaftlich wichtige Zukunftstechnologie nach vorne bringen wollen. Das ist kein Widerspruch!

Der erste Punkt, der Jugendschutz, wird bereits seit Monaten intensiv diskutiert. Nach dem Bericht des Hans-Bredow Instituts ist klar, dass wir ganz besonders beim Vollzug der bestehenden Gesetze vorankommen müssen. Was aber in diesen Monaten zu kurz gekommen ist, ist der zweite Punkt. Computerspiele und andere interaktive Unterhaltungsmedien werden eben nicht nur

wirtschaftlich und technologisch, sondern auch kulturell und gesellschaftlich immer wichtiger. Wir können inzwischen von einer sehr vitalen SpieleKULTUR sprechen. Die Nutzer sind dabei längst nicht mehr nur ein paar Sonderlinge, die allein vor ihrem Computer hocken. Stattdessen gibt es inzwischen immer mehr Spielerinnen und Spieler aus allen Bevölkerungsgruppen und das unabhängig vom Alter. Mit Inhalten, die ganz oft an die aktuellen Themen unserer Kultur geknüpft sind, werden Computerspiele damit zu einem bedeutenden Bestandteil des kulturellen Lebens unseres Landes. Als solchen müssen wir sie unterstützen.

In einer aktuellen Studie der Münchner Medientage ist herausgekommen, dass in diesem Jahr die Ausgaben für Computerspiele erstmals die Ausgaben für Musik schlagen. 1,7 Milliarden Euro geben Spielerinnen und Spieler in Deutschland dafür aus und damit 100 Millionen mehr als für Musik. Ähnlich sieht es aus, wenn wir Computerspiele mit dem Filmmarkt vergleichen. Ich glaube, das macht die große wirtschaftliche, besser noch die kulturwirtschaftliche Bedeutung sehr deutlich. Leider muss man aber auch feststellen, dass weniger als 10 Prozent aller in Deutschland gekauften Spiele hier produziert sind. Das ist schade, denn so bleibt eine kulturelle und wirtschaftliche Chance ungenutzt. Ein Förderpreis, der in der Branche wichtige Anreize gibt, kann hier sehr positiv wirken, damit deutsche Entwicklerstudios mehr gute Spiele produzieren und möglichst bald den Anschluss an den internationalen Markt finden können. Genau wie das beim Film seit einigen Jahren wunderbar funktioniert, können wir so erreichen, dass mehr Spiele mit Inhalten unserer Kultur Verbreitung finden und gespielt werden.

Im Übrigen werden gerade in Deutschland in erster Linie Spiele hergestellt, die Kategorien wie Strategie, Sport oder Wissen zuzuordnen

sind. Gewaltspiele kommen zuallererst aus anderen Ländern und deswegen ist es gut, wenn wir mit einem Preis die Produktion von kulturell und pädagogisch wertvollen Spielen fördern. Die Signalwirkung der Preise ist ein zentraler Gedanke unserer Initiative. Das ist im Sinne der Stärkung von Medienkompetenz, was für uns besonders im Vordergrund steht. Mit Verboten macht man Dinge besonders schnell besonders interessant. Wenn wir wirklich etwas für den besseren und verantwortungsbewussteren Umgang mit Medien tun wollen, dann müssen wir gerade bei der Medienkompetenz ansetzen. Dafür braucht es zwar oft einen längeren Atem, als ein weiteres Verbot aus der Taufe zu heben, aber dafür wirken solche Maßnahmen auch wirklich nachhaltig. Mit unserem Preis schaffen wir genau das; positive Beispiele zu zeigen, die nicht nur ungefährlich, sondern vor allem gut gemacht und kulturell sowie pädagogisch wertvoll sind und geben damit positive Kaufempfehlungen.

Worum wir uns gesellschaftlich außerdem wirklich Gedanken machen sollten, ist die Problematik der Spiel- und Onlinesüchtigen. Diese Thematik ist in Deutschland gerade aus wissenschaftlicher und medizinischer Sicht ein unterbelichtetes Betätigungsfeld. Während mit weitentwickelten Behandlungsmethoden Alkohol- oder Drogensüchtige therapiert werden können, helfen solche Methoden, die von Sucht immer nur im Zusammenhang mit Substanzen sprechen, bei der gefährlichen Medienkonsumsucht nicht weiter. Hier müssen wir vorankommen, auch wenn Schwerpunkt der Arbeit nicht auf gesetzlicher Ebene liegen kann.

In Asien sind schon Nutzer nach mehreren Tagen vor dem Computer bewusstlos oder sogar tot zu Boden gesunken. Soweit ist es bei uns glücklicherweise noch nicht. Doch die Praxis asiatischer Online-Spiele-Anbieter, von denen mittlerweile immer

**Angesichts der zunehmenden Gewaltbereitschaft von Jugendlichen wurde viel über die Gefährlichkeit gewaltverherrlichender Computerspiele diskutiert. Sicherlich müssen wir dafür sorgen, dass Heranwachsende nicht mit solchen Medien in Kontakt kommen. Doch ein Verbot stärkt unsere Kinder nicht. Alles, was verboten ist, übt eine ganz besondere Faszination aus. Indem ich Kinder von etwas fernhalte, vermittele ich ihnen nicht den verantwortungsvollen Umgang mit Spielen oder Videos. Ohne Zweifel müssen Erwachsene eine Vorauswahl treffen und Altersempfehlungen für Filme und Computerspiele angeben. Doch insbesondere müssen wir Kindern und Jugendlichen Kompetenzen vermitteln, zwischen „guten“ und „schlechten“ Spielen zu unterscheiden.**

Computerspiele an sich sind nicht schlecht, sie trainieren viele Fertigkeiten, die man im schulischen und beruflichen Alltag braucht. So stellte Peter Vorderer, Professor für Kommunikationswissenschaft und Psychologie an der University of Southern California in Los Angeles, in einem Interview mit der Bundeszentrale für politische Bildung 2005 fest, dass „man ... beim Computerspielen sehr aufmerksam sein, ständig neu Informationen verarbeiten,

komplexe Probleme bewältigen, sich entscheiden, abwägen, Hypothesen aufstellen, prüfen, verwerfen [kann, ja, man muss], und das immer in kürzester Zeit. Computerspielen bedeutet geistige Anstrengung, Herausforderung, Konkurrenz, Leistungshandeln“. Der Mit-Herausgeber der Zeitschriften „Media Psychology“ und „Zeitschrift für Medienpsychologie“ sowie des Buches „Playing Video Games: Motives, Responses, and Consequences“ folgert weiter: „Von daher können Computerspiele bestimmte kognitive und auch emotionale Kompetenzen fördern und trainieren.“

Da Computerspiele inzwischen auch ein nicht zu vernachlässigender Wirtschaftsfaktor in Deutschland sind, sollten wir uns auch aus diesem Grund nicht mit einem Verbot der Killerspiele begnügen. Die Herstellung und Entwicklung von Computerspielen nimmt inzwischen einen nicht unerheblichen Platz im deutschen Markt ein. Der Umsatz liegt auf ähnlich hohem Niveau wie der der Musik- oder Filmindustrie. Momentan werden jedoch von den in Deutschland gekauften PC-Spielen nur zehn Prozent auch tatsächlich in Deutschland entwickelt. Es besteht also eine erhebliche Diskrepanz zwi-

## Streitfall Computerspiele

Das Thema Computerspiele wurde in dieser Zeitung bereits mehrfach aufgegriffen. Der Anfang wurde in der Beilage kultur · kompetenz · bildung der Zeitung politik und kultur zu Beginn des letzten Jahres gemacht. Im Heft 9 dieser Beilage (März/April 2007) wurde die Frage nach Zensur oder Förderung von Computerspielen aufgeworfen. Weiter wurde das Feld aus kulturpädagogischer und Jugendschutzsicht beleuchtet. Diese Ausgabe führte zu einer so regen kulturpolitischen Debatte, dass in den Ausgaben Mai-Juni 2007 sowie Juli-August 2007 erneut Beiträge zu dem Thema veröffentlicht und damit die Diskussion vertieft wurde.

Dabei wurde besonders die Frage weiterverfolgt, ob wertvolle Computerspiele gefördert sollten und dadurch ein Wettbewerb um Qualität entfacht werden sollte oder ob das Verbot von gewalthaltigen Computerspielen im Vordergrund stehen sollte.

Zwischenzeitlich wurden vom Deutschen Bundestag die Mittel zur Etablierung eines Deutschen Computerspielepreises freigegeben. Im nächsten Jahr wird dieser Bundespreis

erstmals vergeben. Die Branche wird sich an dieser Vergabe beteiligen. Ziel ist es, künstlerisch sowie pädagogische wertvolle Spiele zu fördern und speziell die deutsche Computerspielebranche zu stärken. Damit soll auch ein Beitrag zu mehr kultureller Vielfalt geleistet werden.

Im Folgenden stellen **Monika Griefahn, MdB** und **Dorothee Bär, MdB**, die für die Koalitionsfraktionen das Anliegen Deutscher Computerspielepreise vorangebracht haben, den Preis vor. **Olaf Wolters**, Geschäftsführer des BIU und **Malte Behrmann**, Geschäftsführer von G.A.M.E. erläutern die Position der Branche. **Malte Spitz** und **Oliver Passek** stellen die Position von Bündnis 90/Die Grünen vor, hier werden Computerspiele als Kulturgut angesehen. **Inka Brunn** und **Stephan Dreyer** geben einen Einblick in die Studie des Hans-Bredow-Instituts zum Jugendschutz im Bereich Computerspiele. **Stefanie Ernst** interviewt **Rainer Pöppinghege**, der in einem Seminar an der Universität Paderborn Computerspiele aus historischer Perspektive untersucht hat.

Die Redaktion ■

mehr eine tägliche Spielzeitbegrenzung vorsehen, ist ein guter Weg. Wenn Spieler länger als eine festgelegte Zeit am Tag spielen, können Sie nur noch weit weniger Spielpunkte erzielen, wodurch die Motivation gesenkt wird.

So etwas gibt es in Einzelfällen auch in Deutschland. So ist beispielsweise das Onlinespiel Bibi Blocksberg nicht nur moderiert, sondern arbeitet ebenfalls mit Spielzeitbegrenzung. Hier sollten weitere Beispiele folgen. In erster Linie liegt in der Begrenzung der Mediennutzung eine wichtige Aufgabe der Eltern. Doch kann sich die Branche hier

wichtiges Vertrauen erwerben, indem sie selbst mehr solche Angebote macht.

Auch wenn das Thema Computerspiele in seinen unterschiedlichen Facetten weiter auf der Tagesordnung bleiben wird, freue ich mich zunächst an diesem Punkt, dass wir mit dem beschlossenen Preis ein wichtiges kulturpolitisches Zeichen setzen konnten und bin gespannt auf die erste Preisvergabe im nächsten Jahr.

Die Verfasserin ist kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ■

## Fördern statt verbieten

Koalition strebt Vergabe eines Computerspiel-Preises an • Von Dorothee Bär



„Hello Kitty“ der Games Convention 2007.

Foto: Kristin Bäßler

Weiter auf Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

schen Umsatz und Herstellung. Das ist nicht nur wirtschaftlich ein großer Nachteil. Auch aus kultureller Sicht kann das nicht in unserem Interesse sein. So geben wir Einflussmöglichkeiten aus der Hand, aber auch einen Teil kultureller Entwicklung.

Um dem entgegenzuwirken, strebt die Koalition die Vergabe eines Preises an, mit dem wertvolle Computerspiele dotiert und bewertet werden. Dies steht nicht im Widerspruch zu einem Verbot jugendgefährdender Medien, sondern ergänzt dieses im Gegenteil sinnvoll. Positive Anreize sind eine viel größere Motivation als Strafen. Um das Image der PC-Spiele aufzuwerten und ihnen einen gebührenden Platz innerhalb der Spielkultur einzuräumen, ist es notwendig, qualitativ hochwertige Spiele zu entwickeln, diese zu bewerten und zu bewerben. Durch die Debatten der letzten Monate entsteht fast der Eindruck, dass es keine guten oder sinnvollen Computerspiele gibt. Doch das Gegenteil ist der Fall. Es gibt einen breiten Sektor an Spiel- und Lernsoftware, das sogenannte Edutainment, mit pädagogisch hochwertigen Inhalten und ausgezeichnetem Unterhaltungsfaktor. Doch diese werden in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, da die „schwarzen Schafe“ den Stallgeruch der PC-Spiele in der Öffentlichkeit bestimmen. Hier muss sich etwas ändern.

Vor Weihnachten waren viele Eltern und Großeltern auf der Suche nach Geschenken, die ihren Kindern bzw. Enkeln Freude bereiten und zugleich pädagogisch sinnvoll sind. Analog zu dem Siegel „Spiel gut“ könnte ein speziell für Computerspiele entwickeltes Kennzeichen Auskunft geben über die Qualität eines Spiels. So könnten Unterhaltungsfaktor, Lerninhalte, Software, Alter und Anzahl der möglichen Spieler angegeben und von einer unabhängigen Jury bewertet werden und Orientierung bieten beim Kauf. Bei Brettspielen wird jährlich das „Spiel des Jahres“ gekürt. Etwas Vergleichbares wäre auch im Bereich der PC-Spiele denkbar.

Intention des Antrags der Regierungskoalition ist es, öffentlich noch besser deutlich zu machen, welche Computerspiele nicht nur qualitativ hochwertig, sondern gerade auch kulturell pädagogisch wertvoll sind. Dabei sollen die Preisgelder nur für neue Spielkonzepte ausgezahlt werden. Dies wird zusätzlich einen positiven Einfluss auf das zukünftige Angebot von Computerspielen in Deutschland haben.

Ergänzend zur Auslobung eines Computerspielpreises kommt hinzu, dass die Medienkompetenz von Heranwachsenden deutlich gefördert werden muss. Nur mit dem richtigen Handwerkszeug können Jugendliche verantwortungsvoll mit den vorhandenen Medien umgehen. So wie Lesen und Schreiben unabdingbare Voraussetzungen für ein erfülltes und gelingendes Leben sind, muss auch der Umgang mit Medien erlernt und geschult werden. Sicher stehen hier an erster Stelle die Eltern, die den Kindern einen verantwortungsvollen Umgang mit Fernsehen, Internet und Computer vorleben.

Doch auch die Schulen sind in der Pflicht, mit entsprechendem ausgebildeten Lehrkräften Kinder altersangemessen an diese Medien heranzuführen und ihnen schrittweise die nötigen Kompetenzen und Fertigkeiten an die Hand zu geben.

*Die Verfasserin ist Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien sowie Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Unterausschuss Neue Medien ■*

**Die politische Anerkennung von Computer- und Videospiele als kulturelles Gut und der geplante Bundespreis sind überfällig. Der Antrag der Großen Koalition, der in weiten Teilen, wenn auch nicht im Detail, von der parlamentarischen Opposition mitgetragen wird, zeugt von einem Paradigmenwechsel bei der politischen Betrachtung von Computer- und Videospiele.**

Die bisherige Diskussion, die sich maßgeblich um die jugendschutzrechtlichen Aspekte interaktiver Unterhaltungssoftware drehte, erreicht nun eine gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ebene. Dieser Paradigmenwechsel kommt für uns jedoch nicht überraschend, sondern ist das Ergebnis eines langen und intensiven Dialogs von Politik, Wissenschaft und Gamesbranche.

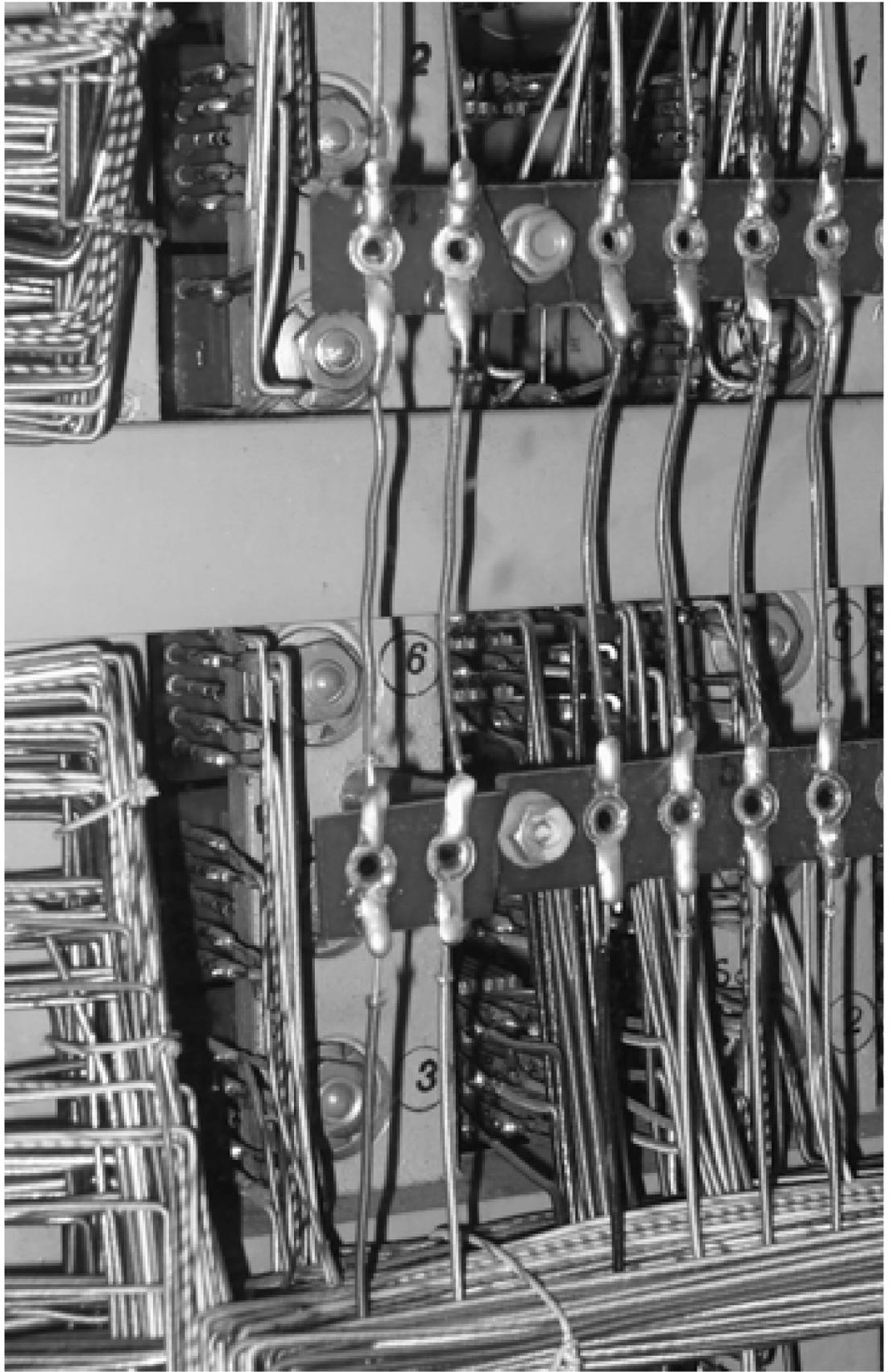
Damit ist das Medium auch in der politischen Betrachtung im Kreis der Kultur- und Unterhaltungsmedien angekommen. Allerdings gibt es zwischen unserem Medium und Literatur, Musik oder Film signifikante Unterschiede. Computer- und Videospiele sind nicht nur ein interaktives audio-visuelles Unterhaltungsmedium, sondern Spitzentechnologie. Kein anderes Massenmedium hat so großen Einfluss auf die Entwicklung von Computerhardware und -technologie. Nolan Bushnell, als Gründer von Atari und Pionier der Gamesbranche hat bereits in den 90er Jahren festgestellt, dass „*Computerspiele mehr für die Verbreitung von Computern getan haben, als jede andere Anwendung.*“

Ursächlich hierfür ist der sehr schnelle Rhythmus der Unterhaltungssoftwareindustrie. Die Computer- und Videospielebranche stand schon seit ihren Anfängen in den 70er Jahren im Gegensatz zu anderen Unterhaltungssparten vor der großen Herausforderung, interessante und innovative Darstellungsmöglichkeiten auf eingeschränkten technischen Plattformen zu realisieren. Dieses Spannungsfeld von unbegrenzter Kreativität und begrenzten technischen Ressourcen hat schon die erste Generation der Spieleentwickler gezwungen, die vorhandene Technik nicht nur auszureizen, sondern sich auch für die Entwicklung neuer, leistungsfähigerer Spielplattformen einzusetzen. Der Unterhaltungswert unserer Medien ergibt sich aus Innovation, Vielfalt und Interaktion. Dabei schafft es die Branche, sich alle fünf bis sechs Jahre neu zu erfinden. Neben den immer wieder Bahn brechenden technischen Innovationen gelingt es der Gamesindustrie wie keiner anderen, den Kunden an das Medium zu binden und an der Fortentwicklung zu beteiligen. Durch den besonderen Anspruch der Nutzer entwickelten sich schon früh mehrere Charakteristika, die für das Medium mittlerweile typisch sind: Nach dem Moor'schen Gesetz verdoppelt sich die Komplexität integrierter Schaltkreise etwa alle zwei Jahre, dementsprechend rasant sind die Entwicklungen auch im Sektor der Konsumenten-Hardware.

Große Teile der Computer- und Videospielebranche hatten sich schon in den 80er Jahren zum Ziel gesetzt, die exponentiell wachsenden Rechenkapazitäten für die Entwicklung von Spielen auszureizen. Dies mündete in der regelmäßigen Entwicklung von so genannten „Benchmark-Applikationen“, die jeweils den Stand des technisch Machbaren auf den aktuellsten Spielplattformen ausloten. Diese High-End-Spiele sind nicht nur die technologische Avantgarde des Unterhaltungssektors, sondern auch Hard-

## Kulturgut und Spitzentechnologie

Von Olaf Wolters



„Verworrene“ Verdrahtungen in einem der ersten Computer: ohne die Entwicklung durch Konrad Zuse wären Computerspiele heute sicherlich nicht Teil der (Jugend-)Kultur. Foto: Stefanie Ernst

ware-Seller. Gerade auf dem Personal-Computer Markt tragen sie einen wesentlichen Anteil am Verkauf von hochwertigen Komponenten wie zum Beispiel Sound- oder Grafikkarten der neuen Generation bei. Daraus ergibt sich eine fruchtbare Kooperation zwischen der Hardwareindustrie und der Gamesbranche.

Die Innovationskraft von interaktiver Unterhaltungssoftware wirkt sich nicht nur auf den Hardwaresektor aus. Softwaretechnologien, die der Schaffung eines intensiveren Spielerlebnisses dienen, wurden später in ernste Anwendungen implementiert: Schon in den frühen 80er Jahren wurden für Actionspiele physikalische Modelle ausgearbeitet, die beispielsweise in Flugsimulationen der zivilen Luftfahrt Anwendung fanden. Durch künstliche Intelligenz gesteuerte Figuren, die Spiele interessanter und herausfordernder gestalten sollten, werden mittlerweile in Filmen bei computergenerierten Massenszenen, wie z.B. in der „Herr der Ringe“ Trilogie, verwendet. Ge-

nannt sei hier auch die Verwendung von Spieltechnologien für Lehre und Ausbildung in so genannten Serious Games.

Kehrseiten dieser inhärenten Dynamik sind die hohen Kosten der Spieleentwicklung und der vergleichsweise kurze Produktlebenszyklus. Zwei Jahre Entwicklungszeit und Budgets im zweistelligen Millionenbereich sind keine Seltenheit, um ein marktreifes Spiel zu produzieren. Dem gegenüber steht, durch die rasante technische Entwicklung bedingt, der schnelle Wertverlust von Spielen: Nichts ist älter, als das Spiel von gestern. Mag eine Grafiktechnologie im Jahr 2006 das Non plus ultra gewesen sein, ist sie zwei bis drei Jahre später schon hoffnungslos veraltet.

Wer also Deutschland als Produktionsstandort von Spielen stärken will, muss nicht nur die kulturelle Dimension berücksichtigen, sondern auch Spiele als eine Speerspitze der Entwicklung neuer Technologien begreifen und dementsprechend fördern. Diese Besonderheit

von interaktiver Unterhaltungssoftware wird im Antragstext der Großen Koalition angemessen gewürdigt, in dem die Vergabe von Mitteln aus verschiedenen Technologie-Förderprogrammen des Bundes in Aussicht gestellt wird. Hierbei wurden unter anderem das Multimedia-Technologieförderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie oder die „KMU-Innovationsoffensive Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) genannt.

Ein wichtiger Schritt wurde also getan, um Deutschland im internationalen Vergleich als attraktiven Entwicklungs- und Produktionsstandort zu positionieren und seine Rolle als technologischer Vorreiter auszubauen. Das von der Großen Koalition angeregte Public-Private-Partnership wird diesem gemeinsamen Ziel mit Sicherheit gerecht.

*Der Verfasser ist Geschäftsführer des Bundesverband Interaktive Unterhaltungssoftware e.V. ■*

# Pragmatisch und wegweisend zugleich

Der Deutsche Computerspielepreis ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung • Von Malte Behrmann

Seit einigen Jahren bemüht sich G.A.M.E., der Bundesverband der Entwickler von Computerspielen e.V. um die Anerkennung des Computerspiels als Kulturgut. Dabei geht es zunächst um grundsätzliche kulturpolitische Fragen, die mit der Entwicklung dieses neuen Mediums, seiner Rezeption und der dynamischen Ausgestaltung des Kulturbegriffs zusammenhängen. Ein erster Baustein kann nun darin gefunden werden, dass auf Initiative der SPD Abgeordneten Monika Griefahn und Jörg Tauss nunmehr in einem Antrag des Bundestags im Hinblick auf den Haushalt des Bundes 2008 erstmals ein neuer, kultureller Blickwinkel auf das Thema sichtbar wurde. Das ist sehr zu begrüßen.

Die Debatte, die im Jahr 2007 in diesem Zusammenhang im Deutschen Kulturrat geführt wurde, war außerordentlich wichtig, denn Computerspiele sind Kulturgut. Spiele an sich sind wohl eine der ältesten Kulturtraditionen überhaupt. Der Kulturbegriff ist dynamisch und kann nicht im Elfenbeinturm entwickelt werden. Die kulturpolitische Legitimität von Computerspielen ergibt sich auch daraus, dass sich das Nutzerverhalten von Medienkonsumenten rasant verändert. Damit einhergehend verändern sich auch die Inhalte und ihre Wahrnehmung. Einige Bevölkerungsteile verhalten sich gegenüber dieser tatsächlich stattfindenden kulturellen Entwicklung zurückhaltend. Das hat seinen Ursprung möglicherweise nicht nur in den Inhalten selbst, sondern orientiert sich oft an einer – die humanistische Ideale falsch verstehenden – Technikfeindlichkeit. Computerspiele verändern unsere Sprache, unsere Denkweise, unser Bewusstsein. Sie sind geeignet, kulturelle Prägungen, Lebenseinstellungen und Grundhaltungen zu transportieren. Millionen Nutzer verbringen einen Teil ihrer Freizeit mit Computerspielen und ihren Inhalten. Kultur bedeutet daher auch Verantwortung.

Ein wichtiges Ergebnis dieser Diskussion ist die Eingliederung dieses Kulturmediums in die Regulierungs- und Unterstützungssysteme der Informationsgesellschaft, wie sie im Bereich fast aller Kulturwirtschaftsgüter bestehen – wenn auch mit unterschiedlichem Antritt. Eine lebendige Demokratie braucht Vielfalt. Im Bereich von Kulturwirtschaftsgütern lassen sich die ökonomischen Fragen nur schwerlich von den kulturellen Fragen trennen. Sie beeinflussen sich gegenseitig (wie letztlich auch der technologische Bereich starke Wechselwirkungen hat). Der kulturelle Sondersektor wird mit großem Aufwand in einem „Vielfaltsumfeld“ gehalten (Buchpreisbindung, öffentlich-rechtliches Fernsehen, Film- und Theaterförderung).

Zum ersten Mal werden mit der Auslobung des Computerspielepreises des Bundes 2008 Computerspiele nicht nur negativ mit Verbotsdiskussionen und Ähnlichem assoziiert, sondern auch positiv mit dem kulturellen, wirtschaftlichen und technologischen Potenzial des neuen Mediums in Verbindung gebracht. Das bedeutet auch ein Anerkennnis für die kulturelle Leistung der an der Erstellung von Computerspielen beteiligten Kreativen: Er stärkt ihr Selbstbewusstsein als Kulturschaffende und regt zur Vielfalt an. Dieser Preis ist nicht nur auch das Ergebnis unserer jahrelangen Bemühungen um die Förderung der Entwicklung von Computerspielen, er geht auch prinzipiell in die richtige Richtung, denn mit diesem pragmatischen Ansatz ist es gelungen, auch

die ideologischen Zweifel prinzipieller Beihilfegegner auszuräumen, die der besonderen Situation der Kreativen im kulturwirtschaftlichen Kontext häufig noch zu wenig Verständnis entgegenbringen.

Für uns kommt es jetzt darauf an, dass ein deutscher Computerspielepreis entsteht, der tatsächlich die gesamte Bandbreite der Branche repräsentiert und vor allem den besten deutschen Spielentwicklern zu Gute kommt. Ein Preis, der im Wesentlichen im Zusammenhang mit den Hauptsponsoren stehen würde, würde der Spieleentwicklercommunity wenig nützen. Es ist denkbar, dass ein Preis, wie er seit mehreren Jahren mit dem Deutschen Entwicklerpreis in Essen vollzogen wird, ein gutes Modell sein könnte ([www.deutscher-entwicklerpreis.de](http://www.deutscher-entwicklerpreis.de)). Attraktiv daran ist vor allem, dass der Preis durch eine relativ große Akademie vergeben wird, die – ähnlich dem deutschen Filmpreis – einen großen Querschnitt durch die gesamte Computerspielebranche darstellt. Besonders gut ist, dass diese Preise nicht nur Symbolcharakter haben sollen, sondern tatsächlich den Einstieg in die Förderung konkreter Entwicklungsvorhaben abbildet – und zwar in dem besonders sensiblen Bereich der Projektentwicklung am Beginn der Wertschöpfungskette: Die Preise können so dotiert werden, dass mit ihnen von den Preisträgern neue Projekte angestoßen werden können. Damit lehnt sich dieses Modell an den deutschen Filmpreis an, was wir ausdrücklich begrüßen.

Natürlich kann sich das Engagement des Bundes mittelfristig nicht in dieser Aktivität erschöpfen, aber es ist ein sehr guter Anfang. In zahlreichen anderen Industriestaaten, wie z.B. Kanada, Finnland, Frankreich, Singapur, Korea und China wird die Entwicklung von Computerspielen gerade auch aus kulturwirtschaftlichen Motiven in erheblichem

Maße unterstützt. Vereinzelt unterstützen auch die Filmförderungen der Bundesländer, z.B. Nordmedia, MDM, Medienboard u.a. vorwiegend aus kulturwirtschaftlichen Motiven die Entwicklung von Computerspielen – allerdings in bescheidenem Umfang. In diesem Zusammenhang versucht G.A.M.E. zusammen mit den anderen beteiligten Verbänden unter Federführung des BKM eine Bundesstiftung auf die Beine zu stellen, die unter Rückgriff auf unterschiedliche Finanzierungsquellen und in öffentlich-privater Partnerschaft hier unterstützend tätig werden kann. Mittelfristig könnte diese Stiftung auch Träger des deutschen Computerspielepreises werden.

Die Computerspieleentwickler selbst werden nur in geringem Maße zu der Industriebeteiligung dieses Preises beitragen können. Zwar hat der Bundestag die Mittelfreigabe mit einer qualifizierten Sperrung versehen, um zu erreichen, dass etwa die gleichen Mittel aus der Industrie für den Preis zur Verfügung gestellt werden können. Ob die Entwickler von Computerspielen – um deren Förderung es ja auch eigentlich geht – allerdings die Mittel aufbringen können, ist fraglich. Jedenfalls ist dies so, soweit es um die Spieleentwickler selbst geht, die – ähnlich wie Filmproduzenten – kreative KMU's mit minimaler eigener Kapitalausstattung und sehr hohem Risiko darstellen.

Die internationalen Publisher, die im BIU e.V. organisiert sind, haben bereits angekündigt 150.000 Euro ihrerseits die Hälfte dieses Betrages zur Verfügung stellen werden. Das ist sehr erfreulich. Seit einigen Jahren haben die deutschen Spieleentwickler in ihrem Verband G.A.M.E. e.V. auch Fördermitglieder, die die Anliegen des Entwicklerverbandes, also mittelfristig den Anteil deutscher Produktionen vor allem am Heimatmarkt anzuheben teilen und unterstützen. Diese Unternehmen können



Präsentation der Computergeschichte auf der Games Convention 2007 in Leipzig. Foto: Kristin Bäßler

möglicherweise an der Seite von G.A.M.E. einen Beitrag zum deutschen Computerspielepreis leisten. Auch die betroffenen Gemeinden und Bundesländer können auf der Seite der Entwickler möglicherweise Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Gespräche dazu sind allerdings noch nicht weit gediehen, da die Entscheidung des Parlaments erst wenige Wochen zurückliegt. Wir vermuten, dass wir erst im ersten Quartal 2008 soweit

sind, konkretere Vorschläge machen zu können. Grundsätzlich ist die Idee diesen Preis auszuloben eine hervorragende Möglichkeit, hochwertige Computerspiele aus Deutschland einer breiteren Öffentlichkeit anzubieten und die Entwicklung von zielgruppengerechten und qualitativ hochwertigen Spielen zu fördern.

Der Verfasser ist Geschäftsführer von G.A.M.E. ■

## Computerspiele: Kulturgut des digitalen Zeitalters

Von Malte Spitz und Oliver Pässek

**Computerspiele umfassen heute schon ein immens breites Angebot an Genres: Lernspiele, Fantasygeschichten, historische Szenarien – online, im Netzwerk oder stationär spielbar – sind nur einige Möglichkeiten. Gleichzeitig steigt die Zahl der Menschen, die auf die eine oder andere Weise dieses Medium nutzen, ständig. Dennoch werden Computerspiele im gesellschaftliche Diskurs vor allem im Zusammenhang mit Gewaltexzessen genannt – ein vermeintlicher Zusammenhang zwischen Amok-Läufen und sogenannten "Baller-Spielen" verstellt dabei den Blick auf die Vielfalt und die Chancen des Mediums unter kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Im Folgenden wollen wir diese aufzeigen.**

Das Computerspiele mit ihren virtuellen Welten, teilweise wahnwitzigen und ab und zu auch brutalen Inhalten ein Kulturgut sein sollen, ist weiterhin für viele Menschen diskussionswürdig. Wir Grüne bekennen uns aber dazu, dass Computerspiele ein Kulturgut sind und nicht nur ein vorübergehendes kulturelles Phänomen oder eine unbeständige Entwicklung der Alltagskultur. Heutzutage sind Computerspiele in ihrer breiten Vielfalt wesentlich mehr, als ein Teil der Jugendkultur oder Spaßobjekt der vereinsamten Single-Gesellschaft. Computerspiele werden durch ihre stetige Weiterentwicklung eines der bedeutendsten

Kulturmedien des 21. Jahrhunderts sein. Dieser Trend zeichnet sich schon heute ab, die Spielekonsole Wii von Nintendo wird z.B. inzwischen genauso von Achtjährigen wie von 75-jährigen gespielt. Damit geht auch eine völlig neue soziale Bedeutung für Computerspiele mit einher.

Bei der Entwicklung von Computerspielen kommt künstlerischem Schaffen eine immer größere Bedeutung zu. Die Oberflächen werden immer aufwendiger gestaltet, teilweise entwickelt sich eine eigene Bildsprache, teilweise wird die Visualität des „Real Life“ immer naturgetreuer in die virtuelle Realität übertragen.

### Lermedium und nicht nur ein Spiel

In Computerspielen werden traditionelle kulturelle Ausdrucksformen wie Musik, Storyline und Ästhetik zu einer eigenen Form zusammengeführt. Sie sind somit eine Fortentwicklung bestehender Kulturgüter wie beispielsweise des Films. Es bedarf einer wesentlich stärkeren Verankerung und Nutzung von Computerspielen im Bereich des Erlernens von Medienkompetenz. In den Schulen müssen sie Teil des Unterrichts werden und hochwertige Lernspiele neue Wege der Wissensvermittlung aufzeigen. Schon heutzutage lernen einige Kinder mehr über das Mittelalter durch die Spie-

le der „Anno“-Reihe als durch den Schulunterricht oder sie erfahren schon früh in Strategiespielen in vereinfachter Form, was Steuern sind und wie gesellschaftliche Aushandlungsprozesse funktionieren.

### Kreativität anerkennen und fördern

Spielerentwicklerinnen und -entwickler müssen als gleichberechtigte Akteure in der Kreativwirtschaft anerkannt werden. Eine sachgerechte Computerspielunterstützung braucht eigene Strukturen, die Vielfalt und Qualität von Spielen fördert und hilft, positive Potentiale stärker auszuschöpfen. Dies kann u.a. über ein einheitliches Qualitätssiegel für hochwertige Computerspiele erreicht werden. Erstes Kriterium muss natürlich der Spaß am Spiel bleiben, sonst wird ein solches Siegel bald zum negativen Kaufkriterium.

Der kreative Aspekt und die positiven Effekte des Spielens werden bislang aber noch unterschätzt – mit Folgen für die Computerspielbranche. Die Entwicklung eines Computerspiels bedeutet enorme Kosten und nimmt viel Zeit in Anspruch – das gilt besonders für künstlerisch und graphisch aufwendige Spiele, bzw. Spiele mit einer komplexen z.B. auf historischen Gesellschaften fusenden Storyline. Das ist für kleine Firmen oft ein zu großes Risiko. Ihre innovativen Ideen scheitern damit

an Geld und Zweifeln an der Marktängigkeit hochwertiger Spiele. Wir wollen diese „Humusschicht“ der Branche vor dem Austrocknen bewahren. Daher bedarf es ihrer Förderung, besonders aus kreativer künstlerischer Sicht und dann erst aus wirtschaftlichen Erwägungen.

### Mehr Bildung für die Branche

Dem eklatanten Fachkräftemangel in der Branche muss begegnet werden: Bestehende Aus- und Fortbildungsgänge müssen so weiterentwickelt werden, dass dort auch die Fähigkeiten zur Computerspielentwicklung erlernt werden und eine solche Ausbildung auch staatlich anerkannt wird. Außerdem bedarf es neuer Studiengänge für den Bereich Computerspiele an Fachhochschulen und Hochschulen.

### Ein Zuhause für die Zukunft

Als Spiegel unserer Zeit sind Computerspiele ein Medium, das systematisch archiviert werden muss. Eine solch umfangreiche Archivierung, die auch die technische Möglichkeit der Spielbarkeit sicherstellt, ist dringend notwendig. Wir konnten in der Vergangenheit sehen, welche Verluste entstehen, wenn neuartige Kultur-

Fortsetzung von Seite 36

güter, wie einst der Film, nicht schnell offiziell und umfangreich gesammelt werden. Hier bedarf es einer umfangreichen Sicherung, am besten durch die Deutsche Nationalbibliothek. In diesem Zusammenhang muss gerade auch aus Perspektive der Medienpädagogik weitergedacht werden, ob ein Computerspielmuseum nicht ein geeigneter Ort zum Erlernen und Erforschen des Mediums ist. Dafür werden wir uns stark machen.

### Neue Wege der Förderung

Auch bei der Förderung von Computerspielen wollen wir völlig neue Wege gehen: Wir wollen prüfen, inwieweit Computerspiele nicht auch selbstverständlicher Teil der Filmförderung sein können.

Aufwendige Computerpiele ähneln bereits jetzt dem Medium Film: Sie weisen starke narrative Elemente auf und können sogar als konsequente Weiterentwicklung des Mediums Film verstanden werden. Staaten wie Frankreich, Kanada oder Finnland haben längst die kulturelle Bedeutung von Computerspielen erkannt. Dort sind sie fester Be-

standteil der Medienförderungsinstrumente.

Aber auch in Deutschland zeichnen sich Veränderungen ab: Einige regionale Filmförderer – zu nennen ist hier insbesondere die Mitteldeutsche Medienförderung (MDM) – fördern bereits die Entwicklung von Computerspielen. Die Richtlinien der MDM sind bereits jetzt so ausgestaltet, dass Multimediaprojekte und damit auch Computerspiele in derselben Art und Weise gefördert werden können, wie Filmprojekte. Im Unterschied zu anderen Mediaförderungen gibt es beim MDM auch keine Limitierung des Budgetumfangs für den Bereich Multimedia. Computerspiele sind hier also dem Medium Film zumindest theoretisch (natürlich noch längst nicht in der Förderpraxis) gleichgestellt. Uns geht es dabei besonders um eine Anschubfinanzierung für die Entwicklung von neuen Spieltypen oder der Erstellung von Prototypen. Dabei geht es meistens um sehr niedrige sechsstelligen Summen. Ähnlich wie beim Film geht es hier nicht um eine einfache Zuschussfinanzierung, sondern um ein erfolgsbedingtes Darlehen.

Auch über eine Integration von Computerspielen in die Branchenförderung der Filmförderungsanstalt

(FFA) muss nachgedacht werden. Sollten allerdings Computerspiele von den FFA-Mitteln profitieren können, bedeutet dies gleichzeitig, dass die Branche als neuer Einzahler hinzukommt. Genauso wie auf Kinoeintrittskarten oder verkaufte DVDs muss es dann auch zu einer Abgabepflicht auf verkaufte oder verliehene Computerspiele kommen.

Generell gilt, die Diskussion um Computerspiele als Kulturgut und besonders auch der Umgang mit den diesem Medium stehen noch am Anfang. Daher kommt es für uns darauf an, Computerspiele zu fördern, statt den Weg dieses noch jungen Mediums von vornherein mit Hürden zu bepflanzen. Deutschland muss besonders auch im internationalen Vergleich aufschließen und es wäre fatal, wenn die kreativen wie wirtschaftlichen Chancen nicht genutzt werden würden.

*Malte Spitz ist Mitglied des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen und dort für die Themen Medien und Kultur zuständig.*

*Oliver Passek ist Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Medien bei Bündnis 90/Die Grünen und Dozent für Medienwirtschaft an der FHTW Berlin ■*

## Jugendschutz für Spiele – ein Spiel für den Jugendschutz?

Was die Novellierung des Jugendmedienschutzes dem Bereich der Video- und Computerspiele gebracht hat • Von Inka Brunn und Stephan Dreyer

**Ein Jahr lang analysierte das Hans-Bredow-Institut aus Hamburg im Auftrag von Bund und Ländern das deutsche Jugendmedienschutzsystem. Die rechtlichen Regelungen in diesem Bereich waren zuvor, im Jahr 2003, großflächig reformiert worden. Die wissenschaftliche Evaluation sollte zeigen: Hat sich der Jugendschutz durch die Novelle verbessert? Gibt es neue oder alte Defizite? Haben Bundes- und Länderparlamente mit der Reform einen Schritt in die richtige Richtung gemacht? Die Ergebnisse der Untersuchung in Bezug auf den Bereich der Video- und Computerspiele sollen hier kurz dargestellt, mögliche Umgehungen oder gar Durchbrechungen des Jugendmedienschutzes aufgezeigt werden – und es soll erklärt werden, warum der Staat trotzdem nicht einfach auf Gesetze verzichten kann.**

### 2003: Erstmals verbindliche Altersfreigaben für Games

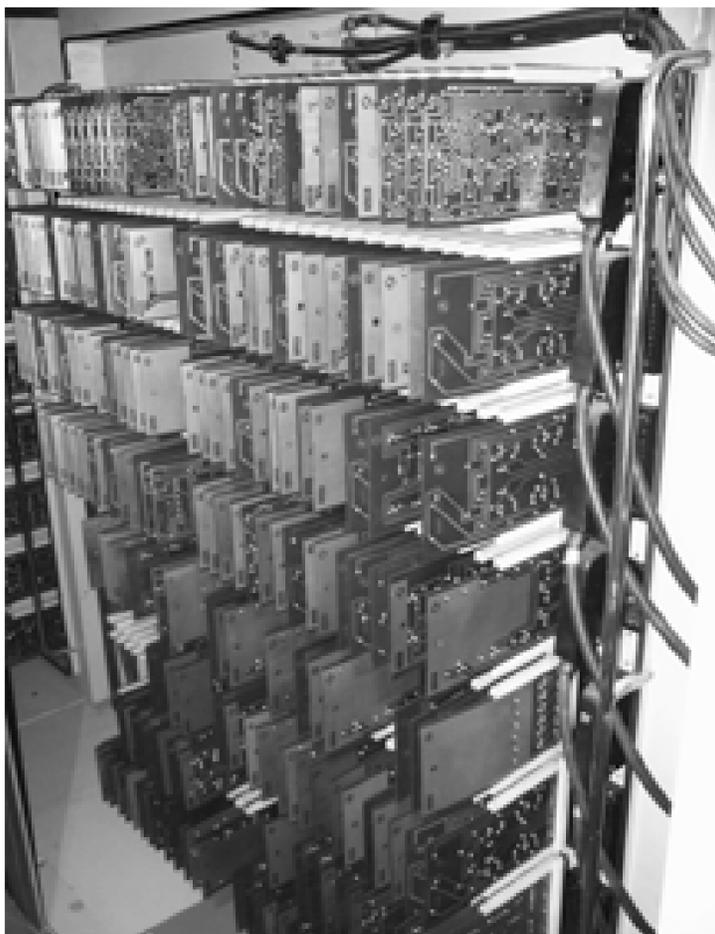
Das Jugendschutzgesetz (JuSchG) des Bundes galt bereits vor der Novelle für Kinovorführungen und Filme auf Videokassetten, CDs oder DVDs. Für entwicklungsbeeinträchtigende Video- und Computerspiele gab es dagegen keine Vorschriften. Mit der 2003 erfolgten Reform des Jugendmedienschutzes ist der Anwendungsbereich des JuSchG auch auf so genannte „Spielprogramme“ erweitert worden. Seitdem werden auch Video- und Computerspiele, sofern sie auf Trägermedien (CDs, DVDs, UMDs, Cartridges etc.) abgegeben werden, von dem gesetzlichen Jugendschutz umfasst. Die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) prüft zwar bereits seit April 1994 in ihren unabhängigen Expertengremien Spiele auf ihre Tauglichkeit für Kinder und Jugendliche und hat bis Ende 2001 insgesamt 6.610 Spielprogramme mit Altersempfehlungen versehen. Diese „früheren“ Kennzeichnungen waren jedoch vor Inkrafttreten des novellierten Jugendschutzgesetzes lediglich unverbindliche Alterseinstufungen mit Orientierungscharakter. Mit dem In-

kräfttreten der Novelle ist ein System etabliert worden, dass auf stärkeren staatlichen Einflussnahmemöglichkeiten in Bezug auf die Freigabeentscheidung bei der USK fußt. Im Gegenzug sind die USK-Kennzeichen seit der Reform verbindliche Entscheidungen aller Bundesländer, die unmittelbar für Publisher, Vertrieb und Händler bindend sind. So dürfen gekennzeichnete Spiele (Freigegeben ohne Altersbeschränkung, freigegeben ab 6 Jahren, freigegeben ab 12 Jahren, freigegeben ab 16 Jahren, keine Jugendfreigabe) nur an Kinder und Jugendliche abgegeben werden, die das entsprechende Mindestalter er-

reicht haben. Entscheidet sich ein Spiele-Hersteller bzw. ein Publisher gegen die (wohlgerneht freiwillige) Einreichung seines Spiels bei der USK, so gelangt das Spiel ohne Kennzeichen in den Handel und wird wie ein Spiel mit dem Kennzeichen „Keine Jugendfreigabe“ behandelt.

Nicht von der USK gekennzeichnet werden jugendgefährdende Video- und Computerspiele, die etwa besonders gewalthaltig, menschenverachtend oder pornografisch sind. In Bezug auf derartige Spielprogram-

Weiter auf Seite 38



Innenleben des Transistorrechners Z 23 aus dem Jahre 1961. Kein Vergleich zu heutigen zum Teil sehr portablen Spielekonsolen. Foto: Stefanie Ernst

## Streitfall Computerspiele

### Von der Provokation zur Debatte



**STREITFALL COMPUTERSPIELE: COMPUTERSPIELE ZWISCHEN KULTURELLER BILDUNG, KUNSTFREIHEIT UND JUGENDSCHUTZ.**

**2. überarbeitete und erweiterte Auflage ERSCHEINT JANUAR 2008**

Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. ca. 120 Seiten. ISBN 978-3-934868-13-7, ISSN: 1865-2689. Preis: 9,00 Euro (+ 2,50 Euro für Porto und Verpackung)

#### MIT BEITRÄGEN VON:

- Günther Beckstein
- Max Fuchs
- Hans-Joachim Otto
- Christian Pfeiffer
- Olaf Zimmermann und anderen.

Die Beiträge zeigen zuallererst, dass eine Auseinandersetzung mit dem Thema Computerspiele auf einer sachlichen Ebene möglich und notwendig ist. Und sie zeigen die Komplexität des Themas auf. Im Buch werden Beiträge aus *politik und kultur* nachgedruckt, in denen der Streit um Computerspiele geführt wird.

#### THEMEN SIND:

- Computerspiele: Zensur oder öffentliche Förderung
- Computerspiele: Blicke in die Forschung
- Computerspiele: Herausforderung für die Bildung
- Computerspiele: Nicht nur Teil der Jugendkultur
- Computerspiele: Marktsegment der Kulturwirtschaft

## Die Kirchen

### Die unbekannte kulturpolitische Macht

Die Kirchen sind eine weitgehend unbekanntes kulturpolitische Macht in Deutschland. Dabei wenden sie immerhin rund 20 Prozent ihrer Kirchensteuereinnahmen und Vermögenserlöse, insgesamt 4,4 Milliarden Euro im Jahr, für die Kulturförderung ein. Im Buch werden Beiträge aus *politik und kultur* nachgedruckt, in denen die Kirchen und ihr Verhältnis zu Kunst und Kultur ausführlicher vorgestellt und diskutiert werden. Ziel des Buches ist es, dass in der Zukunft die Kirchen bei kulturpolitischen Fragen öfter mitgedacht werden.

#### THEMEN SIND:

- Kirche und Kultur
- Kirche und kulturelles Leben
- Kirche und Kunst
- Daten und Fakten zum Kulturengagement der Kirchen

#### MIT BEITRÄGEN VON

- Max Fuchs
- Katrin Göring-Eckardt
- Wolfgang Huber
- Karl Kardinal Lehmann
- Markus Lüpertz
- Ingo Metzmacher
- Olaf Zimmermann und anderen

**Die Kirchen, die unbekanntes kulturpolitische Macht.** Hg. von Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Aus *politik und kultur* 2. Berlin 2007. 108 Seiten. ISBN: 978-3-934868-14-4, ISSN: 1865-2689. Preis: 9,00 (+ 2,50 Porto und Verpackung).

Die Bücher können unter <http://www.kulturrat.de/shop.php> bestellt werden. Die Titel sind auch über jede Buchhandlung beziehbar.

Deutscher Kulturrat e.V. Chausseestraße 103, 10115 Berlin, Telefon: 030/24728014, Fax: 030/24721245, E-Mail: [post@kulturrat.de](mailto:post@kulturrat.de)

Fortsetzung von Seite 37

me konnte und kann die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) eine Indizierungsentscheidung treffen und das entsprechende Programm in die Liste für jugendgefährdende Medien aufnehmen. Indizierte Produkte wandern aus dem Regal unter den Ladentischen: Das Spiel ist weiterhin für Erwachsene erhältlich, darf aber weder öffentlich beworben noch offen im Handel ausgestellt werden. Insgesamt hat Deutschland mit diesem zweistufigen System der Altersfreigabe und Indizierung eines der strengsten Jugendschutzsysteme in der westlichen Welt etabliert.

#### Ergebnisse der Jugendschutz-Evaluation im Bereich Spiele

Die am Hans-Bredow-Institut durchgeführte Untersuchung, ob und inwieweit der Jugendschutz effektiv funktioniert, muss im Hinblick auf einen Vorher-/Nachher-Vergleich zunächst zu dem Ergebnis kommen: Der Jugendschutz im Bereich der Video- und Computerspiele hat sich durch die Novellierung verbessert; schließlich gab es vorher keine verbindlichen Vorschriften für entwicklungsbeeinträchtigende Spiele, altersgestaffelte Abgabebeschränkungen waren nicht existent. Dennoch identifiziert die Studie Optimierungsmöglichkeiten, etwa in Bezug auf die Verfahren, gesetzliche Anwendungsbereiche und den Vollzug.

#### Defizite im Bereich des Verfahrens

In Bezug auf die Verfahren der Freigabeentscheidungen bei der USK hat die Evaluation einige Defizite von unterschiedlichem Gewicht und Tragweite aufgefunden. So werden der USK produktionsbedingt oft unfertige Versionen vorgelegt, z.B. ohne deutsche Sprachausgabe. Einerseits kann dies Arbeits- und Prüfungszeit bei der USK unnötig binden, ohne dass letztendlich eine abschließende Altersfreigabe erfolgen kann. Andererseits muss in den Fällen, in denen eine Altersklassifizierung für ein noch nicht gänzlich fertiges Produkt vorgenommen wird, eine systematische Kontrolle stattfinden, ob die Altersfreigabe auch noch für das dann am Markt angebotene Spiel legitim erscheint.

In der Öffentlichkeit heftig diskutiert wurde der Testbereich der USK. Spiele werden bei der USK – genauso wie bei der BPjM – durch Tester gesichtet und dann dem Entscheidungsgremium präsentiert. Die Einflussnahmemöglichkeit der Tester auf die Präsentation war dabei meist Ursache für Kritik, eine andere praktikable Lösung ist allerdings schwer vorstellbar: Viele Spiele sind in ihrer Mechanik so ausgefeilt und differenziert, dass es kaum denkbar erscheint, dass Personen, die die nötige Kompetenz zur jugendschutzrechtlichen Beurteilung mitbringen, zugleich in der Lage sind, alle in Frage kommenden Spiele durchzuspielen. Wird insofern an dem bisher praktizierten Konzept festgehalten, sollten aber Möglichkeiten der Qualitätssicherung in Bezug auf den Testbereich genutzt werden, etwa in Form von Doppelsichtungen durch zwei Tester oder Parallelpräsentationen zum Erkennen von Inkonsistenzen.

Die Evaluation hat ferner ergeben, dass die im Reihum-Verfahren von unterschiedlichen Gutachtern erstellten Prüfprotokolle von unterschiedlicher Differenziertheit und Struktur sind. Diese Kritik wird auf Seiten der USK bereits adressiert.

Wird ein Spiel durch die USK gekennzeichnet, kann es nicht mehr von der BPjM indiziert werden. Im Bereich dieser „Sperrwirkung“ der USK-Kennzeichen berühren sich In-

dizierungs- und Kennzeichnungsverfahren. Um zu gewährleisten, dass Spiele, die Indizierungskriterien aufweisen, entsprechend von der USK behandelt werden, muss sichergestellt sein, dass die angelegten Kriterien bei USK und BPjM möglichst deckungsgleich sind. Vieles spricht bereits für eine Konsistenz in der Kriterienanwendung, dennoch weist die Evaluation auf noch zu wenig genutzte systematische Formen des Austausches von BPjM und USK über Kriterien und Kriterieninterpretationen hin.

#### Online-Spiele als Herausforderung für den Jugendschutz

Die zunehmende Bedeutung von Spielen, die mit anderen Personen über das Internet gespielt werden oder ausschließlich über das Internet vertrieben und verkauft werden, führt zu dem Problem, dass solche reinen Online- und Download-Spiele nicht gekennzeichnet werden können. Das JuSchG gilt nur für Spiele, die (auch) auf Trägermedien vorliegen, also etwa auf CD oder DVD. Für reine den Telemedien zugehörige Games – etwa Browser-Spiele – gilt vielmehr der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) der Länder, der ein Kennzeichnungsverfahren gerade nicht kennt. Hier fallen also unterschiedliche Spiele unterschiedlichen Gesetzen und Jugendschutzkonzeptionen. Mittelfristig müssen hier gangbare Lösungen gefunden werden, zumindest können schon jetzt im Ansatz Maßnahmen zur Optimierung getroffen werden: Bei der Alterseinstufung von Spielen,

die über Online-Funktionalitäten verfügen, sollten schon bei der Beurteilung der Offline-Version die Möglichkeiten beachtet werden, die die Software für Online-Veränderungen bietet und welche Risiken sich daraus ergeben.

#### Schwacher Vollzug führt zu geringem Verfolgungsdruck bei „schwarzen Schafen“

Ein für das Jugendschutzkonzept wichtiger Punkt ist die Frage, inwieweit sich der Handel an die gesetzlichen Vorgaben – sprich: die ausschließlich altersgerechte Abgabe – hält. Die zuständigen kommunalen Ordnungs- und Gewerbeaufsichtsämter überprüfen die Einhaltung der Abgabebeschränkungen regional ganz unterschiedlich intensiv und eher punktuell als systematisch. Auch wenn mangels zentraler Statistiken die tatsächliche Zahl von Abgabeverstößen nicht geschätzt werden kann, ist es auf Grundlage der vorhandenen Informationen anzunehmen, dass hier keine hinreichende Sanktionswahrscheinlichkeit besteht. Möglichkeiten der Verbesserung des Vollzugs werden insofern bereits im politischen Raum diskutiert.

#### Die Realität als Konterkarierung des Jugendschutzes?

Auf dem Papier erscheinen die Konzepte von Kennzeichnung oder Indizierung sachgerecht. Im Alltag können diese allerdings unterlaufen werden. So zeigen etwa die JIM-Studien des MPFS, dass die Möglichkeit, ein nicht dem Alter angemessenes Spiel zu erwerben oder nutzen, kei-

ne reine Randerscheinung ist. So passiert es, dass Eltern, Geschwister oder ältere Freude altersunangemessene Spiele zugänglich machen, etwa durch Kauf, Schenken oder Weitergabe im Familien- und Freundeskreis oder in der Schule. Auch zeigen Testkäufe und Kontrollen immer wieder, dass einzelne Händler sich nicht an die gesetzlichen Vorgaben halten und Produkte an zu junge Käufer abgeben. Ferner erscheinen ausländische Online-Versandhändler, für die das deutsche Jugendschutzrecht nicht gilt, als Einfallort für das Umgehen hier geltender Abgabebeschränkungen. Letztlich führt auch der technisch versierte Umgang von Kindern und Jugendlichen mit dem Internet dazu, dass Teile der Minderjährigen Spiele über Online-Tauschbörsen, Warez-Foren und andere Wege aus dem Internet herunterladen, die nicht für ihr Alter freigegeben sind.

#### Jugendschutz als ernstes „Spiel“

Jugendmedienschutz im Bereich Video- und Computerspiele ist selbst ein „Spiel“ mit großer Dynamik und mit sich schnell bewegenden Objekten. Die Spieleangebote selbst verändern sich rasch und Kinder und Jugendliche sind findig im Umgehen von Zugangs- und Vertriebsbeschränkungen. Dies kann aber nicht als Konsequenz nach sich ziehen, dass sich der Staat aus dem Jugendschutz resigniert zurückzieht und die Eltern und Jugendlichen sich selbst überlässt – im Gegenteil: Den Gesetzgeber trifft die verfassungsrechtliche Pflicht, Minderjährigen

eine Entwicklung ihrer Persönlichkeit möglichst frei von schädlichen (Medien-)Einflüssen zu ermöglichen und Eltern solche Rahmenbedingungen an die Hand zu geben, die die optimale Ausübung ihres verfassungsrechtlich verbürgten Erziehungsrechts gewährleisten.

Jugendschutz ist zudem eine Form von Risikomanagement: Dort, wo mit Vorschriften tatsächliche Wirkungen erzielt werden können, müssen Rechtsvorschriften ansetzen. Dies gilt insofern vor allem in Hinblick auf das ungewollte Inkontaktkommen mit entwicklungsbeeinträchtigenden Spielen und die Abgabe von Spielen im deutschen Einzel- und Versandhandel. Für ausländische Angebote und das Internet stößt nationales Recht schnell an seine Grenzen – genauso wie in Bezug auf den Jugendlichen, der partout an „sein“ Spiel kommen will. Hier bringen auch Rufe nach allgemeinen Verboten nichts, denen in Hinblick auf im Grundgesetz garantierte Meinungs-, Informations- und Kunstfreiheit ohnehin enge verfassungsrechtliche Grenzen gesetzt sind.

*Die Verfasser sind wissenschaftliche Mitarbeiter im Bereich Recht am Hans-Bredow-Institut für Medienforschung und Mitautoren der „Analyse des Jugendmedienschutzsystems - Jugendschutzgesetz und Jugendmedienschutz-Staatsvertrag“*

Die Studie ist abrufbar unter: <http://www.hans-bredow-institut.de/forschung/recht/071030Jugendschutz-Endbericht.pdf>

## Ist Geschichte in Spielen nur ein Verkaufsargument?

Ein Interview mit Rainer Pöppinghege, Daniel Pickert und Alexander Schmeding

**puk:** Herr Pöppinghege, muss denn die Geschichte in Spielen immer realitätsnah abgebildet werden? Oder reicht es nicht bereits aus, dass Kinder und Jugendliche durch Spiele wie die *Anno Reihe* zur Beschäftigung mit vergangenen Epochen animiert werden?

**Rainer Pöppinghege:** Das ist richtig. Spiele sind zunächst einmal nicht dazu da, Geschichte abzubilden. Wenn man sich die Motivation der Spieleentwickler anschaut, stellt man fest, dass Geschichte als Aufhänger und als Verkaufsargument genutzt wird. Es ist natürlich immer sinnvoll, sich mit Geschichte zu befassen. Ob das allerdings im Rahmen dieser Computerspiele geschieht, da habe ich so meine Zweifel.

**puk:** Sie sind Historiker und lehren als Privatdozent an der Universität Paderborn. In einem Ihrer letzten Seminare, aus dem zwei Studierende heute auch anwesend sind, haben Sie zusammen mit den Teilnehmern Computerspiele auf ihren historischen Gehalt hin untersucht. Sind Sie selber Spieler?

**Pöppinghege:** Nein, ich bin kein Spieler. Ich bin über meinen zwölfjährigen Sohn mit Computerspielen in Kontakt gekommen. Ein paar seiner Spiele weisen einen historischen Hintergrund auf. Ich habe ihm das ein oder andere Mal beim Spielen über die Schulter geschaut. Die Spielkompetenz haben allerdings meine Studenten eingebracht. Ich habe mich dem Thema eher von der historisch-wissenschaftlichen Seite genähert.

**puk:** Herr Schmeding und Herr Pickert, das bedeutet, dass Sie von Haus Spieler sind? Was spielen Sie privat?

**Alexander Schmeding:** Es gibt eine Vielzahl von Spielen mit historischem Background, die ich auch privat gespielt habe. Beispiele wären *Rome Total War*, *Medieval 1* und *2*, Spiele der *Anno Reihe*, aber auch die *Stronghold* Serie war mir bereits zuvor bekannt.



Computerspiele sind in der Universität angekommen. Dr. Pöppinghege (Mitte) mit zwei der Projektteilnehmer Alexander Schmeding (links) und Daniel Pickert (rechts).  
Foto: Stefanie Ernst

**Daniel Pickert:** Bei mir verhält es sich ähnlich. An einige Spiele bin ich allerdings erst durch das Seminar herangekommen. Man hat sich dann mit den Spielen näher auseinandergesetzt. Da waren durchaus einige interessante Titel dabei.

**puk:** Wie viele Teilnehmer haben das Seminar besucht?  
**Pickert:** Ungefähr 120.

**puk:** Im Verhältnis ist es so, dass mehr Jungen als Mädchen spielen. Hat sich das in der Zusammensetzung der Seminarteilnehmer wider-

gespiegelt? Waren es mehr Studenten als Studentinnen?

**Pöppinghege:** Das würde ich nicht unbedingt sagen. Möglicherweise waren es unter den Referenten, die sich aktiv irgendwo wieder gefunden haben, mehr männliche Studenten. Insgesamt war es schon gemischt.

**puk:** Vor einigen Jahren gab es an der Universität zahlreiche Seminare zum Thema „Geschichte in Dokumentationen“ oder „Geschichte im (Kino-) Film“. Gibt es einen neuen Trend hin zur Untersuchung von

Geschichte in Computerspielen?

**Pöppinghege:** Das Seminar war sehr populär. Es hat zudem eine gewisse Außenwirkung entfaltet und so könnte ich mir durchaus vorstellen, ein weiteres anzubieten. Wenn man allerdings die Forschungslandschaft betrachtet und genauer hinsieht, was die Geschichtsdidaktik bislang dazu gemacht hat, dann wird man bis auf ein Fachbuch und ein oder zwei Auf-

Weiter auf Seite 39

## Fortsetzung von Seite 38

sätze wenig finden. Zumindest was die „historischen Spiele“ anbelangt besteht hier noch sehr viel Forschungsbedarf. Von einem Trend würde ich somit noch nicht sprechen.

**puk:** Welche Spiele haben Sie und Ihre Studenten im Laufe des Seminars untersucht?

**Pöppinghege:** Das waren im Wesentlichen *Stronghold*, die Serie *Civilization*, *Age of Empires*, *Hearts of Iron*, die drei verschiedenen *Anno* Spiele, *Blitzkrieg*, sowie *Napoleon*, *Rome Total War* und *Hammer und Sichel*, ein Spiel zum Kalten Krieg.

**puk:** Gibt es besonders beliebte Epochen, die durch Computerspiele abgedeckt werden oder besonders beliebte „historische Ereignisse“?

**Pöppinghege:** Ja, das würde ich schon so sehen. Die Antike ist ganz gut vertreten, so sind zum Beispiel von dem Spiel *Caesar* insgesamt vier Folgen herausgekommen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Mittelalter. Hier sind Spiele wie *Patrizier*, *Die Gilde* oder *Stronghold* angesiedelt. Dann beginnt es erst wieder mit Spielen zum Zweiten Weltkrieg. Zwar gibt es auch Material zum Amerikanischen Bürgerkrieg, aber wenn man die Quantitäten sieht, dann ist der Zweite Weltkrieg in der Neuzeit besonders stark vertreten.

**puk:** Die Macher von *Anno 1701* werben mit dem atemberaubenden Realismus bei Flora und Fauna. Und im Booklet von *Die Gilde 2* ist zu lesen, dass ein vielfältiges und plastisches Bild vom Leben im Spätmittelalter vermittelt werden soll. Eine hohe Erwartungshaltung wird hier generiert. Was waren denn die größten Fehler und Irrtümer, die Sie aufgedeckt haben?

**Pöppinghege:** In den meisten Spielen wird schon ein solides Lexikonwissen mitgeteilt und das ist wohl auch die Basis der Entwickler. Es sind vor allem strukturelle Gründe oder strukturelle Defizite, die ins Auge fallen. In *Caesar 4*, einem Aufbauspiel, kommt die Sklavenhaltung zum Beispiel gar nicht vor. Gezeigt wird eine rein marktwirtschaftlich-kapitalistische agierende Gesellschaft, mit der der Spieler konfrontiert wird. Ähnliches ist auch für die ganzen Spiele, die im Mittelalter angesiedelt sind, anzumerken. In diesen ist so etwas wie ein Lehnssystem gar nicht vorhanden. Was mich persönlich als Neuzeithistoriker besonders gärt, ist, dass es Spiele zum Zweiten Weltkrieg gibt, in denen der Zweite Weltkrieg als ein Krieg wie jeder andere daherkommt. Also ein sauberer, steriler Krieg, ohne Tötung von Zivilisten in den Ostgebieten, ohne Ermordung von Juden und Partisanen. Vollkommen reduziert auf strategische Fragen.

**puk:** Haben Sie bei Ihren Untersuchungen mehr nach dem großen Ganzen geschaut, wie dem Lehnswesen oder der Religion, oder haben Sie auch ins Detail geguckt und geprüft: Stimmt die Kleidung im Spätmittelalter, stimmen die verwendeten Münzen und wie verhält es sich mit der historischen Verbürgtheit des dargestellten Schifftypus?

**Pöppinghege:** Mir scheint es generell nicht besonders sinnvoll zu prüfen, ob nun eine authentische Waffe gebraucht wurde oder nicht. Bei einigen Spielen haben sich Studenten des Seminars aber tatsächlich auch diese Feinheiten angesehen. Sie stellten fest, dass es diesbezüglich durchaus noch Verbesserungspotenzial gibt. Falsche Waffen und falsche Kleidung findet man häufig. Besonders fällt auf, dass in früheren Zeiten die Menschen in den Spielen alle völlig uniformiert daherkommen. Man sollte allerdings nicht denken, dass im Mittelalter alle Menschen Uniform getragen haben.

**puk:** Wie muss man sich die Arbeit im Seminar vorzustellen? Saßen Sie

als Studierende am Computer und haben erst einmal gespielt, um sich einzufinden? Oder haben Sie direkt Themen für Hausarbeiten oder Referate angenommen und sich die Spiele auf diese Weise erschlossen?

**Pickert:** Mit insgesamt 120 Teilnehmern an PCs zu arbeiten, wäre generell nicht möglich gewesen. Wir haben uns die Spiele über Referate angeeignet. Die Themen wurden chronologisch gegliedert. So untersuchten die einzelnen Studenten erst Spiele zur Antike, dann des Mittelalters bis zum Zweiten Weltkrieg. Das jeweilige Spiel und die Ergebnisse wurden danach im Plenum präsentiert und zur Diskussion gestellt. Zum Teil wurden auch Spielszenen mittels Beamer vorgeführt und besprochen.

**puk:** Aus dem Seminar ist eine Projektgruppe zum Thema entstanden. Wie arbeitet die Projektgruppe? Ich habe gelesen, dass Sie in Schulen gehen und beraten. Wie muss man sich das vorstellen?

**Schmeding:** Ja, wir haben damit angefangen, dass wir uns erst mal durch die Lektüre der wissenschaftlichen Literatur eine Grundlage geschaffen haben. Leider ist in diesem Bereich wenig Forschung betrieben worden, wie Herr Pöppinghege gerade schon ausführte. Dann haben wir ein bisschen Empirie betrieben. Unter anderem haben wir eine Umfrage an Schulen gemacht und nachdem die ganzen Ergebnisse dann zurückgelaufen sind, haben wir die erste Lehrerfortbildung zu dem Thema angeboten. Momentan präsentieren wir also die Ergebnisse der Studie an den Schulen in Westfalen.

**puk:** Und gibt es Computerspiele, die Sie für den Geschichtsunterricht empfehlen würden? Kann man dieses Medium überhaupt im Unterricht einsetzen?

**Pöppinghege:** Theoretisch kann man im Unterricht natürlich jedes Spiel daraufhin untersuchen, ob es irgendwelche Defizite aufweist. Das ist didaktisch allerdings ein bisschen schwierig, weil die Schüler bereits im Vorfeld über ein großes Wissen verfügen müssten. Es gibt einige Spiele, die auf den Schuleinsatz hin konzipiert wurden. *Die Stadt im Mittelalter* aus dem Jahr 1995 ist so ein Klassiker. Das ist aber kein richtiges Spiel. Oder *Historion*, welches ich meinem Sohn gekauft habe. In dem Spiel spaziert ein Astronaut durch das antike Griechenland und stellt sich verschiedenen Aufgaben.

**puk:** Nach den hitzigen Debatten in der Vergangenheit zu den so genannten Killerspielen – Stichwort: Ego Shooter – mündet die Diskussion in der Öffentlichkeit und der Politik nun in seichteres Fahrwasser ein. Hier ist eine gewisse Trendwende zu beobachten. Kulturstaatsminister Neumann hat gerade 300.000 Euro jährlich für einen Computerspielepreis ausgelobt und die große Koalition hat den Antrag in den Bundestag eingebracht, dass pädagogisch wertvolle Computerspiele gefördert werden sollen. Gibt es Spiele, die Sie für diesen Preis vorschlagen würden?

**Pöppinghege:** Wie ich bereits sagte, ist Geschichte in den Spielen immer ein Aufhänger. So werden die Spiele interessant gemacht, man sollte allerdings nicht davon ausgehen, dass da historisches Wissen vermittelt wird. Im besten Fall wird zeitloses Wissen vermittelt. Zum Beispiel wie Marktwirtschaft funktioniert und unter welchen Gesichtspunkten eine Insel besiedelt werden kann. Bestimmte Produktionsketten müssen aufgebaut werden, die dortigen Arbeiter müssen zufrieden gestellt und ernährt werden, Rohstoffe gilt es zu erlangen. Dieses „Wissen“ ist nicht an eine bestimmte Epoche gebunden. Hier sind viele Spiele in ihrem Setting austauschbar.

**puk:** Würden Ihnen Computerspiele einfallen, die Sie für einen Compu-

terspielepreis vorschlagen würden?

**Pickert:** Nein, zuerst einmal nicht. Die normalen Computerspiele sind dafür konzipiert, dass man mit ihnen Gewinn erwirtschaften kann, verfolgen also kommerzielle Interessen. Natürlich gibt es auch den Bereich der „educational Spiele“. Diese weisen aber oftmals einen geringeren Spielspaß auf. Wenn man es schaffen würde, Spielspaß mit Wissen und Aneignung von Wissen zu kombinieren, dann wäre es bestimmt möglich, dass man ein solches Spiel als pädagogisch wertvoll ansehen könnte. Bei Spielen, wie bei dem bereits erwähnten *Historion*, erscheinen Textmeldungen mit bestimmten historischen Informationen, die allerdings für den Spielverlauf nicht relevant sind. Da erscheint es doch fraglich, ob ein 10-jähriger Junge tatsächlich jede Meldung bis zum Ende durchliest. Wenn man ein solches Faktenwissen, das bislang nur als Lexikonwissen präsentiert wird, in ein Spiel besser integrieren könnte, dann wäre das sicherlich ein Anwärter für einen solchen Preis.

**puk:** In den Booklets zu den Spielen taucht immer häufiger das Wort „historical research“ auf. Glauben Sie, dass die Computerbranche ein Arbeitsfeld für Historiker sein könnte, das Zukunft hat? Könnten Sie sich vorstellen, dass Historiker verstärkt bei der Spieleindustrie tätig werden und diese bei Konzepten und der Ausgestaltung von Spielen wissenschaftlich berät?

**Pöppinghege:** Diese Arbeit ist ja bei Spielfilmen bereits Gang und Gebe. Zumindest bei solchen, die ein bisschen was auf sich halten. Ich könnte mir schon vorstellen, dass man da noch ein bisschen mehr in die Tiefe

geht und nicht nur bei Wikipedia oder in einem anderen Lexikon Fakten nachschlägt. Vielleicht werden auch zukünftig häufiger wissenschaftlich ausgebildete Personen mit der Recherche betraut. Allerdings sollte man an die Spiele nicht mit der Erwartung herangehen, dass in ihnen die Historie eins zu eins abgebildet wird.

**puk:** Abschließend an alle die Frage: Hat sich durch die Seminar- und Projektarbeit Ihre Einstellung zum Spielen und zu den Spielen generell geändert?

**Pöppinghege:** Ich hab festgestellt, dass, je tiefer ich in das Thema und die Spiele eindringe, desto weniger Geschichte finde ich in diesen Spielen. Natürlich würde ich ein solches Seminar noch einmal machen und demnächst wird bestimmt wieder Bedarf bestehen.

**Schmeding:** Ich habe jetzt noch einmal einen ganz anderen Blick auf die Spiele erhalten. Nach der Erfahrung aus dem Seminar und der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Spielen habe ich festgestellt, dass man sich zuvor beim privaten Spielen relativ unkritisch mit der Sache auseinandergesetzt hat. Zumal man erst einmal davon ausgeht, dass sich die Menschen, die die Spiele entwickelt haben, schon etwas dabei gedacht haben und dass die Fakten, die präsentiert werden auch korrekt sind. An einigen der untersuchten Beispiele musste ich dann jedoch feststellen, dass dem nicht so ist. Es finden sich durchaus auch negative Beispiele, wo nicht einmal Lexikonwissen abgebildet wird.

**puk:** Herr Pickert: Eher Spieler geblieben? Mehr Spieler geworden?

**Pickert:** An der Spielfreude hat sich

## Dr. Rainer Pöppinghege

Dr. Rainer Pöppinghege ist Historiker und lehrt als Privatdozent an der Universität Paderborn.

In einem Seminar untersuchte er gemeinsam mit Studenten eine Vielzahl von Computerspielen auf deren historischen Wahrheitsgehalt. Nach der Auslobung des Deutschen Computerspielepreises durch Kulturstaatsminister Bernd Neumann ist es an der Zeit zu fragen, wie es um den Mehrwert von Computerspielen bestellt ist. Ihr Spielspaß ist häufig unumstritten, aber passen die Hintergründe? Können Sie in Schulen eingesetzt werden und inwieweit befasst sich die Forschung, in diesem Fall die Geschichtswissenschaft, mit dem „neuen“ Medium? Diesen und weiteren Fragen standen Dr. Pöppinghege und zwei seiner Seminarteilnehmer, Alexander Schmeding und Daniel Pickert, Rede und Antwort.

nicht viel geändert. Aber ich gehe nun tatsächlich sehr viel kritischer an die Spiele heran. Nun hinterfrage ich viel häufiger, was vermittelt wird und was man an Wissen für sich selber mitnehmen kann. Und wenn wir dieses reflektierte Herangehen an Computerspiele in der Vortragsreihe an den Schulen vermitteln können und die Schüler zum kritischen Nachdenken anregen können, dann haben wir schon ein wichtiges Ziel erreicht.

Das Interview führte Stefanie Ernst ■

## Europa und die Kultur

Europäische Kulturmitteilung auf dem Gleis • Von Barbara Gessler

**Ein großer Schritt ist getan auf dem Weg zu einer wahrhaftigen europäischen Kulturagenda: Auf ihrer offiziellen Sitzung im November haben die Kulturminister der Mitgliedstaaten die Mitteilung der Kommission angenommen und somit eine gemeinsame Kulturstrategie für die kommenden Jahre vorgelegt, die diesen Namen verdient. Bis 2010 sollen Maßnahmen getroffen werden, die in vielen Punkten den Forderungen aus dem Sektor und dem Europäischen Parlament entsprechen.**

So soll eine Verbesserung der Bedingungen für die Mobilität von Künstlern und anderen Kulturschaffenden erreicht werden, wobei man natürlich davon ausgehen muss, dass die Kulturminister diesbezüglich mit ihren nationalen Counterparts in den anderen Ministerien, die die Hoheit über Sozialversicherung, Steuern und andere Themen haben, in engem Kontakt stehen und darauf drängen werden, dass auch wirklich Fortschritte erzielt werden können. Dies gilt auch für andere Schwerpunkte der Ratsentschließung, die etwa die Förderung des Kulturtourismus, der Vielsprachigkeit und der Digitalisierung fordert. Eine besondere Herausforderung in dieser Hinsicht wird die geforderte „Verzahnung mit der Bildung (insbesondere der Kunsterziehung)“ sein, da bekanntermaßen nicht nur in Deutschland vermutlich sofort die Frage nach der zuständigen Ebene gestellt werden und die Forderung der Umsetzung von Subsidiarität laut werden wird. Der lange im Raum stehende Wunsch nach vergleichbarem Daten- und statistischem Material wird von den Kulturministern aufgenommen. Das wird besonders wichtig sein, wenn man die ebenfalls erhobene Forderung nach „bestmöglicher Nutzung des Potenzials der

Kultur- und Kreativwirtschaft, insbesondere der KMU“ betrachtet. Im Rahmen der auch von der Portugiesischen Ratspräsidentschaft angestrebten besseren Verankerung der Kreativwirtschaft (im weitesten Sinne) als einem elementaren Bestandteil der Lissabon Strategie für Wachstum und Beschäftigung wird das Jahr 2009 in dieser Hinsicht bedeutsam sein. Da Kunst und Kultur also wesentlich zum Reichtum Europas und zur immer wichtiger werdenden Findung und Formulierung seiner Werte beitragen, wäre, so die Meinung der Autorin, der Kultursektor hier also besonders zu fördern.

Wie die Kulturagenda konkret umgesetzt werden wird, soll in der von der Kommission vorgeschlagenen und von den Ministern akzeptierten Offenen Methode der Koordinierung geprüft werden. Alle drei Jahre soll ein Bericht Aufschluss darüber geben, wie weit man auf dem Weg zur Erreichung dieser Ziele gekommen ist. Dem besonderen Charakter des kulturellen Sektors angemessen ist die Freiwilligkeit dieses Prozesses, dem sich die Mitgliedstaaten dort anschließen können, wo sie es für sinnvoll erachten. Hier sollte natürlich, meines Erachtens, Transparenz herrschen und es wäre sicher wünschenswert, wenn die Staaten, die gemeinsame Bemühungen aus nationalen Erwägungen nicht mittragen wollen, ihre Gründe dafür so deutlich und nachvollziehbar wie möglich machen.

Am 4. Dezember ist der offizielle Startschuss für das Jahr des Interkulturellen Dialogs (<http://www.interculturaldialogue2008.eu/340.html?L=1>) gefallen, das in Deutschland federführend vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend getragen und im Februar mit einer großen Auftaktveranstaltung eröffnet wird. Neben den acht als nationalem Projekt für die EU-Förderung

ausgewählten Projekten werden, wie auch in den anderen Mitgliedstaaten, eine Menge von Veranstaltungen verschiedenster Natur stattfinden, die insbesondere auch die Zivilgesellschaft mit einbeziehen und möglichst viele Menschen erreichen sollen. Auf der europäischen Ebene wurden renommierte Künstler als Botschafter für das Jahr ernannt. Eine kürzlich vorgelegte Eurobarometer-Erhebung belegt, dass fast drei Viertel aller EU-Bürgerinnen und Bürger der Meinung sind, dass Menschen mit einem anderen ethnischen, religiösen oder nationalen Hintergrund das kulturelle Leben in ihrem Land bereichern. Gleichzeitig zeigt sie auch, dass die meisten Menschen sich sowohl für die kulturelle Vielfalt als auch für die Pflege ihrer eigenen kulturellen Wurzeln aussprechen.

In der digitalen Welt sind in den vergangenen Monaten insbesondere zwei konkrete Schritte getan worden. So geht der Aufbau der Europäischen Digitalen Bibliothek stetig voran, die noch vor Ende 2008 als Prototyp vorgestellt werden soll. Sie soll den direkten Zugriff auf mindestens 2 Millionen Bücher, Karten und Fotos sowie Archivbestände und Filmmaterial ermöglichen. Unter dem Vorsitz der Deutschen Nationalbibliothek hat sich eine Stiftung gegründet, die diese Initiative vorantreibt.

Im November 2007 haben die Mitgliedstaaten außerdem grünes Licht für eine gemeinsame pro-aktive Herangehensweise an das mobile Fernsehen in Europa gegeben, aus der sich nicht nur für Konsumenten, sondern auch für Kreative und Rundfunkanstalten neue Möglichkeiten in einem sehr dynamischen Markt ergeben sollen.

Die Verfasserin ist Leiterin der EU-Vertretung in Bonn ■

# Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung

Bewahrung kultureller Vielfalt ist vornehmste Aufgabe • Von Gerd Harms

**Der Rat der Europäischen Union für Bildung, Kultur und Jugend hat am 16.11.2007 die Entschließung zur europäischen Kulturagenda verabschiedet. Grundlage ist der Vorschlag der Europäischen Kommission vom 10. Mai d.J. (KOM (2007) 242 endg.). Die europäische Kulturagenda setzt sich vor allem die Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs, die Förderung der Kultur als Katalysator für Kreativität im Rahmen der Lissabon-Strategie und als Bestandteil der internationalen Beziehungen der EU zum Ziel. Kernaussage ist die Hervorhebung, dass Europas Stärke die Einheit in der Vielfalt ist: „Aufgrund dieser Einheit in der Vielfalt sind der Respekt der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und die Förderung des gemeinsamen kulturellen Erbes zentrale Anliegen des europäischen Projekts. Im Angesicht der Globalisierung kann darauf weniger denn je verzichtet werden.“**

Kultur bestimmt maßgeblich die Identität nicht nur der Völker, sondern eines jeden einzelnen Menschen. Kultur ist lokal und regional verwurzelt. Lebendige Kultur bedarf aber stets, um nicht zu erstarren oder gar in Heimattümelei zu verfallen, der Auseinandersetzung und des Austausches mit anderen Kulturen. Diesen Austausch hat es innerhalb Europas stets gegeben: Gotik oder Barock z.B. sind letztlich europäische Kunstphänomene, auch wenn sie regional sehr unterschiedliche Ausprägungen erfahren haben.

Kultur nimmt in dem europäischen Integrationsprozess eine zentrale Rolle ein, gerade weil durch den kulturellen Austausch zwischen den verschiedenen Teilen Europas gemeinsame Wurzeln, Werte und Überzeugungen entstanden sind. Der Respekt für kulturelle, sprachliche, ethnische und religiöse Unterschiede ist daher eines der Grundprinzipien, welches dem europäischen Integrationsprozess zugrunde liegt. Europäische Integration bedeutet daher nicht die Beseitigung dieser Unterschiede, sondern im Gegenteil die Stärkung dieser unterschiedlichen Identitäten durch Intensivierung der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern Europas.

In Zeiten der Globalisierung gewinnt diese Form der Kulturpolitik, die auf die Stärkung der eigenen Identität durch Kooperation und Austausch setzt, zusätzliche Bedeutung. Gerade im Austausch mit anderen Kulturen der Welt erfahren wir unsere regionalen, nationalen und unsere gemeinsamen europäischen Wurzeln immer stärker. Im Zeitalter globalisierter Wirtschaft und Medien ist es umso wichtiger, unsere eigene Identität in all ihrer Vielfalt wirksam zu vertreten.

Viele Regionen in Europa haben angesichts struktureller Wandlungsprozesse die Kulturwirtschaft und den Kulturtourismus als Wirtschaftsfaktor entdeckt. Die Kulturwirtschaft ist einer der Wachstumsbereiche der europäischen Wirtschaft. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Kommissionsmitteilung auch den Bereich der Kulturwirtschaft als Schwerpunkt zur Erreichung der Lissabonziele nennt. Aber über die Kulturwirtschaft im engeren Sinne hinaus sind kulturelle Vielfalt und Attraktivität Voraussetzung für Kreativität und Innovationsfähigkeit einer Region, wie Richard Florida feststellt: Es sind Technologie, Talente und Toleranz, die erfolgreiche Regionen auszeichnen. Kulturelle Vielfalt und Qualität stärken diese Elemente und schaffen wichtige Voraussetzungen für den

Erfolg einer Region. Dennoch darf die Bedeutung der Kulturwirtschaft nicht überbetont werden. Kultur existiert ohne Kulturwirtschaft, Kulturwirtschaft aber nicht ohne Kultur. Es ist die Aufgabe der Kulturpolitik, die Bewahrung und Fortentwicklung des kulturellen Erbes auf regionaler, nationaler und m.E. auch auf europäischer Ebene zu sichern und zu unterstützen.

Art. 151 des EG-Vertrages weist der europäischen Ebene im Bereich der Kulturpolitik zurecht nur eine eingeschränkte Rolle zu. Die Europäische Kommission erkennt dies ausdrücklich an. Der Ausschuss der Regionen hat in seiner Stellungnahme (CdR 172/2007) auf der Basis meiner Berichterstattung ausdrücklich darauf hingewiesen. Während im Hinblick auf die grundlegenden Ziele der Mitteilung und die Steigerung der Bedeutung der Kulturpolitik großes Einverständnis besteht, hegen einige Mitgliedstaaten und Regionen Besorgnisse gegenüber der von der Europäischen Kommission in der Mitteilung vorgeschlagenen Methode der offenen Koordinierung. Der Ratsbeschluss zur Kulturagenda hat nach intensiver Diskussion zwischen den Mitgliedstaaten (insbesondere auch Deutschland) und der Kommission zur Einführung der Methode der offenen Koordinierung im Kulturbereich einen Konsens gefunden, der den Prinzipien der Subsidiarität und der Freiwilligkeit Rechnung tragen soll.

Ich bin nicht davon überzeugt, dass die Kulturpolitiken der Mitgliedstaaten und der Regionen der Europäischen Union der Koordinierung bedürfen. Was wir stattdessen brauchen, sind Scharniere und Drehscheiben, Kooperationsmechanismen zwischen unseren Kulturinstitutionen und Künstlern sowie unseren Öffentlichkeiten, und natürlich mit jenen Teilen der Welt, die nicht zur EU gehören. Dies ist es, was Artikel 151 des EG-Vertrages in Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip verlangt. Europäische Programme für kulturelle Zusammenarbeit dürfen nicht nur für gro-



Treffen der Mitglieder des Sprecherrates des Deutschen Kulturrates mit EU-Kultur-Kommissar Jan Figel.

Foto: Stefanie Ernst

ße etablierte Kulturorganisationen, sondern müssen auch für kleinere Einrichtungen vor Ort ohne einen großen Mitarbeiterstab und mit erst wenigen Erfahrungen im kulturellen Austausch zugänglich sein. Dafür ist es erforderlich, dass die Verfahren einfach und leicht zugänglich werden. Gerade im Kontakt mit der lokalen und regionalen Ebene, ist es notwendig, unnötige administrative Belastungen und Berichtspflichten zu vermeiden.

Darüber hinaus sollte die Europäische Kommission einem der attraktivsten europäischen Kulturprojekte, den Kulturhauptstädten Europas, die strategische Bedeutung zu messen, die es verdient. Dieses Programm ist populär und gewinnt mit den zunehmend national ausgeprägten Wettbewerben rasch an Bedeu-

tung, nicht zuletzt, weil innerhalb des Kulturhauptstadtprozesses der Jahre 2007 bis 2011 Kultur als Motor und Ressource gesellschaftlicher Entwicklung verstanden und behandelt wird. Im Übrigen hat der Kultur-Ministerat am 16.11. auch die Ernennung der Städte Turku (Finnland) und Tallinn (Estland) als Kulturhauptstädte für 2011 beschlossen.

Kultur ist seit Menschengedenken immer schon Motor für die Entwicklung von Städten und Regionen. Denn Kultur schließt nicht nur die gemeinsame Verantwortung für das kulturelle Erbe und die Bewahrung guter Traditionen mit ein, sondern bestimmt auch die Qualität der Beteiligungsprozesse selbst, sprich Verhaltens-, Kommunikations- und Denkweisen, und damit zukünftige Ergebnisse. Städte und Regionen sind die

wichtigsten Förderer und Organisatoren kulturellen Lebens. Die kulturelle Vielfalt Europas, unser globales Alleinstellungsmerkmal, um in der Sprache der Ökonomen eine Anleihe zu nehmen, hat ihre Basis in den Regionen unseres Kontinents. Die Bewahrung dieser Vielfalt ist die vornehmste Aufgabe der Städte, Gemeinden und Regionen. Die Kultur Europas ist wie ein großes Mosaik, dessen Teile unverzichtbar sind, die aber gemeinsam ein neues, vielfältiges und atemberaubend attraktives Bild ergeben.

*Der Verfasser ist Bevollmächtigter des Landes Brandenburg beim Bund für Europaangelegenheiten und Mitglied des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union ■*

## Auswärtige Kulturpolitik in der Diskussion

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Neujustierung der Auswärtigen Kulturpolitik • Von Kristin Bäbler

**„Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist die dritte Säule der deutschen Außenpolitik. Wir wollen den Dialog der Kulturen stärken und besonders durch Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Hochschule dauerhaftes Interesse an Deutschland und Europa wecken. Um die Effizienz unserer Auswärtigen Kulturpolitik zu erhöhen, wollen wir die Instrumente straffen, stärker vernetzen und ihre Qualität verbessern.“ So lauten die Vereinbarungen der CDU/CSU und SPD aus dem Koalitionsvertrag 2005.**

Was ist seitdem geschehen?

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat diese Bestrebungen die letzten zwei Jahre intensiv verfolgt und kommt nun zu dem Schluss: Der Bundestag braucht eine Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“, die eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik erarbeitet, um daraus Handlungsempfehlungen für eine an die Herausforderungen der Zukunft angepasste Auswärtige Kulturpolitik abzuleiten. Ist die Auswärtige Kulturpolitik (AKP) in einem so desaströsen Zustand, dass erst einmal alle

Fakten und Daten auf den Tisch gebracht werden müssen, um die AKP auf den Weg der Zukunft zu bringen? Da fragt man sich, warum denn nicht schon zwischen 1998-2005 konkrete Schritte unternommen wurden, schließlich waren die Grünen Regierungspartner und stellten sogar den Außenminister?

Angesichts der Globalisierung und den zunehmenden Konfliktherden, insbesondere im Nahen Osten, wurden ja bereits im Jahr 2000 die Ziele und Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik überarbeitet und neu ausgerichtet. Die in der „Konzeption 2000“ vereinbarten Ziele scheinen den Grünen nicht mehr zu reichen: Sie wollen eine Neujustierung der Auswärtigen Kulturpolitik.

Große Anfrage zur Auswärtigen Kulturpolitik

Dieser Forderung vorausgegangen ist eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Juli 2006 an die Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik. In 165 Fragen wurden Themen wie konzeptionelle Grundlagen, institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen, Expertisen und Fachveranstaltungen, zukünftige Vorhaben und die Finanzierung der Auswärtigen

Kulturpolitik abgefragt. Kritik an der Bundesregierung äußert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in ihrer Anfrage an der Inkohärenz der konzeptionellen Ausrichtung der Auswärtigen Kulturarbeit. Dabei müsse gerade mit Blick auf Europa, so die Grünen, die Auswärtige Kulturpolitik zum einen die kulturelle Vielfalt Europas stärken, zum anderen kulturelle Gemeinsamkeiten herausstellen und befördern. Kritisiert wird auch die fehlende Evaluation der bisher geleisteten Arbeit, die im Rahmen der „Konzeption 2000“ geplant war. Evaluieren sollten die Qualität, die Relevanz und die Nachhaltigkeit der Programme der Auswärtigen Kulturpolitik.

Als letzten Punkt kritisiert die Fraktion in ihrer Anfrage die finanziellen Unwägbarkeiten der Akteure der Auswärtigen Kulturpolitik. Trotz der Bedeutung, die der Auswärtigen Kulturpolitik- und Bildungspolitik zugesprochen wird, ist die Mittelausstattung in den letzten Jahren zurückgegangen und die Mittlerorganisationen, die einen Schwerpunkt der auswärtigen Kulturarbeit vor Ort leisten, werden dazu angehalten, verstärkt Eigen- und Drittmittel zu akquirieren, um ihre Arbeit angemessen ausführen zu können.

Die lange Antwort der Bundesregierung

Im Januar 2007 legte die Bundesregierung ihre 99-seitige Antwort vor. Die Antwort der Bundesregierung macht deutlich, dass eine Vielzahl an Projekten, Initiativen und Einrichtungen mit der Weiterentwicklung der Auswärtigen Kulturpolitik beschäftigt sind und einen großen Teil zur Kulturvermittlung und zum Kulturverständnis im Ausland beitragen. Neben den großen Mittlerorganisationen wie dem Goethe-Institut, der Alexander von Humboldt-Stiftung und dem Institut für Auslandsbeziehungen, sind vor allem die Auslandschulen und der DAAD zu nennen. Auch Kooperationen auf europäischer Ebene oder Fachveranstaltungen, wie die Konferenz „Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik“ im Oktober 2006, zeugen von dem aktiven Bemühen, der Auswärtigen Kulturpolitik ein schärferes Profil zu verleihen. In Hinblick auf den Vorwurf der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, dass bisher noch keine Evaluierungen vorgelegt wurden, erklärt die Bundesregierung, dass in diesem

Weiter auf Seite 41

## Fortsetzung von Seite 40

Bereich ein langer Atem von Nöten, „die Evaluierung des Mitteleinsatzes besonders schwierig und Erfolg allenfalls langfristig messbar sei.“

## Der Antrag zur Neujustierung

Auf Grundlage des Berichtes der Bundesregierung hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Oktober 2007 einen Antrag zur Neujustierung der Auswärtigen Kulturpolitik vorgelegt. Die wichtigsten Punkte seien hier zusammengefasst:

- Auswärtige Kultur und Bildungspolitik soll als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Das gilt nicht nur für die Ministerien, sondern auch die Vernetzung aller kulturpolitischen Akteure im Inland.
- Die Arbeit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik soll auf ihre Qualität, Relevanz und Nachhaltigkeit hin überprüft und transparent gemacht werden.
- Die Stärkung der europäischen Identität und Integration soll „vordringliches Anliegen der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik“ sein. Dafür sei es notwendig, gemeinsame Strukturen und Programme mit europäischen Partnern ins Leben zu rufen. Ziel ist die Entwicklung einer europäischen Auswärtigen Kulturpolitik, unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips (Artikel 151 EGV).
- Neben der Fortführung der Kulturarbeit innerhalb Europas soll sich diese zum einen verstärkt auf den afrikanischen Kontinent beziehen, zum anderen sollen dem Dialog mit den USA neue Impulse verliehen werden.

## Die Bundestagsdebatte zur Neujustierung

Zwei Tage später, also am 12. Oktober 2007, wurde dieser Antrag im

Bundestag debattiert. Wirklich etwas Neues herausgekommen ist dabei nicht. Während Uschi Eid dem Plenum noch einmal die wichtigsten Punkte des Antrages zusammenfasste und die Notwendigkeit für eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages für dieses Politikfeld unterstrich, hob Peter Gauweiler die bisherigen Erfolge der großen Koalition und deren Auswärtigen Kulturpolitik hervor. Lukrezia Jochimsen versuchte in ihrem Redebeitrag konkret die Ziele der Auswärtigen Kulturpolitik nach interkultureller Verständigung am Beispiel Afghanistan deutlich zu machen und Harald Leibrecht von der FDP, der seine Rede zu Protokoll gegeben hatte, erklärte, dass es für die FDP von Bedeutung sei, dass die Auslandskulturarbeit insbesondere in den Regionen frühzeitig agiere, in denen sich Krisen abzeichnen, wie beispielsweise in Zentralasien.

Einzig Monika Griefahn äußerte sich kritisch gegenüber der Großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Grund dafür sind die bereits erhobenen Daten und Informationen zur Auswärtigen Kulturpolitik, die durch den Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bereits zur Verfügung gestellt wurden. „Manchmal hat es ein bisschen an Beschäftigungstherapie für unsere Mittlerorganisationen erinnert, die in der Zeit Unterlagen zusammentragen mussten, in der sie eigentlich hätten arbeiten müssen, um die Konzepte umzusetzen, die wir schon beschlossen haben, und zwar einvernehmlich“. Darüber hinaus kritisierte sie die Forderung nach einer weiteren Evaluation der Auswärtigen Kulturarbeit aus zwei Gründen: Zum einen gebe es bereits Evaluationen in dem Bereich der Mittlerorganisationen, zum anderen solle man nicht einem „Evaluationswahn“ verfallen – dieser sei zu teuer. Abschließend skizzierte sie die bereits festgesteckten Projekte, wie die Verstärkung der Auslandsschulen mit



Bei der Veranstaltung in der Heinrich-Böll-Stiftung diskutierten Ende März 2007 Dr. Uschi Eid (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Kurt-Jürgen Maaß (Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa)) und Prof. Volker Rittberger (Lehrstuhl für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen) (v.l.n.r.)

Foto: Stefanie Ernst

42,5 Millionen Euro, die Erhöhung der Partnerschulen auf 1000 in den kommenden Jahren, insbesondere in Asien und dem Nahen und Mittleren Osten. Grundsätzlich solle man, so Griefahn, die konkreten Aktivitäten des Auswärtigen Amtes unterstützen und die kommende Arbeit weniger auf Berichte und Evaluationen beschränken.

## Die Zukunft: Reden oder machen?

Und wie ist das Ende vom Lied? Auswärtige Kulturpolitik muss sich, wie andere Politikfelder auch, stetig den

politischen und globalen Veränderungen anpassen. Dabei müssen bei der Auslandskulturarbeit innerhalb Europas andere Schwerpunkte gesetzt werden als im Nahen Osten oder aber in den USA. Es wird darauf ankommen für diese komplexen Vorgänge ein scharfes Profil der Auswärtigen Kulturpolitik herauszuarbeiten. Ein Schritt in die richtige Richtung ist gemacht: Für 2008 kann das Auswärtige Amt eine Etat-erhöhung von insgesamt fast einer Millionen Euro verzeichnen. Damit erhöhen sich die Mittel für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im kommenden Jahr um rund 15

Prozent, die in die Reform des Goethe-Instituts, in das Netz der deutschen Schulen im Ausland und in ein eigenes Programm zugunsten der Kultur- und Bildungsarbeit mit Afrika investiert werden sollen. Nun gilt es, konkret an die Arbeit zu gehen.

Ob dafür eine Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ von Nöten ist, wird der Bundestag entscheiden müssen. Die Debatte darüber ist noch nicht zu Ende.

Die Verfasserin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

## Hightech trifft Lebensart

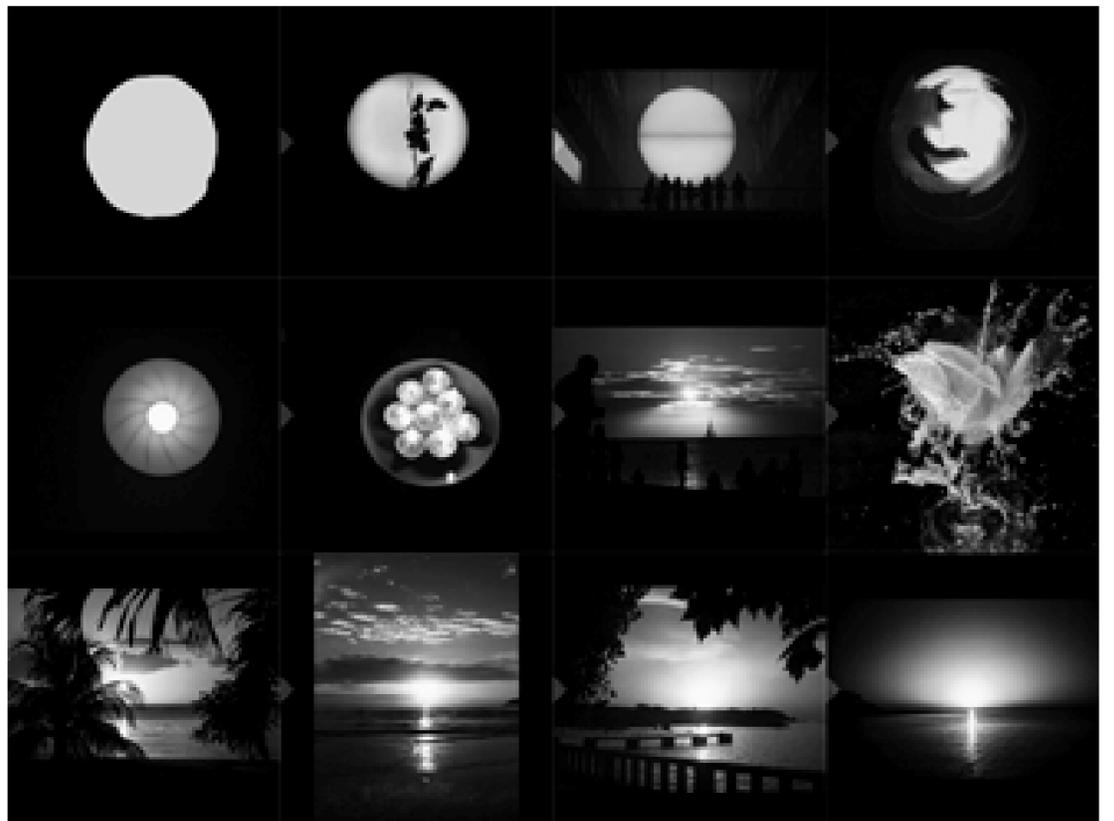
Regionale Kulturarbeit in der TechnologieRegion Karlsruhe GbR • von Gerd Hager und Volkmar Baumgärtner

„Wir möchten Ihnen zeigen, warum die Region so erfolgreich ist“, schreibt Chefredakteur Andreas Hallaschka in seinem Editorial im MERIAN extra über die TechnologieRegion Karlsruhe. Und dass es sich in „unserer Region sehr gut leben lässt“ haben rund 83 Prozent der Befragten bei der bundesweiten Online-Umfrage „Perspektive-Deutschland“ bestätigt. Mit diesem Ergebnis hat die Region Mittlerer Oberrhein sogar Platz eins unter den so genannten Agglomerationsräumen belegt. Außenstehende mag das überraschen, zumal der Markenname „TechnologieRegion Karlsruhe“ nicht gerade Urlaubsgefühle vermittelt oder Kulturgenuss vermuten lässt. Aber das war von den Gründungsvätern und Namensgebern, den Oberbürgermeistern und Landräten, im Jahr 1987 auch nicht beabsichtigt. Vielmehr sollte der Name das Wirtschafts- und Forschungsprofil der Region abbilden, in der die Menschen aus Tradition dem Fortschritt zugewandt sind. Carl Benz, Ferdinand Braun, Heinrich Hertz und August Thyssen gehören zu den Technikpionieren aus der Region. Mit ihrer frisch gekürten Exzellenzuniversität und der Gründung des Karlsruhe Institute of Technology (KIT) schreibt die Wissens- und Forschungsregion gerade ihre Erfolgsgeschichte fort.

Die Gesellschaft TechnologieRegion Karlsruhe flankiert diese Entwicklung unter anderem mit Standortmarketing, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkbildung und Projektmanagement. Was viele verwun-

dert: Das Ganze wird ohne eigenes Personal und mit einem vergleichsweise kleinen Jahresbudget realisiert. Inzwischen zählt das freiwillige Aktionsbündnis 14 Gesellschafter: drei Landkreise, zehn Städte und der Regionalverband Mittlerer Oberrhein. „Schon bei der Gründung vor zwanzig Jahren war klar, dass wir uns nicht nur auf die harten Standortfaktoren konzentrieren können. Denn Wirtschaft und Kultur, das sind für uns zwei Seiten einer Medaille“, betonte Josef Offele, Mitbegründer und Vorsitzender der Kulturkonferenz der TechnologieRegion Karlsruhe bei den Feierlichkeiten zur 25. Kulturkonferenz. In diesem Gremium versammeln sich Führungspersonlichkeiten der regionalen Kultur- und Medienszene halbjährlich zum Ideen- und Erfahrungsaustausch. Ihre rund 30 Mitglieder verstehen sich als politisch-strategisches Beratungsgremium der Gesellschafter bei Kulturangelegenheiten. Und wenn es um die kulturpolitische Interessenvertretung geht, erhebt die Kulturkonferenz auch selbst die Stimme für die KulturRegion Karlsruhe.

Apropos KulturRegion: In ihrer laufenden Dachmarkenkampagne präsentiert sich die TechnologieRegion Karlsruhe mit drei Basisprofilen: Als „WirtschaftsRegion“, „ForschungsRegion“ und als „KulturRegion“. Auch damit wird deutlich, dass der Kultursektor eine der tragenden Säulen der Region ist und wesentlich zur Lebensqualität beiträgt. Getreu dem Motto „Taten sprechen lauter als Worte“, richtet sich



Ronald Genswaid, „evolvr“, 2007, Interaktive Installation

© Screenshot Ronald Genswaid

unser Hauptaugenmerk jedoch auf konkrete, regionale Projekte. Erst durch die interkommunale Zusammenarbeit wird der Begriff KulturRegion mit Leben erfüllt. Die tragende Rolle spielt dabei der Arbeitskreis Kultur der TechnologieRegion Karlsruhe. In ihm versammeln sich die

Leiterinnen und Leiter der Kulturämter und Kulturabteilungen der 13 beteiligten Gebietskörperschaften. An ein paar Beispielen möchten wir die Art der Kooperation aufzeigen. Mit ihrem Taschenbuch „Ausflüge in die Kulturregion“ beschreiben sie die kulturellen Sehenswürdigkeiten

in ihren jeweiligen Städten und Landkreisen. Ein wichtiges Auswahlkriterium war übrigens die umweltfreundliche Erreichbarkeit der „Kulturstätten“ mit der Stadtbahn oder

Weiter auf Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

**Hightech trifft Lebensart**

zu Fuß. Der Ausflugsführer bietet auch den kleineren Orten die Chance, überörtlich wahrgenommen zu werden. In vielen Fällen fehlen diesen Gemeinden die kritische Masse an kulturellen Sehenswürdigkeiten und die Mittel für eine solche Publikation. Darin kann der größte Mehrwert für die KulturRegion gesehen werden. Unter diesem Vorzeichen steht auch die „Regionalisierung“ von guten Ideen und Projekten. Zum Beispiel hat das Kulturamt der Stadt Karlsruhe ein Jahresprogramm zum 250. Geburtstag von W.A. Mozart zusammengestellt. Spontan sind weitere Partner aus der Region mit Veranstaltungen „aufgesprungen“. Dafür hat sich TechnologieRegion Karlsruhe an den erhöhten Druckkosten des Programmheftes und der Werbung beteiligt.

Ein Dauerthema im Arbeitskreis Kultur ist die Nachwuchsarbeit im Kulturbereich. Dazu gehört die Verbindung von kommunaler Kulturarbeit und Schulbildung. Eine weitere Publikation widmet sich deshalb den Kultur- und Freizeitangeboten für Kleinkinder und Kinder. Im Taschenbuch „Abenteuerspielplatz Kultur“ werden über 90 Institutionen und Initiativen vorgestellt, vom Auenklassenzimmer am Rhein über die Gumbibärchenkonzerte der Philharmonie und der Kinderkunstwerkstatt im neuen Museum Frieder Burda in Baden-Baden, bis hin zum Zirkusunterricht beim Circus Odini im Kraichgau.

Ein schönes Beispiel für die grenzüberschreitende, interdisziplinäre Zusammenarbeit bietet das jüngste Druckerzeugnis aus der KulturRegion Karlsruhe. Das Heft widmet sich den Literaturschauplätzen in der TechnologieRegion Karlsruhe und ihren linksrheinischen Nachbarregionen Südpfalz und Nordelsass, die gemeinsam auch als grenzübergreifende Regio PAMINA agieren. Neben einem Druckkostenzuschuss und organisatorischer Unterstützung hat die regionale ADAC-Geschäftsstelle ihre Werbe- und Vertriebsmöglichkeiten in den „Projekttopf“ eingebracht. Die literaturgeschichtlichen Zutaten stammen von der Literarischen Gesellschaft in Karlsruhe, einem Mitglied der bereits erwähnten Kulturkonferenz. Mit einem Zuschuss aus dem Kulturbudget der TechnologieRegion Karlsruhe wurde das Werk schließlich „servierfertig“.

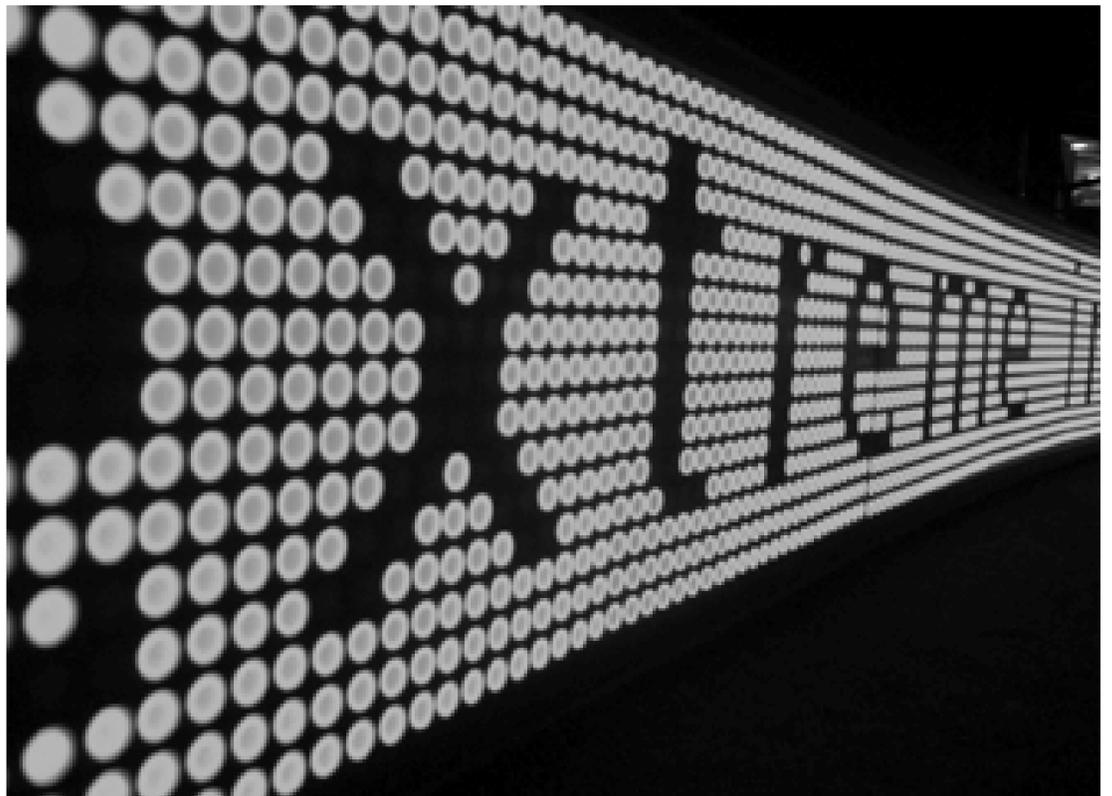
Auch ohne eigenes Personal und mit einem kleinen Kulturbudget lässt sich in der Region für die Region etwas bewegen und gestalten. Die Stichworte heißen Projektarbeit, Kooperation und Motivation. Regionale Kulturprojekte haben den Vorteil, dass sie zeitlich und finanziell überschaubar sind und konkrete, vorzeigbare Ergebnisse liefern. Das motiviert nicht nur die Projektpartner, sondern ebenso die Gesellschafter und Geldgeber. Organisations- und Arbeitsstrukturen werden je nach Bedarf flexibel den Aufgaben angepasst. Ohne die Mitwirkung der kommunalen Kulturabteilungen und -institutionen ginge es jedoch nicht. Die Mitglieder des Arbeitskreises Kultur und der Kulturkonferenz steuern ihre Arbeitszeit und ihr Wissen bei, und das, obwohl der öffentlich finanzierte Kulturbereich nicht selten durch Ressourcenknappheit gekennzeichnet ist. Die Koordination und Vernetzung der Akteure und der Aktivitäten leistet die Geschäftsführung der TechnologieRegion Karlsruhe ehrenamtlich. Bei umfangreicheren Projekten verstärkt sich die Geschäftsleitung durch externe Dienstleistungsunternehmen.

Nach diesem Rezept funktioniert zum Beispiel der alljährliche Regionaltag der TechnologieRegion Karlsruhe, der seit dem Jahr 2003 mit wechselnden Schwerpunktthemen stattfindet. Unter dem Motto „KulturReich: entdecken – erleben – mitmachen“ wurden am 26. September 2004 über 200 Veranstaltungen an 30 Orten in der Region angeboten. Nach vorsichtigen Schätzungen waren etwa 30.000 Besucher unterwegs. Die Kosten für eine Eventagentur, die überörtlichen Werbemaßnahmen und die Öffentlichkeitsarbeit haben etwa zur Hälfte Sponsoren aus der Region übernommen. Der Regionaltag wird von Veranstaltern und Projektpartnern immer wieder als „best practice“ genannt, wenn es um die Themen Binnenmarketing oder die Stärkung der regionalen Identität geht. In der Bevölkerung gewinnt die Region damit im wahren Sinn des Wortes an Boden. Die KulturRegion bekommt Gehalt und Gestalt. Die Marke TechnologieRegion Karlsruhe erscheint dabei am Bildrand und signalisiert das laufende Programm: „Hightech trifft Lebensart“.

*Die Verfasser sind innerhalb der Geschäftsführung der TechnologieRegion Karlsruhe für die Bereiche Kultur, Tourismus, Umwelt, Raumordnung, Planung und Infrastruktur zuständig. (Weitere Informationen unter [www.technologieregion-karlsruhe.de](http://www.technologieregion-karlsruhe.de)) ■*



ZKM\_YOUiverse in Second Life. Der Karlsruher Kreis: SL\_Avatare, BorisGroys\_Oh, PeterWeibel\_Oh, BeatWyss\_Boa, Peter Sloterdijk\_Voom, WolfgangRihm\_Voom (v.l.n.r.) © Screenshot The Slatelliterates



David Link, »CHORUS 1.0«, 2005.

© Foto: David Link

## Besteuerung ausländischer Künstler unkompliziert regeln!

### Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur beschränkten Steuerpflicht ausländischer Künstlerinnen und Künstler

**Berlin, den 05.12.2007.** Im Jahr 2001 wurde die Besteuerung von Künstlern, die ihren Wohnsitz im Ausland haben und in Deutschland auftreten, reformiert. Es war das vordringliche Ziel dieser Reform, den so genannten kleinen Kulturaustausch zu fördern. Konkret sollten Künstler, die kleinere Gagen erhalten, entlastet werden. Ausländische Künstler, die in Deutschland auftreten und bis zu 250,- Euro pro Veranstaltungstag Vergütung erhalten, müssen seither keine Einkommenssteuer zahlen. Künstler mit einer Vergütung zwischen 250,- bis 500,- Euro pro Veranstaltungstag 10 Prozent Steuern, zwischen 500,- bis 1.000 Euro 15 Prozent Steuern und über 1.000 Euro 20 Prozent Steuern auf die gesamten Einnahmen.

Diese Reform hat sich in der Praxis bewährt.

Nach wie vor bestehen aber Probleme in der Besteuerung ausländischer Künstlerinnen und Künstler. Dabei handelt es sich vor allem um das Problem, ob Betriebs- und Werbekosten der Künstler an der Quelle berücksichtigt werden können. Der deutsche Gesetzgeber hat zwar auf dem Erlassweg eine Reihe von Ausnahmen vorgesehen, diese sind aber für den Steuerpflichtigen schwer durchschaubar und ohne Hilfe von Beratern nicht anwendbar. Auch für die Steuerbehörden führt dies zu einem unverhältnismäßigen Aufwand.

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, fordert auch mit Blick auf die vom Euro-

päischen Gerichtshof entschiedenen Verfahren, das bestehende System der Besteuerung ausländischer Künstler, die in Deutschland auftreten, zu reformieren.

Ziel der Reform muss ein verständliches und praktikables System sein. Das neue System muss mit dem europäischen Recht vereinbar sein. Ein weiterer Schwerpunkt muss auch hier der Abbau von Bürokratie sein. Es geht nicht um Steuerersparnis, sondern um eine geeignete Form der Besteuerung und nicht zuletzt um die Erleichterung des Kulturaustauschs. Die verstärkte Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern dient der kulturellen Vielfalt.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher:

- in Anlehnung an das niederländische Modell der Besteuerung ausländischer Künstler, sollen Künstler aus Staaten, mit denen ein Doppelbesteuerungsabkommen besteht, künftig die Einkommenssteuer in ihrem Wohnsitzland zahlen. Die Besteuerung im Wohnsitzland kann durch ein Kontrollmeldeverfahren sichergestellt werden. Ein weiterer Vorteil dieses Verfahrens wäre eine erhebliche Vereinfachung.

- Künstler aus Staaten, mit denen kein Doppelbesteuerungsabkommen besteht – dieses trifft nur auf wenige Fälle zu –, sollen die Kosten für ihren Auftritt in Deutschland vollständig abziehen können. Damit können langwierige Erstattungsverfahren und zusätzliche Bürokratie vermieden werden.

- die Bundesregierung möge sich auf der europäischen Ebene einsetzen, dass in den Mitgliedsstaaten einfache und durchschaubare Systeme der Besteuerung ausländischer Künstler eingeführt werden, um so die Mobilität von Künstlern zu fördern.

- so lange noch keine grundlegende gesetzliche Änderung der Besteuerung künstlerischer Künstlerinnen und Künstler realisiert werden kann, auf dem Verordnungsweg in Deutschland Zwischenlösungen gefunden werden, die sicherstellen, dass ausländische Künstler, die in einem Land mit dem ein Doppelbesteuerungsabkommen besteht, Pauschalsteuer zahlen, diese von der Steuerschuld in ihrem Wohnsitzland abziehen können. ■

# Evolution in Aktion zeigen: Das Naturkundemuseum Berlin

Olaf Zimmermann im Gespräch mit dem Direktor des Naturkundemuseums Berlin Reinhold Leinfelder

**puk:** Herr Professor Leinfelder, Ihr Museum ist vor kurzem, nach einer Teilschließung wegen eines umfangreichen Umbaus, wieder eröffnet worden. Es ist ein ungewöhnliches Museum. Eines, das stets die Entwicklung des Lebens in all seinen Facetten aufgezeigt hat. Aber jetzt, finde ich, haben sie die Evolutionsbiologie noch mehr in den Mittelpunkt bei der Präsentation gerückt. So klar, so deutlich, so unmittelbar – auch pädagogisch – ist es vorher eigentlich nicht zu sehen gewesen. Warum?

**Reinhold Leinfelder:** Das Museum hatte sich immer schon zur Aufgabe gemacht, Natur darzustellen und näher zu bringen und dazu die entsprechenden Objekte zu präsentieren. Allerdings hat man sich häufig gescheut, vielleicht weil man wissenschaftlich noch nicht so weit war, die größeren Zusammenhänge zu schildern. Das Thema Evolution zieht sich durch viele Naturkundemuseen hindurch, häufig allerdings bleibt es bei einer deskriptiven Darstellung. Unser Museum zeichnet aus, dass wir uns nun auch an die Prozesse der Evolution herangewagt haben und diese so darstellen, dass man sie verstehen kann. Auf den Punkt gebracht lautet unser neues Konzept: Evolution in Aktion zeigen. Zudem haben wir vom didaktischen Konzept her die Ausstellung so gestaltet, wie Forschung im besten Fall funktionieren sollte. Der Besucher geht nicht von Vitrine eins zu Vitrine zwei und so weiter; vielmehr soll er neugierig gemacht werden. Wir zwingen ihn nicht auf einen Rundgang, sondern er soll selbst auf Entdeckungsreise gehen. Die Neugier versuchen wir über die Authentizität unserer Objekte zu wecken, aber auch über viele kleine Dinge, die man entdecken kann. Und wenn der Besucher dann fasziniert und neugierig ist, stellt sich automatisch die Frage: Wie kann es denn zu so einem Saurier gekommen sein? Warum sind denn die Vögel so vielfältig etc.? Und dann kann er selbst versuchen einzutauchen und er wird sich immer kleine Ergebnisse erarbeiten können, die dann wieder ins große Ganze passen: Das bedeutet Evolution in Aktion erleben.

**puk:** Gibt es denn dafür eine besondere Notwendigkeit? Bedeutet das, dass Sie die Evolutionsbiologie als Wissenschaft in Gefahr sehen? Wird sie in Frage gestellt?

**Leinfelder:** Durchaus. Für dieses neue Konzept gab es verschiedene Gründe. Zum einen wollten wir verdeutlichen, dass dieses Haus vor allem auch eine Forschungsinstitution



Biodiversitätswand-Vögel: Die Vielfalt des Lebens – Dermoplastiken von Vögeln im Ausstellungssaal.

Foto: Carola Radke

ist, die über eine der größten wissenschaftlichen Sammlungen in diesem Bereich verfügen. Mit unseren dreißig Millionen Objekten gehören wir zu den fünf Größten der Welt. Zum anderen beobachten wir, dass die Wissenschaftsfeindlichkeit wieder zunimmt. Dafür gibt es sicherlich verschiedenste Ursachen. Eine wesentliche Ursache ist, dass man der Wissenschaft so viel glauben muss, da die Fakten nicht immer entsprechend gezeigt werden. Bei Interpretationen wird häufig nicht differenziert, ob sie zu einer fundierten Theorie gehören oder eher im hypothetischen Sinn zu verstehen sind. Ein Museum kann doch wunderbar zeigen, welche wissenschaftlichen Indizien vorhanden sind. Denn das sind nun mal eben jene Originale, die wir in Form der Originaldinosaurier oder in Form der 3000 Objekte aus unseren Sammlungen in der „Wand der Artenvielfalt“ zeigen. Das war uns sehr wichtig. Hier ganz klar zu sagen: Das sind die Fakten. Wir gehen aber auch in den Ausstellungen teilweise darüber hinaus, machen auch komplette, teils hypothetische Rekonstruktionen, etwa der Dinosaurier. Da muss sich aber der Besucher förmlich aus der Ausstellung wieder herausnehmen und in eine

virtuelle Welt eintauchen. Danach kehrt er wieder zurück in den – bleiben wir bei den Dinosauriern – wissenschaftlichen Jurassic Park. Beunruhigend ist natürlich, dass der so genannte Kreationismus in Deutschland und auch in Europa nicht nur latent vorhanden ist, sondern durchaus eine ernst zu nehmende Bewegung darstellt. Zwar ist meines Erachtens dieser keine tatsächliche Bedrohung für die Fortschritte der Wissenschaften, aber die Akzeptanz der Wissenschaft gerät dadurch doch deutlich unter Druck. Wir haben keine Ausstellung gegen Kreationismus gemacht, vielmehr lassen wir die Fakten sprechen. Und das ist die beste Art und Weise, sich gegen Pseudowissenschaften zu positionieren.

**puk:** Der Darwinismus zum Beispiel ist eine Theorie, die sich natürlich auch immer wieder neu beweisen muss. Anhand der Fakten sagen die Kritiker der Evolutionsbiologie, des Darwinismus, es gäbe zu große Lücken. Es gibt vieles, was man noch nicht abschließend erklären kann, wie bestimmte Sprünge in der Evolution. Ein prägnantes Beispiele: Wie soll das Auge entstanden sein? Das könnte man evolutionsbiologisch gar nicht erklären. Da muss es einen Schöpfungsakt gegeben haben. Schließen Sie das aus?

**Leinfelder:** In dieser Weise schließe ich das selbstverständlich aus. Der Begriff der Theorie ist im deutschen Sprachgebrauch auch etwas schwer vermittelbar. Wir interpretieren ja nicht Dinge, wie sie theoretisch sein könnten. Sondern Theorie bedeutet, dass wir Fakten haben, ähnlich wie bei einem Kriminalfall, die so hinreichend beweisfähig sind, dass sie die bestmögliche Erklärung um diese Fakten in einem kohärenten Bild zusammenbringt. Keiner hat je Elektronen gesehen oder die Schwerkraft direkt anfassen können. Auch das sind alles Theorien, die wir aber täglich am eigenen Leib fühlen können und so ist es eben auch mit der Evolutionstheorie. Es gibt verschiedene Strömungen innerhalb der Kreationisten und es gibt eine größere Gruppe, die sich auch gelegentlich Intelligent-Design-Theoretiker nennt, die dann gewisse Evolutionsprozesse zulassen. Man fragt sich dann natürlich auch: Warum gerade die und andere nicht? Es gibt unterschiedliche Entwick-

lungsgeschwindigkeiten und auch komplexe Organe wie das Auge lassen sich auf viele Zwischenschritte zurückführen. Der Denkfehler ist häufig der, dass man fragt: Wie kann denn ein so komplexes Organ aus so vielen Einzelteilen zusammengesetzt sein und erst hinterher Sinn machen? Die Wahrscheinlichkeiten sind doch so gering, dass so was passieren könnte. Aber darin ist ein Denkfehler enthalten. Denn alle Zwischenschritte waren ebenfalls funktionell. Sonst wären sie sofort wieder ausselektiert worden. Es gibt also laufend einen Funktionswechsel bei diesen zunehmend komplexeren Strukturen. Außerdem verstehen wir heute durch die Molekularbiologie sehr viel besser, wie modular auch die Evolutionsprozesse aufgebaut sind, dass es Steuerungsgegene gibt und andere, früher unbekannte Mechanismen. Es gibt natürlich viele offene Fragen der Evolutionstheorie oder Abläufe, über die wir noch nicht genügend Bescheid wissen. So ist es in jeder Wissenschaft. Es wäre keine Wissenschaft, wenn wir alle Fragen beantworten könnten. Aus jeder Antwort ergeben sich zwangsläufig neue Fragen. Die müssen wir aber mit wissenschaftlichen Methoden untersuchen.

**puk:** Gehen wir mal ganz an den Anfang der Entwicklung zurück. Irgendwann hat alles begonnen. Bei der Evolutionstheorie ist es aber irgendwann einfach da gewesen. Wie geht die Wissenschaft damit um, dass es ja irgendwann begonnen haben muss? Mit irgendetwas muss es begonnen haben. Kann man all das wissenschaftlich überhaupt abschließend erklären? Oder gibt es diesen mystischen Rest, der auch von der Wissenschaft akzeptiert würde?

**Leinfelder:** Es gab immer wieder eine Tendenz, Gott als Behelf für offene Fragen zu nehmen. Das ist meines Erachtens, und so sehen es auch Theologen, ein falsches Verständnis von Religion. Es würde die Religion beschädigen, Gott als Lückenbüsser für offene Fragen zu nehmen. Religion bewegt sich auf einer vollkommen anderen Ebene, sie ist nicht mit naturwissenschaftlichen Methoden zu greifen. Aber, ich kann durchaus nachvollziehen, dass das, was man als Urknall so gerne zusammenfasst – aus dem Nichts ist plötzlich etwas da –, dass das zu den ganz großen

Rätseln der Naturwissenschaften gehört. Und dort sehen viele natürlich auch mystische oder unlösbare beziehungsweise mit wissenschaftlichen Methoden unlösbare Probleme. Ich warne genauso davor, mit Naturwissenschaften alles erklären zu wollen.

**puk:** Was ich spannend finde, ist, dass Sie nicht zu den fundamentalistischen Wissenschaftlern zählen, die Religion grundsätzlich in Abrede stellen, sondern dass Sie sagen: Das sind zwei verschiedene Welten, in denen man sich bewegt und die ganz unterschiedliche Gedankengebäude aufweisen. Dann wäre es doch eigentlich umso richtiger diese beiden Welten enger zusammenarbeiten müsste. Ist Ihr Haus so ein richtiger Ort einer engen Zusammenarbeit?

**Leinfelder:** Ich denke ja und damit haben selbstverständlich auch schon begonnen. Selbst in den Ausstellungen stellen wir ja der Wand der biologischen Vielfalt eine Wand der geistigen Vielfalt gegenüber, was zu sehr guten Diskussionen führen

Weiter auf Seite 44

## Prof. Dr. Reinhold Leinfelder

- geboren 1957 in Augsburg
- 1980: Diplomabschluss in Geologie und Paläontologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- 1981 bis 1989: Doktorand und Assistenz-Professor am Institut für Geowissenschaften (Paläontologie) an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- 1989: Habilitation in den Fächern Geologie und Paläontologie an der Universität Mainz
- 1989 bis 1998: Universitätsprofessor für Geologie und Paläontologie am Institut für Geologie und Paläontologie der Universität Stuttgart
- Oktober 1998 bis Dezember 2005: Professor am Lehrstuhl für Paläontologie und historische Geologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Direktor des Instituts für Paläontologie und historische Geologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- August 2003 bis Dezember 2005: Generaldirektor der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns
- Seit Januar 2006: Generaldirektor und Professor des Naturkundemuseums an der Humboldt Universität zu Berlin
- Seit Juli 2006: Mitglied des Vorstandes des „Interdisziplinären Zentrums für Genetische Variabilität und Anpassungsfähigkeit“ an der Humboldt-Universität.
- Seit Januar 2007: Vorstandsmitglied des Landesmuseumsverband Berlin

Prof. Leinfelder ist u.a. Mitglied bei der Geologischen Vereinigung, der International Association of Sedimentologists und der Paläontologischen Gesellschaft.

## Naturkundemuseum Berlin

Zwischen dem Zeitpunkt des Interviews und Drucklegung erfolgten noch zwei wesentliche Entscheidungen, die die nationale Bedeutung des Museums weiter unterstreichen. Die Bund-Länderkommission beschloss in ihrer Sitzung vom 19.11.2007 die Aufnahme des Berliner Naturkundemuseums in die Leibniz-Gemeinschaft (WGL) ab Januar 2009. Bereits ab Januar 2008 wird das Museum assoziiertes Mitglied der WGL sein. Leibniz-Institute bearbeiten gesamtgesellschaftlich relevante Fragestellungen strategisch und themenorientiert. Sie legen neben der Forschung großen Wert auf wissenschaftliche Dienstleistungen sowie Wissenstransfer in Richtung Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Leibniz-Institute werden gemeinsam von Bund und Ländern finanziert. Am 28. November überbrachte die Bundeskanzlerin dem Museum persönlich Glückwünsche zur Aufnahme und übernahm die Ehrenpatenschaft für ein Steinadler-Exemplar aus der Uckermark.

Fortsetzung von Seite 43

## Interview mit Leinfelder

kann und soll. Über den Besuch von Bischof Huber hier in den Ausstellungen haben wir uns sehr gefreut. Ebenso über seine Äußerung, dass eben dieser Dialog wichtig ist. Er teilt die Auffassung, dass die Naturwissenschaften über Prozesse berichten können, aber keinen Sinn des Lebens zwingend daraus destillieren können. Der Dialog ist uns wichtig. Auch die Diskussion über die Selbstbeschränkung der Religion wie der Naturwissenschaften ist wichtig.

**puk:** Kulturelle Bildung ist ja so ein wichtiges Schlagwort. Für mich gehören zur kulturellen Bildung auch Fragen wie: Woher kommt man? Wo geht man hin? Wie sieht das mit der Entwicklung unserer Umwelt aus? Warum muss ich die Umwelt schützen oder Ähnliches? Würden Sie es sich wünschen, dass das Thema Evolutionsbiologie, stärker in den Unterricht eingebracht wird oder glauben Sie, dass die Art und Weise, wie heute in den Schulen unterrichtet wird, ausreicht?

**Leinfelder:** Ich habe selbst drei Kinder, die in verschiedenen Bundesländern in Schulen waren und noch sind und meine einigermaßen gut beurteilen zu können, wie die Anteile im Unterricht sind. Wir arbeiten auch mit Lehrern eng zusammen. Natürlich würde sich ein Naturwissenschaftler wünschen, dass auch mehr Evolutionsbiologie und überhaupt mehr Biologie, Paläontologie im Schulunterricht vorkommt. Aber mir ist klar, es geht nicht um Wissensvermittlung in dem Sinne, dass man möglichst viele Fakten kennt, sondern ich glaube, was notwendig ist, und da bietet sich dieses Fach natürlich schon an, es geht um Vermittlung von Wissenschaftsverständnis auch an den Schulen. Da gibt es durchaus gute Ansätze. Die Lebenswissenschaften sind heutzutage sicherlich eine der großen Leitwissenschaften, zu denen auch die Evolutionsbiologie zu zählen ist. In diesem Zusammenhang hat der große Genetiker Theodosius Dobzhansky gesagt: „Nichts in der Biologie macht Sinn, außer im Lichte der Evolution.“ Das kann bei der Medizin, bei der Soziobiologie und bei vielem

mehr nur unterstreichen. Diese Erkenntnis darf keinesfalls weiter zurückgefahren werden.

Um noch mal auf die scheinbare Konfrontation zwischen Religion und Naturwissenschaften zurückzukommen: Es gab ja in den Medien eine Diskussion, ob die Schöpfungsgeschichte Teil des Biologieunterrichts sein soll oder nicht. Ich wünsche mir durchaus fachübergreifende Projekte, die auch diese Problematik oder besser gesagt die unterschiedliche Positionierung und die unterschiedlichen Ansätze dieser beiden Fächer dahingehend stärker beleuchten. Um es an einem Beispiel zu konkretisieren: Bei der Frage „Ist der Mensch ein Tier?“ ist meiner Meinung nach eine differenzierte Antwort notwendig, biologisch betrachtet selbstverständlich. Aber das Menschsein hat sicherlich noch weitere Aspekte und ich würde sagen, die kulturelle Evolution, die uns ja alle auszeichnet, ist nun sicherlich zum einen auch ein verlängerter Arm der biologischen Evolution. Durch sie sind wir fähig, uns noch schneller anzupassen und noch schneller in der Umwelt einzurichten. Aber sie ist gleichzeitig auch ein Mechanismus, der unser biologisches Erbe jederzeit, dort wo es sinnvoll ist, in gewissen Teilen außer Kraft setzen kann. Also: wir können selbstständig denken.

**puk:** Wir sind nicht getrieben und wir müssen nicht in einer bestimmten Art und Weise handeln. Das ist ja zumindest beruhigend für uns alle, besonders, wenn das ein Wissenschaftler bestätigt. Sie haben in Ihrem Museum eine neue Abteilung oder eine zumindest eine stark umgearbeitete Abteilung, nämlich die Museumspädagogik, eingerichtet. Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht? Wird das Konzept angenommen?

**Leinfelder:** Ja. Wir haben sehr, sehr gute Erfahrungen gemacht. Der Bedarf an Museumspädagogik ist so groß, dass wir ihn überhaupt nicht befriedigen können. Das betrifft besonders Führungen für Schulklassen. Ebenso betrifft es Langzeitprojekte mit bestimmten Schulen, die etwa Teile ihres Unterrichts hier in das Museum verlagern, zum Beispiel in unserem Zeiss-Exploratorium. Hier arbeiten die Kinder unter An-

leitung von Wissenschaftlern an Mikroskopen und erhalten die Möglichkeit, mit diesen zu diskutieren und nachzufragen. Auch das Angebot Kindergeburtstage hier zu veranstalten, ist ein Jahr im voraus ausgebucht. Dabei geht es immer darum, einen Bezug zu Wissenschaften zu bekommen. Die Teilnehmer sollen begreifen, dass es nicht ausschließlich darum geht, komplizierte Prozesse in Gänze zu verstehen, sondern dass man sieht, Wissenschaft, Naturwissenschaften, biologische Naturwissenschaften, auch Geowissenschaften sind nicht nur spannend, sondern sind auch notwendig, um Zukunftsfragen zu lösen. In diesem Bereich haben wir sehr gute Erfahrungen gesammelt. Den Kindern macht dieses Konzept Spaß und ich sehe viele strahlende Augen. Ich beobachte ganz unterschiedliche Gruppen hier im Hause und oft stelle ich mich unauffällig irgendwo dazu und freue mich einfach.

**puk:** Ich habe in Ihrem Lebenslauf gelesen, dass Sie mal mit dem Gedanken gespielt haben, Musik zu studieren. Wie verhält es sich mit künstlerischer Betätigung und naturwissenschaftlichem Arbeiten und Denken? Gibt es dort Gemeinsamkeiten oder muss man sich da irgendwann entscheiden?

**Leinfelder:** Ich glaube, die Tätigkeit, die ich hier habe, erfordert eine hohe Flexibilität und damit auch, dass man aus verschiedensten Aspekten an die Gesamtaufgabe herangeht. Ich bin leider nur noch Hausmusiker und nicht mehr aktiv in irgendeiner Band, was mir früher viel Spaß gemacht hat. Aber ich habe nie den Bezug zur Musik verloren. Wenn ich mich entspannen muss oder wenn es mal besonders viel war – das Erste, was ich mache, ist, dass ich mir ein schönes Musikstück auflege. Also da habe ich noch einen sehr großen Bezug. Ich glaube aber, es geht sogar noch ein bisschen weiter. Ich meine, dass ich sowohl als Paläontologe und Geologe, der ich von der Ausbildung her auch bin, als auch als Musikfan, der vor allem auch rhythmische Musik mag, ein gutes Zeitgefühl benötige. Das brauche ich, um Evolution zu verstehen. Das brauche ich, um Musik zu verstehen. Das brauche ich auch, um das Haus zu managen. Da müssen Takt und Dynamik stimmen und das richtige Timing muss vor-

handen sein. Aber auch in den Ausstellungen, so hoffe ich, kommt rüber, dass die Faszination für die Naturwissenschaften auch mittels ästhetischer Mittel zu erreichen versucht wird. So setzen wir zum Beispiel auch hier auf akustische Elemente, wenn etwa die Darwinbüste zu den Besuchern spricht. Und dies auf biologischem Wege, bei dem die Akustikübermittlung über die Oberarmknochen des Besuchers funktioniert. Ein anderes Beispiel wären die Höhlenzikaden, die wir zirpen lassen. Sie sehen, auch da sind nicht nur ästhetische, sondern sogar akustische Elemente dabei.

**puk:** Ich gehöre zu denen, die glauben, dass es eine ganz enge Verwandtschaft zwischen diesen beiden Sphären gibt und dass man sich da auch manchmal ein bisschen näher auf den Leib rücken sollte, weil es für beide Seiten hilfreich wäre, in bestimmten Bereichen voneinander zu lernen. Erlauben Sie mir eine abschließende Frage: Retrospektiv betrachtet ist ja ein Haus mit einer sehr langen, auch sehr wechselvollen Geschichte mit politischen Einflüssen, die ja bis hin zu politische Katastrophen geführt haben. Einer Ihrer Vorgänger wurde ja von den Nationalsozialisten umgebracht. Nun, wo Sie in ruhigeres Fahrwasser geraten sind: Was wünschen Sie sich für Ihr Haus und für Ihre zukünftigen Aufgaben?

**Leinfelder:** Ich habe Träume, ich habe Visionen und ich habe ebenso realistische Vorstellungen. Dieses Haus, wenn ich ein ganz kleines bisschen ausholen darf, dokumentiert wahrscheinlich wie kein anderes in Deutschland auch die Geschichte der Naturwissenschaften. Es war de facto das nationale Museum für Naturkunde. Wir beginnen bei kurfürstlichen Zeiten, königlichen, kaiserlichen Zeiten, imperialen Zeiten, Weimarer-, DDR-Zeiten, wiedervereinigte Zeiten: Also wir haben auch wirklich Wissenschaftsgeschichte hier gesammelt. Auch das gilt es zu bewahren. Für mich sind Wissenschaft und Kultur keine Gegensätze, sondern Wissenschaft ist ein Teil der Kultur, und um das alles zu bewahren, auch für die Nachwelt zu bewahren und auch für die Zukunftsfragen wissenschaftlich nutzen zu können, benötigen wir vor allem eine weitere Restaurierung des Hau-

ses. Wir sind hier auf gutem Wege. Der zerbombte Ostflügel, einer der letzten großen Kriegsrüden in Berlin, wird derzeit für 30 Millionen mit einer gemischten Finanzierung durch Bund und Land aufgebaut. Dann wird eine der weltgrößten sogenannten Nasssammlungen, das sind Sammlungen, in denen Tiere in Alkohol konserviert werden, nun sehr zukunftsicher aufbewahrt werden. Und so hoffe ich, dass wir schrittweise auch den Rest des Gebäudes nun noch weiter restaurieren können. Vom Inhaltlichen her ist die Notwendigkeit und auch die Vision natürlich, auch die anderen Ausstellungen dem Stile der neuen Ausstellungen anzupassen. Das Gesamtpaket bestehend aus Forschung, Sammlungspflege, Aufschließen der Sammlungen für alle Wissenschaftler dieser Welt und eben auch Vermittlung der Wissenschaft ist ein integraler Ansatz, der helfen wird die Bedeutung der Lebenswissenschaften für die Zukunft weiter zu unterstreichen.

**puk:** Wenn man als Besucher dieses Museum betritt, ist man beeindruckt, begeistert, erstaunt auch durch die Unterschiedlichkeiten der Präsentationen, hat einen spannenden, interessanten Tag verlebt, verlässt das Museum wieder und ist der festen Überzeugung: Das ist es letztendlich gewesen. Das ist also das gesamte Museum. Das Museum besteht ja auch aus noch viel mehr als nur der Schausammlung. Müsste das nicht doch noch deutlicher auch in der Öffentlichkeit präsentiert werden, dass es hier auch um Forschung geht?

**Leinfelder:** Es gehört zu unserem Gesamtkonzept, dass wir das zunehmend besser vermitteln wollen. Ich glaube, wir präsentieren unsere Forschung momentan auch sehr gut in der Öffentlichkeit. Forschung ist bei uns in die Ausstellung stark eingeflossen. Der Besucher wird bei dem Rundgang feststellen, dass die Beispiele, die aus der Forschung gebracht werden, alle aus diesem Haus stammen. Darauf wird dezent hingewiesen. Zudem haben wir ebenso kulturelle Bezüge aus der Forschungsgeschichte in die Ausstellung eingebaut. Ergänzt wird die Ausstellung durch ein wissenschaftliches Begleitbuch, was bewusst von unseren eigenen Wissenschaftler erstellt wurde. Interessierten ist es so möglich, das Gesehene vertiefend zu studieren. Wir geben in den neuen Ausstellungen nun auch Einblicke in unsere Forschungssammlungen. Beim Hochgang in unserem Treppenhaus kann der Besucher durch eine Glastür in die Käfersammlung, in der 9 Millionen Käfer schlummern, oder etwa in den sehr bekannten und wissenschaftlich wertvollen Vogelsaal blicken. Von 9.600 bekannten Vogelarten haben wir 9.000 hier im Hause repräsentiert. Wir wollen aber eigentlich mehr. Wir wollen unseren Besuchern die Möglichkeit bieten, nicht nur in diese Räume hereinzuschauen, sondern auch sie zu betreten und die Sammlungen aus der Nähe zu betrachten. Beim Aufbau des Ostflügels ist dazu ein erster Schritt vorgesehen. Dort wird erstmals eine Forschungssammlung in den Besucherrundgang integriert.

**puk:** Ist es nicht wunderbar? Da schließt sich quasi am Schluss der Kreis zwischen Naturwissenschaft, Kultur und Kunst. Sie haben die Konvention zur biologischen Vielfalt. Wir haben die neue Konvention zur kulturellen Vielfalt. Vielleicht wäre das eben auch eine Frage, wo man ein bisschen enger zusammenarbeiten könnte, weil ich nämlich glaube, dass diese beiden Punkte sich auch grundsätzlich nicht unterscheiden. Herzlichen Dank für dieses Gespräch.



Die gesamte Biodiversitätswand im Überblick.

Foto: Carola Radke

Das Interview führte Olaf Zimmermann ■

# Deutschland im Jahr 2010

Ein Blick in die Zukunft von gestern • Von Georg Ruppelt

**Wann wohl ist folgende Beschreibung der Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges entstanden? – In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts unterzeichneten das Deutsche Reich und Österreich einen Anschlussvertrag. Es kam in der Folge zu einem Krieg zwischen Deutschland, Polen und Frankreich. Deutschland griff im Spätsommer Polen an und siegte in wenigen Wochen. Anschließend erfolgte der Angriff auf Frankreich, im Oktober wurde Paris von deutschen Truppen besetzt. Nach Beendigung des Krieges setzte sich Deutschland mit Russland über die neue Grenze zwischen den beiden Staaten auseinander. Beide Staaten einigten sich darauf, dass Polen wieder aufhören sollte, als selbständiger Staat zu existieren ...**

Diese Schilderung stammt nicht aus einem Schüleraufsatz aus unserer Zeit, der die Anfangsgeschichte des Zweiten Weltkrieges im Wesentlichen richtig wiedergibt und sie nur in einigen Details mit falschem Zungenschlag durcheinanderbringt. Sie ist aus einem Buch zusammengefasst worden, das W. Grassegger geschrieben hat und den Titel „Der Zweite Weltkrieg“ trägt. Das Buch erschien ... 1922.

Ein weiteres Szenario: Anfang April 1986 führte die Sowjetunion einen vernichtenden Atomschlag gegen die Volksrepublik China. In ganz Afrika war ein mörderischer Krieg zwischen verschiedenen Militärböcken im Gange. „Südamerika befand sich mitten in einer großen Hungerrevolution, und in den USA tobte der zweite Nord-Süd-Krieg zwischen weißen und schwarzen Fanatikern und den Mafiaorganisationen dazwischen. Europa war demgegenüber eine Insel friedlicher Stagnation – das aber nicht aus gutem Willen oder eigenem Antrieb, sondern weil sich hier vor allem das bereits 1983/84 erfolgte totale biologische Absterben des Mittelmeers und der Ostsee mit einer enormen Verschlechterung der Luftqualität bemerkbar gemacht hatte. Im Ruhrgebiet hatte man viele Industrien stilllegen und ganze Städte wie Gelsenkirchen und Bochum räumen müssen.“ – Dies ist ein Zitat aus dem Roman von Gerhard Steinhäuser „Unternehmen Stunde Null 1986“, der 1973 erschien.

Und noch ein Zukunftsentwurf: Im Jahr 1999 war der Automobilverkehr in jeder Hinsicht vervollkommen worden und die Straßenverkehrssicherheit eine totale. Unfälle kamen nicht mehr vor. Die Pädagogik hatte bestimmenden Einfluss in Deutschland gewonnen, und so standen dementsprechend an oberster Stelle in der gesellschaftlichen Rangordnung die Lehrer. – So der Zukunftsentwurf des Romans von Hansel Truth „Am Ende des Jahrtausends“, der 1891 erschienen ist.

Die drei Texte sind von Inhalt und Intention her gesehen völlig verschieden, und sie haben sehr unterschiedliche Autoren, nämlich einmal einen rechtslastigen Trivialschriftsteller aus den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts, einen linksliberalen Romanautor aus den Siebzigern und einen pädagogisch orientierten liberalen Fortschrittsgläubigen vom Ende des vorletzten Jahrhunderts. Dennoch weisen diese Texte, die hier stellvertretend für viele hundert andere stehen, eine Gemeinsamkeit auf. Ihr Inhalt ist vom Erscheinungsdatum der Bücher her gesehen in der Zukunft angesiedelt. Dies ist eine seit langem bekannte literarische Technik, die auch als zeitverschobene Utopie bezeichnet wird.

Als erste zeitverschobene Utopie gilt der berühmte französische Ro-

man von Louis Sébastien Mercier „Das Jahr 2440“, der anonym erstmalig 1770/71 erschien und ein „Bestseller“ wurde. Das ganz von der Aufklärung geprägte Werk schildert einen vernünftigen Zukunftsstaat, in dem alles besser und sauberer ist als in früheren Jahrhunderten. An die Stelle der Religion ist die Verehrung der Wissenschaften getreten. Die kirchlichen Feiertage sind in Freizeit umgewandelt worden, in der sich die Bürger, die alle einen Arbeitsplatz haben, erholen und weiterbilden können. Der Krieg ist durch die Erfindung eines Apparates abgeschafft worden. Dieser Apparat kann die menschliche Stimme imitieren und die Schreie von Verwundeten vorspielen, was kriegslüsterne Fürsten von ihren martialischen Vorhaben abbringt. In diesem Zukunftsstaat sind nur noch wenige Bücher erhältlich, denn alles, was diese Gesellschaft für unnützlich hält, wurde verbrannt, so z. B. Millionen und Abermillionen Bücher der königlichen Bibliothek in Paris.

Im 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert der industriellen Revolution, der Technisierung, der Erfindungen entstand dann eine Fülle von zeitverschobenen Utopien, meist auf technischer Grundlage. Bekanntestes Beispiel ist der auch heute noch gelesene Jules Verne. Utopisch-technische Literatur wurde diese Gattung in Deutschland genannt. Aus Amerika prägte sich dann seit den 20er Jahren der Name Science Fiction ein.

Die allererste deutschsprachige zeitverschobene Utopie, der erste deutsche Zukunftsroman erschien 1810, also zur Zeit der Eroberungszüge Napoleons. Sein Autor, Julius von Voß, gab ihm den Titel „Ini. Ein Roman aus dem Ein und zwanzigsten Jahrhundert.“

Vossens Roman spielt im letzten Viertel des 21. Jahrhunderts. Er wäre wohl am besten als Bildungsroman zu bezeichnen, in den eine Liebesgeschichte eingewoben ist, die sich um die schöne Ini rankt. Interessant ist der globale Aspekt. Der Jüngling, der sich um Ini bemüht, muss viel reisen, wir würden ihn heute als *Jet-setter* bezeichnen. Die Kontinente können im 21. Jahrhundert nach Julius von Voß leicht durch die Entwicklung der zivilen Luftfahrt übersprungen werden. Dieser Luftverkehr wird nach dem Prinzip „leichter als Luft“ mittels lenkbarer Flugballons ermöglicht: „Es war dies ein Häuschen von dünnem Schilfrohr geflochten und mit Fenstern aus einem ganz durchsichtigen gemachten leichten Horne versehen.[...] Das Dach war platt mit einem Geländer und Sitzen umgeben, sich dort bei angenehmer Witterung aufzuhalten. An dies Dach waren die seidenen Stränge befestigt, welche von der oben schwebenden Azotkugel niederhingen. Man wußte jetzt das Azot [das ist Stickstoff] viel leichter und einfacher zu bereiten, als im Anfang der Luftschifferei. Auch hatte lange schon die Versuche, Adler zu zähmen und an die Fahrzeuge zu spannen, Erfolg gekrönt.“

Die Gondel selbst wird „von zwanzig rüstigen Tieren“ gezogen. Die Passagiere tragen Kopfbedeckungen, die sich bei einem Unfall durch die natürliche Wirkung der Luft breit entfalten – Fallschirmhelme quasi. Auch die Kommunikation zwischen den Erdteilen ist weit entwickelt. Telegraphen gibt es in ganz Europa, aber auch „Sprachtrompeten, welche bei Tag und Nacht und fast bei jeder Witterung auf eine Meile deutlich hörbar tönten und durch welche man von Station zu Station melden ließ, was man wollte. Über Meere leisteten die allgemein gewordenen Taubensendungen Hilfe.“



1980: Krieg zwischen Japan und den USA. (Aus: Das neue Universum. 1909)

© Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek

Die politische Entwicklung in Europa sieht der ehemalige preußische Offizier Julius von Voß auf der Grundlage der Französischen Revolution gegründet – eine erstaunliche Aussage im Jahre 1810. Im 19. Jahrhundert sei nach einer Reihe blutiger Kriege Europa unter einem zentralen Kaisertum geeinigt worden, das neben dem neupersischen Reich „eine lange glückselige Ruhe“ genießen konnte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts habe sich auf Veranlassung Kaiser Marcus Aurelius II. die Republik Europa gegründet, deren Verfassung auf Gleichheit beruhe. Der Volkswillen und eine Art aristokratisches Rätssystem garantierten den Erfolg dieser Republik Europa. Auch vor allem deswegen, weil die Fürstentümer nun eine vorzügliche volksbezogene Ausbildung und Erziehung erhielten.

In Deutschland herrscht Bevölkerungsüberfluss, da Krankheiten und Kriege abgeschafft sind. So wurde es notwendig, die landwirtschaftlichen Erträge zu steigern. „Das in dem vortrefflich zubereiteten Boden durch Maschinen gepflanzte Wintergetreide gelangt um die Mitte des Juni schon zur Reife [...]. Man mäht es durch kunstreiche Sichelwagen, die zugleich abschneiden, aufladen und hinterwärts den Boden wieder pflügen, wodurch die Arbeit gar sehr vereinfacht wird.“

Berlin, der Sitz des europäischen Bundesgerichtes, ist eine große Binnenhafenstadt. Ihre anmutige Umgebung zieren Weingärten, Lustgehölze und heitere Sommerwohnungen reicher Bürger. Berlin ist zugleich eine Wissenschaftsstadt, und ihre Universität gilt als die gelehrteste der Welt. Europa hat sich zu einem Sozialstaat entwickelt, in dem zwar Arbeit Pflicht ist, aber durch eine Art Sozialversicherung sind Ältere und Kranke vorzüglich versorgt.

Als der wirkliche Vater einer eigenständigen deutschen Science Fiction-Literatur gilt Kurd Lasswitz, dem wir uns später noch ausführlicher widmen wollen. Mit dem 1897 erschienenen Roman „Auf zwei Planeten“ gelang ihm ein Meisterwerk der Gattung. Der Gothaer Mathematiker, Physiker und Philosoph gehörte schon zu Lebzeiten zu einem der am meisten gelesenen Science Fiction-Autoren. Das Buch, das im selben Jahr wie Herbert George Wells „Krieg der Welten“ erschien, schildert die zunächst friedliche Invasion von Marsianern auf der Erde. Die Marsianer, oder die Martier, wie Lasswitz sie nennt, sind technisch, ge-

sellschaftlich und sittlich den Menschen weit überlegen.

Der Roman „Auf zwei Planeten“ wurde nach seinem Erscheinen sofort in mehrere Sprachen übersetzt und war wahrscheinlich die bekannteste europäische Weltraumutopie der Zeit. Er wurde immer wieder neu aufgelegt, bis ihn die Nationalsozialisten als zu demokratisch verboten. Viele deutsche Weltraumpioniere aus der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts scheinen den Roman gekannt zu haben.

Laßwitz' Roman hat eine deutlich philosophische und ethische Note und ist zur Hoch-Zeit des Imperialismus für das Jahr 1897 ausgesprochen stark kolonialismus-kritisch. Einer der Martier äußert sich z.B. wie folgt über die Zustände auf der Erde:

„Wir haben genaue Informationen über die Verhältnisse auf der Erde eingezogen. Sie sind geradezu haarsträubend. Von Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Freiheit haben diese Menschen keine Ahnung. Sie zerfallen in eine Menge von Einzelstaaten, die untereinander mit allen Mitteln um die Macht kämpfen. Darunter leidet die wirtschaftliche Kraft dermaßen, daß viele Millionen im bedrückendsten Elend leben müssen und die Ruhe nur durch rohe Gewalt aufrecht erhalten werden kann. Nichts desto weniger überbieten sich die Menschen in Schmeichelei und Unterwürfigkeit gegen die Machthaber. Jede Bevölkerungsklasse hetzt gegen die andere und sucht sie zu übervorteilen. [...] Heuchelei ist überall selbstverständlich. Die Strafen sind barbarisch, Freiheitsberaubung gilt noch als mild. Morde kommen alle Tage vor, Diebstähle alle Stunden. Gegen die sogenannten unzivilisierten Völker scheut man sich nicht, nach Belieben Massengemetzel in Szene zu setzen.“

Neben dieser deutlichen Kritik gelingen Laßwitz erstaunliche technische Voraussagen. Die Martier haben über dem Nordpol eine Weltraumstation errichtet, die bereits, wie später von Wernher von Braun geplant, die Form eines Speichenrades besitzt. Er berichtet von rollenden Straßen, Wolkenkratzern, synthetischen Stoffen, Fotozellen, Lichttelegraphen, Solarzellen und Kabinenbahnen. Die Umweltverschmutzung auf der Erde ist den Martiern unbegreiflich:

„Woher kommen diese Nebel über ihren großen Städten? fragte einer der Martier. 'Hauptsächlich von der Verbrennung der Kohle', er-

widerte Grunthe. 'Aber warum nehmen sie die Energie nicht direkt von Sonnenstrahlung? Sie leben ja vom Kapital, statt von den Zinsen.'“

Neben einer Fülle utopisch-technischer Romane, die sich meist in der trivialen Heftchen-Literatur ansiedelten und in der sich auch um die Wende zum 20. Jahrhundert schon Weltraumhelden tummelten, gab es auch eine Reihe gesellschaftlicher Utopien bzw. Anti-Utopien. Sie entstanden zu einem großen Teil in der Nachfolge der naiv-sozialistischen Utopie von Edward Bellamy „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887“. Die Angst vor einer Übernahme der Macht in Deutschland durch die Sozialdemokratie hat nach 1890 die Feder zahlreicher deutscher Zukunftsautoren geführt. Die Wahlerfolge der Sozialdemokratie nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes ließen viele schwarz bzw. in diesem Fall besser rot für die Zukunft sehen.

Auch die Angst vor einer „Mulierokratie“, einer Weiberherrschaft, in der Zukunft treibt viele Utopisten um, gewiss eine Folge der weltweit ins Licht der Öffentlichkeit tretenden Emanzipationsbewegung. Das führte etwa zu solch kuriosen Zeitungsmeldungen wie der folgenden. Dr. Friedrich Knauer prophezeite 1900 in der Zeitschrift „Das neue Jahrhundert“: „je mehr die Frau auf das Tätigkeitsgebiet des Mannes übergreift, je vielseitiger sie sich im öffentlichen Leben bestätigt (...), desto rascher wird die Frau dem Manne nachkommen und aus gleichen Gründen auch stärkeren Bartwuchs teilhaft werden. Heute sollen schon 10 Prozent der Frauen stärkeren Bartwuchs zeigen; dieser Prozentsatz wird sich konsequent steigern und in freilich noch sehr ferner Zukunft wird der Bart nicht mehr das Attribut des Mannes sein.“

Auch zukünftige Verteilungskämpfe um die Ressourcen der Erde wurden literarisch behandelt. Hier der Beginn einer Kurzgeschichte mit dem grammatikalisch falschen Titel „Als der Welt Kohle und Eisen ausging“ aus dem Jahre 1913: „Es war im Jahr 1995. In Hamburg herrschte fiebrige Aufregung. Die Zeitungen schrien die Unglücksbotschaft aus; an allen Straßenecken klebten Plakate mit den neuesten Telegrammen: China hat die Erz- und Kohlenausfuhr gesperrt! Nachdem bereits vor 10 Jahren die Verei-

Fortsetzung von Seite 45

**Deutschland im Jahr 2010**

nigten Staaten von Amerika das Gleiche getan hatten, war somit das letzte Kohle- und Erz fördernde Land für den Freiverkehr geschlossen. Europa, dessen Lager längst erschöpft waren, war ohne Erz ohne Kohle.“ Die Krise spitzt sich im Laufe der Erzählung zu, und die Armeen machen mobil. Ein unausweichlich scheinender Weltkrieg kann jedoch dadurch vermieden werden, dass man beginnt, Hochöfen mit Elektrizität zu heizen und Eisen aus der flüssigen Glut des Erdkerns zu gewinnen.

Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden einige Zukunftsromane, die bereits sehr deutliche Anklänge an den Nationalsozialismus erkennen lassen. Diese Romane und Erzählungen sind voll von Kriegen der Zukunft, in denen sich Deutschland für die erlittene Schmach von 1918/19 revanchiert. Die eingangs zitierte „Prophezeiung“ von Grassegger aus dem Jahre 1922, „Der Zweite Weltkrieg“, gehört zu ihnen. Darin besiegt Deutschland seine Gegner. Nach dem Krieg werden die USA, China und Deutschland die führenden Weltmächte, die den Weltfrieden garantieren. Grasseggers Text endet mit dem bezeichnenden Satz „Das tausendjährige Reich hatte, wie es schien, seinen Anfang genommen.“

Das Trauma des verlorenen Weltkrieges saß tief in Deutschland, und die utopischen Romane der zwanziger und dreißiger Jahre spiegeln dies wider. Von einem zukünftigen Krieg, der im Roman dann aber siegreich für Deutschland ausgeht, ist oft die Rede. So etwa auch in Karl Bartz' 1931 erschienenem Roman „Krieg 1960“. Er beschreibt für die 50er und 60er Jahre folgendes Szenario: Nach einer Zeit des Kalten Krieges zwischen den konkurrierenden Wirtschaftsmächten England und Russland brach ein heißer Krieg aus. Deutschland paktierte zunächst mit Frankreich und England, um die Auflagen des Versailler Vertrages abzuschütteln. Als ein Diktator an die Macht kommt, kämpft es schließlich auf Seiten Russlands gegen die Allianz von Frankreich, England und Italien. – Amerika verhält sich in diesem Krieg neutral, wehrt aber einen Überraschungsangriff der japanischen Flotte auf Guam im Dezember 1961 erfolgreich ab.

Als die Sehnsucht gewisser Kreise 1933 ihre Erfüllung gefunden hatte, steigerten sich die Zukunftsträume einiger Romanautoren zu unermesslichen Höhen. Hier nur ein Beispiel aus dem Jahre 1933. Nach Ernst Bergmann gibt es im Jahr 1964 keine Parteien und Konfessionen in Deutschland mehr, sondern nur noch den untrennbar mit dem Staat verwobenen Nationalsozialismus, der eine Kirche als neue Staatsreligion etabliert hat. Mit Hilfe von 100.000 Arbeitslosen errichtete diese Staatskirche im Jahre 1960 die sogenannte „Deutschkirche“ in der ebenfalls neu erbauten Stadt Heldenau. Diese Kathedrale war so groß, dass der Petersdom in Rom bequem in ihr Platz gefunden hätte.

In den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Krieg erschienen in der Bundesrepublik einige der politisch bräunlich gefärbten utopisch-technischen Romane als gereinigte Texte neu, zum Teil mit anglisierenden Pseudonymen, und wurden vor allem im Leihbuchgeschäft angeboten. Das Thema Science Fiction in der DDR bedarf einer eigenen Darstellung. Eine einfache Internetrecherche dazu führte im November 2007 zu rund 118.000 Treffern.

In den ersten 15 Jahren nach dem Krieg kann im Hinblick auf Quantität und Qualität von einer eigenständigen deutschen Science Fiction-Literatur kaum die Rede sein, und auch Deutschland kommt in den

Zukunftsromanen selten vor. Hier einige Beispiele aus den Neuerscheinungen: 1960 beschreibt Richard Koch, wie im Jahr 1995 mit Benzin angetriebene Autos unmodern zu werden beginnen. Eine Entmotorisierungsgesellschaft kauft sie auf, versenkt sie in der Nordsee und baut damit einen Damm von Holland nach England.

Die atomare Hochrüstung der beiden Supermächte im Kalten Krieg lässt eine Reihe von Katastrophen- und Nachkatastrophenromanen entstehen. In gewisser Hinsicht gehört dazu auch der 1957 erschienene Roman von Arno Schmidt „Die Gelehrtenrepublik“, der im Jahr 2008 spielt. Ein Atomkrieg hat Europa ausstrahlt, Deutsch ist eine tote Sprache geworden. Auf einer künstlichen Stahlinsel im Pazifik haben 5000 Menschen aller Nationen eine Gelehrtenrepublik errichtet, die allerdings auch bereits wieder in eine westlich-amerikanische und eine östlich-sowjetische Hälfte geteilt ist.

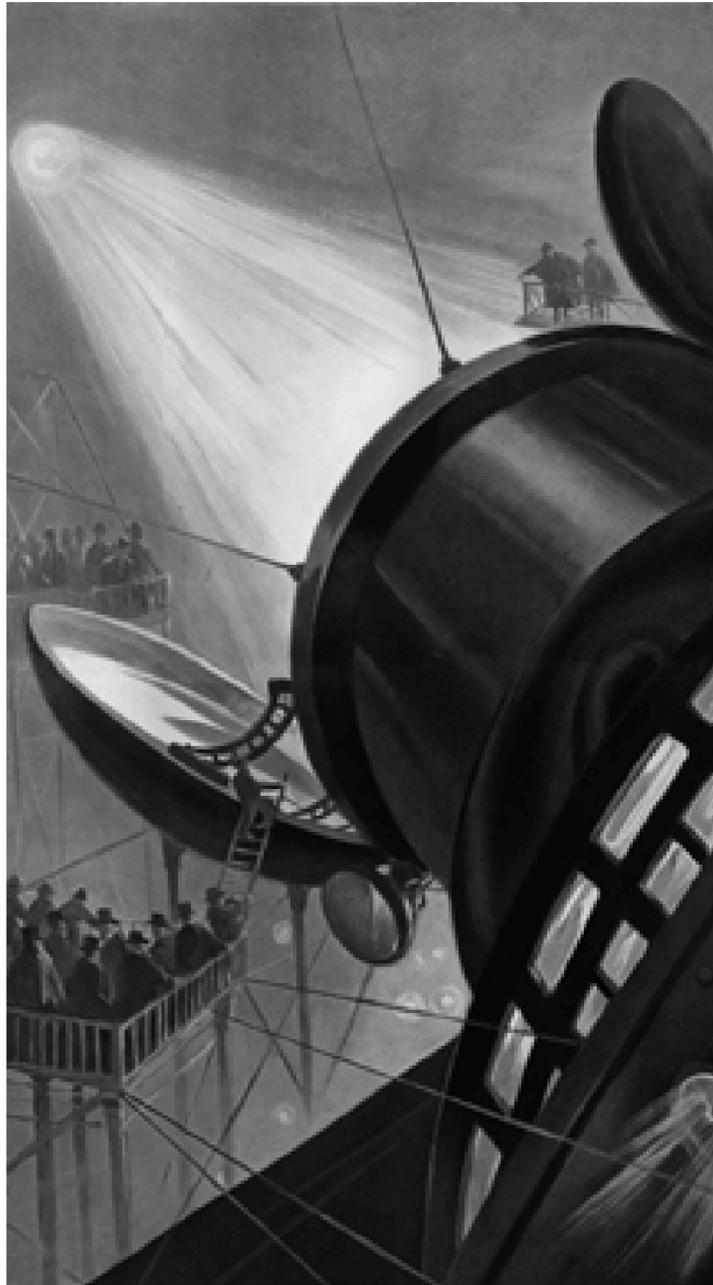
Der amerikanische Atomwissenschaftler Leo Szilard sagt in einer seiner Kurzgeschichten 1961 die Wiedervereinigung Deutschlands für das Jahr 1980 voraus. Darin wird das wiedervereinigte Deutschland von der SPD regiert, die die größte Partei geworden ist. Sie ist sich mit der CDU darin einig, dass man die nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen verlorenen deutschen Ostgebiete durch Verhandlungen zurückgewinnen müsse, während die schnell wachsende rechtsradikale „Volkspartei“ – eine der vier im Parlament vertretenen Parteien – auch für eine Rückgewinnung mit Gewalt eintritt.

Zum Schluss sei noch auf zwei Zukunftstexte hingewiesen, die vor der Wiedervereinigung Deutschlands entstanden. In dem 1986 erschienenen Band „Deutschland Utopia. Geschichten und Berichte über die Zukunft dieses unseres Landes“ sind fiktionale Texte und Verlautbarungen von bekannten Politikern und weniger bekannten Schriftstellern über Deutschlands Zukunft zusammengefasst worden. Eine damals bekannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens äußerte sich zur Zukunft der beiden deutschen Staaten darin wie folgt:

„Wir alle [...] müssen lernen, uns mit der Zweiteilung abzufinden, zwei Staaten als Voraussetzung für den Frieden in Europa zu betrachten. [...] Ziel deutscher Politik muß es sein, in diesem gegebenen Rahmen ein Maximum an außenpolitischer Freiheit und Unabhängigkeit von den Super-

**Während Raubgut aus Museen wegen seines spektakulären Charakters seit langem Interesse bei der breiten Öffentlichkeit findet, ist jenes aus Bibliotheken ein Thema von Fachleuten. Hier stehen weniger einzigartige Kunstwerke im Vordergrund, sondern die ethische Komponente von Restitution an die Rechtsnachfolger der ehemaligen Besitzer, die verschleppt und ermordet wurden.**

Mittlerweile gibt es Bibliotheken, die sich um Fragen von Restitution besonders verdient gemacht haben, so die Universitätsbibliotheken Bremen und Marburg, und die Gottfried-Wilhelm-Leibniz Bibliothek Hannover. Dort fand am 8. und 9. November 2007 das 3. Hannoversche Symposium NS-Raubgut in Bibliotheken statt. Die Tagungen sind interdisziplinär, Historiker und Bibliothekare, Praktiker und Wissenschaftler arbeiten hier zusammen wie kaum anderswo in Deutschland. Es werden keine abgehobenen Theorien formuliert, sondern es wird



Erster bemannter Marsflug. (Aus: Das neue Universum. 1908)

© Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek

mächten zu erreichen und ein Maximum an gegenseitigen Beziehungen zu schaffen. Allerdings müssen die Grenzen akzeptiert werden. Wer diese Grenzen überspringen will, begeht Hoch- und Landesverrat, weil er unter Verknennung der tatsächlichen außenpolitischen Abhängigkeiten sowohl die beiden deutschen Staaten wie die Kulturnation Deutschland in den Abgrund stürzen will.“

Das abschließende Zitat gebührt einem unbekannt gebliebenen Science Fiction-Autor. Er hat 1984 Vor-

aussagen über Deutschlands Zukunft niedergeschrieben. Damals wurde in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg eine Ausstellung gezeigt, die den Titel trug: „Zukunft von Gestern.“. Dazu erschien ein gleichnamiges Begleitbuch. In der Mitte des Ausstellungsraumes lag ein leeres Buch aus, mit der Aufforderung an die Besucher, sich selbst als Science Fiction-Autoren in die Ausstellung einzubringen. Thema sollte sein: Deutschland im Jahre 2084. Dieser Aufforderung kam

in Hamburg, aber auch in Stuttgart, Düsseldorf und Hannover, wohin die Ausstellung später wanderte, eine Vielzahl von Besuchern nach. Der nach heutigem Wiederlesen verblüffendste Text stammt von einem nach eigenen Angaben damals 44-jährigen Ingenieur:

„Deutschland im Jahre 2084? Wiedervereinigt mit Berlin als blühendem Zentrum Europas! In den Hochschulen dieser Stadt versammeln sich wetteifernd Gastprofessoren aus der ganzen Welt, um über den Sinn des menschlichen Lebens im vernetzten System desselben (der Erde) zu spekulieren. Geisteswissenschaft und Naturwissenschaft stehen sich geistig befruchtend im Dialog mit dem Blick nach vorn zur Seite. [...] Die Großtechnologie ist – als Relikt vergangenen Unwissens belächelt – zugunsten innovationsfreudiger und mit der Umwelt vernetzter kleinerer Betriebe zurückgegangen. [...]“

Die Bevölkerung steht in intensivem persönlichen Meinungsaustausch über die Nutzung aller im Prozeß anfallenden Stoffe. Es gibt keinerlei Müll mehr, der nicht entweder wieder in den Produktionsprozeß zurückgeführt wird oder auf natürliche Weise in den Kreislauf der Natur. Jeder, der anderes, schädliches Material herstellt, wird streng bestraft.

Dadurch wurde der Kommunikationsbedarf erhöht und ebenso (gegenläufig) die Entfremdung der Menschen voneinander reduziert. Die Atombombendrohung – d.h. die Gefahr der totalen Vernichtung –, die Verödung der Natur und die entsetzliche Langeweile am Fernseher hatten nämlich zu einer konsequenten Protestbewegung geführt, die nach dem Erbe der Vorväter, d.h. nach intensiver Nachforschung griff und daran im Zusammenhang mit der Kybernetik begriff, worauf es ankommt. Die Menschen fragten nicht mehr nach dem Sinn des Lebens, sondern hatten ihren Lebenssinn begriffen.“

*Der Verfasser ist Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates und Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek Hannover* ■

(Gekürztes Kapitel aus dem Buch Georg Ruppelt: Nachdem Martin Luther Papst geworden war und die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewonnen hatten. Literarische Alternativen zur besten der Welten. Hannover: Wehrhahn, 2007. € 19, 80 ISBN 978-3-86525-096-4)

## NS-Raubgut in Bibliotheken

Zu einer Tagung in Hannover • Von Rainer Strzolka

daran gearbeitet, die gesellschaftliche Rolle von Bibliotheken auch in dunklen Seiten der deutschen Geschichte aufzuarbeiten. Versuche des Direktors Georg Ruppelt, vor rund zehn Jahren eine solche Vergangenheitbewältigung anzuschließen, waren damals wenig erfolgreich, da bei Entscheidungsträgern wenig Bereitschaft zur Förderung solcher Projekte bestand. Ganz offenbar gab es noch persönliche Verstrickungen in die Zeitläufte, die hier hinderlich waren. Ruppelt hat die GWLB zu einer kommunikativen Drehscheibe für Forschungen zum Thema NS-Raubgut in Bibliotheken gemacht. Die Tagungsbände gehören inzwischen zur Standardliteratur zu diesem Komplex.

In diesem Jahr trafen sich 16 Historiker, Bibliothekare, Verleger und der Haupttrabbiner von Pinsk-Belarus, um ihre Forschungsergebnisse zu diskutieren und öffentlich vorzustellen. Flankiert wurde die Tagung von einer Ausstellung, „Displaced books – NS-Raubgut in der Universitätsbibliothek Marburg.“

Erschreckend ist die Totalität, mit der das NS-Regime bei der Verwertung des Eigentums entrechteter Menschen vor sich ging. Die Preußische Staatsbibliothek beispielsweise erhielt nicht nur beschlagnahmte Literatur als Privatbesitz, sondern auch verformte Titel aus Gemeindebibliotheken. Forschungen zur Reichsschrifttumskammer haben gezeigt, dass die NS-Bürokraten oft zu ungebildet waren, um einen jüdischen Autor als solchen zu kennen. Die Rolle der Bibliothekare als Zuarbeiter zu Zensur und Vernichtung muss noch untersucht werden. Es ist aber offensichtlich, dass es beim Umgang mit beschlagnahmter Literatur wenig Unrechtsbewusstsein bei diesen gab; sie bekannten sich offen in ihren Jahresberichten zu den entsprechenden Bestandszugängen. Bestände aus Verlagsbeschlagnahmungen wurden an andere Bibliotheken verteilt. Es gibt Belege dafür, dass manche Sammlungen systematisch in die Bestände überführt wurden. Aus Aktenfunden geht hervor, dass viele der Zugänge auch der Reichs-

tauschstelle über Finanzbehörden veranlasst wurden, deren Rolle noch erheblich unrühmlicher war, als bislang angenommen. Das Ausrauben Deportierter und die Versteigerung von deren Hab und Gut wurde mit dem harmlosen Namen „Aktion 3“ bezeichnet. Viele der geraubten Bücher wurden den Dienstbibliotheken der Finanzämter einverleibt, wobei zahlreiche Konflikte zwischen Behörden verschiedener Hierarchien hierzu überliefert sind, da alle am Raubgut profitieren wollten.

Bestürzend ist die Totalität des Zugriffs durch die Finanzbehörden in der NS-Vernichtungspolitik. Ihnen ist es zu verdanken, dass alle Blicke auf die Deportierten in der historischen Distanz unmöglich gemacht wurden. Die mit der „Aktion 3“ geraubten Bücher standen am Ende einer langen Kette von erniedrigenden Maßnahmen und führten in der Regel zur Einverleibung von Büchern von geringem materiellem

Weiter auf Seite 47

## Fortsetzung von Seite 46

aber ideellem Wert für die Verfolgten. Die teuren Bibliotheksbestände, vor allem aus Gelehrtenbesitz oder aber denen von erfolgreichen Geschäftsleuten, waren in der Regel schon vor der „Aktion 3“ enteignet worden. Finanzbehörden waren immer Teil staatlicher Zwangsmaßnahmen; im Dritten Reich standen sie in einer Vermittlerposition, die ihnen viel Macht zukommen ließ.

Die Belege und Akten für die Enteignung der jüdischen Bevölkerung wurden zunächst für 30 Jahre gesperrt, und 1988 mit dem Hinweis auf Steuergeheimnisse auf 80 Jahre für die Öffentlichkeit unzugänglich gemacht. Als der Autor Wolfgang Dressen 1998 Interesse an den „Arisierungsakten“ anmeldete, wies die Oberfinanzdirektion Düsseldorf alle nachgeordneten Ämter an, von einer Beantwortung des Schreibens vorerst Abstand zu nehmen. Die von Dressen initiierte Ausstellung „Aktion 3“ wurde bereits vielfach in Deutschland gezeigt; allerdings lehnte es die Humboldt-Universität Berlin ab, die Ausstellung zu zeigen, da sie einen zu einseitigen Charakter habe (Wolfgang Dressen: Aktion 3. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Berlin 1998).

Beschlagnahmen von Bibliotheken von Klerikern wurden häufig mit dem Vorwurf von Fiskal- oder Sittlichkeitsdelikten gerechtfertigt.

Ein Problem bei der Forschungsarbeit zu Raubgut in Bibliotheken ist, dass die Erschließung von Bibliotheksbeständen in der Regel keinen Hinweis auf die zugehörigen Provenienzen zulässt, wie sie in Archiven beispielsweise üblich ist. Hierzu wäre die Schaffung von Kontextfeldern notwendig. Die diesbezüglichen Forderungen von Historikern laufen aber ins Leere, da ein bibliothekarischer Ideologiewechsel stattgefunden hat und sie sich eher als Informationsvermittler denn als Sammlungsbetreuer verstehen; eine Wandlung, die den Bibliotheken viel von ihrer einzigartigen gesellschaftlichen Stellung nimmt.

Neben Berichten über die Forschungsarbeit ist ein philosophischer Ausflug in die Welt jüdischen Denkens besonders eindrucksvoll. Er zeigt, welche Bedeutung Restitution für Juden hat; sie geht erheblich über materielle Aspekte hinaus. Die Halacha, ein Gesetzessystem, wurde über mehr als tausend Jahre entwickelt und enthält eine eigene Rechtsprechung zu Raub und Restitution gestohlener Güter. Die Referentinnen wiesen auf die Bedeutung dieses Rechtswerkes für die Bewertung von Bücherrestitutions aus jüdischer Perspektive hin, auch wenn die Grauen der Shoah darin nicht vorgeguckt worden waren. Restitution ist aus dieser Perspektive eine gerechte Handlung – Gerechtigkeit ist eine der tragenden Säulen der Halacha. Die älteste Quelle, die die Referentinnen darstellten, ist das Traktat Nezikon, deutsch: „Von den Schädigungen“. In dieser Quelle wird unter anderem die Lage einer Person geschildert, die ein Objekt findet, welches ihr nicht gehört. Mit diesem Findvorgang sind ethische Prozesse verknüpft, denen es zu entsprechen gilt. Zu den ethisch notwendigen Handlungen gehört unter anderem, den Fund öffentlich bekanntzugeben, und zwar in einer möglichst angemessenen Öffentlichkeit, idealer in einer Synagoge oder Schule. Weiterhin müssen die Zeichen der Fundsache, die auf seine Herkunft deuten, gedeutet werden. Zu den Anweisungen, wie mit gedruckten Objekten umzugehen ist, gehört unter anderem, sie binnen dreißig Tagen einmal zu lesen, oder sie einzurollen, wenn man des Lesens nicht kundig sei. Der Ursprung dieser Anweisungen ist profan – es gilt vor allem, die Druckwerke zu Bewegung zu belüften, um

ihre Haltbarkeit zu vergrößern. Ein wichtiger philosophischer Aspekt ist das Prinzip der *Responsa*, nach dem jede Geschichte eines Menschen oder eines Gegenstandes als einzigartig angesehen und behandelt wird. So hat auch ein jedes verschwundene Buch seine eigene Geschichte. Aus dieser individuellen Geschichte wird ein Zwang zur Restitution abgeleitet. Der Finder eines Buches hat eine ethische Verantwortung, auch dann, wenn er für das Verschwinden des Buches gar keine Verantwortung trägt. Wer Büchern begegnet, begegnet Geschichte. Die jüdische Philosophie unterscheidet nach Findern ohne Kontakt zu den Tätern und Findern mit Kontakt zu den Tätern. In der Tora sind die Gedanken „Du sollst nicht stehlen“ und „Du sollst zurück geben“ zusammengedacht.

**Die Weimarer Bibliotheksrede des Bundespräsidenten am 24. Oktober 2007 hat zumindest in Thüringen als „Ruck-Rede“ gewirkt. Insbesondere der eindringliche Appell Köhlers, dass Bibliotheken „auf die politische Tagesordnung“ gehören, ist in Thüringen (aber nicht nur in Thüringen) als deutlicher Fingerzeig aufgefasst worden, die Frage der gesetzlichen Absicherung von Bibliotheken auf die Agenda der Landespolitik zu setzen. In seiner Rede hat Köhler klare Worte für die Bedeutung der Bibliotheken gefunden: „Die deutschen Bibliotheken – und zwar alle, von der hochspezialisierten Forschungsbibliothek bis zur kleinen Stadtteilbibliothek – sind ein unverzichtbares Fundament in unserer Wissens- und Informationsgesellschaft. Die öffentlichen Bibliotheken sind weder ein Luxus, auf den wir verzichten könnten, noch eine Last, die wir aus der Vergangenheit mitschleppen: Sie sind ein Pfund, mit dem wir wuchern müssen.“ In Thüringen konnte man bei diesem Thema eine Brücke von der Rede des Bundespräsidenten zu der Forderung nach einem Bibliotheksgesetz schlagen, die der Thüringer Bibliotheksverband – unterstützt von den bibliothekarischen Berufsverbänden – seit der Vorstellung eines konkreten Gesetzentwurfs am 14. März 2006 in der Öffentlichkeit vertritt.**

Noch am Nachmittag des 24.10. verkündete der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Jörg Schwäblein, seine Fraktion werde nun ein Bibliotheksgesetz „auf den Weg bringen“. Am Tag danach sicherte der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Hans-Jürgen Döring, seine Unterstützung für dieses Vorhaben der CDU zu. Er erwartete allerdings, dass die CDU nun auch wirklich „schnellstmöglich“ einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlege. Und die kulturpolitische Sprecherin der Linken, Birgit Klaubert, hatte bereits am Vorabend des 24.10. erklärt, es sei „höchste Zeit, den Gesetzentwurf des Thüringer Bibliotheksverbands parlamentarisch ernsthaft zu prüfen.“ Zumindest unter den kulturpolitischen Sprechern der drei im Landtag vertretenen Parteien wurde also im Umfeld der Köhler-Rede große Übereinstimmung im Hinblick auf das politische Ziel eines Bibliotheksgesetzes sichtbar. Der Thüringer Bibliotheksverband hat diese Einmütigkeit sehr begrüßt und allen Parteien – und auch dem Thüringer Kultusministerium – erneut seine Mitwirkung an diesem politischen Meinungsbildungsprozess angeboten.

Die CDU in Thüringen ist nach der Erklärung ihres kulturpolitischen Sprechers am 24.10. in dieser Frage – man kann es nicht anders sagen –

Die Tora sieht Raub nicht als Straftat im westlichen Sinne an, der einzig strafwürdige Raub ist der Menschenraub. Für die westliche Perspektive ergibt sich damit im Fall von Buchraub eine komplizierte Interpretationslage. Nach den Grundsätzen des Talmud wird zudem Diebstahl stärker bestraft als Raub, weil der Dieb heimlich agiert und damit Vertrauen erschüttert, während der Raub öffentlich, vor den Augen der Gesellschaft stattfindet und damit als weniger verwerflich gilt. Nach dieser Betrachtungsweise ist eine Bibliothek, die geraubte Bücher unsichtbar im Magazin versteckt, in einer aus jüdischer Perspektive schwierigen moralischen Situation, weil dieses Verstecken das öffentliche Vertrauen schädigt. Ex Libris geben Büchern eine persönliche Note, im Ge-

gensatz zu den Gestapo-Stempeln, die viele der geraubten Bücher aufweisen. Nach den Grundsätzen des Talmud ist der Finder eines Buches der neue Eigentümer, allerdings nur, wenn der ursprüngliche Besitzer die Hoffnung auf Wiederkehr des Buches in seinen Besitz aufgegeben hat.

Auch wenn der Vortrag von der Praxis der Restitution entfernt angesiedelt war, so zeichnet er doch näherungsweise die Komplexität jüdischen Denkens auf, die für Nichtjuden fast unmöglich zu erfassen ist. In der Praxis werden Restitutionsfälle auch kaum auf der Basis jüdischer Gesetzgebung erfolgen. Allerdings ermuntert die Darstellung, sich intensiv mit jüdischer Denkweise zu beschäftigen. Wenn man sich mit jüdischem Kulturgut befasst, dann

sollte dies nicht nur in Gründlichkeit erfolgen, sondern auch inhaltlich. In diesem Zusammenhang berührt es, wenn man erfährt, dass manche Juden entwendete Bücher auch seitenweise zurückgekauft haben, um sie auf jüdischen Friedhöfen zu begraben. Diese Bücher gelten anstelle der ermordeten KZ-Opfer als befreit; Bücher werden als Raubopfer in einer Geiselsituation begriffen; ein Gedanke, der von Walter Benjamin ausgeführt worden ist, der Bücher als erlösbar begriff.

Insgesamt eine Tagung, die Horizonte erweitert wie wenige bibliothekarische Veranstaltungen sonst.

*Der Verfasser ist Literaturwissenschaftler und Bibliothekar an der Universitätsbibliothek Hannover ■*

## Die erste Hürde ist genommen

Das Thüringer Bibliotheksgesetz • Von Frank Simon-Ritz



Pforte der Anna Amalia Bibliothek in Weimar.

Foto: Stefanie Ernst

auf Tauchstation gegangen; Linke und SPD haben das Thema engagiert weiter verfolgt. Diesem Engagement ist es zu danken, dass der Entwurf für ein Thüringer Bibliotheksgesetz am 15. November 2007 – also nur drei Wochen nach der Köhler-Rede – auf der Tagesordnung der Plenarsitzung des Thüringer Landtags stand (vgl. Landtagsdrucksache 4/3503).

Im Gesetzentwurf, den der Vorstand des Thüringer Bibliotheksverbands gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Regionalverbands Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen des Vereins Deutscher Bibliothekare erarbeitet hat, geht es darum, die Träger der Bibliotheken – also insbesondere den Freistaat Thüringen sowie die Kommunen und Landkreise – in die Pflicht zu nehmen. Eine wichtige Intention dieses Entwurfs besteht darin, dass eine gemeinsame gesetzliche Klammer für Wissenschaftliche und Öffentliche Bibliotheken geschaffen werden soll. Die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs enthalten eine Beschreibung der Leistungen, die von Bibliotheken erbracht werden sollen und an denen sich Bibliotheken demzufolge auch messen lassen müssen. Neben eher allgemeinen Aussagen enthält der Entwurf auch konkrete Festlegungen, so z.B. dass die (Präsenz-)Nutzung der Bibliotheksbestände vor Ort kostenfrei sein und bleiben soll.

In einem wichtigen Punkt geht der Entwurf der Oppositionsfraktio-

nen im Thüringer Landtag über den Entwurf des Bibliotheksverbands hinaus. Zum Thema der „Finanzierung von Bibliotheken“ (§ 9) enthält der Verbandsentwurf lediglich die knappe Aussage, dass die Träger der Bibliotheken für diese „zuständig“ sind. Dies wird im Oppositionsentwurf deutlich erweitert, wenn er festschreibt: „Die Öffentlichen Bibliotheken erhalten einen jährlichen Landeszuschuss.“ Hier soll offensichtlich der Freistaat Thüringen, der sich im Rahmen der Debatte über den Kommunalen Finanzausgleich eher aus der Frage der Finanzierung der Öffentlichen Bibliotheken zurückziehen will, in die Pflicht genommen werden.

Von allen Rednern in der Plenardebatte am 15.11. wurde die Berechtigung des Anliegens einer gesetzlichen Absicherung von Bibliotheken grundsätzlich anerkannt. In ihrer Begründung für den Gesetzentwurf der Opposition führte die kulturpolitische Sprecherin der Linken, Birgit Klaubert, drei Argumente an, die für die Verabschiedung eines Bibliotheksgesetzes sprechen. Zum einen sei es die mangelhafte finanzielle Ausstattung, aus der ein Regelungsbedarf hervorgehe. Hier könne das Gesetz als „Schutzgesetz“ wirken. Zum anderen sieht sie Thüringen als „Land der Dichter und Denker“ in einer besonderen Verantwortung, hier möglicherweise als erstes Bundesland „Politik für ganz Deutschland zu gestalten“. Und schließlich

sieht sie die Tatsache, dass der Bundespräsident seine Bibliotheksrede in Weimar gehalten hat, als besonderen Ansporn, in Thüringen auf diesem Politikfeld aktiv zu werden.

Durch den kulturpolitischen Sprecher der SPD, Hans-Jürgen Döring, wurden die allgemeinen Überlegungen mit konkreten Fakten unteretzt. So sprach Döring davon, dass in Thüringen die Zahl der Öffentlichen Bibliotheken von über 1200 im Jahr 1990 auf nur noch 280 im Jahr 2006 zurückgegangen sei. Bei der finanziellen Unterstützung für diesen Bereich durch das Land konstatiert Döring eine Halbierung der Mittel von 728.000 Euro im Jahr 2002 auf 350.000 Euro, die 2007 noch im Landeshaushalt eingestellt waren. Hierin sieht er den eigentlichen Beweggrund für die Finanzierungszusage, die in dem erweiterten § 9 des Oppositionsentwurfs enthalten ist.

Der erste Redner der Mehrheitsfraktion, Jörg Schwäblein, verwies darauf, dass in seiner Fraktion ein „Erkenntnisprozess“ in Sachen Bibliotheksgesetz stattgefunden habe, und bekräftigte seine Ankündigung vom 24.10., dass die CDU-Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf einbringen werde. Konkrete Kritik am vorliegenden Entwurf übte er allenfalls insoweit, als dass er auf bislang fehlende Absprachen mit den kommunalen Spitzenverbänden einging.

Weiter auf Seite 48

Fortsetzung von Seite 47

### Die erste Hürde ist genommen

Und er verwies darauf, dass man in der Thüringer CDU die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestags abwarten wolle, die für den 13.12. angekündigt waren. Grundsätzlich ließ Schwäblein deutlich erkennen, dass sich auch seine Fraktion dazu durchgerungen hat, den vorliegenden Ent-

wurf zumindest in die Ausschüsse zu überweisen.

Nach einigem parlamentarischem Geplänkel erhielt zum Schluss der Debatte der Thüringer Kultusminister, Jens Goebel, der sich in der Vergangenheit eher zurückhaltend zur Notwendigkeit eines Bibliotheksgesetzes geäußert hatte, das Wort. Aus seiner Sicht besteht das Grundanliegen des Gesetzentwurfs darin, „einen Beitrag zur wirtschaftlichen Absicherung der Bibliotheken zu leisten.“ Die Grundsatzfrage sei, welche „Regelungstatbe-

stände“ aus der Perspektive des Landes notwendig, möglich und sinnvoll sind. Diese Fragen sollten aus seiner Sicht „in Ruhe“ geklärt werden. Das Ergebnis nach der etwa einstündigen Debatte war für den Thüringer Bibliotheksverband sehr befriedigend: Der Landtag hat einstimmig (!) die Überweisung des Gesetzentwurfs in die Ausschüsse beschlossen. In den nächsten Monaten werden sich jetzt der Wissenschaftsausschuss, der Bildungsausschuss, der Innenausschuss und der Justizausschuss des Thüringer Landtags mit

der Gesetzesvorlage befassen. Die Frage nach dem Bibliotheksgesetz ist derzeit zumindest in Thüringen – darauf hat der Thüringer Bibliotheksverband wiederholt hingewiesen – untrennbar mit der Frage nach der Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Öffentlichen Bibliotheken, die sich in Thüringen so gut wie ausschließlich in Trägerschaft der Kommunen befinden, verbunden. Bei der Landtagsdebatte in vier Wochen (13./14. Dezember) steht jetzt der Doppelhaushalt 2008/09 auf der Tagesordnung. Hier wird sich

entscheiden, ob die Öffentlichen Bibliotheken (noch bevor ernsthaft über ihre gesetzliche Absicherung debattiert wird) auch finanziell von Landesseite weiterhin unterstützt werden.

*Der Verfasser ist Direktor der Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar und Vorsitzender des Thüringer Bibliotheksverbands. Als „sachkundiger Bürger“ sitzt er im Bildungs- und Sportausschuss des Weimarer Stadtrats ■*

## Was ist Kunstwert

Erste öffentliche Tagung des Kunstrates • Von Börries von Notz

Mit der Fragestellung „Was ist Kunstwert“ veranstaltete der Kunstrat am 1. November 2007 seine erste öffentliche Tagung anlässlich der Fachmesse für Museumstechnik EXPONATEC, die parallel zur Kunstmesse COLOGNE FINE in Köln stattfand. Auf zwei Podien – moderiert von Cathrin Lorch (FAZ) und Claudia Dichter (WDR) – warfen Kunstexperten, Marktakteure, Künstler und Museumsleute aus ihren jeweiligen Blickwinkeln Schlaglichter auf die Kategorien und Maßstäbe, die für die Prozesse der Bewertung von Kunst entscheidend sind. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die Veranstaltung.

In ihrer Begrüßung wies die Sprecherin des Kunstrates und Organisatorin der Veranstaltung, Birgit Maria Sturm, darauf hin, dass der Messe-Kontext den optimalen Rahmen für das Symposium abgibt. Und zwar nicht nur wegen der ausgestellten Exponate und weil Kunstmessen den Kunstbetrieb konzentriert darstellen, sondern auch, weil viele Mitgliedsverbände des Kunstrates langjährige Kontakte zur Messegesellschaft in der Domstadt pflegen: als ideale Träger, als Aussteller oder als Veranstaltungspartner. Ihr großer Dank ging an das Unternehmen, das die Kunstrat-Tagung in jeder nur erdenklichen Weise unterstützt hat.

Olaf Zimmermann – der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates – outete sich gleich zu Beginn als ehemaliger Galerist, wodurch seinen Ausführungen vor den versammelten Kunstfachleuten besonderes Gewicht zukam – berichtete in seiner Eröffnungsrede von dem großen gemeinsamen Nenner, der die Verbände der Künstler, der Vermarkter und der institutionellen Vermittler an einen runden Tisch zwang und schließlich zur Gründung des Kulturrates führte: Es war die Mehrwertsteuer, die man sich in ihrer reduzierten Variante erhalten wollte und um die seit Beginn der 80er Jahre in unterschiedlichen Intervallen immer wieder gemeinsam gekämpft werden musste.

Ein paar Schritte von der sehr gut besuchten Veranstaltung entfernt – auf der Kunstmesse Cologne Fine Art – wurde die dem Symposium namensgebende Frage durch viele Abschlüsse von Kunstverkäufen praktisch beantwortet. Durch die Verortung der Podiumsteilnehmer war hingegen schnell klar, dass es auf der Tagung nicht primär um den pekuniären Wert der Kunst oder gar um die Aussagekraft der Höhe von Kunstpreisen gehen würde. Über deren Angemessenheit lässt sich ja gewiss streiten und die manchmal irrwitzigen Kapriolen geben auch keinen letzten Einblick in das spezifische System von knappem Angebot und teils irrationaler Nachfrage auf dem Kunstmarkt. Vielmehr ging es den Diskutanten um die Kategorien und Maßstäbe, die für die Prozesse der Bewertung von Kunst notwendig sind.

Die Veranstaltung teilte sich in zwei Podien auf, die mit Kunstexper-

ten, Galeristen, Künstlern, Wissenschaftlern und Museumsleuten besetzt waren. Zwischen den beiden Gesprächsrunden beeindruckte Armin Chodzinski mit seiner Performance „Rebellion inkl. 7 % MwSt. II: Eine kurze Geschichte über Kunst und Wert“. Der Künstler ergriff mit dem in seiner Rigorosität verstörenden Vortrag die Gelegenheit, als „Künstler selbst etwas zum Thema Kunst“ zu sagen.

Dabei flatterten die Manuskriptseiten scheinbar achtlos in Richtung Publikum, dem Gesagten also gleich hinterher, als wenn dieses Gesagte nicht wert wäre, aufgehoben zu werden und von vorne herein dazu bestimmt sei, zwischen den Stuhlreihen liegen zu bleiben. Die Schwierigkeiten des Wertschöpfungsprozesses ließe sich z.B. gut daran zeigen, dass sich aus dem Handel mit Baumaterialien, die in einem künstlerischen Akt zu einer Skulptur oder Installation transformiert werden, gut leben ließe, weil die Differenz zwischen dem normalen Mehrwertsteuersatz von 19 % zu dem vergünstigten Steuersatz von 7 % für Kunstwerke in diesem Fall dem Künstler zugute käme. In nüchtern-analytischer Vortragsrhetorik und mit professioneller Beamerpräsentation wurde den Besuchern und Referenten ebenso eindringlich wie emotionslos die persönliche Not des Künstlers vor Augen geführt, wenn er sich im Prozess der Wertgenerierung seiner Werke – oder inmitten von deren Scheitern – befindet.

Bemerkenswert war, dass die Podiumsteilnehmer kaum oder nur ansatzweise über den kommerziellen Wert der Kunst diskutieren haben und sich auch nicht in den entsprechenden Ressentiments und Tiraden gegen den Kunstmarkt verlorren haben. Gleichwohl lag diese monetäre Ebene in der Luft und so wurde immer wieder einmal Bezug zum Preis der Kunst genommen – der aber den „eigentlichen“ Wert der Kunst dann doch nicht definieren sollte. Vielmehr sind die Mechanismen, die Ansätze und die Akteure, die bei der „Bewertung“ von Kunst eine Rolle spielen, in ihren Ansichten so vielfältig wie die Kunst selbst, wie die lebhaften Diskussionen zeigten.

Bei der von Claudia Dichter charmant moderierten Podiumsrunde kam Bernd Röter vom Bundesverband Kunsthandwerk nicht umhin, eindringlich zu bedauern, dass selbst avancierteste Objekte aus dem Bereich des zeitgenössischen Kunsthandwerks notorisch unterbewertet seien – nicht nur, was ihre Verkaufspreise, sondern vor allem, was ihre Anerkennung in der Kunstwelt betrifft. In den skandinavischen Ländern etwa sähe das ganz anders aus, dort genieße hochwertiges Kunsthandwerk traditionell Kultstatus. Anne-Marie Bonnet vom Verband der Kunsthistoriker stellte in ihrem Statement darauf ab, dass es darum gehen müsse, Kriterien zu entwickeln, warum ein Künstler relevant



Die erste Podiumsrunde lauscht der Eröffnungsrede von Olaf Zimmermann: v.l.n.r.: Prof. Dr. Anne-Marie Bonnet (Verband Deutscher Kunsthistoriker), Iris Schaefer (Verband der Restauratoren), Claudia Dichter (Moderatorin, WDR), Bernd Röter (Bundesverband Kunsthandwerk), Dr. York Langenstein (Internationaler Museumsbund ICOM)

Foto: Kunstrat

bzw. irrelevant sei, und dass die Preise, die für dessen Werke – zumal die Aufsehen erregenden Spitzenpreise – bezahlt werden, jedenfalls kein solches Kriterium darstellen. Mit dem Preis würden viele Aussagen einhergehen, aber es sei nichts über die Qualität gesagt – die für den Kunsthistoriker entscheidend ist. Ein Diskurs über Qualität und Inhalte der Kunst finde aber kaum mehr statt. Selbst in den einschlägigen Medien, so Bonnet, sei die Kunstkritik weitgehend ausgeklammert. Man beschränke sich dort zunehmend auf die Vermittlung von Gesellschaftsnachrichten und auf Portraits glamouröser VIPs aus der Szene.

Für Iris Schäfer vom Verband der Restauratoren gelingt ein Zugang zur Kunst und damit zu ihrem Wert berufsbedingt über die Ästhetik eines Werkes. Diese schwindet, wenn der Zahn der Zeit am materialen Erhaltungszustand nagt. In der Handhabung der Restaurierung – die in den Zeitläufen ganz unterschiedliche Ansätze und Formen des Respekts im Bezug auf das Werkoriginal aufweise – zeige sich, dass der Wertbegriff immer auch ein historischer ist.

Aus dem Blickwinkel von York Langenstein von ICOM-Deutschland bestimmt sich der Kunstwert für Museen nach dem ideellen Wert der Artefakte. Der materielle Wert spiele eigentlich gar keine Rolle. Die Aura, die Geschichte, die Bekanntheit und das allgemeine Interesse bestimmten den musealen Wert von Kunstwerken. Dies zeige auch die Rückgabediskussion über kriegsbedingt abhanden gekommene Objek-

te, bei der es ausschließlich um die Bedeutung der fraglichen Werke in einem nationalen Kontext gehe. Langenstein wies auch auf den Umstand hin, dass der Handel der Wegbereiter für die Aufnahme von Kunstwerken in museale Sammlungen sei. Dieser würde nämlich die zeitgenössische Entwicklung in der Kunst schneller wahrnehmen und eine Trennung der Spreu von Weizen vornehmen, was die Museen allein nicht leisten könnten. Langenstein kann sich deswegen auch eine intensivere Zusammenarbeit von Museen und Kunsthandel gut vorstellen und würde eine solche begrüßen.

Der das Internationale Künstlergremium repräsentierende Norbert Rademacher eröffnete die von Cathrin Lorch ebenfalls eloquent geleitete zweite Runde mit dem gar nicht defätistisch gemeinten Hinweis, Kunst sei ja gerade eine Eroberung des Nutzlosen und deswegen sei ihr Wert in den unterschiedlichen Zusammenhängen immer schwer zu bestimmen. Julia Garnatz vom Bundesverband Deutscher Galerien konstatierte, dass in der Gesellschaft und in der Öffentlichkeit der materielle Wert auf der Kriterienskala ganz oben steht – was sie jedoch nicht daran hindere, sich auch für schwer verkäufliche Kunst zu engagieren und ihr Galeriepublikum für diese zu begeistern. Genau dies forderte auch Leonie Baumann, Vertreterin der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst in Berlin, die die Rolle der Kunstvereine als Entdecker hervorhob. Losgelöst von materiellen Aspekten oder der Frage, ob es sich schon um einen arrivierten

Star handle, böten Kunstvereine vor allem dem talentierten Nachwuchs bereits im frühen Stadium eine Öffentlichkeit und vermittelten ihren Besuchern innovative, noch nicht „durchrezipierte“ Kunst.

Volker Rodekamp vom Deutschen Museumsbund machte deutlich, dass Museen, selbst wenn es ihnen noch so sehr widerstrebe, lernen müssten, den Wert ihrer Bestände einzuschätzen. Dies seien Zwänge, die die neuen Haushaltsregeln in vielen öffentlichen Verwaltungen mit sich brächten. Da könne das der Kunst innewohnende Ideelle, noch so sehr bemüht werden – lediglich einen symbolischen Euro anzugeben, würde von den Mittelgebern heutzutage nun mal nicht mehr akzeptiert.

Gerade das zweite Podium zeigte die Dialektik von materiellem und ideellem Wert der Kunst auf. Harte, jeweils abzuhakende Kriterien wurden auch hier nicht geboten – falls sich solche denn überhaupt finden lassen. Die gesamte Veranstaltung zeigte, dass mit der Frage nach dem Wert der Kunst eine gewisse Sehnsucht einhergeht, einen Diskurs zu führen, der sich auf breiter Front mit der Kunst beschäftigt.

Beispielsweise mit der Frage nach den Differenzen und Kriterien von guter Kunst und schlechter Kunst. Das könnte vielleicht das Thema einer nächsten Tagung des Kunstrats sein, der in seiner Gesamtheit einen Pool breiten Wissens um die Kunst und ihren Betrieb in allen Facetten repräsentiert.

*Der Verfasser ist Rechtsanwalt in Berlin ■*

## Ohne Freundschaft geht's nicht

Ein Essay von Karlheinz Schmid

Alles in allem kann man eigentlich nur abraten, eine Galerie zu eröffnen. Es gibt schon zu viele, und die Widerstände, auf die Sie stoßen werden, sind immens – zumal der Betrieb in den vergangenen Jahren noch härter geworden ist. Investieren Sie lieber in gute Kunstwerke, etablieren Sie sich als kompetenter Sammler, formen Sie eine Kollektion, die international für Aufsehen sorgt. Mit Geld allein ist's nicht zu machen; letztlich wird Ihre Sammlung nach der Qualität der Arbeiten bewertet, auch nach der Intensität, die Ihre Werke im Dialog miteinander erreichen. Das kann zwar durchaus Jahre dauern, doch das Beispiel der Düsseldorfer Sammlerin Julia Stoschek (siehe Band 1 dieser Ratgeber-Reihe) zeigt jedermann, dass zwei oder drei genügen können. Dagegen räumen nahezu sämtliche älteren Galeristen ein, dass sie allemal ein Jahrzehnt gebraucht haben, bis sie schwarze Zahlen schreiben konnten und sich einigermaßen sicher fühlten.

Wenn Sie sich aber von dem zunächst meist ausbleibenden Erfolg nicht abschrecken lassen mögen und dennoch nach Räumen Ausschau halten, um eine Galerie zu gründen, dann sollten Sie nicht nur zuvor gegebene Hinweise beachten (von der Namensgebung bis zur Öffentlichkeitsarbeit), sondern auch Freundschaften pflegen. Denn ohne die geht's beim besten Willen nicht. Viele Galeristen beginnen damit, ihren Kunsthandel nicht im Alleingang zu betreiben, sondern im Duo alle Hürden zu meistern. Manche Paare sind verheiratet, wie Petra und Ralph Schilcher in Graz (Galerie & Edition Atelier) oder die HENZES in der Schweiz; andere bevorzugen die Vater-Tochter-Variante wie Silke und Raimund Thomas sowie Julia und Bernd Klüser, allesamt in München zu Hause.

Und dann gibt es bewährte Freundschaften, etwa Monika Sprüth und Philomene Magers, Six Friedrich und Lisa Ungar oder Thilo Wermke und Alexan-

der Schröder, die sich zudem im partnerschaftlich geführten Unternehmen äußern. Manche Galeristen rücken auch nur für eine gemeinsame Messe-Teilnahme oder ein amüsantes kollektives Schau-Kochen zusammen, beispielsweise Rosemarie Schwarzwälder (Nächst St. Stephan), Victor Gisler (Mai 36) und Bob van Orsouw oder Friedrich Look (Wohnmaschine) und Gerd Harry Lybke (Eigen + Art).

Andere Freundschaften, die das strapaziöse Galerie-Geschäft erleichtern, sind innige Beziehungen zwischen Galeristen und Künstlern oder zwischen Galeristen und Sammlern. Wer Vera Munro und ihren Künstler Günther Förg zusammen sieht, der spürt die Vertrautheit, das gegenseitige Wohlwollen. Wer Mehdi Chouakri und den Sammler Paul Maenz beobachtet, der weiß, dass sich hier zwei Freunde, Lebenspartner, hundertprozentig aufeinander verlassen können. Ja, es gibt sie, die wunderbaren Verbindungen im sonst oft feind-



Karlheinz Schmid. Foto: Moosburger

seligen Kunstbetrieb, und sie sind vonnöten, will man als Galerist nicht untergehen. Es kann kein Zufall sein, dass einer der älteren Galeristen, der

vor einiger Zeit seinen üblichen Öffnungszeiten-Betrieb nach Jahrzehnten eingestellt hat, nämlich Erhard Klein, zweifelsfrei zu den beliebtesten Insidern gehört. Von Beuys und Palermo bis zu Polke, Knoebel und Klauke: Erhard Klein war oder ist für diese Künstler ein Freund, für den sie jederzeit durchs Feuer gehen oder gingen, weil's umgekehrt nicht anders wäre.

Derart gepolstert, mit Rückendeckung und Flankenschutz versehen, kann der Galerist auch schwierigste Krisenzeiten überstehen, egal ob wegen angeschlagener Gesundheit oder fehlender Umsätze.

Auszug aus dem Buch: *Karlheinz Schmid: Unternehmen Galerie. Kunsthandel, professionell. Ratgeber Kunst Bd. 3*, hg. von Gabriele Lindinger und Karlheinz Schmid. Regensburg 2007

## Zur Stellung des Architekten in der Gesellschaft

Ein Porträt des Architekten und Kulturpolitikers Wolfgang Esser • Von Andreas Kolb

**„Um Überleben zu können, habe ich auch Architektur gemacht.“ Wolfgang Esser hat ganz bewusst auf eine so genannte Architektenkarriere verzichtet. Der heute neunund-siebzehnjährige Essener Architekt hätte dann nämlich nicht das machen können, was heute für sein Lebenswerk gilt: Die Stellung des Architekten in der Gesellschaft mitzugestalten. Im Jahr 1967 trat Esser dem Verein Freischaffender Architekten Deutschlands (VFA) bei und bekleidete dort hohe und höchste Ämter. Bis heute ist er kulturpolitisch aktiv, zum Beispiel als stellvertretender Sprecher der Sektion Baukultur im Deutschen Kulturrat, als Mitglied in den Kulturratsfachausschüssen Bildung, Bürgerschaftliches Engagement und Medien, oder als Juror zur Verleihung des Kulturgroschens.**

Die enge und lebenslange Verzahnung zwischen Beruf und bürgerschaftlichem Engagement erklärt sich schlüssig aus Essers Vita. Der Vater, Friedrich Esser, war Kunstmaler und überzeugter Antifaschist. Sehr früh kam der Sohn mit Kunst, Literatur und Musik, aber auch mit Politik in Berührung.

Das Vorbild des Vaters, der 1943 in Stalingrad fiel, war ein zentraler Impuls gewesen, sich früh auseinanderzusetzen mit der Situation in Wirtschaft, Kultur und Bildung. „Demokratie – wenn sie überleben will – beruht darauf“, so Wolfgang Esser gegenüber *politik und kultur*, „dass Menschen aus eigenem Antrieb Dinge und Regeln einhalten, die zum Überleben einer Gesellschaft notwendig sind. In einer Zeit weitgehender kultureller Unsicherheit und Orientierungslosigkeit hat es eine Berufsgruppe wie die der Architekten schwer. Ein produktiver Dialog zwischen Bauherrn und Architekt wird vom Diktat der Ökonomie des Geldes und der Zeit verdrängt.“ Ein Credo Essers, das als immer wiederkehrendes Leitmotiv sein Leben durchzieht.

### Architektur und Kultur

Der Weg zum anerkannten Architekten und Kulturpolitiker war kein direkter. Als Kind im Landverschiebungslager bereits weg von zu Hause, wurde Esser mit 15 Jahren Soldat der Deutschen Wehrmacht. Nach 45

wollte er nicht mehr zur Schule, sondern verdiente sein erstes Geld als Praktikant auf dem Bau. Nur der massiven Intervention seines Ordinarius vom Essener Burg-Gymnasium, der die Mutter überzeugte, dass ihr Kind eine höhere Bildung genießen müsse, war es zu verdanken, dass diese ihren Sohn wieder auf die Schule schickte. „Der junge – im Pulverdampf ergraute Krieger“, so der alte Esser sarkastisch über den jungen, „war zunächst erbost, was man da über seinen Kopf hinweg ausgehandelt hatte. Doch er schloss die Schule mit Abitur ab. Und war später dankbar für die Hochschulreife.“ Doch der Weg ging noch immer nicht geradlinig weiter: Nach dem Abitur folgte die Gesellenprüfung als Maurer. Es ging darum, in den Semesterferien für einen vernünftigen Lohn auf dem Bau arbeiten zu können. In seiner Bewerbung für die Akademie schrieb er, er wolle ein künstlerischer Architekt werden. „Das habe ich mir inzwischen abgeschminkt. Der Architekt ist kein Künstler, war kein Künstler, und wird auch keiner sein.“

Was aber haben Architektur und Kultur miteinander zu tun? „Der Bezug zur Kultur ist für den Architekten sehr viel wichtiger als der zur Kunst“, sagt Esser.

Architektur als ästhetische Organisation praktischer Wirklichkeit – Esser bezieht sich auf den schwedischen Bauhaus-Architekten Sten Samuelson, mit dem er in den Siebziger Jahren in Kontakt stand. Ästhetisches Bewusstsein und eine ästhetische Verantwortung setzt Esser bei Architekten als selbstverständlich voraus.

### Bürgerschaftliches Engagement

Nach dem Studium der Architektur an der Ingenieurschule, Abteilung Hochbau, in Essen, arbeitete zwischen 1953 und 1967 im Angestelltenverhältnis.

Dann machte er sich selbstständig, um seine Überzeugungen zu entwickeln. In dieser Zeit entstand auch die Denkschrift: „Versuch einer Bestandsaufnahme“ für die VFA. Aus dieser Situationsbeschreibung leitete er die Folgerungen für die Existenzchancen eines freischaffenden Architekten ab. Das große Echo auf diese Schrift, die an alle die Bundes-

delegierten gegangen war, „katapultierte“ ihn praktisch ins Präsidium, obwohl er noch gar nicht lange Mitglied der VFA war.

Die zahlreichen Ehrenämtern Essers lassen sich am besten in einer Liste darstellen, die aber hier mangels Platz nicht vollständig sein kann:

- zirka 15 Jahre 2. Vorsitzender der VFA Bezirksgruppe Essen; 1. Vorsitzender 1995 bis 2003.
- Mitarbeit als einer der 3er-Führung der Bürgerinitiative „Integrierte Gesamthochschule Essen“ – in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Ernst von Weizsäcker 1972-1973 – anlässlich der Gründung der Universität Essen, mit dem Ziel des interdisziplinären Studiums.
- VFA-Präsidium: Pressereferent und Redaktion der Verbandszeitschrift „der freiberufliche architekt“ 1968 bis 1972. Beisitzer Präsidium 1990 bis 1992; Vizepräsident 1993 bis 1994, Rücktritt aus Protest gegen die Unterschrift der VA unter die „Erklärung von 18 Professoren an deutschen Hochschulen zur Novellierung der Wärmeschutzverordnung 1995“.
- Seit 2003 im Vorstand der Stiftung Deutscher Architekten (der AKNW), Sprecher des Arbeitskreises „Berufsbild“ der AKNW.
- Seit 1984 Sprecher und ehrenamtliche Geschäftsführung (bis 2003) der Sektion Baukultur im Deutschen Kulturrat.
- Mitarbeit in Fachausschüssen „Medien“ und „Kulturelle Bildung“.

### Scherbenhaufen aufarbeiten

Neben all diesen Ämtern soll Essers Architektur nicht vergessen werden. Davon hat er schließlich – wie eingangs zitiert – gelebt.

Esser baute Mehrfamilienhäuser, Wohn- und Geschäftshäuser. Für ein Sozialgebäude der Städtischen Werke Essen erhielten die Bauherren die Bronze-Medaille im bundesweiten Wettbewerb: „Industriebauten in der Landschaft“. Weitere Projekte waren Gewerbebauten, Bürobauten für die Ruhrgas Essen, Atlas-Copco Essen sowie sozialer Wohnungsbau für die GAGFAH Essen (24 WE). Selbst in diesem mikroskopischen Ausschnitt aus seinen Arbeiten wird deutlich, wie vielseitig Esser auch hier tätig war.



Wolfgang Esser.

Foto: privat

Von vertanen Chancen spricht Esser im Zusammenhang mit der Frage der Verantwortung der Architekten für die Nachkriegsarchitektur.

„Wenn nach dem ‚vertikalen Einbruch der Barbarei‘ (Ortege y Gasset: ‚Aufstand der Massen‘) in unsere deutsche Kultur, die einmal Weltgeltung hatte, ein Scherbenhaufen übrig geblieben ist, müssen wir die Menschen provozieren, über sich und ‚ihre Kultur‘, ‚ihr Wohnen‘ nachzudenken und die ‚Scherbenhaufen‘ aufzuarbeiten.“

Man soll uns nicht zu Prügeln machen für mangelnde ‚Baukultur‘ machen dürfen infolge des Versagens der Gesellschaft selbst.“

Und noch ein Blick auf die Gegenwart: „Wir sprechen von Baukultur. Was ist das? Aus meinem kulturellen Verständnis würde ich es bezeichnen

als den kulturellen Entwicklungsstandes einer jeweiligen Zeit.

Doch es fehlt die Voraussetzung des aktiven Auslebens der bewussten oder gewussten Kultur. Oder sollen angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit – Ökologie, Soziologie, Ökonomie, Energie – die bereits modischen Glastürme oder – Bauten mit dem drei- bis vierfachen Energieverbrauch eines ‚normalen‘ Gebäudes gleichen Inhalts die ‚highlights‘ unserer zeitgenössischen Architektur sein?

Ich betrachte es als einen unzulässigen Rückzugsversuch vor diesen Herausforderungen, wenn einige von uns die Architekten zu Künstlern hochstilisieren wollen.“

Der Verfasser ist Redakteur von *politik und kultur* ■

# Kultur und Schule? Kultur macht Schule!

Von Kristin Bäßler

**Mit ihrer Publikation „Kultur macht Schule. Innovative Bildungsallianzen – Neue Lernqualitäten“ zeigt die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Möglichkeiten zur Kooperation im Feld der kulturellen Bildung**

Dass kulturelle Bildung notwendig ist und besonderer infrastruktureller Förderung bedarf, scheint insbesondere bei den Entscheidungsträgern angekommen zu sein. Das zeigen nicht zuletzt die jüngst stattgefundenen Veranstaltungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Interkulturelle Bildung – Ein Weg zur Integration?“ in Bonn oder die Arbeitstagung zur kulturellen Bildung des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien in Berlin. Aber welche Felder bedient die kulturelle Bildung? Wie sehen die bildungspolitischen Rahmenbedingungen aus und wie kann kulturelle Bildung in den Bildungsorten so verankert werden, dass man dem Anspruch auf Allgemeinbildung gerecht wird?

Die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung trägt mit ihrer Publikationsreihe „Kulturelle Bildung“ ein Stück dazu bei, diese Fragen zu klären und Theorie und Praxis in diesem Feld darzustellen.

Der nun erschienene dritte Band umfasst die Bereiche „Neue Lern- und Lebenswelten“, Ergebnisse des Modellprojektes „Kultur macht Schule“, die Darstellung von Best Practice Beispielen im Bereich von kulturellen Bildungspartnerschaften und innovativen Netzwerken sowie einen allgemeinen Teil, in dem Positionen und Stellungnahmen zum

Thema Kulturelle Bildung zusammengefasst sind.

Das Hauptaugenmerk des Buches richtet sich auf die Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischen Partnern der kulturellen Bildung, die sich seit Einführung der Ganztagschule als sehr innovativ und größtenteils auch positiv gestaltet hat. Denn letztlich haben alle Akteure das gleiche Ziel: „Chancengerechtigkeit und kultureller Teilhabe zu fördern und allen Schülerinnen und Schülern ein vielfältiges und ganzheitliches Bildungsangebot sowie individuelle Förderung im Ganztags zu ermöglichen“, wie es im Vorwort des Buches heißt. Doch gibt es Unterschiede, diese Ziele zu erreichen.

In seinem Einführungsbeitrag beschreibt Max Fuchs die strukturellen Unterschiede zwischen der Schule und den außerschulischen Partnern. Diese liegen grundsätzlich in der Ausbildung des Fachpersonals/Lehrer und in den pädagogischen Prinzipien. Während in den Schulen Schul- und Leistungspflicht vorherrscht, geht es bei den außerschulischen Partnern um Freiwilligkeit und Subjektorientierung. So schreibt Fuchs: „Wenn zwei Systeme zusammenarbeiten, dann entsteht nicht nur ein neues, sondern auch starke Veränderungen bei Strukturen und Personal. Fragen nach Professionalisierungsanforderungen an die Fachkräfte der außerschulischen Bildung sowie Fragen der pädagogischen Positionen sind da nur ein Teil der Reformarbeit“. Fuchs unterstreicht, dass es wünschenswert wäre, wenn die Umstellung der Ganztagschule auch einhergehen würde mit grundsätzlichen Moder-

nisierungstendenzen der Bildungsstrukturen.

## Hausaufgaben der Bildungseinrichtungen

Heinz-Jürgen Scholz erklärt in vier Thesen, welche möglichen Bedingungen Schulen und außerschulische Träger der kulturellen Bildung leisten müssen, damit das Gesamtkonzept der Ganztagschule gelingt. So schreibt er, dass die Ganztagschule grundsätzlich ein erhebliches Potential besitzt, herkunftsbedingte Bildungsbenachteiligung abzubauen, wenn – zumindest ansatzweise – eine Leistungshomogenisierung angestrebt wird. Das Stichwort lautet hier „individuelle Förderung für alle!“. Dabei muss aufgrund der individualisierten Freizeittendenzen insbesondere bei den 14- bis 15-Jährigen darauf geachtet werden, dass für diese und die folgenden Altersgruppen Angebote unterbreitet werden, die nicht mehr nur auf die Ganztagschule beschränkt sind. Schulz unterstreicht besonders die Qualitätsentwicklung der Ganztagschulen: Bildungskonzepte sollten weniger additiv, sondern verstärkt integrativ ausgestaltet werden sollten, so dass Vormittagsunterricht und Nachmittagsangebot besser miteinander verzahnt werden. Als letzte These regt Schulz an, die inhaltliche Ausgestaltung der Ganztagsbildung nicht auf Good Practice-Beispielen aufzubauen, sondern eher auf die infrastrukturellen Begebenheiten, insbesondere auf lokaler Ebene zu schauen, um daraus Handlungsrichtungen abzuleiten und Strukturen aufzubauen.

Martina Liebe beleuchtet in ihrem Beitrag „Bildungswirkungen der



Jugend(kultur)arbeit oder „Mozart ohne Effekt“ den Aspekt der Bildungswirkung, der in der Diskussion um die kulturelle Bildung immer populärer wird. Dieses Thema hat sich bisher primär auf den Bereich der Schule konzentriert. Die Fragen, die Liebe in ihrem Beitrag sehr ausführlich und schlüssig ausführt, sind: Platziert sich die Jugendarbeit, und damit die Jugendkulturarbeit in einem Bildungsdiskurs, der nach Bildungswirkung (Steigerung der kognitiven Fähigkeiten beziehungsweise Steigerung des Intelligenzquotienten) fragt beziehungsweise „in welcher Weise in diesem Handlungsfeld angemessen über Wirkungen gesprochen werden kann“? Sie kommt zu dem Schluss, gestützt auf die Ergebnisse des „Zwölften Kinder- und Jugendberichtes der Bundesregierung“, dass auf individueller Ebene der Erwerb von Kompetenzen durch die Jugendkulturarbeit nachweisbar ist. „Sie kann

wirksam die Persönlichkeitsentwicklung unterstützen, indem sie Wissen, Fähigkeiten und Erfahrungen vermittelt, Motivation und Einstellungen befördert.“

Ina Bielenberg fasst in ihrem Beitrag „Kinder- und Jugendkulturarbeit: Bildungsanliegen“ noch einmal zusammen, welchen Wert und welche Aufgaben die kulturelle Kinder- und Jugendbildung, begründet im Kinder- und Jugendplan des Bundes, hat. Die Grundsätze der kulturellen Bildung, seien sie auch schon oft zitiert, können nicht oft genug wiederholt werden: Ganzheitlichkeit, Selbstwirksamkeit, Stärkenorientierung, Freiwilligkeit und Partizipation. Darüber hinaus belegt Bielenberg die Attraktivität der kulturellen Bildung, die sich an dem großen Interesse beispielsweise am Freiwilligen Sozialen Jahr Kultur oder den Wartelisten der Musikschulen belegen lassen. Warum das große Interesse an der Kultur? Bielenbergs These: „Das liegt am spielerischen, experimentellen, prinzipiell offenen Charakter von Kunst.“

Der zweite Teil des Buches durchleuchtet das Modellprojekt „Kultur macht Schule“ und bilanziert die dort gemachten Ergebnisse, wie sie in den Beiträgen von Viola Kelb und Helle Becker zu finden sind. Wolfgang Zacharias zeigt die Notwendigkeit sowie den Mehrwert von kulturellen Bildungsnetzwerken, wie sie in dem Modellprojekt „Kultur macht Schule“ erfolgreich erprobt wurden, und Max Fuchs stellt Überlegungen an, wie das kulturelle Profil der Schule in Zukunft aussehen könnte. Grundprinzipien einer solchen Schule könnten laut Fuchs unter anderem sein: Bildung ist mehr als Schule und Schule mehr als Pisa, Bildung als Lebenskompetenz begründet auf Ganzheitlichkeit, und als letztes: Lernen als Welteroberung und darin impliziert die Erweiterung der Handlungsfähigkeit.

Im dritten und vierten Teil der Publikation werden innovative Netzwerke und beispielhafte Arbeitsfelder der kulturellen Bildung vorgestellt. Darunter der Wettbewerb „Mixed up“, der Bundeswettbewerb der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, der erfolgreiche kulturelle Kooperationen zwischen Schule und außerschulischen Institutionen auszeichnet, oder das KS:MUC München.

Einen besonderen Mehrwert erhält das Buch durch die aufgeführten Stellungnahmen der Kultusministerkonferenz, des Deutschen Städtetages und des BundesElternRates zur kulturellen Bildung. Darüber hinaus durch einen Mustervertrag zwischen Schule und außerschulischen Partnern der kulturellen Kinder- und Jugendbildung, der auf Grundlage einer Rahmenvereinbarung zwischen der LKJ Berlin und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin gemacht wurde.

Das Buch spannt einen sehr sinnvollen Bogen zwischen Theorie und Praxis und bietet Akteuren der kulturellen Bildung, sei es für die Schule oder für den außerschulischen Bereich, die Möglichkeit, sich zum einen theoretisch zu informieren, zum anderen ganz praktisch an die Arbeit zu gehen. Hilfreich dafür ist auch die beiliegende CD-ROM, auf der ein „Qualitätsmanagementinstrument für Kooperationen“ enthalten ist, das durch gezielte Fragen die Selbstevaluation der Partnerschaften zwischen Schule und außerschulischen Trägern befördert und zu optimieren hilft.

Die Verfasserin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

## Der Kultur-Kompass für Deutschland

demnächst bei ConBrio



### Kultur in Deutschland

Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages

### Ein Kultur-Kompass

Nach vierjähriger Tätigkeit hat die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ihren Abschlussbericht dem Bundestag übergeben.

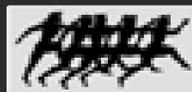
Der Bericht enthält die umfangreichste Bestandsaufnahme zur Kultur in der Bundesrepublik, die bislang je erschienen ist – und eine überparteilich abgestimmte Liste von 465 Handlungsempfehlungen an die Politik.

Als Buch mit DVD – sie enthält unter anderem auch alle Einzel-Gutachten – erscheint dieser Abschluss-Bericht am 1. März 2008.

Ca. 780 Seiten, mit DVD  
ISBN: 978-3-932581-93-9  
CB 1193

Preis: 35,- Euro.  
Subskription bis zum 29. Februar  
28,- Euro.

ConBrio Verlagsgesellschaft  
Brunnstr. 23  
93053 Regensburg  
info@conbrio.de  
Tel.: 0941-945930  
FAX: 0941-9459-350



# Bundestagsdrucksachen

Im Folgenden wird auf Bundestagsdrucksachen mit kulturpolitischer Relevanz hingewiesen. Berücksichtigt werden Kleine und Große Anfragen, Anträge, Entschließungsanträge, Beschlussvorlagen sowie Bundestagsprotokolle. Alle Drucksachen können unter folgender Adresse aus dem Internet heruntergeladen werden: <http://www.dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>.

## Kulturpolitik allgemein

Drucksache 16/6547 (01.10.2007)  
Kleine Anfrage  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
**Zukünftige Förderpolitik des Bundes für das sorbisch-wendische Volk**

Drucksache 16/6758 (19.10.2007)  
Antwort  
der Bundesregierung  
auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/6547 –  
**Zukünftige Förderpolitik des Bundes für das sorbisch-wendische Volk**

Drucksache 16/6704 (12.10.2007)  
Antwort  
der Bundesregierung  
auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/6502  
**Ausleihe der Büste der Nofretete nach Ägypten**

Drucksache 16/6709 (12.10.2007)  
Kleine Anfrage  
der Fraktion DIE LINKE.  
**Musikveranstaltungen der extremen Rechten im dritten Quartal 2007**

Drucksache 16/6890 (31.10.2007)  
Antwort  
der Bundesregierung  
auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/6709 –  
**Musikveranstaltungen der extremen Rechten im dritten Quartal 2007**

Drucksache 16/6588 (09.10.2007)  
Antwort  
der Bundesregierung  
auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/6494 –  
**Erfassung von Musikveranstaltungen der extremen Rechten**

Drucksache 16/6415 (02. 11. 2007)  
Kleine Anfrage  
der Fraktion DIE LINKE.  
**Rechtsextremismus und neue Medien**

Drucksache 16/6925 (06.11.2007)  
Antrag  
der Fraktion der CDU/CSU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP  
**Errichtung eines Freiheits- und Einheits-Denkmal**

Drucksache 16/6927 (07.11.2007)  
Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
**Diskussionsprozess über ein Freiheits- und Einheitsdenkmal unter**

**breit angelegter Beteiligung der Öffentlichkeit initiieren**

Drucksache 16/6827 (25.10.2007)  
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)  
zu dem Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 16/3667 –  
**Hauptstadtkulturfinanzierung des Bundes in einem Staatsvertrag regeln**

Drucksache 16/6976 (07.11.2007)  
Entschließungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE.  
zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 16/6281 –  
**Der Nationale Integrationsplan Neue Wege – Neue Chancen**

## Auswärtige Kulturpolitik

Drucksache 16/6604 (10.10.2007)  
Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
**Neujustierung der Auswärtigen Kulturpolitik**

Drucksache 16/7086 (08.11.2007)  
Unterrichtung  
durch die Bundesregierung  
**Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2006/2007**  
Drucksache 16/7253 (16.11.2007)  
Zugeleitet mit Schreiben der Deutschen Welle vom 9. November 2007 gemäß § 4a Abs. 1 i. V. m. § 4b des Deutsche-Welle-Gesetzes.  
**Unterrichtung durch die Deutsche Welle Erste Fortschreibung der Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2007 bis 2010**

## Kulturwirtschaft

Drucksache 16/6731 (17.10.2007)  
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)  
zu dem Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 16/5111 –  
**Populäre Musik als wichtigen Bestandteil des kulturellen Lebens stärken**

Drucksache 16/6852 (24.10.2007)  
Kleine Anfrage  
der Fraktion der FDP  
**Musikförderung in Deutschland – Initiative Musik**

Drucksache 16/7081 (24.10.2007)  
Unterrichtung  
durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien  
**Bericht über das Prüfergebnis zur Sicherung eines zielgruppengerechten und qualitativ hochwertigen Angebots an interaktiven Unterhaltungsmedien**

Drucksache 16/7116 (14.11.2007)  
Antrag  
der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der SPD  
**Wertvolle Computerspiele fördern, Medienkompetenz stärken**



Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude

Fotonachweis: Deutscher Bundestag

## Aus den Gremien

### Georg Ruppelt als Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates gewählt

Der Sprecherrat des Deutschen Kulturrates, des Spitzenverbands der Bundeskulturverbände, hat am 05.12.2007 den Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek Hannover Dr. Georg Ruppelt zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates gewählt. Die Nachwahl war erforderlich, weil Dr. Claudia Schwalfenberg, die bisherige Stellvertretende Vorsitzende, aus dem Sprecherrat ausgeschieden ist. Sie ist aus beruflichen Gründen ins Ausland gezogen. Dr. Georg Ruppelt, geb. 1947 in Niedersachsen, studierte Geschichte, Germanistik, Pädagogik und Philosophie in Göttingen und Braunschweig. Er promovierte mit einer interdisziplinären Arbeit über „Schiller im nationalsozialistischen Deutschland“. Nach einer

Ausbildung zum Bibliothekar und Tätigkeit an der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg war er Stellvertreter Paul Raabes an der Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel, seit 2002 ist er Direktor der Niedersächsischen Landesbibliothek in Hannover, die seit 2005 auf seine Veranlassung hin den Namen Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek trägt. Seit 1979 engagiert sich Dr. Ruppelt in nationalen und internationalen kulturpolitischen Gremien. Zwischen 2000 und 2006 war Ruppelt u. a. Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates; Beirat des Goethe-Instituts, Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission; seit 2001 ist er Zweiter Sprecher der Deutschen Literaturkonferenz. 2002, 2005 und 2007 initiierte er in Hannover, unterstützt von

der Bundesregierung und dem Land Niedersachsen, drei internationale Kongresse zum Thema „NS-Raubgut“. Besonders intensiv engagiert sich Dr. Ruppelt in der Leseförderung. Von 1996 bis 2005 gehörte er dem Vorstand der Stiftung Lesen an, dessen Vorsitzender er von 2001 bis 2005 war. 2004 gründete er an der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek die Akademie für Leseförderung, die von der Stiftung Lesen und dem Land Niedersachsen getragen wird. Bis 2007 hat er ca. 39 Monographien und 350 Aufsätze zu Themen des Buch- und Bibliothekswesens, der Kulturgeschichte und -politik sowie der Literatur- und niedersächsischen Regionalgeschichte publiziert; hinzukommen journalistische und belletristische Arbeiten. ■

### EU-Kulturkommissar Jan Figel und Deutscher Kulturrat vereinbaren intensive Zusammenarbeit

Ein neues Kapitel der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und dem Deutschen Kulturrat wurde beim Treffen in Berlin aufgeschlagen. EU-Kulturkommissar Jan Figel und der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, trafen sich am 5.12.2007 in Berlin, um einen strukturierten Dialog zum Umsetzungsprozess der EU-Mitteilung „Eine Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung“ zu beginnen. Im November dieses Jahres hat der Europäische Kulturminister die Europäische Kulturagenda nationalabschiedet und damit in Kraft gesetzt. Der Deutsche Kulturrat hat mit seiner Stellungnahme zur Mitteilung der EU-Kommission „Eine Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung“ Position bezogen. Diese Positionierung des Deutschen Kulturrates war die Grundlage des Gesprächs mit EU-Kulturkommissar Figel. Der Deutsche Kulturrat hat in dem Gespräch konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur auf der europäischen

Ebene vorgetragen. Ein Thema war unter anderem die Besteuerung ausländischer Künstler. Sie stellt sich nach wie vor als ein Hindernis für die von der EU angestrebte Mobilität für Künstler dar. In diesen Zusammenhang gehören auch Fragen nach der Erteilung von Visa für europäische Künstler, die in das außereuropäische Ausland reisen. Ein weiteres Thema war die Kulturverträglichkeitsprüfung. Der Deutsche Kulturrat sprach an, dass vielfach in anderen Generaldirektionen der Europäischen Kommission wie z.B. Wettbewerb, Informationsgesellschaft oder auch Medien Entscheidungen getroffen werden, die sich auf den Kulturbereich auswirken. Figel sicherte zu, dass er in die verschiedenen Gremien, die sich mit diesen Fragen befassen, die besonderen Belange der Kultur einbringt. Auf diese Weise kann er zur Kulturverträglichkeit anderer Politiken beitragen. Der Austausch zwischen dem Deutschen Kulturrat und EU-Kulturkommissar Figel soll auf diesem Gebiet vertieft werden. Im Mittelpunkt des Gesprächs

stand die Offene Methode der Koordinierung. Mit der Verabschiedung der EU-Mitteilung „Eine Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung“ wird ein neues Kapitel der europäischen Kulturpolitik aufgeschlagen. Die Offene Methode der Koordinierung wird zu einer verstärkten und vertieften Zusammenarbeit in der Kulturpolitik der europäischen Mitgliedsstaaten führen. Daher ist es aus Sicht des Deutschen Kulturrates notwendig, dass der Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft verbessert wird. Der Deutsche Kulturrat repräsentiert als Spitzenverband der deutschen Bundeskulturverbände alle künstlerischen Sparten und Bereiche des kulturellen Lebens von den Künstlern, über die Kultureinrichtungen und Kulturvereine bis hin zu Kultureinrichtungen. Er ist der deutsche Ansprechpartner für die Politik und Verwaltung des Bundes, der Länder, der Kommunen sowie der Europäischen Union. EU-Kulturkommissar Figel regte regelmäßige Treffen mit dem Deutschen Kulturrat an. ■

## Aus den Gremien des Deutschen Kulturrates

Der **Fachausschuss Bildung** des Deutschen Kulturrates traf sich am **05.09.2007**, **24.10.2007** und am **04.12.2007** unter der Leitung seines Vorsitzenden **Christian Höppner**, um über eine Stellungnahme zu neuen Medien und kultureller Bildung zu beraten.

Der Fachausschuss Medien des Deutschen Kulturrates beriet am **11.09.2007** unter der Leitung seines Vorsitzenden **Heinrich Bleicher-Nagelsmann**, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf den Rundfunk hat. Im

Mittelpunkt der Debatte stand die entstehende Konkurrenz zwischen Rundfunk- und Telekommunikationsunternehmen in diesem Bereich. Der Fachausschuss bereitet eine Stellungnahme zu dem Thema vor.

Im Zentrum der Sitzung des **Fachausschusses Europa/Internationales**, der von **Prof. Dr. Max Fuchs** geleitet wird, stand die Mitteilung der EU-Kommission „Eine Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung“. Der Fachausschuss hat hierzu eine Stellungnahme

des Deutschen Kulturrates vorbereitet. Der **Sprecherrat** des Deutschen Kulturrates tagte am **19.09.2007** und am **05.12.2007** jeweils unter der Leitung des Vorsitzenden **Prof. Dr. Max Fuchs**. In der Sitzung am 19.09.2007 wurde unter anderem die Stellungnahme zur EU-Kulturagenda verabschiedet (siehe hierzu *politik und kultur* 6/2007). In der Sitzung am 05.12.2007 wurde als neuer Stellvertretender Vorsitzender Dr. Georg Ruppelt gewählt. Weiter wurde eine Stellungnahme zur beschränkten Steuerpflicht ausländischer

Künstler verabschiedet. Am **27.09.2007** fand die jährliche **Mitgliederversammlung** des Deutschen Kulturrates unter der Leitung des Vorsitzenden **Prof. Dr. Max Fuchs** statt. Neben der Entlastung für den Haushalt 2006, der Verabschiedung des Haushalts 2008 wurden auch die Mitgliedsbeiträge erhöht.

Der **Fachausschuss Steuern** des Deutschen Kulturrates befasste sich in seiner Sitzung am **31.10.2007** intensiv mit der beschränkten Steuer-

pflicht ausländischer Künstler und bereite hierfür eine Stellungnahme vor. Weiter beriet der Ausschuss unter der Leitung seines Vorsitzenden **Prof. Dr. Peter Raue** das Problem, dass in zunehmendem Maße Finanzbehörden für Unternehmen der Kulturwirtschaft, die ähnliche Aufgaben wie öffentliche Kultureinrichtungen wahrnehmen, die Umsatzsteuerbefreiung beantragen. Hiervon sind vor allem Unternehmen der Veranstaltungsbranche betroffen.

Gabriele Schulz ■



Dieko

Zeichnung: Dieko Müller

## Kurz-Schluss

Wie die Kultur einmal den Kopf aus einem Rattenloch im Bundestag streckte...

Sind sie schon einmal – gefesselt von der Lektüre eines Buches – erst durch den morgendlichen Wecker wieder auf die Suche nach der verlorenen Zeit geschickt worden? Blieb Ihnen – beim Galerie-Besuch – angesichts eines Ihnen unbekanntes Bildes schon mal kurz die Luft weg? Haben Sie in der Oper, im Konzert, im Theater oder im Kino je verschämt mit den Tränen gekämpft? Dann sind Sie dringend therapiebedürftig. Sie lassen sich vom Kunstwerk ja noch richtig einnehmen, beeinflussen, überwältigen.

Glauben Sie mir: Das ist die völlig falsche Herangehensweise. Sentimental. Altmodisch. Höchstwahrscheinlich verlogen. Denn erst kommt das Fressen – und dann die Moral: Maßstab für den Kunst-Wert ist schließlich der Markt-Wert. Die Bedeutung von Kultur als weicher Standort-Faktor, als Tourismus-Motor, als Vokabel-Schmuck für die sinnliche Ausgestaltung von Börsenkursberichten, Schmiermittel bei ökonomischschädigenden sozialen Konflikten, Synapsen-Vitamin zur Vorbereitung unserer Kinder auf ein effektives Berufsleben.

Woher ich diese Wahrheiten beziehe? Aus der Bundestags-Debatte anlässlich der Präsentation von 465 Handlungsempfehlungen an die Politik durch die Kultur-Enquete-Kommission. Nichts gegen die Arbeit dieser Experten-Gruppe. Sie hat das Umfeld für alle Künste gründlichst ausgeleuchtet und schlüssige Konsequenzen formuliert. Das Ergebnis: eine gültige Road-Map für die Positionierung von Kultur und Bildung im nächsten Jahrzehnt. Bis sie erstmals unter die Exegeten fiel – die angeblich kunstaffinen Bundestagsabgeordneten.

Dass den meisten unserer gewählten Volksvertreter Kultur grundsätzlich am verlängerten Steißbein vorbeistreich, wies schon die mehr als magere Besetzung des Plenarsaa-

les aus. Einziger anwesender Minister: Bernd Neumann – wahrscheinlich im Rahmen einer chronischen „deformation professionelle“. Keine Ursula von der Leyen, höchstens ein flüchtiger Rockzipfel Annette Schavans: Deren Ressorts berührt die Befindlichkeit der Künste augenscheinlich nicht. Die Bundesländer ließen sich im Rahmen ihrer kulturhoheitlichen Fürsten-Funktion durch zwei Mitarbeiter im Referenten-Rang vertreten – nicht ein Ministerpräsident, nicht ein Kultusminister empfanden Präsenz als angemessen. Da weiß man wenigstens, in welcher gesamtgesellschaftlichen Bedeutungs-Kühltruhe man als Kulturmensch tiefgefroren ist.

Dem Permafrost zu entgehen fanden die Enquete-Präsentatoren folglich die schönsten Luftbrücken, Klebe-Fäden und Transport-Zeppeline, um das Karst-Feld Kultur an gesellschaftliche Bereiche anzudocken, die wirklich wichtig sind: Da entdeckte der FDP-Abgeordnete Christoph Waitz eine höchst konstruktive „In-

fektion“ der Künste durch die Bedienung touristischer Bedürfnisse. Siegmund Ehrmann (SPD) empfiehlt nur leicht verschleiert eine Verlagerung der Kulturförderung weg vom „Elitären“ hin ins – letztlich industriegeussteuerte – Populär-Genre. Dorothee Bär (CDU/CSU) erfüllt brav den Auftrag, „wenigstens einmal das Wort Blasmusik zu erwähnen“ und ihr Parteikollege Johann-Heinrich Krummacher entlarvt die Künste als „elementare Kohäsionskräfte, die gesellschaftliches Leben und ein Dasein im Miteinander überhaupt erst ermöglichen“ – eine Art Alleskleber augenscheinlich. Einer der wenigen Lichtblicke in dieser mentalen Dunkelkammer: die Finanzfachfrau und Steuerexpertin der SPD Lydia Westrich: Sie wandelte sich nach eigenem Bekunden im Rahmen der Enquete-Arbeit von einer rein zahlen- und paragraphengesteuerten Excel-Operatorin in eine befreite Persönlichkeit, die „loslassen, sich hingeben und sich auf Unbekanntes einzulassen“ gelernt hat.

Dazu mag man ihr nur heimlich gratulieren. Denn für ihre politische Karriere sind – bei der opportunistisch-materialistischen Grundausrichtung unseres Parlamentes solche Fähigkeiten und Fertigkeiten überflüssig und eher hinderlich.

Dass ausgerechnet die CDU/CSU-Fraktion eine Verankerung des „Staatszieles Kultur“ im Grundgesetz verhindern wird, kann angesichts des verballerten Verbal-Schrotens nur beruhigen: So laufen die Künste wenigstens nicht Gefahr, von weiteren Papier- und Worthülsen-Massen vorsorglich erstickt zu werden. Die eigentliche Arbeit beginnt – versteht man die Ergebnisse der Kultur-Enquete richtig – frei von pseudolegislativen Wattebäuschen und Parfümschwaden dort, wo die Kultur zu Hause ist: ganz am Anfang, und ganz unten.



Theo Geißler, Herausgeber von politik und kultur

Theo Geißler ■

## Impressum

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Deutscher Kulturrat e.V.

Bundesgeschäftsstelle  
Chausseestraße 103  
10115 Berlin  
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45  
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber

Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion

Olaf Zimmermann (verantwortlich), Gabriele Schulz, Andreas Kolb

Redaktionsassistentz

Stefanie Ernst

Anzeigenredaktion

Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50  
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag

ConBrio Verlagsgesellschaft mbH  
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung

Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck

Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

Erscheinungsweise

6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement

3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, inkl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:

PressUP GmbH, Postfach 70 13 11, 22013 Hamburg  
Tel. 040/414 48-466, Conbrio@pressup.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von politik und kultur können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (<http://www.kulturrat.de>) heruntergeladen werden. Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter <http://www.kulturrat.de> abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Trotz intensiver Nachforschungen ist es uns im Schwerpunkt „Kulturpolitik der Grünen“ nicht gelungen, alle Urheber der Bilder zu ermitteln. Sollten Sie hiervon betroffen sein, melden Sie sich bitte bei uns.

# kultur · kompetenz · bildung

## KONZEPTION KULTURELLE BILDUNG

Januar – Februar 2008

Regelmäßige Beilage zu politik & kultur

Ausgabe 14

## Der hat gut tanzen, dem das Glück aufspielt **Norbert Lammert**

Tanzplan als Glücksfall für den Tanz in Deutschland

„Einem reichen Manne, dem wurde seine Frau krank, und als sie fühlte, dass ihr Ende heran kam, da rief sie ihr einziges Töchterlein zu sich ans Bett und sprach: Liebes Kind, bleib fromm und gut, so wird Dir der liebe Gott immer beistehen, und ich will vom Himmel auf Dich herabblicken und will um Dich sein“.

Mit dieser melancholischen Einleitung und dem dazugehörigen lebenswürdigen Appell lassen die Gebrüder Grimm ihr berühmtes Märchen „Aschenputtel“ beginnen, dessen Verlauf bemerkenswerte Parallelen zur Lage des Tanzes in der jüngeren Kulturgeschichte deutscher Dreispartentheater aufweist. Inzwischen ist nicht mehr zu übersehen, dass längst „Blut im Schuh“ ist: Zu knappe Schuhe für zu hohe Ansprüche. Und die rabiate Empfehlung, gegebenenfalls Zehen abzuhacken oder ein Stück der Ferse, funktioniert schon im Märchen nicht, zum Tanzen oder zur Förderung des Balletts ist sie erkennbar ungeeignet.

Wie schreibt man über den Tanz in Deutschland? Als Erfolgsgeschichte? Als Katastrophenbericht? Als Satire oder Glosse? Oder vielleicht doch am besten als Märchen? Unter allen Künsten ist der Tanz wahrscheinlich die älteste, vielleicht auch die vollständigste und deshalb auch schwierigste. Die Verbindung von Körper und Geist, Gefühl und Verstand, Musik und Bewegung, Mimik und Gestik, schließlich von Phantasie und Disziplin: Dies alles ist eine einzigartige Herausforderung für die Tänzer und gerade deshalb ein besonderes Erlebnis für die Zuschauer.

Die Bedeutung des Tanzes ist hoch, sein Stellenwert in der operativen Kulturpolitik aber eher niedrig. Unter allen darstellenden Künsten ist der Tanz – jedenfalls in Deutschland – die am meisten gefährdete Sparte, das unscheinbare Aschenputtel neben den stolzen Schwestern Oper und Theater. Soweit die unvermeidliche Konsolidierung öffentlicher Haushalte bestehende Ensembles trifft, sind Tanz- und Ballettkompanien am meisten betroffen, weit mehr als Orchester, Theater und Opern. Umso wichtiger sind alle Institutionen und Initiativen, die sich dieser zerbrechlichen Kunst annehmen, von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger über den Berufsverband für Tanzpädagogik bis zu privaten Stiftungen wie der Tanzstiftung Birgit Keil. Glücklicherweise zählt dazu jetzt auch die Kulturstiftung des Bundes, seit diese 2005 einen auf fünf Jahre angelegten Strukturplan beschlossen hat, der die Situation des internationalen Tanzes



„Human Writes“, Choreografie William Forsythe. Fotos: © Dominik Mentzos

in Deutschland in den Bereichen Ausbildung, Präsentation, Produktion und Wissenschaft bis ins Jahr 2010 nachhaltig verbessern soll. Der „Tanzplan Deutschland“ ist mit immerhin 12,5 Mio. Euro ausgestattet und damit das bisher ambitionierteste Projekt der Kulturstiftung des Bundes. Damit wird in einem Zeitraum von fünf Jahren ein breites Spektrum von Aktivitäten ermöglicht, vom Deutschen Tanzkongress 2006 über ein- bis zweijährige Anschubfinanzierungen bis hin zu Modellvorhaben, die über die gesamte Laufzeit des Tanzplans an unterschiedlichen Orten realisiert werden sollen. Bundesweit waren mit dem „Tanzplan vor Ort“ Städte eingeladen, Konzepte zur Profilierung des Tanzes auszuarbeiten, von denen neun ausgewählt wurden: Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt/Main, Hamburg, München und Potsdam.

Der Tanzplan bringt hochwillkommene „Sternentaler“ für ein allzu lange vernachlässigtes „Aschenputtel“. Fast wie im Märchen. In für die Kultur schwierigen Zeiten der Globalisierung und Liberalisierung, manchmal verzweifelter Haushaltsverhandlungen, gekürzter Budgets und aufgelöster Ensembles ist das mehr als ein Silberstreif am Horizont – und für die Kulturstiftung des Bundes ein mehr als respektable Beleg dafür, dass sie

tatsächlich gebraucht wird. Der Tanzplan bietet begründeten Anlass zur Hoffnung, dass Tanzkunst zu einem anerkannten Bestandteil der Kultur unseres Landes werden kann, so wie es für die Musik, die Bildende Kunst, die Literatur ganz selbstverständlich ist.

DER VERFASSER IST PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES ■

## Experimentierraum **Olaf Zimmermann**

Tanzplan Deutschland

In der kulturellen Bildung ist das Gleichgewicht der künstlerischen Disziplinen untereinander in den letzten Jahren deutlich gestört. Weg von der Bildenden Kunst, der Literatur und der Darstellenden Kunst hin zur Musik scheint die Devise zu sein. Wenn über Defizite in der kulturellen Bildung in der Schule, den Kindertagesstätten und in der Freizeit der Kinder und Jugendlichen gesprochen wird, steht in der Regel die Musik im Zentrum der Debatte. In den Diskussionen zur kulturellen Bildung wird ein deutlicher Schwerpunkt auf die musikalische Bildung gelegt. Und es ist natürlich auch dringend notwendig, auf die Mängel in der musikalischen Bildung hinzuweisen, es ist aber genauso notwendig darauf zu achten, dass die anderen künstlerischen Disziplinen dabei nicht aus dem Blick geraten. In allen künstlerischen Sparten eröffnet kulturelle Bildung Teilhabe an Kunst und Kultur. Durch kulturelle Bildung werden Menschen an Kunst und Kultur herangeführt. Sie werden so zu aktiv Kulturausübenden oder auch zu kompetenten Rezipienten. Kulturelle Bildung hilft, Kreativität zu entwickeln und sich in unterschiedlichen Sprachen und Formen auszudrücken. Und dies gilt selbstverständlich auch für den Tanz! Die Initiative „Tanzplan Deutschland“, die wir in dieser Ausgabe von „kultur · kompetenz · bildung“ vorstellen, will den Tanz als eigenständige Kunstform in der öffentlichen Wahrnehmung stärken. Durch die Initiative „Tanzplan Deutschland“ besteht zudem die Chance, gerade in der kulturellen Bildung den Tanz in seiner einmaligen

Verbindung von künstlerischem Ausdruck und Bewegung aufzuwerten.

Der „Tanzplan Deutschland“ wird über die Dauer von fünf Jahren von der Kulturstiftung des Bundes mit einem Gesamtvolumen von 12,5 Mio. Euro gefördert. Das ist viel Geld und sicher mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Aber was wird ab dem Jahr 2010 passieren, wenn das Bundesprogramm ausläuft? Gerade Maßnahmen der kulturellen Bildung benötigen Kontinuität. So schön einzelne Projekte auch immer sein mögen, erst in der Dauerhaftigkeit und in der allgemeinen Zugänglichkeit für alle Kinder, Jugendlichen und auch Erwachsenen können sie ihren Nutzen für die Gesellschaft wirklich erweisen. In diesem Sinne ist der „Tanzplan Deutschland“ ein Experimentierraum an dessen Förderungsende der Beginn von bundesweit flächendeckenden Landesprogrammen für Tanz in Schulen und Kindergärten stehen muss.

Die Schulen und Kindertagesstätten sollten ihre Türen für den Tanz als Teil ihres kulturellen Bildungsangebotes weit öffnen und die Länder müssen das Notwendige tun, damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Bildungseinrichtungen die Türen dauerhaft aufmachen können. Die Kulturstiftung des Bundes hat mit der Initiative „Tanzplan Deutschland“ den ersten Schritt dafür getan, dafür ist ihr ausdrücklich zu danken.

DER VERFASSER IST HERAUSGEBER VON POLITIK UND KULTUR UND GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

## Tanzplan Deutschland

Im Jahr 2005 startete die Kulturstiftung des Bundes die mit 12,5 Mio. Euro ausgestattete Initiative Tanzplan Deutschland. Mit dem Tanzplan Deutschland sollen bis zum Jahr 2010 nachhaltige Maßnahmen für den Tanz entwickelt werden. In neun Städten gibt es „Tanzpläne vor Ort“: in Düsseldorf und München die engagierte Arbeit mit Kindern und Jugendlichen; in Berlin eine neue Hochschule für Tanz; in Hamburg und Potsdam Residenzprogramme, die Künstlern die Möglichkeit bieten, im geschützten Raum neue Ideen zu erarbeiten; in Frankfurt/Main und Dresden neue Ausbildungsangebote, bei denen junge Tänzer erste Stücke mit Hilfe von erfahrenen Choreografen entwickeln und präsentieren können; in Bremen ein tourendes norddeutsches Gastspielprogramm für freie und städtische Tanzkompanien und in Essen die Erprobung experimenteller Lern- und Lehrmodelle mit Künstlern, Wissenschaftlern und Studenten internationaler Tanz- und Kunsthochschulen.

Im Bereich „Tanzplan Ausbildungsprojekte“ werden Mittel und Wege zur Verbesserung sowie internationalen Profilierung der Tanzausbildung in Deutschland entwickelt: Es finden regelmäßige

Arbeitstreffen und Weiterbildungen im Bereich Tanzvermittlung und Tänzerausbildung an den staatlichen Ausbildungsinstitutionen statt. Tanzplan fördert die Entwicklung und Einführung neuer Arbeitstools z.B. William Forsythe's „One Flat Thing – reproduced – Online Interactive Score Project“ oder das Salzburger E-Learning-Programm zur Tanzwissenschaft. Auf Initiative des Tanzplans haben sich alle 11 staatlichen Tanz- und Fachhochschulen zur „Ausbildungskonferenz Tanz“ zusammengeschlossen und gemeinsam mit ihnen wird vom 26.2.–4.3.2008 die erste Biennale der Tanzausbildung im Berliner Theater Hebbel am Ufer ausgerichtet. Alle Projekte werden vom gemeinnützigen „Tanzplan Deutschland e.V.“ koordiniert und begleitet; der Verein selbst initiiert darüber hinaus Symposien, legt neue Förderprogramme auf (z.B. für Tanzpublikationen) und versucht, wie z.B. durch die Zusammenarbeit mit allen Tanzarchiven, ein starkes Netzwerk für den Tanz aufzubauen.

Für die Unterstützung in der Erstellung der Beilage danken wir herzlich Madeleine Ritter, Ingo Diehl und Barbara Schindler.  
DIE REDAKTION ■

# Man muss die Progressivsten den Raum bauen lassen

Arnd Wesemann im Gespräch mit Madeline Ritter und Hortensia Völckers

**Arnd Wesemann:** Was ist der Tanzplan?

**Hortensia Völckers:** Eine Gratwanderung.

**Madeline Ritter:** Eine Gratwanderung, die notwendig ist, weil der Tanz in Deutschland einfach nicht die nötige und verdiente Anerkennung hat. Es musste erst Sir Simon Rattle mit den Berliner Philharmonikern ein Tanzprojekt mit Jugendlichen machen, damit die Kulturpolitiker aufhorchten und sich für die Potenziale im Tanz interessierten. In diese Situation hinein kam der Tanzplan Deutschland.

**Wesemann:** Als Initiative der Kulturstiftung des Bundes?

**Völckers:** Die seit ihrer Gründung so genannte Leuchttürme fördert, herausragende Veranstaltungen mit internationaler Ausstrahlung in den Sparten Kunst, Musik, Theater... nur der Tanz kam nicht vor. Ich weiß nicht genau, ob ich den Tanz einfach verdrängt hatte, obwohl ich ihn sehr gut kenne, oder ob vielleicht das meine unbewusste Strategie war, um dafür dann was ganz besonders machen zu können. Jedenfalls gab uns der späte Einstieg die Möglichkeit, mit dem Tanz einen anderen Weg zu gehen. Nicht einfach eine Veranstaltung zu fördern, sondern zu fragen: Was ist im Tanz vergleichbar mit der Bedeutung des Theatertreffens? Was ist im Tanz das Wichtigste in Deutschland?

**Wesemann:** Ist also seine Zukunft das Wichtigste?

**Völckers:** Ja. Also wollten wir was für den Tanz an sich tun. Es gab viele Ideen: Zum Beispiel ein tourendes Festival, das sich in jeder Stadt anders definiert. Es haben sich diverse Kuratoren mit verschiedenen Konzepten vorgestellt. Auch Madeline Ritter, die aber kein reisendes Festival mochte und auch keine Kuratorin sein wollte – also gar nicht dem entsprach, woran wir gedacht hatten. Glücklicherweise, wie sich herausstellte. Madeline und ich gingen dann selbst auf Tour. Wir besuchten die 14, 15 Städte mit einer Tanzszene, denn wir wollten nicht bei Null anfangen. Dann machten wir etwas relativ Wagemutiges: Wir setzten uns in fremden Städten mit den Kulturschaffenden und der Politik an einen großen Tisch. Einem Vertreter vom Land, meist dem Kultusminister, dem Kulturdezernenten der Stadt und zehn, 20, 30 Vertretern der Tanzszene.

**Wesemann:** Warum war dies wagemutig? Konnten die sich untereinander nicht?

**Völckers:** Wir wollten ja niemanden aussparen, also saß da die junge Choreografin neben dem Intendanten des großen Theaters. Wir sagten dann allen: „Wir würden gern hören, was Ihre Stadt braucht. Wie könnte Ihre Stadt – sagen wir: modellhaft – mit Tanz umgehen?“ Die meisten waren von diesem Ansatz, diesem Interesse an ihren Belangen überrascht. Dann aber wurden die Wünsche der Reihe nach auf den Tisch gepackt. Einer wollte neue Schlappchen für die Kompanie – mh, das ist nicht gerade eine Bundesaufgabe –, dann war die nächste dran, die gemerkt hat, man müsse größer denken. Also wurde ein ganzes Tanzhaus gewünscht, mehr für die Ausbildung, ein Übungsraum für die, die mit der Ausbildung fertig sind usw.

**Wesemann:** War die Ausbildung wirklich schon Thema bei diesen runden Tischen?

**Ritter:** In Berlin war das Fehlen einer zeitgenössischen Tanzausbildung auf internationalem Niveau absolut ein Thema. In Frankfurt auch, da ging es um die Stärkung der Verbindung von Theorie und künstlerischer Praxis. Wir haben uns dann gefragt, wie wir neue Ausbildungsmodelle in der Tanzausbildung etablieren können und das mit den Tanzplan-Ausbildungsprojekten auch zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht. Es geht ja nicht nur darum, Tänzer zu qualifizieren, es geht um das ganze Feld der kulturellen Bildung. Das zeigen die Projekte in Düsseldorf und München, die den Tanz in die Schulen bringen.

**Wesemann:** Nochmal zu den runden Tischen in den Städten. Wie einig wurde man sich?

**Völckers:** Alle haben ihre speziellen Wünsche artikuliert. Aber wie daraus etwas Gemeinsames entwickeln? Das war Aufgabe der Leute vor Ort, und natürlich war da auf einmal der Teufel los. Die Szene rückte nun dem Kultursenator auf die Pelle: „Wenn Sie uns Geld geben, kriegen wir auch Geld vom Bund.“ Das war ja der Deal. Das Interessante für mich ist, dass die Szene dadurch sehr selbstbewusst wurde, und vielleicht zum ers-

ten Mal auch genervt hat, indem sie die Gretchenfrage stellte: Wie hält die Kulturpolitik es mit dem Tanz? Das war ein Klärungsprozess für die ganze Sparte und wohl das Wichtigste, was der Tanzplan bis jetzt bewirkt hat.

**Wesemann:** Das klingt mir zu harmonisch. Es muss doch auch einen Wettbewerb innerhalb der Szene ausgelöst haben?

**Ritter:** Das war unterschiedlich. Es stellte sich jedenfalls heraus, dass da mehr Baustellen waren, als den Kulturpolitikern lieb sein konnte. In manchen Städten schienen sich alle einig, doch im Nachhinein kamen unterschiedlichste Interessen hervor. Es gab aber auch Städte, wo die Tanzszene zum ersten Mal zusammen saß, wie in Hamburg, wo die Kulturbehörde vorbildlich die Moderation übernommen hat. Oder einen Fokus setzte wie in Berlin, wo klar gesagt wurde: ein Ausbildungszentrum und nichts anderes. Die Kulturverwaltung hat hier Position bezogen und Verantwortung übernommen, was ich richtig finde.

**Völckers:** Natürlich gab's auch Ärger. Auseinandersetzungen vor Ort haben immer auch damit zu tun, wer die größere Lobby hat, wer sich besser durchsetzt. Aber dieser Prozess ist auch konstruktiv. In Berlin beispielsweise arbeitet die Freie Szene jetzt am Curriculum einer Behörde mit. Ja, wo gibt's denn sowas? Oder in Hamburg, auch ein wunderbarer Effekt, da wurde die Förderung für die freie Szene verdoppelt. Und wo sich die Kulturverwaltung nicht gemeinsam mit der Szene für die Tanzplan-Bewerbung stark gemacht hat, wie in Leipzig oder Köln, funktionierte es eben auch nicht.

**Wesemann:** Das heißt, wo die Szene schon vorstrukturiert war, konnte man sich schnell einigen und anderswo wurde auf Ausbildung gesetzt?

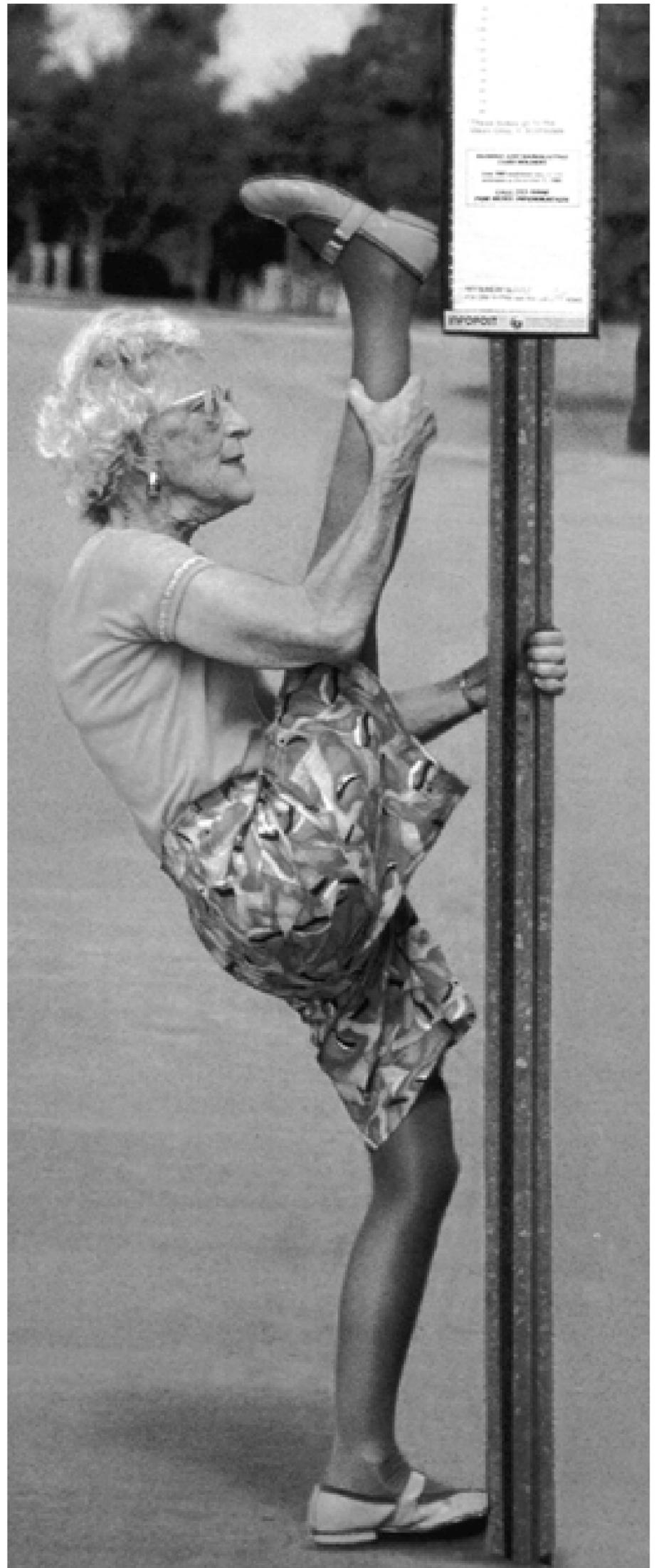
**Ritter:** So einfach ist das nicht. Man kann sich überall streiten, auch in der Ausbildung. In Deutschland gibt es elf staatliche Ausbildungsstätten, die bisher kaum miteinander zu tun hatten. Aber jetzt arbeiten sie durch die engagierte Moderation von Ingo Diehl, der die Tanzplan-Ausbildungsprojekte koordiniert, als ihre eigenen Interessensvertreter in der neu gebildeten Ausbildungskonferenz Tanz zusammen. Und planen mit uns eine Tanzbiennale, auf der alle Schulen sich mit ihren Studenten präsentieren und austauschen.

**Völckers:** Der Konflikt war ja, dass es im Tanzplan nicht um Einzelförderung gehen sollte, sondern um die Bündelung von Ressourcen, um neue Querverbindungen. Dieses Sich-einigen-müssen ist ein, wie soll ich sagen, atypischer Vorgang in der Szene und erfordert eigentlich übermenschliche Qualitäten.

**Ritter:** Das war jedenfalls kein Selbstorganisationsmodell, da fiel nichts von Himmel. Aber wir kamen mit dem Tanzplan zur richtigen Zeit. Es war gerade die Ständige Vertretung Tanz entstanden, um übergeordnete Interessen auf Bundesebene zu formulieren. Es gab die Ballettdirektorenkonferenz, und es hat sich der Bundesverband Tanz in Schulen gegründet. Was großartig ist, weil Tanz eine starke Lobby braucht.

**Völckers:** Man muss natürlich eine Ahnung davon haben, was in der Politik für eine Sprache gesprochen wird. Und es ist wichtig zu wissen, wer in der Szene hinter einem steht. Man muss die Progressivsten mitnehmen und diese den Raum bauen lassen. Das ist kulturpolitisch kluges Handeln: nichts aufdrücken, sondern Raum schaffen, damit andere sich artikulieren können, und diese dann, wenn man Glück hat, auch den richtigen Moment erwischen, etwas durchzusetzen.

**Ritter:** Diese Vorgehensweise bestimmt auch unsere weiteren Aktionen, denn der Tanzplan Deutschland ist ja mit der Auswahl der geförderten Projekte nicht abgeschlossen. Wir begleiten die Entwicklung und organisieren zur besseren Vernetzung Treffen der Tanzplan-Projekte. Im Februar haben wir in der Akademie Schloss Solitude in Stuttgart ein Symposium zum Thema Künstler-Residenzen veranstaltet. Dabei ist der Tanzplan kein closed shop: Man muss auch außerhalb Mitstreiter und Unterstützer für die wichtigsten Themen gewinnen. Was passiert zum Beispiel mit Tänzern, wenn sie altersbedingt ihren Beruf nicht mehr ausüben können? Andere Länder wie Kanada oder die Niederlande haben vorbildliche Transitions-Programme entwickelt. Da hinken wir hinterher. Oder die zum Teil gefährdete Situation der Tanzarchive in Deutschland, die in die Lage versetzt werden müssten,



Fografie Harlan, Mitglied der Senioren-Cheerleader-Gruppe „The Poms“ aus Sun City/USA im Alter von 77 Jahren, 1991. © Alon Reiningger, Contact/Agentur Focus

als lebendige Forschungs- und Dokumentationsorte einen breiteren Zugang zum Wissen in Bewegung zu schaffen. Es gibt noch viele Bereiche, in denen eine Menge getan werden muss. Deshalb gibt's den Tanzplan ja auch bis 2010.

ARND WESEMANN IST REDAKTEUR DER TANZ-ZEITSCHRIFT BALLETTANZ IN BERLIN.

HORTENSIA VÖLCKERS IST KÜNSTLERISCHE DIREKTORIN DER KULTURSTIFTUNG DES BUNDES. MADELINE RITTER IST PROJEKTLEITERIN DES TANZPLAN DEUTSCHLAND. ■

Das Interview erschien erstmals im „Tanzplan Deutschland – Jahresheft 2006/07“ (Erscheinungstermin Mai 2007).



© Dominik Mentzos

# Jeder Mensch ist ein Tänzer Gitta Connemann

## Ein Plädoyer für den Tanz

**„Jeder Mensch ist ein Tänzer“, diese Feststellung des ungarischen Tänzers, Choreographen und Tanztheoretikers Rudolph von Laban scheint eine Selbstverständlichkeit zu sein, wenn man Kinder und Jugendliche beobachtet. Der Drang, sich zu Musik rhythmisch zu bewegen, ist ihnen eigen. Spiel und Tanz werden miteinander verbunden – schon im Kinderzimmer, später auf dem Schulhof. Berührungsgänge zwischen Ernstem und Unterhaltendem kennen sie nicht. Kinder und Jugendliche haben Lust an der Bewegung, sie wollen tanzen. Die Nachfrage ist groß, das Spektrum breit. Die Angebote der Tanzpädagogik reichen von Streetdance bis Folklore, von elementarem Kindertanz über Ballett bis hin zum Hip-Hop.**

Also jeder Mensch ist ein Tänzer! Oder? Denn es gibt auch das andere Bild. Es zeigt Kinder und Jugendliche, die mehr sitzen denn laufen geschweige tanzen. Die Gründe sind vielfältig. Städtische Umgebungen bieten wenig Platz für die Erfahrung des Körpers. Selbst wo Raum wäre, wird in so manchem Haushalt kein Anreiz für Bewegung gesetzt. Von einer Generation der Computer- und Fernsehkinder zu sprechen, wäre klischeehaft. Aber ein Kern ist wahr. Die Folgen sind unübersehbar. Zivilisationskrankheiten infolge Bewegungsmangels und motorische Störungen nehmen dramatisch zu.

Der Tanz kann hier heilend und vorbeugend wirken. Mit dem Tanz kann ein Gewicht gegen die Eintönigkeit der Bewegung gesetzt werden. Aber es wäre fatal, die Bedeutung des Tanzes auf sein somatisch-physisches Potenzial zu reduzieren. Tanz ist Kunst – und unverzichtbarer Teil der kulturellen Bildung.

Der Wert dieser kulturellen Bildung scheint inzwischen in der Öffentlichkeit weitgehend erkannt zu sein. Auch wenn Schiller bereits im 18. Jahrhundert in seinen Briefen „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“ die Notwendigkeit kultureller Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung beschrieb und die Neurobiologie diesen Wert für den naturwissenschaftlich durchleuchteten Menschen des 21. Jahrhunderts eindrücklich unterstreicht, brauchte die Erkenntnis Zeit. Nicht zuletzt infolge der Pisa-Studie, die die

Wahrnehmung durch eine ausschließliche Fokussierung auf kognitive Kernfächer verengte. Diese Phase scheint jedoch nun überstanden zu sein – glücklicherweise. Denn unser Land darf sich nicht nur der Kreativität als seines einzigen Rohstoffes und damit seiner Zukunftsfähigkeit begeben. Vielmehr darf Bildung nicht auf ein trostloses Lernen reduziert werden.

In einer Welt, die immer schneller wird, mit einem Überfluss an Angeboten, ist es für Kinder und Heranwachsende nicht leicht, eine Orientierung zu finden. Kunst und Kultur können eine solche geben. Bei der kulturellen Bildung geht es um den ganzen Menschen, um die Bildung seiner Persönlichkeit, um Emotionen und Kreativität. Ohne kulturelle Bildung fehlt ein Schlüssel zu wahrer Teilhabe. Deshalb ist aus meiner Sicht auf keinem Feld die Verantwortung des Staates, aber auch der Zivilgesellschaft und der Kultureinrichtungen größer. Kulturelle Bildung macht nicht nur stark, sondern auch klug. Denn sie hat gleichermaßen Auswirkungen auf Persönlichkeitsentwicklung und Lernfähigkeit.

Und für die kulturelle Bildung ist der Tanz unabdingbar. Für die Mitglieder der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ war diese Erkenntnis eine Selbstverständlichkeit. Aber zu häufig wird allein von Kunst und Musik gesprochen, findet der Tanz keine Erwähnung. Dabei war und ist der Tanz unverzichtbarer Bestandteil unseres kulturellen Lebens, eine eigene Kunstform ohne sprachliche oder nationale Barrieren. Kinder und Jugendliche können im Tanz einen Zuwachs an Ausdruckssicherheit erfahren. Der Tanz ermöglicht über generationsübergreifend positive Begegnungen ohne Grenzen. Menschen, die tanzen, haben ein herausgehobenes Wahrnehmungsvermögen oder wie es William Forsythe sagt: „Sie wissen immer, wo sie stehen oder nicht stehen.“ Der Tanz hat es also verdient, auch als unverzichtbarer Teil kultureller Bildung in das Licht der Öffentlichkeit gerückt zu werden.

Der Anfang ist politisch gemacht. Die Kulturstiftung des Bundes hat 12,5 Millionen Euro für einen Zeitraum von 5 Jahren bereitgestellt. Mit dem „Tanzplan Deutschland“ werden unterschiedliche Modelle von Tanzförderung unterstützt, zur Hälfte vor Ort. Mit diesem ehrgeizigen und verdienstvollen Projekt ist politisch eine Voraussetzung für die bun-

desweite Profilierung des Tanzes und die Anerkennung seines künstlerischen Potentials geschaffen worden. Die Chance, die gleichzeitig Herausforderung ist, ist von den Tanzschaffenden erkannt und angenommen worden. So hat der „Tanzplan Deutschland“ auch eine Zusammenarbeit der Ausbildungsinstitute für Tanz in Deutschland etabliert. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung engagiert sich zudem der neu gegründete „Bundesverband Tanz in den Schulen e.V.“ in den Schulen. Durch Projekte wie „TanzZeit – Zeit für Tanz in den Schulen“ wird zeitgenössische Tanzkunst und Tanzkultur für Schüler aller Schichten und Kulturen etabliert. Die Konzentrationsfähigkeit der Kinder steigert sich innerhalb weniger Wochen, gegenseitige Rücksichtnahme und Wahrnehmung erhöhen die soziale Kompetenz der Klasse. Entscheidungsfähigkeit und verantwortliches Handeln werden ebenso gefördert wie die Kreativität.

Diese Erfolge sprechen für sich. Wegen der überragenden Bedeutung kultureller Bildung hat die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ deren Sicherung und Ausbau als ein Schwerpunktthema erkannt und behandelt. Sie hat deshalb den Ländern empfohlen, die Fächer der kulturellen Bildung zu stärken und qualitativ auszuweiten. Dafür ist zunächst sicherzustellen, dass der vorgesehene Unterricht durch qualifizierte Lehrkräfte tatsächlich erteilt wird. Denn die beste Studententafel hilft nicht, wenn es an der faktischen Umsetzung fehlt.

Besonderes Gewicht hat die Kommission darauf gelegt, dass zukünftig alle Formen kultureller Bildung in der Schule vermittelt werden und explizit den Tanz als eigenständige Kunstform benannt. Tanz ist zwar in den Rahmenrichtlinien nahezu aller Schulstufen und Schulformen zu finden und wird als eigenes Lernfeld mit verschiedenen Inhalten und Stilen in den Fächern Musik, Sport und Darstellendes Spiel erwähnt. Aber auch dort gilt: er muss tatsächlich vermittelt werden. Tanz muss in allen Bereichen der Bildung, der Breitenarbeit und im soziokulturellen Bereich langfristig gleichberechtigt mit anderen Kunstfächern in Bildungs- und Entwicklungspläne integriert werden. Die bisherigen Schultanzprojekte sollten evaluiert werden, um für zukünftige Maßnahmen messbare Handlungsgrundlagen zu schaffen.

Eine Vermittlung setzt eine entsprechende Qualifikation der Tanzpädagogen voraus. Daran kann es aber scheitern. Denn zurzeit kann sich jeder tanzpädagogisch Tätige als Tanzpädagoge bezeichnen, unabhängig davon, ob er eine staatlich anerkannte tanzmethodische oder tanzpädagogische Qualifizierung erworben hat oder nicht. Nicht zuletzt birgt diese Arbeit mit Kindern und Jugendlichen das Risiko physischer Verletzungen. Es bedarf klarer Regelungen für die Ausbildung in privaten und staatlichen Instituten. Die Enquete-Kommission empfiehlt deshalb Bund und Ländern, Tanz als nachweisbaren Ausbildungsberuf anzuerkennen und das Berufsbild „Tanz- und Ballettpädagoge“ durch Regelungen zur Ausbildung und Zertifizierung zu definieren. Das geforderte gesetzgeberische Tätigwerden dient dabei nicht nur dem Schutz der Heranwachsenden, sondern auch einer besseren sozialen Absicherung von Tanzschaffenden. Denn der Tänzerberuf ist kein anerkannter Ausbildungsberuf. Tanzschaffende gelten für andere Berufe als ungelernert und damit bei den Arbeitsagenturen als schwer vermittelbar. Weiterbildungsmaßnahmen sind nur schwer zu erlangen. Erschwerend tritt hinzu, dass die örtlichen Arbeitsagenturen wenig oder keine Informationen zur speziellen Situation dieser Berufsgruppe haben. Das eröffnet nur geringe Perspektiven für die Aus- und Weiterbildung auf dem Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Enquete-Kommission auch der Bundesagentur für Arbeit, neben einer zentralen Anlaufstelle für Tänzer spezielle Beratungsangebote zu erarbeiten, die zu einer weiteren beruflichen Qualifizierung führen. Tänzer sollten zudem nach dem Wunsch der Kommission während und nach der Tanzkarriere durch die Einrichtung einer Stiftung bei der beruflichen Neuorientierung, der so genannten Transition, unterstützt werden, die zwingender Bestandteil ihres Berufslebens sind. Denn was wäre der Tanz ohne sie?

Jeder Mensch ist ein Tänzer – wenn man ihn denn lässt. Also lassen Sie uns gemeinsam die Voraussetzungen dafür schaffen.

DIE VERFASSERIN IST MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES UND WAR VORSITZENDE DER ENQUETE-KOMMISSION „KULTUR IN DEUTSCHLAND“ ■

# You can change your life in a dance class Karin von Welck

## Die Bedeutung von Tanz für die kulturelle Bildung

**„Dance has enormous potential as an agent for personal transformation and community development“, lautet ein grundlegender Gedanke des britischen Choreographen Royston Maldoom, doch bedauerlicherweise wird das Potential vor allem des zeitgenössischen Tanzes als eigenständige Kunstform und seine Bedeutung für die kulturelle Bildung in der Öffentlichkeit noch immer nicht ausreichend anerkannt.**

Daher ist die bundesweite Exzellenz-Initiative „Tanzplan Deutschland“ der Kulturstiftung des Bundes, die sich der Stärkung des zeitgenössischen Tanzes widmet, gar nicht genug zu loben. Bewerbungen aus neun deutschen Städten erhielten den Förderzuschlag. Die Freie und Hansestadt Hamburg kann sich freuen, da ihr Antrag mit der Höchstförder-summe von 1,2 Millionen Euro belohnt wurde. Die Stadt selbst gibt noch einmal die gleiche Summe hinzu.

Schon im Laufe des Bewerbungsprozesses war der Motivationsschub innerhalb der Hamburger Tanz- und Performanceszene zu spüren. Die „Player“ setzten sich zusammen und begriffen sich dabei nicht weiter als Konkurrenten, sondern vielmehr als eine Art Ensemble, das nur gemeinsam in der Lage sein würde, nachhaltige Strukturen zu entwickeln. Erstaunlich schnell schlug sich das neue Selbstbewusstsein auf die Projektanträge nieder: Ihre Zahl verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr und – genauso erfreulich – die Qualität der Bewerbungen hat ein beeindruckendes Niveau erreicht. Zehn Projekte sind nun für die Förderung ausgewählt und stammen sowohl von etablierten Künstlern der Hamburger Szene als auch von echten Newcomern. Dies sind zwei Beispiele dafür, was für ein wichtiger Impulsgeber der Tanzplan in Hamburg geworden ist. Und: Die Öffentlichkeit ist neugierig, zeigt Interesse an den Entwicklungen dieser neuen Sparte. Von maßgeblicher Bedeutung dafür ist, dass wir die Theaterfabrik Kampnagel hierfür als attraktives Zentrum gewählt haben, das einen klaren Anlaufpunkt bietet. Hinzu kommt: Zwar stellt Kampnagel für den Tanzplan Personal in Verwaltung und Technik bereit. Doch die Leitung arbeitet unabhängig von der eigentlichen Intendanz.

Drei Bausteine prägen das Konzept des „Zentrums für Choreographie“: Das Residenzprogramm zur gezielten Qualifizierung ausgewählter Tanzschaffender und Choreographen, das Kursprogramm für Tanzschaffende und die Vermittlung des zeitgenössischen Tanzes als innovative künstlerische Praxis sowie als gesellschaftlich relevante Wissenskultur. Im November dieses Jahres waren bereits die Produktionen der ersten Residenz-Choreographinnen Monica Antezana, Jenny Beyer und Lina Lindheimer zu erleben. Der Auftakt gelang vielversprechend und wurde von den Medien aufmerksam begleitet.

An dem jährlichen neunmonatigen Residenzprogramm nehmen jeweils drei ausgewählte Choreographen teil. Zielgruppe sind Jungchoreographen, die am Beginn ihrer Laufbahn stehen, aber schon erste Projekte realisiert haben. In Kooperation mit dem Master-Studiengang „Performance Studies“ an der Universität Hamburg verbindet das Programm die praktische Arbeit an einer eigenen Produktion mit der Vermittlung von theoretischem und produktionspraktischem Wissen. Die Choreographen nehmen an Veranstaltungen des Master-Studiengangs sowie dem gesamten übrigen Programm des Zentrums für Choreographie teil.

Mit täglichen Trainings, Workshops mit internationalen Künstlern sowie Kursen in Kulturmanagement, Tanz- und Performance-theorie richtet sich das Kursprogramm an alle Hamburger Tanzschaffenden. Über die Übungsräume hinaus steht der Hamburger Tanzszene mit der Bühne des „Zentrums für Choreographie“ eine neue Spielstätte zur Verfügung. Auch so wirkt „Tanzplan“ flächendeckend in die Stadt hinein.

Für die kulturelle Bildung ist Tanz als eine eigenständige Kunstform von großer Bedeutung und das sollte auch in der Öffentlichkeit so wahrgenommen werden. Auf unterschiedlichen Ebenen sollen Kinder und Jugendliche für den Tanz erreicht werden. Im Rahmen des „Tanzplan Jugendclubs K3“ erarbeiten Jugendliche ab 15 Jahren mit der Hamburger Choreographin, Tanzpädagogin und Tanzwissenschaftlerin Friederike Lampert Tanzstücke, die auf der Bühne des „Zentrums für Choreographie“ auf Kampnagel auch aufgeführt werden. Einen wichtigen Beitrag zur Vermittlungsarbeit für den zeitgenössischen Tanz in der Öffentlichkeit liefert seit zwei Jahren das von der Kulturbehörde geförderte Festival für die freie zeitgenössische Tanzszene, „DanceKiosk Hamburg“, das erfolgreich auf den

Austausch zwischen renommierten Künstlern, Tanz-Nachwuchs und Publikum baut.

Die integrative Wirkung von Tanz durch eine Zusammenarbeit, unabhängig von Alter und Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit oder sozialer Herkunft, haben auch in Hamburg so genannte Community Dance Projekte wie „Rhythm Is It“ und „Can Do Can Dance“ von Royston Maldoom einer breiten Öffentlichkeit vorgeführt. Auf diesem Weg erkannten viele Pädagogen, dass Tanz – ob klassisch oder zeitgenössisch – einen wesentlichen Beitrag zur Bildung der künstlerischen, sozialen und emotionalen Kompetenz von Kindern und Jugendlichen leisten kann. Integriert in den schulischen Alltag wirkt Tanz als ein innovativer Gesamtbildungsprozess: Durch Tanz erleben Schüler Kultur, gestalten sie aktiv und erleben dabei die Freude der Arbeit an einem gemeinsamen Projekt.

Konkrete Projekte wie „Focus on Youth“ mit Eleven des „Hamburg Ballett – John Neumeier“ und 70 Hamburger Schulen belegen dies. Die abschließende Aufführung des erarbeiteten Tanzstücks „Romeo und Julia – Ballettcollage für Kinder“ in der ausverkauften Staatsoper galt als Riesenerfolg und wurde bei dem bundesweiten Wettbewerb „KINDER ZUM OLYMP! – Schulen kooperieren mit Kultur“ der Kulturstiftung der Länder ausgezeichnet.

„Step by Step“, heißt nun das Folgeprojekt von „Focus on Youth“, das den Ansatz des Vorgängermodells in mehreren Schulen in Stadtteilen mit Entwicklungsbedarf vertiefen soll. Das Kooperationsprogramm „TuSch – Theater und Schule“ legt einen weiteren Beteiligungs-Ring vor allem in benachteiligten Stadtteilen an Haupt-, Real- und Gesamtschulen.

So lässt sich festhalten, dass mit der als ganzheitlich verstandenen Initiative „Tanzplan“ eine Kultursparte reaktiviert und gestärkt wurde. Die spontanen, befürwortenden, unterstützenden Impulse aus der Tanzszene wirkten wie seismographische Muster: Das Interesse, der Wille, die Motivation – alles war vorhanden. Das überzeugende, auf unterschiedlichsten Ebenen funktionierende Konzept des Tanzplans Hamburg wurde sofort angenommen. Und damit die Weichen dafür gestellt, dass sich der Tanz zu einer eigenständigen Sparte der Kunst etablieren kann und als unverzichtbarer Teil der kulturellen Bildung verankert. In diesem Sinne blicke ich sehr zuversichtlich in die Zukunft des Tanzes in Hamburg.

DIE VERFASSERIN IST SEIT MÄRZ 2004 KULTUR-SENATORIN DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG UND PRÄSIDENTIN DES DEUTSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHENTAGS. VON 1998 BIS 2004 WAR SIE ALS GENERALSEKRETÄRIN DER KULTURSTIFTUNG DER LÄNDER TÄTIG ■



© Dominik Mentzow

## Netz an Kraftzentren für Tanz Oliver Scheytt

### Tanz in und für die Kulturhauptstadt RUHR.2010

**Wer in einer zunehmend theatralesierten Welt lebt, den mag der Gedanke erschreckend erscheinen: Neben dem Schreien und Lauten, neben dem Exponieren und Übertreiben könnte auch das konzentrierte Lernen und leise Forschen eine prinzipielle Antwort auf die uns umgebene Flut an Impulsen und Anforderungen sein. Die Spielpläne der Bühnenhäuser lassen häufig an die impulsiven Zyklen von Moden und Trends in Shopping-Malls denken und erinnern daran, dass sich beide um den gleichen Daseinszweck drehen sollen: Veredelung des Images, um eine lahme Wirtschaft wieder flott zu machen. Kurzum: Standortpolitik. Für die Darstellenden Künste stellen sich viele Fragen: Welchen Einfluss hat die Globalisierung auf die deutsche Szene. Wie agieren Festivals zwischen globalisierter Produktion und Vermarktung und ihrem einheimischen Publikum, zwischen internationalen Standards und lokalen Gegebenheiten? Festivals und Kunst-Märkte können viel: Öffentlichkeit schaffen, Distributionswege öffnen, Subventionen beanspruchen, Arbeitsplätze schaffen und Publikum für sich gewinnen. Nur eines können sie nicht: Sinn erzeugen. Ohne Künstler, die dasjenige öffentlich machen, was sie für bedenkenswert halten und individuell erarbeitet haben, haben Festivals, Märkte und Städte auf die Dauer nichts zu vermarkten.**

Es gibt nicht viele Festivalleiter und Kulturpolitiker, die sich langfristig dafür engagieren, dass

der geistige Rohstoff, auf dem ihre Spielpläne, auf dem ihr Business und ihre Obsessionen basieren, nachwachsen können. Ein Gegenmodell zu dieser Eventisierung innerhalb des Betriebs sind Formate und Modelle, die sich der Aus- und Weiterbildung des künstlerischen Nachwuchs widmen.

### Tanzplan Essen 2010

Essen und das Ruhrgebiet zeichnen sich durch ein dichtes, historisch gewachsenes Netz unterschiedlicher Kraftpole für Tanz und Tanzausbildung aus. Für den „Tanzplan Essen 2010“ haben sich folgende Partner zusammengeschlossen: aalto ballett theater, Deutscher Berufsverband für Tanzpädagogik, Folkwang Hochschule, Folkwang Tanzstudio (FTS), Folkwang Musikschule, Gymnasium Essen-Werden, PACT Zollverein. Die Bündelung von Tradition, Kompetenzen, Ressourcen und Zukunftsperspektiven spiegelt sich in dem Programm wider, das die Partner gemeinsam bis zum Jahr 2010 entwickeln und das sich auf ganz unterschiedliche Weise mit dem Phänomen des Lernens beschäftigt. Mit den drei sich bedingenden und wechselseitig ergänzenden Modulen „Werkwoche“, „Symposium“ und „Transdisziplinärer Austausch“ entsteht im Zusammenspiel von Institutionen und Akteuren ein Kompetenzlabor für Lernen und Lehre im und durch den Tanz. „Tanzplan Essen 2010“ richtet sich mit seinen Modulen an Künstler, Pädagogen, Vermittler und Interessierte.

Auf der Grundlage von radikalen Veränderungen der letzten zwanzig Jahre in der künstlerischen Praxis und wichtigen Erkenntnissen in der Wissenschaft wird „Tanzplan Essen 2010“ die Bedingungen des Transfers von Wissen, Information und Erfahrung, die Methodik, die Lernumgebung sowie ihre Inhalte und mögliche Lernziele befragen. Dabei geht es nicht um die Suche nach Handlungsanweisungen oder die Steigerung von Effizienz. Vielmehr wird versucht, die Prozesse des Lernens selbst besser zu verstehen, um sie flexibel gestalten und ganz unterschiedlichen Bedürfnissen anpassen zu können. Denn für ein Agieren in den komplexen und instabilen Systemen einer globalisierten Welt kann es in der Lehre nicht mehr um ein bloßes Weitergeben von Wissen, Fähigkeiten und Techniken gehen. Dies gilt ebenso für die künstlerische Ausbildung wie auch für andere ausdifferenzierte Bereiche der Informations- und Wissensgesellschaft.

„Tanzplan Essen 2010“ schafft in seinen Modulen außerinstitutionelle Austauschforen, in denen wichtige Kenntnisse aus den verschiedenen akademischen und wissenschaftlichen Disziplinen mit künstlerischen Arbeitsweisen verknüpft und reflektiert werden. Künstlern und anderen Interessierten werden so transdisziplinäre Fortbildungsmöglichkeiten geboten, die auch Grundlage für eine zeitgemäße Ausbildung an Hochschulen und Akademien, für Faszination, Entusiasmus und Neugier sein könnten und sollten.

← Fortsetzung von Seite 4

## Biennale Tanzausbildung

Ende Februar 2008 findet erstmals die Biennale Tanzausbildung statt. Sie wird vom Tanzplan Deutschland finanziert und gemeinsam mit dem Theater Hebbel am Ufer, Berlin durchgeführt. Sie ist – vergleichbar dem Theatertreffen der Schauspielschulen – als Plattform gedacht, um für die Arbeiten von und mit Studierenden der staatlichen Ausbildungsinstitutionen neue Öffentlichkeiten zu schaffen und international zu profilieren. Neben den Präsentationen werden ein Workshop-Programm sowie eine Fachtagung für Studierende und Pädagogen angeboten. Auf der ersten Biennale wird William Forsythe das Multi-Media Projekt „One Flat Thing – reproduced – Online Interactice Score Project“ als neues Ausbildungstool für Tänzer und Choreografen präsentieren. Neben intensivem Austausch schafft das Treffen die Gelegenheit zur Diskussion über aktuelle Entwicklungen und notwendige Impulse für den Tanz und die Ausbildung. Nach diesem Pilotprojekt in Berlin soll das Projekt zukünftig an wechselnden Orten in Deutschland stattfinden. Die Ausrichtung der zweiten Biennale Tanzausbildung im Kulturhauptstadtjahr 2010 wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung und Reflexion der nationalen Tanzausbildung. Ein profiliertes künstlerisches Begleitprogramm, das sowohl den von Essen ausgehenden Folkwang Tanz als auch die aktuelle künstlerische Tanz-Praxis in den Blick nimmt, sowie der Austausch mit internationalen Hoch- und Fachschulen können auch für eine Biennale im Rahmen von 2010 ein zentraler Bestandteil sein.

## Theater der Welt

Gemeinsam mit den Städten Mülheim an der Ruhr und Essen hat sich die RUHR.2010 GmbH für die Ausrichtung von „Theater Welt“ im Programm der Kulturhauptstadt 2010 beworben. Das Spiel mit den Formen von Theater, Tanz und Performance, die Erfindung neuer Produktionsweisen und der feste

Glaube an die Zukunftstauglichkeit der Performing Arts werden den Mittelpunkt von „Theater der Welt“ bilden, das mit einem Künstler-Kurator eine eigene, neue Existenz gewinnen wird. Ohne dem kreativen Elan des Kurators vorgreifen zu wollen, kann man davon ausgehen, dass die Programm-Auswahl Bezug nehmen wird auf die Kulturlandschaft der Region, insbesondere der gastgebenden Städte Essen und Mülheim an der Ruhr. Historische und zeitgenössische Ausdrucksformen des Tanzes werden sicherlich eine prägnante Plattform finden. Unvereinbares soll präsentiert, Überraschendes auf den Weg gebracht, getrennte Kulturen und Kunstformen souverän zusammengeführt werden. In der Auswahl sollte sich modellhaft ein kosmopolitisches, interkulturelles Europa der Künste und Künstler spiegeln. Ein Europa, das das Fremde und die Differenzen respektvoll respektiert. In diesem Sinne wird Theater der Welt nicht Europa mit der Welt verwechseln, sondern die Welt ins Ruhrgebiet holen. Dabei wird gerade auch der Tanz eine Rolle spielen.

## Theaterzwang

Im Jahr der Kulturhauptstadt wird das biennale Dortmunder Festival „Theaterzwang“ zum zweiten Mal sein Programm unter neuer künstlerischer Leitung präsentieren. Bettina Milz, die bereits die Tanzplattform Stuttgart 2006 mit großem überregionalem Erfolg kuratiert hat, wird unter dem Label „Theaterquartier“ erstmalig eine temporäre, europäische Produktionsstätte der Künste etablieren, wo ausgewählte Künstler und Gruppen aus NRW und Europa auch aus dem Tanzgenre eine Arbeitsbasis finden. Damit entsteht eine interdisziplinäre Plattform für Forschung, kulturelle Bildung und Produktion. Ihre Programmauswahl wird das „Theaterquartier“ als ein Haus für die Kunst mit avantgardistischen Programmatik inszenieren, das eine sensible Balance zwischen Reflexion, Raumexperiment und Präsentation erkennen lassen wird.

DER VERFASSER IST KULTURDEZERNENT DER STADT ESSEN UND GESCHÄFTSFÜHRER DER RUHR.2010 GMBH ■



© Dominik Mentzos

# Ästhetische Bildung ist selbstverständlich Rolf Bolwin

## Kulturelle Bildung in Stadt- und Staatstheatern

**„Erst durch Kultur wird Wissen zur Bildung.“ So überschrieb der Deutsche Bühnenverein im Frühjahr 2006 seine Resolution zur ästhetischen Erziehung. Zwei Jahre zuvor hatte er bereits einen Kongress veranstaltet mit dem Titel „Zukunft durch ästhetische Bildung“. Dort hatte der damalige Präsident des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen, Professor Dr. Jörn Rüsen, unmissverständlich formuliert: „Ohne Kunst fehlt der Bildung der geistige Atem, den sie zur Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben braucht.“ Spätestens seit dem engagierten Projekt der Berliner Philharmoniker „Rhythm is it“, ein Tanzprojekt mit Jugendlichen auf Grundlage von Strawinskys Werk „Le sacre du printemps“, ist die ästhetische Bildung in aller Munde. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Projekte des Tanzplans Deutschland, den die Bundeskulturstiftung aufgelegt hat, einen sehr starken bildungspolitischen Aspekt haben.**

Doch für die Theater und Orchester in Deutschland ist die ästhetische Bildung keineswegs Neuland. Eigentlich ist es für sie seit Jahren selbstverständlich, sich in diesem Bereich zu engagieren. So stellte die oben genannte Resolution am Anfang von sieben Thesen fest: „Die Theater und Orchester in Deutschland haben bei der Vermittlung von ästhetischer Bildung in den vergangenen Jahren eine Vorreiterrolle gespielt.“ Schließlich mündet diese Resolution in der Erkenntnis: „Ästhetische Bildung darf nicht vorrangig aus dem Blickwinkel einer kurzfristigen wirtschaftlichen Verwertbarkeit betrachtet werden. Sie ist für unsere Gesellschaft eine Überlebensfrage.“ Und vieles von dieser Bildungsarbeit wird von den Mitarbeitern der Theater und Orchester neben der täglichen künstlerischen Arbeit geleistet. Kaum jemand schaut dabei auf Arbeitszeit oder Verdienst. Dies gilt auch für die Musiker der rund 90 dem Bühnenverein angehörenden Großorchester. Die Musikergewerkschaft (Deutsche Orchestervereinigung) hat das dennoch nicht davon abgehalten, in den zurzeit geführten Tarifverhandlungen vom Bühnenverein zu fordern, Bildungsarbeit in die Dienstregelung, also in die wöchentliche Arbeitszeit aufzunehmen. Schauen wir uns die Aktivitäten der Theater und Orchester in den letzten 50 Jahren an, findet man zahlreiche Programme für Kinder und Jugendliche.

Wer dünkt in diesem Zusammenhang nicht an das seit Jahrzehnten erfolgreiche Grips-Theater in Berlin. Aber nicht nur solche aus der Menge herausragende Bühnen sind zu erwähnen. Kinder- und Jugendtheater gibt es an vielen Standorten. Tagtäglich bieten sie ein abwechslungsreiches Programm, vom Kindertheater über das Jugendstück bis hin zu einer für Jugendliche gestalteten Inszenierung eines Stücks der Weltliteratur. Wer „Grimms & Grips“, das Jahrbuch für Kinder- und Jugendtheater nimmt, hat einen Katalog von fast 500 Seiten in der Hand, der einen beispiellosen Überblick über die Aktivitäten der Kinder- und Jugendtheater gibt. Der Katalog der Spielpläne umfasst über 1200 aufgeführte Stücke. Seit 1987 hat sich dieses Angebot nahezu vervierfacht.

„Junges Theater – Junge Musik“, unter diesem Motto stellte der Bühnenverein bei der letzten Tagung der Kulturstiftung der Länder „Kinder zum Olymp“ ausgewählte Projekte der ihm angeschlossenen Theater vor. Als wir die Absicht, dies zu tun, den Mitgliedstheater- und -orchestern mit der Bitte um Übersendung von Unterlagen mitgeteilt hatten, ging in wenigen Tagen eine Flut von Unterlagen ein, deren Sichtung die Theater und Orchester des Landes als Hochburgen der ästhetischen Bildung auswies. Sie aufzuzählen, sprengte diesen Artikel. So mögen nur einige Beispiele den Eindruck wiedergeben, der auch uns überwältigte.

Etwa das Musiktheater im Revier (MiR) in Gelsenkirchen: Von „Heavy Music – Cool Love“, eine Jugendarbeit des Balletts Schindowski, über „Expedition Oper“ bis hin zum Kinderprojekt „Hör MiR zu“ reicht das Programm eines der wichtigsten Musiktheater Nordrhein-Westfalens. Im Projekt „Hör MiR zu“ erfahren Kinder von Grund- und Sonderschulen sowie die ersten Jahrgänge der Hauptschulen das konzentrierte Zuhören im Sinn eines „Sich-Einlassens“ auf das Gegenüber, auf das gesprochene Wort und den Klang. Bei „Expedition Oper“ lernen Schüler etwas über den Teil der Oper, der weniger mit Kunst zu tun hat. Im Wirtschaftsunterricht setzt man sich dem Etat des Theaters auseinander. Die Mathematik befasst sich mit der Frage, wie viel Stoff man für einen Bühnenvorhang braucht und welche Kraft erforderlich ist, ihn über den Schnürboden zu ziehen. Mit „Heavy Music – Cool Love“ werden Jugendliche eingeladen, selbst zu tanzen, zu choreographieren, zu singen, zu musizieren, zu komponieren, zu schau-

spielen und zu texten. „Let’s talk about love, baby!“ ist das Motto des Projekts für das Jahr 2008. Es geht um Leidenschaft und jugendliche Liebe. Oder das Theater Magdeburg: In deren „Mozartprojekt“ spielt die Magdeburgische Philharmonie gemeinsam mit Kindern Musikstücke aus der Zauberflöte. Mit „Spuk in der Oper“ gehen Kinder auf eine Musiktheater-Entdeckungsreise. Bei dem Projekt „Unerhört“ haben Schüler oder ganze Klassen die Möglichkeit, an Workshops teilzunehmen, die sich etwa befassen mit Computer-Kompositionen, dem Musizieren mit professionellen Musikern, der Erarbeitung von kurzen Choreographien, aber auch mit Hip-Hop und Breakdance. Das alles sind Veranstaltungen, die auch von Schülern ohne jegliche Tanzerfahrung besucht werden können.

„OPFERPOPP“ ist ein Projekt des Thalia-Theaters Halle, ein Kinder- und Jugendtheater. Das von Mirko Borscht geschriebene Stück spielt im Problemviertel Halle-Silberhöhe – ein Plattenbaugelände, das zu den sozialen Brennpunkten der Stadt gehört. Dort nagelt ein Kind seinen Vater ans Kreuz, ein Vorgang, der von allen Bewohnern des Viertels verlangt, dazu eine Haltung einzunehmen. Die Mitwirkenden sind vor allem jugendliche Laiendarsteller aus sozial schwierigen Verhältnissen. Ihre persönlichen Geschichten, Alltagserfahrungen und subjektive Wahrnehmungen fließen in die Erarbeitung des Projektes ein. Die im Programmheft abgedruckten Biographien der Jugendlichen sind bestimmt von völliger Isolation, Selbstmordversuchen von Eltern, deren Alkoholabhängigkeit, von Trennung, Scheidung und Depression. Die Theaterarbeit gibt den jungen Menschen die Möglichkeit, sich mit ihren Problemen auseinanderzusetzen. Oft fühlen sie sich zum ersten Mal mit dem, was ihr Leben erschwert, ernst genommen. Theaterarbeit wird so zu einem neuen Stück Stabilität und positiver Selbsterfahrung. Stellungnahmen der mitwirkenden Jugendlichen zu dem Projekt sprechen eine eindeutige Sprache. So sagt Anne, 16 Jahre alt: „Ich finde, das ist eine sehr tolle Freizeitbeschäftigung, ich könnte ansonsten ja auch in der Gosse liegen und saufen; ich ... spiele total gern Theater. Im Stück geht es um alltägliche Probleme zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, ich finde mich da teilweise wieder.“ Oder Janine, ebenfalls 16 Jahre alt: „Ich will was Neues erleben und endlich mal jedem zeigen, wie ich wirklich bin. Ich will endlich zei-

gen können, wie ich zu manchen Dingen stehe.“ Auch Fritz, 15 Jahre alt, identifiziert sich mit dem Theaterstück und sagt: „Ich habe immer gedacht, Theater ist totale Scheiße, und jetzt sehe ich, was man hier eigentlich macht.“

So könnte man sich auf eine Reise durch die Republik machen, und Projekte aller Art aufspüren. Eines fällt dabei auf. Schon lange geht es nicht mehr nur darum, Jugendlichen für sie gemachte Aufführungen zu präsentieren. Erst recht geht es nicht darum, sie mit nicht jugendgerechtem Angebot zu überfordern und abzuschrecken. Vielmehr zieht sich durch viele Aktivitäten das Mitmachen und Mitgestalten. Das gilt für alle Sparten, Musiktheater, Sprechtheater oder Tanz. Und immer geht es darum, Jugendlichen über die ästhetische Bildung andere Fähigkeiten zu vermitteln als reines Wissen. Dazu gehören die Erfahrung von gemeinsamem Arbeiten, gemeinsamem Erfolg ebenso wie die Erfahrung des eigenen Körpers wie auch die Erkenntnis, dass Erfolge nicht möglich sind ohne Disziplin in der Sache. Schon die Stichworte vieler Projekte belegen dies, sei es nun der „Spaziergang der Sinne“ des Staatstheaters Cottbus, die „Philharmonic Pop Experience“ des anhaltinischen Theaters Dessau, das „Tintenherz“ des Schauspiels Stuttgart – ein Projekt in Brennpunktschulen mit Migrationshintergrund – oder die Schreibwerkstatt „Scriptfabrik“ des Staatstheaters Hannover. Und darüber hinaus gibt es noch zahlreiche Aktivitäten freier Gruppen, die sich in vielen Städten oft mit einem besonderen Engagement der Kinder- und Jugendarbeit widmen.

Die ästhetische Bildung also ist aus den Theatern und Orchestern nicht mehr wegzudenken. Dabei darf eines nicht vergessen werden, dass nämlich diese Bildungsarbeit in diesem Umfang und in dieser Breite nur möglich ist mit dem klassischen Ensemble- und Repertoirebetrieb des deutschen Stadttheaters. Erst durch ihn sind Schauspieler, Sänger, Tänzer, Techniker und Dramaturgen vor Ort, um auch für Kinder und Jugendliche Kontaktpersonen zu sein. So entsteht auch bei jungen Menschen das Vertrauen, das für eine erfolgreiche Erziehungsarbeit unverzichtbar ist.

DER VERFASSER IST VORSTAND DES DEUTSCHEN BÜHNENVEREINS UND SPRECHER DES RATES FÜR DARSTELLENDEN KUNST UND TANZ ■

# Ästhetische Bildung fördern – aber wie? Karin Heyl

## Plädoyer für eine Gratwanderung

**Ob die Welt an der ästhetischen Bildung genesen kann? Manches leidenschaftliche Plädoyer für Musikunterricht, für den Einsatz von Künstlern in der Schule und für außerschulische Angebote durch Kulturinstitutionen scheint von dieser Überzeugung getragen. In Großbritannien war es die Erfahrung einer auseinanderdriftenden Gesellschaft, die in der Folge der Unruhen der 80er Jahre Künstler und Kulturinstitutionen die Felder „education work“ und „community work“ abstecken, entdecken und entwickeln ließ. Die öffentliche Förderung übernahm dabei eine steuernde Funktion, indem die Förderung von Kulturinstitutionen an Education-Programme gebunden wurde und Künstler als artists in residence Gelegenheit erhielten, die gemeinschaftsbildende Wirkung von Kunst und Kultur auszuloten.**

Es kommt wohl nicht von ungefähr, dass mit Sir Simon Rattle und Royston Maldoom zwei Engländer dem Thema ästhetische Bildung eine neue Dynamik verliehen und vor allem das Potenzial des Tanzes für die Persönlichkeitsentwicklung aufgezeigt haben. Der Tanz, der in Deutschland nicht zum bürgerlichen Bildungskanon gehört, war nie ein Feld, auf dem sich private Förderer tummelten, aber den Film „Rythm is it“ haben die Verantwortlichen in der Kulturförderung gesehen. War es in den 90er Jahren Günter Bastian, der mit seiner griffig-vereinfachten Formulierung „Musizieren macht intelligent“ Impulse setzte, so tat das Royston Maldoom in diesem Jahrzehnt mit dem Satz „You can change your life in a dance class“. Und es war eine glückliche Fügung, dass die Kulturstiftung des Bundes zeitgleich mit dem Tanzplan in eine Struktur investiert, die es den privaten Förderern leichter macht, sich für den Tanz zu engagieren.

Die Crespo Foundation hat ihre Arbeit vor anderthalb Jahren aufgenommen, geleitet von dem Anliegen der Stifterin Ulrike Crespo, Menschen in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihrer Kreativität zu unterstützen. Bei den Überlegungen, wie sich Bildung und Kunst sinnvoll in der Förderung miteinander verbinden lassen, haben wir von Anfang an den Tanz mit einbezogen. Als junge Stiftung sind wir dabei, Tätigkeitsfelder neu zu erkunden – der Austausch mit Tänzern und Choreografen, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden, im Rahmen des Tanzplans ihrerseits neues Terrain betreten und ihre Möglichkeiten austesten, ist dabei für uns besonderes anregend.

Wo liegen die spezifischen Möglichkeiten der ästhetischen Bildung, wo die spezifischen Möglichkeiten des Tanzes im Vergleich zu anderen künstlerischen Ausdrucksformen? Ziele wie Förderung des Selbstbewusstseins, des Sozialverhaltens, der Konzentrationsfähigkeit, der intellektuellen Leistungsfähigkeit, des Erlebens, dass kulturelle Unterschiede im gemeinsamen Tun aufgehoben werden, und das Selbstvertrauen in die eigenen Möglichkeiten können auch z.B. über Sport oder andere Schwerpunkte erreicht werden. Wenn das spezifische der ästhetischen Erfahrung darin liegt, etwas zu tun, das für sich und nicht in einem unmittelbaren Zweckkontext steht, wird die Einbindung dieser Erfahrung in pädagogische Konzepte mit Zieldefinition, Umsetzungsschritten und Evaluation problematisch. Man läuft Gefahr, der Kunst genau jenen Boden unter den Füßen wegzuziehen, auf dem sie ihre spezifischen Möglichkeiten nur entwickeln kann. Die ästhetische Bildung braucht daher – in Ergänzung zur Vermittlung ästhetischer Kompetenzen durch Pädagogen – vor allem Freiräume, ganz konkrete und solche, die Künstler schaffen. Als Stiftung haben wir es uns neben anderen Förderschwerpunkten in der Bildung zur Aufgabe gemacht, an der Schnittstelle zwischen Kunst und Bildung die Möglichkeiten auszuloten. Wenn wir überlegen, in einer Frankfurter Kindertagesstätte einen Schwerpunkt Tanz zu etablieren, gehen wir von der Zielgruppe aus und definieren pädagogische Ziele. Neben einem solchen Projekt ästhetischer Bildung denken wir die Schnittstelle aber auch vom Künstler aus: Wir möchten Künstler – konkret Tänzer und Choreografen – an Aufgaben im Bildungs- und Sozialbereich heranführen. Mit der Tanzabteilung der Hochschule für Musik und Darstellende Künste in Frankfurt entwickeln wir derzeit ein Projekt, mit dem wir einerseits die künstlerische Ausbildung und Arbeit der Studierenden fördern und ihnen andererseits Erfahrungsräume in außerkünstlerischen Kontexten eröffnen möchten. Er-

gänzend werden die Studenten über Lehrangebote für diese Tätigkeiten ausgebildet und während der Projekte gecoacht.

Neben der Förderung der Studierenden, deren Semesterproduktionen wir finanziell unterstützen, verfolgen wir drei zentrale Ziele:

- dass die Absolventen des Masterstudienganges Bildungs- und Sozialaufgaben als eine sinnvolle Ergänzung ihrer künstlerischen Arbeit verstehen
- dass sie Kompetenzen erworben haben, Bildungs- und Sozialprojekte zu entwickeln und professionell umzusetzen
- dass dieser Ausbildungsaspekt mittelfristig im Curriculum der Hochschule verankert wird.

Der Aspekt der Gemeinschaftsbildung („community work“) spielt in diesem Projekt vorerst eine untergeordnete Rolle. Wir beabsichtigen jedoch, langfristige Kooperationen zwischen dem Studiengang und Schulen, sozialen Einrichtungen und Vereinen zu entwickeln.

Mit „Community Work“ des Tanzquartiers Wien unterstützt die Stiftung ein anderes Projekt, das das Thema vom Künstler aus denkt. Das Projekt begann in diesem Jahr mit einem Workshop unter der Leitung von Amina Handke und Faustina Linyekula. In einem zweiten Schritt sind Choreografen und Performer aufgerufen, sich mit einem Projekt zu bewerben, das Menschen oder Gruppen einbezieht, die in der Regel von der kulturellen Teilhabe ausgeschlossen sind. Eine Jury wird ein Projekt auswählen, das im Mai 2008 zur Aufführung kommt. Das Projekt versteht sich als „work in progress“, das in einem ersten Schritt Möglichkeiten von „community work“ für die Institution wie für die einzelnen Künstler auslotet. Später muss es darum gehen, das Projekt auch mit Blick auf die Teilnehmenden aus dem außerkünstlerischen Kontext zu evaluieren.

Die beiden vorgestellten Projekte im Tanzbereich wagen eine Gratwanderung zwischen Autonomie und Funktionalisierung für den „guten Zweck“. Aber diese Gratwanderung vermag, so sind wir überzeugt – nicht nur trotz, sondern auch wegen der Absturzgefahr – der künstlerischen Arbeit durchaus Impulse zu geben. Wir wollen die Künstler, Choreografen und Performer, die wir in ihrer künstlerischen Arbeit unterstützen, nicht verpflichten, sich in Sozial- und Bildungsprojekten zu engagieren, sondern wir wollen sie überzeugen und dafür begeistern.

DIE VERFASSERIN IST GESCHÄFTSFÜHRERIN DER CRESPO FOUNDATION, FRANKFURT AM MAIN ■



© Dominik Mentzos

## Auf dem Weg zu einem europäischen Masterplan für Tanz? Helmut Ploebst

### Der Einfluss von Tanzplan Deutschland auf andere europäische Länder

**Keine Frage, eine koordinierte und übergreifende Initiative wie die des Tanzplans Deutschland wird auch außerhalb der Grenzen des Landes diskutiert. Da der Tanz in allen europäischen Staaten nur eine kleine Lobby hat, ist jede auf geschaffenen Tatsachen beruhende Argumentationshilfe in Richtung der Kultur- und Bildungspolitik, aber auch jener Institutionen, die Partikularkräfte in der Präsentation und Distribution von Tanz darstellen, außerordentlich wertvoll. Es gibt innereuropäisch eine lange Geschichte diverser Einzelinitiativen auf lokaler und nationaler Ebene, die aber, wie auch in Deutschland vor dem Tanzplan, mit Verweisen etwa auf die vergleichsweise geringe Breitenwirkung von Tanz und auf bestehende Strukturen klein gehalten oder abgewiesen werden.**

Die Erfahrung zeigt, dass Veränderungen in der Tanzpolitik „von unten“ meist in den Apparaturen der Politik so herunter gebrochen werden, dass sie entweder im Stadium des Pilotprojekts stecken bleiben oder nur ein kurzes Leben haben. Da auch die „Autopoiesis“ der bestehenden Strukturen eher zur Singularisierung als zur Kooperation tendiert, was bedeutet, dass Institutionen genauso wie Künstler isoliert vor sich hin arbeiten, gewinnen die Administrationen üblicherweise den Eindruck, der Partikularismus

sei ein Fakt, dem pragmatisch nicht anders zu begegnen sei als über partikularistische Verwaltungshandlungen.

Der Tanzplan Deutschland ist eine Initiative „von oben“ seitens der Kulturstiftung des Bundes, deren Gesprächsbasis innerhalb des Systems der nationalen und lokalen Kulturpolitiken wesentlich nachhaltiger ist als jene von Einzelinitiativen. Diese Basis in anderen Ländern zu schaffen, wird nicht einfach sein, eine „Europäische Konferenz Tanzpolitik“ einzuberufen, wäre also ausgesprochen sinnvoll. Vor allem, weil sich gerade in jüngster Zeit in verschiedenen Ländern Europas Initiativen regen, die nach oder ähnlich dem Tanzplan entwickelt wurden und die sich intensiv mit den jeweiligen strukturellen Erfordernissen für den Tanz auseinandersetzen, unter anderem in Belgien, den Niederlanden, der Schweiz, Österreich und Dänemark.

Belgien – und dort vor allem Flandern – genießt den Ruf, eine besonders ausgereifte Struktur für den Tanz zu besitzen. Und doch zeigt gerade dieses Modell, dass einmal Erreichtes, wenn es nicht aktiv weiterentwickelt wird, seitens der Kulturpolitik unter Druck geraten kann. So ist der belgische „Masterplan for Dance“, der am 7. und 8. Dezember in Bruges der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist, eine Reaktion auf ein 2006 in Kraft getretenes Gesetz, das in seiner Auswirkung auf den Tanz, so die Leiterin des Vlaams Theater Instituut Ann Olaerts, „sehr restriktiv ist“. De facto

können keine neuen Companies mehr gegründet werden, und die bestehenden größeren Strukturen wie Rosas, Ultima Vez oder Les Ballets C. de la B. erhielten zwar ein wenig mehr Geld, das aber mit einer festgeschriebenen Deckelung. „Das erzeugte Unzufriedenheit, und es hat sich bereits 2005, als Informationen über dieses neue Kunstgesetz bekannt wurden, eine Gruppe gebildet, die an dem Masterplan zu arbeiten begann.“

Dieser ist an die Regierung und an die Künstler gleichermaßen gerichtet und repräsentiert eine integrative Sicht auf den Tanz. Er umfasst die Bereiche Produktion, Distribution, Ausbildung und Rezeption und appelliert an eine wechselseitige Verantwortlichkeit aller in das Kunstsystem Tanz involvierten Parteien. Auf Basis einer Definition spezifischer Charakteristika des Tanzes wurde ein Initiativkatalog entwickelt, der auf den realen Bedingungen des gesamten Feldes beruht.

„Dabei ist erstens die Infrastruktur sehr wichtig“, erläutert Olaerts. Der Tanz brauche die Schaffung von Räumen. Hinter diesem Anspruch habe es bisher keinerlei Vision gegeben. Bestehende Strukturen sollten demnach mehrfach genutzt werden. Außerdem werden die Bedingungen von Pre- und Postproduction kaum beachtet und bedürften einer neuen Entwicklung. Weiter sollen Einrichtungen geschaffen oder bereits bestehende Expertise gefördert werden, die den Künst-

← Fortsetzung von Seite 6

lern individuell in juristischen und administrativen Fragen zur Seite stehen. „Und das ist ein gesamteuropäisches Problem“, betont Olaerts. Denn Tänzer reisten heute viel herum, und müssten nicht selten in illegaler Position im Ausland leben: „Hier müsste man Druck auf die Regierungen machen!“ Ein weiterer Punkt des belgischen Masterplans ist sein Augenmerk auf die Karriereentwicklung für Tänzer. Durch die vorherrschende Diplomverpflichtung in der Lehre besonders in öffentlichen Einrichtungen gingen wertvolle Kräfte verloren. Hier bedürfte es einer Neuregelung. Weitere Punkte: Organisatoren sollen als Botschafter für die junge, unbekanntere belgische Tanzszene fungieren, und eine internationale Tanzplattform soll nun auch in Flandern geschaffen werden. Projektsubventionen sollten auch für die Distribution oder Wiederaufnahmen von Arbeiten verwendet werden. Außerdem brauche Belgien ein Internationales Tanzfestival und ein Tanzhaus.

Weiter beschäftigt sich das Papier mit den Themen Ausbildung, Diskursförderung, künstlerischen Langzeitperspektiven und Publikumsentwicklung. Die Schweiz legte ein umfangreiches Papier zu „einer umfassenden Tanzförderung“ vor, für deren Kommunikation an die Behörden jüngst das „Réseau Danse Suisse“ gegründet wurde. Es geht hier vor allem und sehr detailliert um die Bereiche Ausbildung, Umschulung bzw. Weiterbildung, Produktion und Diffusion von Tanz (wo auch für eine verstärkte Förderung der Veranstalter argumentiert wird), weiter konkret um Infrastrukturen (Aus- und Neubau, mehr Mittel für Koproduktionen und Gastspiele) und Vermittlung. Der letzte Punkt enthält auch den Vorschlag, Tanz bereits in die Primärschulen zu integrieren. Schließlich spricht das Papier auch die Notwendigkeit einer langfristigen Sicherung des Lausanner Tanzarchivs und der Zürcher Tanzmediathek an. In Österreich wurde die Initiative „Tanz in ganz Austria“ (TIGA) ins Leben gerufen, die sich vor allem mit der innerösterreichischen Distribution von Tanz auseinandersetzt. Dabei werden folgen-

de Schwerpunkte behandelt: Gastspiele, Koproduktionen, Residenzen bei verschiedenen Veranstaltern und Institutionen, Weiterbildung, Theorieproduktion und -vermittlung, Nachwuchsförderung und die Bildung von Infrastrukturen und einem nationalen Tournetzwerk. Im niederländischen „Dansplan 20/20“ wird bis zum Jahr 2020 die Schaffung einer „gesunden Tanzökologie“ angestrebt. Zwar, heißt es in einer Stellungnahme, haben die Niederlande eine ausgefeilte Infrastruktur für Tanz entwickelt, unter den Künstlern herrsche aber das Gefühl vor, dass es zu viel Regulierung und zu wenig Platz für das künstlerische Forschen gebe. Im April 2007 legte die Branchenorganisation für Tanz DOD einen Plan zur besseren Sichtbarmachung von Tanz vor. Hier wird unter anderem an die Verantwortlichkeit des gesamten Sektors für sein Fortkommen appelliert, Marketing in größerem Maßstab gefordert und zur Aufmerksamkeit gegenüber dem Historischen gemahnt. Auch hier geht es um bessere Kunstvermittlung, Bildungspolitik und Medienarbeit im Zusammenhang mit dem Tanz. In eine ähnliche Richtung zielt auch

ein Plan, der vom Council for Contemporary Dance in Denmark entwickelt wurde und eine Zeitspanne bis 2012 einschließt. Die einzelnen nationalen Bestrebungen und Schwerpunktsetzungen enthalten also starke parallele Ansätze und werfen brisante gemeinsame Fragen auf: Warum können ihre übergreifenden Perspektiven ausgerechnet in der verhältnismäßig kleinen Sparte Tanz entstehen? Ist eine Kommunikation der verschiedenen Tanzpläne über eine „Europäische Konferenz Tanzpolitik“ realisierbar? Wie wären die Folgen für den ästhetischen Diskurs, die Produktionsbedingungen, die Pädagogik, die Kulturpolitiken und für die Position der Kunstform Tanz in den europäischen Gesellschaften? Und wie könnte in der Folge ein „Europäischer Masterplan“ für den Tanz als Praxis aussehen?

DER VERFASSER ARBEITET ALS FREIER JOURNALIST UND IST AUTOR ÜBER BILDENDE KUNST, LITERATUR, FOTOGRAFIE UND FILM FÜR BALLET-TANZ, DU UND DIVERSE ÖSTERREICHISCHE UND DEUTSCHE ZEITUNGEN ■

# Investition in die Zukunft Edith Boxberger

## Die Ausbildungssituation für den Tanz in Deutschland

**Ausbildung ist innerhalb des Tanzes zu einem Schlüsselthema geworden. Sie wird in Gremien, auf Symposien und in den Institutionen diskutiert. Ausbildung muss neuen Anforderungen aus der Gesellschaft und neuen Bedürfnissen aus der künstlerischen Praxis Rechnung tragen. Dabei reagiert sie nicht nur auf Entwicklungen, sondern gestaltet sie aktiv mit. Inhalte der Ausbildung werden neu bestimmt, Raum für künstlerische Praxis und für die Vermittlung von Wissen geschaffen. Bestehende Studiengänge wurden umgeformt und neue eingerichtet, stärker wissenschaftlich, pädagogisch und künstlerisch ausgerichtet, aber auch ver-**

**schiedene Mischformen geschaffen. Die Tanzwissenschaft hat sich als eigene Disziplin neu etabliert, der Bereich der Vermittlung vergrößert sich. Als Konsequenz dieser Entwicklungen erweitern sich die Berufsfelder.**

Der Anstoß ging von den Akteuren selbst aus. Entwicklung im Tanz war nicht ohne weitere Investition in die Ausbildung möglich. Tänzer benötigen heute eine mehrgleisige tanztechnische Ausbildung auf hohem Niveau; die Arbeitsprozesse in der choreografischen Praxis sind stärker auf Zusammenarbeit ausgerichtet; der Tanz hat sich in ein vielfältiges ästhetisches Feld jenseits

klarer Stil-Einteilung entwickelt. Die öffentliche Bildungsdiskussion hat diesen Prozess beschleunigt. Die Bemühungen um einen einheitlichen europäischen Hochschulraum (Bologna-Abkommen) haben die Umstrukturierung der professionellen Ausbildung verstärkt. Die Pisa-Studie, die auf Defizite im Bildungssystem hinwies, rückte die kulturelle Bildung in den Blickpunkt und damit auch den Tanz, der, bislang darin nicht vertreten, bereits Modellversuche gestartet hatte. Die Initiative des Tanzplans Deutschland verlieh diesen Entwicklungen neuen Nachdruck. Beide Bereiche – „Tanzplan vor Ort“ und „Tanzplan Ausbildungsprojekte“ – ermöglichen Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung: Der eine fördert ver-

schiedene Modelle an der Schnittstelle von Ausbildung und Beruf, Projekte kultureller Bildung und vier neu konzipierte Studiengänge; der andere weitet die Entwicklung der professionellen Ausbildung gezielt auf alle Institutionen aus und fördert gleichermaßen die Vermittlungsarbeit. In der Diskussion mit den Akteuren vor Ort werden Kooperationen gestiftet und Initiativen ergriffen, um die Institutionen und Projekte in ihren Zielen zu stärken und Nachhaltigkeit zu erreichen. Tänzer brauchen heute in allen Stilen eine vielseitige tanztechnische Ausbildung. Sie müssen Individualität und kreatives Potenzial entwickeln,

→ Seite 8



© Dominik Mentzos



© Dominik Mentzos



© Dominik Mentzos

## ← Fortsetzung von Seite 7

### Investition in die Zukunft

möglichst frühzeitig praktische Erfahrungen erwerben und, besonders im zeitgenössischen Tanz, choreografisch mitarbeiten. Ausbildung muss daher nahe an der Praxis erfolgen, Zusammenarbeit mit Choreografen oder eigenständige künstlerische Projekte ermöglichen, zugleich muss sie Artikulations- und Analysefähigkeiten schulen, die Aneignung und Reflexion von Wissen vermitteln – Aspekte, die Tanzplan Deutschland unterstützt.

In den acht Tanzhochschulen Folkwang Hochschule in Essen, Tanzabteilung der Hochschule für Musik Köln, Palucca Schule Dresden – Hochschule für Tanz, Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt/M., Akademie des Tanzes der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Künste Mannheim, Heinz-Bosl-Stiftung-Ballett-Akademie München, Tanzabteilung der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch Berlin sowie Hochschulübergreifende Zentrum Tanz Berlin – Pilotprojekt Tanzplan Berlin und den staatlichen Berufsfachschulen: die Staatliche Ballettschule Berlin/Schule für Artistik, die John Cranko Schule – Ballettschule des Württembergischen Staatstheaters und die Ballettschule Hamburg/Ballett John Neumeier hat eine intensive Kommunikation eingesetzt: Im Zentrum von bislang vier, von Tanzplan Deutschland initiierten Treffen, steht die gemeinsame Diskussion über Schlüsselqualifikationen und die Profile der Institutionen, zu der auch internationale Experten gehört wurden. Einigkeit besteht darüber, die Profile der Schultraditionen zu schärfen und die Vielfalt der Ausbildungslandschaft zu bewahren. Bei einem Treffen im Februar 2007 wurde die „Ausbildungskonferenz Tanz“ gegründet, eine Interessenvertretung zur Optimierung der Tanzausbildung in Deutschland. Regelmäßige Weiterbildungen für Dozenten und Professoren in der Arbeit mit verschiedenen Techniken tragen der Tatsache Rechnung, dass sich Wissen heute besonders stark umstrukturiert und daher immer wieder neu und auch in anderen Formen gelernt werden muss. Aus diesem Grund unterstützt Tanzplan die Entwicklung und den Einsatz neuer Lern- und Lehrmaterialien, fördert die Anwendung von E-Learning Programmen oder ko-produziert das neue Multimedia-Tool „Motion Bank“ von William Forsythe, das u. a. die Analyse choreografischer Strukturen ermöglicht.

Im Februar 2008 veranstaltet der Tanzplan mit dem Theater Hebbel am Ufer in Berlin die erste „Biennale Tanzausbildung/Tanzplan Deutschland“: eine einwöchige Plattform ähnlich dem Treffen deutscher Schauspielschulen, das Projekte und Arbeiten von Studenten einem breiten Publikum bekannt macht und in internen Workshops die Arbeit mit neuen Lehrmaterialien – erstmals auch mit Forsythe's Multimediaprojekt

– erprobt. Das Treffen soll alle zwei Jahre in anderen Städten fortgeführt werden.

Wissen, in der globalisierten Welt ein Schlüssel zur Teilhabe, erhält auch im Tanz neues Gewicht – als praktisches Körper- und Bewegungswissen wie auch als diskursives Wissen, das choreografische Praxis in ästhetische und kulturelle Zusammenhänge stellt. In der Ausbildung findet dieses zunehmend Berücksichtigung. Um eine breitere Verankerung zu erreichen, wurde eine Arbeitsgruppe Theorie/Geschichte gegründet sowie eine Zusammenarbeit mit den deutschen Tanzarchiven begonnen, die die Erschließung audiovisuellen Materials für die Tanzausbildung klären helfen soll. Im nächsten Jahr werden, ebenfalls auf die Initiative des Tanzplans hin, die Dozenten des Faches Tanztheorie/Geschichte gemeinsam mit Tanzwissenschaftlern über die Erarbeitung von Wissens-Modulen für die Ausbildung diskutieren.

Auch der Bereich der Vermittlung strukturiert sich um. Das klassische Feld der Ausbildung von Tanzpädagogen erweitert sich in den Bereich des zeitgenössischen Tanzes hinein. In den letzten Jahren entstanden teils sehr praktisch ausgerichtete, teils Theorie und Praxis verbindende neue Studiengänge und Weiterbildungsmodelle an Uni-

versitäten und Kunst- und Sporthochschulen, die auf großes Interesse stoßen. Tanzplan führte erstmals die Akteure dieses Bereiches, der für die Qualität der Lehre im professionellen Bereich wie in der Breitenarbeit ausschlaggebend ist, für weitere gemeinsame Arbeit zusammen.

Die stärkste Entwicklung findet im Kontext der schulischen Bildung statt, wobei verschiedene Modelle der Integration von Tanz in den Schulen erprobt werden. Tanz als Teil umfassender Bildung und Persönlichkeitsentwicklung findet in dem Fächerkanon kultureller Bildung zunehmend Anerkennung. Die Arbeit konzentriert sich, mit sehr unterschiedlicher Verbreitung in den einzelnen Bundesländern, überwiegend auf die Grundschulen. Entscheidend ist die Frage der Ausbildung mit möglichst umfassender praktischer Erfahrung, regelmäßiger Weiterbildung, Coaching und Supervision in der Arbeit selbst. Im Februar 2007 wurde der Bundesverband „Tanz in Schulen“ gegründet, ein bundesweiter Zusammenschluss von Projekten und Institutionen, der sich unter anderem um Qualitätssicherung bemüht. Neue Berufsfelder zeichnen sich in allen hier genannten Bereichen ab. Neben der „klassischen“ Ausbildung von Tänzern, Choreografen und Tanzpädagogen für den professionellen Be-

reich werden durch die neuen Ausbildungsschwerpunkte Kompetenzen vermittelt, die für ein breiteres Feld qualifizieren, etwa als Trainingsleiter, Dramaturg und choreografischer Assistent im zeitgenössischen Tanz und Performance. Im Rahmen der kulturellen Bildung wird es darauf ankommen, die Arbeit weiter auszubauen und das Gewicht des Tanzes im Kanon der Fächer zu sichern. Die Breitenarbeit ist ein neuer, großer und noch offener Bereich, der Gestaltungsmöglichkeiten im freizeitkulturellen Kontext enthält. Künstlerische Arbeit kann mit verschiedenen sozialen Gruppen entwickelt werden, zum Beispiel in Jugendkulturen oder im interkulturellen Bereich.

Im Hinblick auf die Zukunft sollten die Anstrengungen darauf gerichtet sein, ein unterschiedliches Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten zu erhalten, die sich klar in ihren Profilen voneinander unterscheiden und neben erforderlicher Akademisierung der künstlerischen Praxis genügend Raum gewähren.

DIE VERFASSERIN IST JOURNALISTIN UND SOZIOLOGIN. SIE SCHREIBT ÜBER TANZ U.A. IN DER WELT AM SONNTAG UND IN BALLET-TANZ ■

## „... was kommt von draußen rein“ Antje Klinge

### Tanz in der Schule

**Mit der Erweiterung von Grundschulen zu Ganztagschulen im Jahr 2005 war die Suche nach Nachmittagsangeboten vor allem aus den Bereichen Sport und der kulturellen Bildung verbunden. Für den Tanz und mit ihm die Tänzer, Tanzpädagogen und Choreografen eröffnete sich damit eine große Chance, die Kinder an die Tanzkunst heranzuführen und als zukünftige Zuschauer dieser eher marginalisierten Kunstgattung zu gewinnen.**

Das Landesbüro Tanz in Nordrhein-Westfalen ergriff die Gelegenheit und baute innerhalb kurzer Zeit ein recht dichtes Netz an Tanzangeboten für Schulen auf. Mittlerweile haben sich die Angebote nicht nur auf weiterführende Schulen in NRW, sondern – den Aufwind des Tanzplans Deutschland nutzend – auch in der gesamten Bundesrepublik ausgeweitet.

Obwohl der Tanz und das Tanzen in der schulischen Bildung schon seit Anfang der 1980er Jahre curricular (vornehmlich im Fach Sport) verankert sind, stellen die Angebote außerschulischer Partner eine wichtige Erweiterung in quantitativer wie qualitativer Hinsicht dar. Zum einen ist der Tanz meist nur ein von Sportlehrkräften wie Schülern geduldetes Anhängsel des Schulsports und zum

anderen fehlt den Lehrern der Mut, sich an künstlerisch-kreative Prozesse heranzutrauen. So überlassen sie den Künstlern und Tänzern, die von draußen kommen, gerne die Initiative, die Schüler mit der „hohen Kunst“ des Tanzes vertraut zu machen. In beeindruckenden Vorführungen gelingt es ihnen, die Schule, die Lehrerkollegien, die Schüler- und auch die Elternschaft für den Tanz zu gewinnen. Die Initiative Tanz in die Schulen hat sich als ein durchaus erfolgreiches Unternehmen entpuppt.

Das ist die eine Seite! Denn die Zusammenkunft von Tanzkunst und Schule wirkt sich nicht immer positiv und konstruktiv aus. Nach der ersten Euphorie werden auch Probleme sichtbar, die sich als charakteristische Brennpunkte zwischen den Partnern Tanz und Schule ausmachen lassen. Probleme entstehen zum Beispiel, wenn die Tanzpädagogen mit einer unfreiwillig zusammen gewürfelten Schar von Schülerinnen und Schülern konfrontiert werden, die in die meist kalte und nach Schweiß riechende Sporthalle mit der Erwartung kommen, Sport zu treiben. Probleme entstehen auch, wenn die Tanzpädagogen mit inner-schulischen Konflikten belagert werden, von denen sie als Zaungäste gar nichts wissen können, die ihre Arbeit mit den Schülern aber stark beeinträchtigen. Probleme gibt es schließlich

auch durch einen gewissen Produktionsdruck, dem Tanzpädagogen und Schüler gleichermaßen ausgesetzt sind, wenn es darum geht, zum Ende des Schuljahres der interessierten Öffentlichkeit das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit zu zeigen. Dabei passiert es schnell, dass die bevorstehende Aufführung zur Einzelleistung des Tanzkünstlers und die Schüler zu seinen „Instrumenten“ werden.

Die jeweils verschiedenen Probleme vor Ort konturieren den Brennpunkt von Tanz und Schule: Während die Schule ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag nachkommen muss, orientieren sich die Tänzer, Choreografen und Tanzpädagogen an der (Tanz-)Kunst, die, systemtheoretisch betrachtet, einer anderen Logik folgt. Im Vordergrund stehen der kreative Prozess, die Förderung individuellen Ausdrucksvermögens sowie die Entfaltung produktiver Potenziale. Tanz und Schule folgen je eigenen Logiken, die in der Person des Tanzvermittlers vor Ort zusammenlaufen und zwangsläufig für Reibung sorgen – ein Thema, das den Tanz in der Schule immer wieder begleiten wird.

DIE VERFASSERIN IST SPORTPÄDAGOGIN AN DER UNIVERSITÄT GIEßEN UND MITARBEITERIN DER ZEITSCHRIFT FÜR SPORTPÄDAGOGIK ■

# Die Arbeit des Kinder- und Jugendprojekts des Bayerischen Staatsballetts

Eva-Elisabeth Fischer im Gespräch mit Bettina Wagner-Bergelt

**Bettina Wagner-Bergelt** ist stellvertretende Ballettdirektorin und Leiterin des Kinder- und Jugendprojekts des Bayerischen Staatsballetts im Rahmen der Münchner Initiative „Access to Dance“, die von Tanzplan Deutschland gefördert wird. In der Folge des Films „Rhythm is it!“ mit dem Choreografen Royston Maldoom als Gaijionsfigur geplant und ins Leben gerufen, wirkt das Projekt auf dreierlei Ebenen: Von der Intention her mit künstlerischem Anspruch als wichtiger Beitrag zur ästhetischen Bildung, fungiert es als mögliches sozial-pädagogisches Integrationsmodell für Kinder und Jugendliche am Rande unserer Gesellschaft, vornehmlich mit Migrationshintergrund. Damit definiert es sich als eine Art von Wissensvermittlung, die einen Weg aufzeigt aus dem aktuellen Dilemma schulischer Bildung in unserem Land.

**Eva-Elisabeth Fischer:** Royston Maldoom macht seit Jahren die so genannten community dances für Kinder und Alte gleichermaßen. Er würde es aber weit von sich weisen, als Sozialarbeiter betrachtet zu werden. Er ist Choreograf und sieht sich als Künstler. Wie ordnen Sie Ihre Arbeit ein? **Wagner-Bergelt:** Wir sind alles keine Pädagogen und vor allem, keine Sonderpädagogen. In allen unseren Projekten ist der Ausgangspunkt, dass wir mithilfe von Künstlern die Kinder hinführen wollen zum Tanz, ihnen vermitteln, dass Tanz ein ganz originärer menschlicher Ausdruck ist und viel mit Denken und mit analytischem Verstand zu tun hat. Und dass er ihnen unglaubliche Möglichkeiten eröffnet, auf andere Weise zu lernen. Kinder sollten schon ganz früh, mit fünf oder sechs Jahren, lernen, dass Kunst, dass Arbeit an Kunst ein ganz ernsthafter Prozess ist. Dabei sind besonders die anzusprechen, die am

Rande leben und die sich verbal nicht mitteilen können. Sie können den Tanz als etwas nutzen, wozu sie keine Sprache brauchen. Es muss ihnen allerdings klargemacht werden, dass der Tanz keinen Hauptschulabschluss, kein Abitur oder das Erlernen der Landessprache ersetzt.

**Fischer:** Sie arbeiten aber doch an einem Gymnasium in Münchens Stadtmitte, dem Anna-Gymnasium, und nicht mit einer Realschule am Stadtrand.

**Wagner-Bergelt:** Nein, das stimmt nicht. Ich arbeite zwar an einem Projekt mit einem Gymnasium mit Namen „Anna tanzt“. Das hat aber den schlichten Grund, dass die Initiative von der Direktorin ausging. Da haben wir es mit Eltern aus dem bürgerlichen Mittelstand zu tun und mit Kindern, wo der Tanz nur eine Beschäftigung unter vielen ist. Diesem Dilemma sind wir aus dem Weg gegangen, indem wir daraus ein integratives Modell gemacht haben. Das heißt: Zu diesen „Anna tanzt“-Kindern kommt immer eine zweite Gruppe, zum Beispiel eine Förderklasse von Sieben- bis Zehnjährigen. Kürzlich hatten wir eine große Gruppe von Jugendlichen, die gerade an einer Schule ein berufsvorbereitendes Übergangsjahr machen. Das Tolle war, dass diese von Anfang an viel stärker motiviert war als die Gymnasiasien. Für sie hieß das, zum ersten Mal ernst genommen zu werden und plötzlich festzustellen, was sie alles können.

**Fischer:** Worin liegt das Ziel des Projekts? Tanzplan ist auf fünf Jahre begrenzt. Was ist dann?

**Wagner-Bergelt:** Wichtig ist, dass man sich überlegt – und diese Überlegungen laufen bereits – wie man Tanz in den Unterricht integriert. Die Kinder sollen eines Tages genauso selbstverständlich mit Tanz als Teil unserer Kultur umge-

hen, wie sie mit Musik umgehen. Zunächst lernen die Kinder, sich selbst wahrzunehmen. Wenn man ihnen sagt, sie sollen die Arme ausbreiten, dann breiten sie sie aus bis zu den Oberschenkeln. Das Bewusstsein, dass sie Raum einnehmen dürfen, dass sie Platz haben dürfen in dieser Welt, existiert gar nicht.

**Fischer:** Das verlangt aber doch auch von den offiziellen Stellen, einen anderen Begriff von Intelligenz jenseits des Messbaren zu akzeptieren.

**Wagner-Bergelt:** Was ich schade finde, ist, dass es wahnsinnig viele Projekte und Pilotprojekte gibt, die gut funktionieren, dass davon aber ganz wenig und nur sehr langsam in die tägliche Praxis einsickert. Man begnügt sich damit zu wissen, dass es anders aussehen könnte – aber die Schule ist wie sie ist, und alles umzustellen wäre zu schwierig und zu kompliziert. Deswegen lässt man es beim Bewährten, auch wenn einige dabei rausfliegen. Und es werden immer mehr, die da rausfliegen, das ist auch klar. Wir sind inzwischen ein Einwanderungsland.

**Fischer:** Kulturelle Unterschiede sollten ja nicht nivelliert werden, sondern im besten Falle amalgamiert zu etwas Drittem, Neuem. Welche Ästhetik vermittelt man da im Tanz? Was wird getanzt? Modern? Ballett?

**Wagner-Bergelt:** Das ist alles so neu für sie, dass sie alles fressen, was sie geboten bekommen. Die Ästhetik ergibt sich daraus, wer da vorne steht. Wenn es eine Pädagogin ist wie Ana Catalina Roman, dann ist es eben Forsythe-Improvisation; wenn es Martin Schläpfer ist, dann ist es eher Neoklassik. Wir haben bei unserem ersten Kurs mit den kleinen Kindern gemerkt, dass gerade die Mischung aus Modern und Klassisch ganz toll für sie ist. Bei Modern können sie sich austoben und können die Bewegungen so

weit und so groß machen, wie sie wollen. An der Stange sollen sie dann überprüfen, wie sie überhaupt stehen und eine Balance finden. Plötzlich werden sie dann ruhiger und kommen zu sich selber, gehen mehr nach innen, und das ist ein guter Ausgleich. Klassisches Ballett zu vermitteln habe ich mir viel schwerer vorgestellt. Wir sind mit dieser Klasse in die „Bayadère“ gegangen. Sie fanden das phantastisch, wollten eine Woche später gleich wieder rein. Sie hatten großen Respekt vor der Leistung der Tänzer, und entdeckten dabei, dass sie ganz viel davon selbst können. Wenn man mit ihnen Improvisationen zu Kyliáns „Bella Figura“ macht, dann stellen sie plötzlich fest, dass vieles davon Alltagsbewegung ist. Und man selbst stellt fest, dass ein modernes Ballett auch für einen Siebenjährigen ganz leicht begreifbar ist.

**Fischer:** Insgesamt hört sich das an wie die Quadratur des Kreises. Denn einerseits werden Musik- und Kunstunterricht verringert zugunsten der so genannten Kernfächer. Andererseits soll der Tanz dazukommen.

**Wagner-Bergelt:** Das ist richtig. Das ist aber ein generelles Problem. Der Bildung wird im Staatshaushalt nicht die notwendige Bedeutung beigemessen. Bildung wird ähnlich den Leistungen im Gesundheitswesen auf ein Minimum geschrumpft. Wichtig wäre, wenn gerade die staatlichen Institutionen einsehen, dass ästhetisch gebildete Leute, egal ob sie Hauptschul-, Realschulabschluss oder Abitur haben, breiter eingesetzt werden können. Denn ästhetische Bildung befördert die Wahrnehmung und Intelligenz und beflügelt die Phantasie.

EVA-ELISABETH FISCHER IST REDAKTEURIN BEI DER SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG ■



© Dominik Mentzos



© Dominik Mentzos

# Kann man „Ozon“ tanzen?

Nadine Querfurth im Gespräch mit Claudia Hanfgarn und Gert König-Langlo

**Nadine Querfurth:** Sich dem wissenschaftlichen Thema Ozon auf tänzerische Weise zu nähern, ist eher unkonventionell. Haben Tanz und Wissenschaft doch mehr gemeinsam als es scheint?

**Gert König-Langlo:** Für mich waren da erst einmal keine Gemeinsamkeiten erkennbar, insofern war es sehr spannend, wissenschaftlicher Berater des Projektes zu sein. Die Unterschiede zwischen Tanz und Wissenschaft sind doch sehr deutlich: sie sind ja fast Antagonismen. Mich hat an dem Projekt fasziniert, dass man daraus eine Einheit bilden kann. Wissenschaft ist doch etwas Verkopftes, Tanz hingegen etwas sehr Körperliches, und dass man das Eine für das Andere verwenden kann, finde ich einen interessanten Ansatz.

**Claudia Hanfgarn:** Bestimmte Prinzipien ähneln sich: Am Beginn eines neuen Tanzprojektes wie „Ozontanz“ steht immer Unsicherheit und „Nicht-Wissen“. In der Wissenschaft wird grundsätzlich jeder Vorgang penibel dokumentiert, in beiden Disziplinen führen manchmal gerade „die Fehler“ zum Erfolg. In der Wissenschaft und in der Kunst muss man Offenheit für spontane Wendungen, für Unvorhersehbares und für Überraschungen bewahren. Man darf trotzdem das Ziel nicht aus den Augen verlieren, man muss das Erreichte kritisch, aber auch wohlwollend betrachten. Sich ins Ungewisse begeben und einen wochenlangen Entstehungsprozess aushalten, das ist für Künstler nicht nur sehr nachvollziehbar, sondern täglich Brot. In dieser Hinsicht hat Kunst allgemein und Tanz im Besonderen ganz viel mit forschender Wissenschaft zu tun.

**König-Langlo:** Wissenschaft wird nicht subjektiv empfunden, Tanz schon. Dass man Tanz trotzdem als Mittel nehmen kann, um Wissenschaft zu transportieren, und dass diese Offenheit, die man bei Forschung benötigt, letzten Endes auch in der Kunst eine Motorik ist, leuchtet ein.

**Querfurth:** Was kann ein solches Projekt wie Ozontanz leisten, wo versagt die Schule?

**Hanfgarn:** Mit der Beteiligung der Schüler an der Choreografie und Planung der Vorstellung von „Ozontanz“ entwickeln die Schüler eigene ästhetische Qualitätsmerkmale. Ihre Kreativität ist gefragt. Das ist einfach komplett anders als Schule normalerweise funktioniert. Der experimentelle Hintergrund der Projekte verlangt Teamarbeit, Phantasie, Intuition und Spontaneität. Auch das Zusammenspiel von verschiedenen Fachlehrern, Wissenschaftlern, mir und einer anderen Klasse erfordert gegenseitigen Respekt und Wertschätzung. Das ist für die Schüler völlig neu. Sie sind nicht die fünfte Klasse, die dem Inhalt eines Schulbuchs folgt, sondern gestalten etwas, das es vorher noch nie gegeben hat! Das führt zu Motivation und Selbstbewusstsein. Die fachlichen Zusammenhänge zum Thema Ozon sind durch die Choreografie in den Köpfen der Schüler jetzt quasi bebildert und mit dem Körper begriffen.

**König-Langlo:** Für mich persönlich war einer der Hauptaspekte, dass Jugendliche, die sich sonst sicherlich nicht für solche Themen wie Ozon interessiert hätten, auf eine ganz besondere Art an diese Thematik herangeführt worden sind. Und das geschah nicht nur mit dem Kopf, sondern auch durch andere Formen der Vermittlung.

**Querfurth:** Inwiefern fördert ein solches Projekt wie Ozontanz die so genannten Softskills wie Kreativität, Selbstständigkeit und Persönlichkeit bei Kindern und Jugendlichen?

**Hanfgarn:** Das sind Schlüsselkompetenzen, die ich für sehr wichtig halte und in der Schule nicht ausreichend gefördert sehe. Mir geht es darum, den Schülern etwas vom Tanz zu vermitteln und sie an kreative Gestaltungsprozesse heranzuführen: Raum zu geben für ungewöhnliche, neue Denkansätze, für kreativen Umgang mit eigenen Ideen. Ganz wichtig ist dabei fach- und stufenübergreifendes Lernen zu ermöglichen und jeden Schüler in seinem ganzen Sein, mit Körper, Seele, Geist und Emotionen zu beteiligen. Und dann lernen sie wie „Kultur machen“ funktioniert: Das ist etwas, das kann ich nicht nur konsumieren wie eine Fernsehsendung, sondern das kann ich selber gestalten.

**Querfurth:** Wie leidenschaftlich ist Wissenschaft, Herr König-Langlo?

**König-Langlo:** Ich bin Meteorologe geworden, weil ich das Ganzheitliche des Wetters mag. Dann mag ich noch die ganz extremen Wetterregionen, weil es etwas ganz deutlich Körperliches ist, wenn man bei Schneesturm einen Wetterballon startet. So was macht man nur, wenn man mit vollem Herzblut dabei ist. Insofern hat auch Wissenschaft viel mit Leidenschaft zu tun. Ich bilde immer die Überwinterer für die Antarktis aus, die sich für 15 Mo-

nate vom Rest der Welt verabschieden, um dort einen guten Job zu machen. Da melden sich wirklich nur diejenigen, die voll dahinter stehen. Da gehören nicht nur Eigenschaften wie Expertise und Wissen dazu, sondern Softskills und sehr viel Persönlichkeit – alles Eigenschaften, die in unserem Schulsystem kaum Bewertung finden, aber in einem Projekt wie „Ozontanz“ sehr gefordert und gefördert werden.

**Querfurth:** Kann Bewegung dazu beitragen, Tanz und Wissenschaft zusammenzuführen?

**König-Langlo:** Ich denke, Körper und Bewegung sind ein Türöffner, gerade für Jugendliche, die nicht einen abstrakten Zugang zu Dingen haben.

**Hanfgarn:** Für mich und die 76, an „Ozontanz“ beteiligten Schüler verschiedener Altersstufen, hat das in diesem Projekt funktioniert. Der Tanz sollte sich aber nicht vereinnahmen lassen und neben der Verbesserung des sozialen Klimas auch noch

den Naturwissenschaften in der Schule auf die Sprünge zu helfen! Tanz allein hilft nicht. Da muss das gesamte Konzept der Kooperation stimmen.

**Querfurth:** Wie sieht Ihrer Meinung nach die ideale Lösung aus, Kunst und Wissenschaft zusammenzubringen?

**Hanfgarn:** Die ideale Lösung gibt es nicht. Generell ist es immer gut von einander zu lernen, Vorurteile abzubauen, den eigenen Horizont zu erweitern. Mein Traum ist, mit fünf Tänzern eine Vielzahl solcher Projekte durchzuführen. Die meisten Tanzpädagogen und Tänzer beschränken sich auf einzelne, für sich stehende Projekte an Schulen, ohne zu einer wirklichen Kooperation mit Fachlehrern und anderen „Dritten“ zu kommen. Tanzpädagogien und Tänzer darin anzuleiten und auszubilden ist langfristig mein Ziel.

**König-Langlo:** Ich selber sehe mich als einen, der immer denkt, Kunst spielt für mich keine Rolle. Ich

merke gar nicht, dass da etwas gefehlt hat, aber ich merke, dass durch dieses Tanzprojekt mit Frau Hanfgarn Potentiale frei geworden sind, an die ich vorher gar nicht gedacht hatte. Mir fehlt die Fantasie, andere Möglichkeiten zu sehen, um mehr Zugang oder mehr Transfer aus der Wissenschaft in die Bevölkerung hinzubekommen. Ich würde mich freuen, wenn es mehr Projekte gäbe, bei denen man voneinander lernen kann. Wenn Kunst dazu beitragen kann, dann ist mir das allemal recht.

NADINE QUERFURTH (BERLIN) ARBEITET ALS FREIE JOURNALISTIN U. A. FÜR DEUTSCHLANDRADIO KULTUR, DEUTSCHLANDFUNK, WDR, RBB UND DIE DEUTSCHE WELLE. CLAUDIA HANFGARN IST INITIATORIN UND LEITERIN VON „TAPST“ - EIN TANZPÄDAGOGISCHES PROJEKT. DR. GERT KÖNIG-LANGLO IST METEOROLOGE AM ALFRED- WEGENER-INSTITUT FÜR POLAR- UND MEERES-FORSCHUNG IN BREMERHAVEN ■



# Gute Beispiele kultureller Bildung im Tanz Melanie Suchy

## Das tanzhaus nrw in Düsseldorf

**„Jeder geht seinen eigenen Weg! Immer da, wo im Moment keiner ist. Rücken gerade, Arme locker, Augen auf!“ Zwölf Mädels und ein Junge kommen jetzt in Schwung. „Noch schneller!“ Nora Pfahl klatscht einmal, alle frieren auf der Stelle ein. Gehen wieder los. „Ich kann nicht mehr“ kontert sie energisch mit „Doch, Du kannst noch!“ Die jungen Leute machen das freiwillig mit. Aufwärmen im Gehen, stärkendes Knie-Beugen im Takt der Musik, eine Choreografie aus Hip-Hop-Elementen und Modern Dance, Bewegungserfinden zum Thema Camping. Die Doppelstunde Tanz am Freitagmorgen ist eines der Angebote im Fach Darstellen und Gestalten. Im betongewandeten Souterrain der Heinrich-Heine-Gesamtschule hält die in den Niederlanden ausgebildete Tanzpädagogin Nora Pfahl die Jugendlichen auf Trab, eine Lehrerin sitzt dabei, später werden beide die Quartalsnoten besprechen. Manchmal müssen die Schüler auch Tests über den theoretischen Anteil des Gelernten schreiben. Tanz ganz ernst. Ein selbstverständlicher Teil der Bildung soll er sein. Wie der Unterricht in Kunst, Musik, Literatur.**

Vor nicht allzu langer Zeit hätte man das für einen versponnenen Wunsch gehalten, aber in Düsseldorf – und nicht nur da – wird an der Realisierung dieses Planes gearbeitet. Im Rahmen von Tanzplan Deutschland richtet sich das dortige Projekt „Take off: Junger Tanz. Tanzplan Düsseldorf“ schwerpunktmäßig an Kinder und Jugendliche. Unter der Federführung des tanzhaus nrw begannen vor zwei Jahren einige Institutionen ein Netzwerk dafür zu knüpfen, darunter das Junge Schauspielhaus (die Jugendsparte des städtischen Theaters), das Forum Freies Theater, das Konzerthaus Tonhalle, einige Jugendzentren, acht Schulen und Kindergärten. Tanzen lernen unter Anleitung von Profis ist der eine Teil, der stets auch in Aufführungen mündet. Einige Jugendliche trauen sich, die Erfahrung des künstlerischen Prozesses im Rahmen der Zugehörigkeit zu einem Ensemble und die Erarbeitung eines Tanzstücks für die Bühne zu machen. Wichtig ist auch die Erfahrung als Zuschauer: Klassenweise gehen bereits Grundschüler in Aufführungen im tanzhaus nrw. Manche begleiten die Profiproduktionen für Kinder wochenlang als „Probepublikum“. Natürlich läuft das nicht von selbst und entstand auch nicht aus dem Nichts, denn das tanzhaus nrw begann im Jahr 2001 Kinder und Jugendliche stärker in seine Angebote einzubeziehen. Dies erfordert ein großes Engagement auf allen Seiten, aber die Ergebnisse beglücken: „Das Echo der Kinder kommt so direkt; bei Jugendlichen verhaltener, aber bemerkbar. Ja, auch der nicht so populäre moderne und afrikanische Tanz hat neben Hip-Hop seine Erfolge“, erzählt Martina Kessel, die Koordinatorin von „Take-off“. Als beim Herbstferienworkshop alle beliebten Kurse belegt waren und einige Jugendliche zögernd das Restangebot wahrnahmen, sprang auch dort plötzlich der Funke über.

Ob das nun das gern beschworene Publikum von morgen ist oder tanzende Kids gesündere, intelligentere Arbeitnehmer werden, steht für Martina Kessel nicht im Vordergrund. Für die studierte Tänzerin und Ethnologin gibt es ein Menschenrecht auf Tanz. Im Sinne von: „Teil zu haben an Tanz, so wie an jeder anderen Kunstsparte auch“. Die Überzeugung „Jeder Mensch ist ein Künstler“ formuliert es noch dringlicher, der Beuys-Satz, den Bertram Müller (Direktor des tanzhaus nrw) zitiert, wenn man ihn zur Geschichte des tanzhaus nrw befragt. Der studierte Theologe und Psychotherapeut hob in jener bewegten Zeit Anfang der Siebzigerjahre mit anderen die „Werkstatt“ aus der Taufe. Das Wasser war wohl Schweiß: Wer tanzen will, kann das hier lernen. Kursangebote für Amateure jenseits von Ballett und Standardtanz waren neu. Das Ziel: Tanz, Theater und Musik verschiedener Kulturen partizipativ kennen zu lernen. Eine wechselvolle Geschichte, ständig auf der Suche nach Erweiterung, ließ den Verein Die Werkstatt, der ab 1982 acht Studios und auch eine kleine Bühne für Aufführungen hatte, nie ruhen: Festivals für Flamenco und orientalischen Tanz werden initiiert; sogar eine Profitanzausbildung ist einige Jahre lang, in Kooperation mit der Hochschule in Arnheim, dort angesiedelt. Ein großer Moment ist im April 1998 der Umzug in das speziell für die diversen Tanzbedürfnisse umgebaute alte Düsseldorfer Straßenbahndepot in der Erkrather Straße. Es

heißt jetzt tanzhaus nrw, und Bertram Müller ist das wichtig. Denn in Zeiten, wo die Sparten zusammenrücken, müsse der Tanz gegenüber der Öffentlichkeit besonders betont werden, da ihm immer noch die Anerkennung fehle.

Mit Tango- oder Hip-Hop-Kursen allein ließen sich schon drei Tanzhäuser füllen, erfährt man. Der Zuspruch ist enorm. Auch jene jährlichen Festivals populärer Tanzformen, Flamenco, „Orientale“, Steptanz sind Publikumsrenner. Doch setzt das tanzhaus nrw bewusst beim Bühnenprogramm und bei den Kurs- und Workshopangeboten auch auf modernen und zeitgenössischen Tanz. Eine Art Mischkalkulation, die auch dem Experiment oder vermeintlich Schwierigen Platz einräumt. Die Künstler kommen von nah und fern, die lokalen und internationalen Kooperationen und Netzwerke sind zahlreich und wachsen.

Mehr als 100 Leute leben von der Arbeit im tanzhaus nrw, das auch ein Bistro beherbergt. 80 Dozenten sind für die Kurse von Anfänger-Basic Dance über Percussion bis „Zeitgenössischer Kreativer Kindertanz als Fortbildung“ unter Vertrag. Der Gefahr der Beliebigkeit ist man sich bewusst, aber das tanzhaus hat einen sehr kritischen Sinn für Qualität, für Geduld und die Balance, die es in einem solchen Haus braucht, um für die Kunst zu sorgen, fürs Publikum und nicht zuletzt fürs Geld.

Der tanzhaus nrw e.V., ein ausbildender Betrieb, wird institutionell gefördert von der Stadt Düsseldorf und vom Land NRW. Ein Zuschauerplatz wird subventioniert mit 22,50 Euro. Zu den fördernden Partnern für Projekte zählen die Kulturstiftung des Bundes, die Kunststiftung NRW, die Kunst- und Kulturstiftung der Stadtsparkasse Düsseldorf und EU-Kulturprogramme. Da das

tanzhaus nrw nicht über Produktionsmittel verfügt, stellt es im Jahr etwa 26 Förderanträge. Zum Modell ist es längst geworden. Andere Städte träumen von Tanzhäusern, einige realisieren sie. Bertram Müller, der für solche Vorhaben konsultiert wird, berichtet, dass es nun in Sheffield, Faro und Seoul welche gebe und kürzlich in Oslo im Beisein der Königin ein Tanzhaus eröffnet wurde. Früher waren Paläste die ersten Tanzhäuser im Staat. Heute kann sich jeder den Reichtum des Tanzes erobern.

DIE VERFASSERIN IST JOURNALISTIN UND SCHREIBT UNTER ANDEREM ÜBER TANZ FÜR DIE RHEINISCHE POST, K.WEST, GOETHE-INSTITUT, DIE ZEIT, TANZJOURNAL UND BALLET-TANZ ■

[www.tanzhaus-nrw.de](http://www.tanzhaus-nrw.de)





© Dominik Mentzos

# Verantwortliche Institutionen in Schwingung versetzen

Tanz und kulturelle Bildung: Der Blick von außen – Ein Kommentar von Ulrich Schötter

Durch Deutschland geht derzeit kein Ruck. Im Gegenteil, die Bewegung scheint viel geschmeidiger. In Deutschland wird getanzt. Die körperlichen Anstrengungen haben ihren Beginn durch den sagenhaften Erfolg des Filmes „Rhythm is it!“ genommen. Eines der prominentesten, deutschen Musikhäuser, die Berliner Philharmonie, hat unter der Leitung von Sir Simon Rattle und in Zusammenarbeit mit dem englischen Choreographen Royston Maldoom das Feld der Bildung beschränkt. So gesagt, bleibt das sehr abstrakt. Es handelte sich aber nicht darum, das Haus, dessen Geschichte, die Musiker und ihre Stücke repräsentativ zu vermitteln. Das kennt man schon aus der Unterrichts- und Vermittlungspraxis. Es ging um Poetisches, um das Herstellen von Bildung. Es war der Versuch mit Schülerinnen und Schülern ein Musikstück tänzerisch zur Aufführung zu bringen. Fast wie Profis. Und mit diesem „fast“ möchte ich gar nicht in die Bewertung geraten, ob die Schülerinnen und Schüler professionell waren oder Dilettanten. Oder ob das Projekt in der Zusammenarbeit mit Hauptschülerinnen und -schülern sozial engagierter sei. Das ist nicht interessant und lässt sich nicht wirklich entscheiden. Interessant hingegen ist die Tatsache, dass ein so renommiertes Haus den Schritt gewagt hat, einen guten Teil ihrer professionellen Arbeit der Bildung zu widmen und sich auf dem Glatteis der pädagogischen Praxis zu bewegen. Fast wie Dilettanten. Von sich aus. So als ob genau dieses Luxus wäre.

Als ausgebildeter Kunstpädagoge und Kunstvermittler habe ich auf diese Bewegungen lange gewartet. Dabei sind meine längst nicht so geschmeidig. Auch wenn ich nur rudimentär mit modernen Tanzformen vertraut bin, war der Tanz zu meiner Schulzeit ein Rettungsanker. Nach fünf Jahren Sportunterricht mit einem kräftigen, leichtathletischen Einschlag (ich habe nie (!) eine Siegerurkunde bei den Bundesjugendspielen bekommen) hatte ich in der Oberstufe die Wahl. Und ich wählte mich als einziger Junge in die Unterrichtsgruppe für Jazz-Tanz, Badminton, Volleyball und – ich mag es kaum sagen: Wasserball. (Ist der Ruf erst ruiniert...) Die Sonntägliche Langeweile, die ich mit Esther Williams vor

dem Fernseher teilte, bekam einen neuen Sinn. Und auch der Sportunterricht, in dem ich nicht mehr schnell laufen, weit oder hoch springen musste. Rhythmus und Spiel waren erlaubt! Und schon diese Feststellung – dass in unserer Gesellschaft dafür ein Platz vorgesehen und durchaus legitimiert ist – berührte mich ausreichend, um meinen Kräften neue Zeit und neuen Raum zu geben. Denn der nächste Schritt, Rhythmus und Spiel auch auf Kandinsky oder Pollock zu beziehen, hat nicht nur mit Regeln zu tun, sondern auch mit Körper und Vorstellung.

Was hier tanzt, ist Bildung. Gute Pädagogen wissen längst um diese Zusammenhänge, die Interdependenzen und Vernetzungen von Wissen. Was aber für die Entwicklung der Bildungsinstitutionen notwendig wird, ist die offiziell legitimierte (und budgetierte!) Übertragung dieser Erkenntnisse auf die strukturelle und damit soziale Zusammenarbeit von Bildungs-, Kultur- und Kunstinstitutionen. Dass nun viele Schulleitungen, Kulturpolitiker und andere Multiplikatoren bei Royston Maldoom Schlange stehen, kann also nur ein Missverständnis sein.

Zum einen ist Schlange stehen kein Tanzen und zum anderen wäre es auch nicht gesund für den Choreografen, alleine das hiesige Bildungssystem zu bedienen. Die beispielhafte Arbeit der Berliner Philharmoniker darf also nicht repräsentativ verstanden werden. Es geht darum, die verantwortlichen Institutionen in Schwingung zu versetzen. Auch die eigene.

Die Versuche in diese Richtungen reichen schon heute und auch in anderen Sparten weiter. In meiner Funktion als Leiter der Abteilung Vermittlung der letztjährigen documenta 12 war Wissenstransfer und Vernetzung ebenso ein Thema, wie Bildung als Anwendungsbegriff auf die Institution zu verstehen. Auch diese will gebildet sein. Ein Publikum zu bilden, – so unser Motto – bedeutete uns, nicht allein Lernprozesse anzustoßen, sondern ein Publikum zunächst einmal her-

zustellen. Da muss man nichts erfinden. Es handelt sich darum, die vorhandenen, sozialen und kulturellen Ressourcen, die bestehenden Netzwerke zur gemeinsamen Arbeit einzuladen. Es handelt sich zugleich darum, die Organisation als solche einem Bildungsprozess zu unterziehen, Gegebenes nicht als selbstverständlich zu begreifen, sondern Neues zu begründen, zu re-aktualisieren. Die Kunstaussstellung als öffentliche Institution musste für uns in dieser Hinsicht kreativ sein und neue Organisationsformen ausprobieren.

Überhaupt Versuche, überhaupt Probieren: In der derzeitigen Bildungslandschaft und seinen harschen, programmierten Veränderungsprozessen fehlt es daran. Viel zu sehr setzt man auf Garantien, auf Standart und Vorhersehbarkeiten. Da wird nicht experimentiert, da sind Prozesse geschlossen. Dann gibt es Aufgaben, aber keine Übungen. Da setzt man auf Qualität, ohne zu erkennen, dass die Maßstäbe aus unterschiedlichen Perspektiven verschiedene Werte benennen, dass zu jedem Gelingen auch die Möglichkeit des Scheiterns gehört.

Wir sind noch weit davon entfernt, von einer Bildungsreform sprechen zu dürfen. Derzeit wird viel alter Wein in neuen Schläuchen verkauft. Differenzierte, diversifizierte Ansätze müssen erlaubt sein. Dass Kunst- und Kulturinstitutionen es gewohnt sind, Heterogenitäten nicht nur auszuhalten, sondern gerade darin ihre Qualitäten zu sehen, ist ein Sachverhalt, den auch Bildungsinstitutionen für sich erkennen müssen. Dabei arbeiten diese etablierten und für Bildung verantwortlichen Orte letztendlich mit den gleichen Mitteln: symbolisch und kommunikativ. Da die an Bildungsprozessen Beteiligten voraussichtlich nicht in ihren Institutionen sterben werden und dort auch keine Kriege planen, dürfte man sich schon mal weiter aus dem Fenster hängen. Da unten werden bald Tänzer stehen, die einen gerne auffangen.

DER VERFASSER IST KUNSTPÄDAGOG UND KUNSTVERMITTLER UND ÜBERNAHM DIE LEITUNG DER KUNSTVERMITTLUNG BEI DER DOCUMENTA 12 IM LETZTEN JAHR ■

## Impressum

kultur · kompetenz · bildung

kultur · kompetenz · bildung erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik & kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler

**Deutscher Kulturrat e.V.**  
Chausseestraße 103  
10115 Berlin  
Tel: 030/24 72 80 14  
Fax: 030/24 72 12 45  
Internet: [www.kulturrat.de](http://www.kulturrat.de)  
E-Mail: [post@kulturrat.de](mailto:post@kulturrat.de)

**Redaktion**  
Olaf Zimmermann (verantwortlich),  
Gabriele Schulz, Andreas Kolb,  
Kristin Bäßler

**Verlag**  
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH  
Brunnstraße 23  
93053 Regensburg  
Internet: [www.conbrio.de](http://www.conbrio.de)  
E-Mail: [conbrio@conbrio.de](mailto:conbrio@conbrio.de)

**Herstellung, Layout:**  
ConBrio Verlagsgesellschaft  
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung